

Edgar Einemann

Industriearbeiter in der Wirtschaftskrise

Zum Krisenbewußtsein von Werftarbeitern

Dissertation, Universität Bremen 1982

2. Auflage 2009 (elektronisch erfasst, neu formatiert, Text im Original)

Inhalt

Vorbemerkung.....	3
A. Sozialwissenschaftliche Diskussionen zum Krisenbewußtsein der Arbeiter und Auswertungsansatz .	4
1. Sozialwissenschaftliche Diskussionen zum Krisenbewußtsein der Arbeiter in der BRD.....	4
a) Krisen- und Klassenbewußtseinsanalysen in der Tradition der 'kritischen' Soziologie	8
b) Marxistische Analysen des Arbeiterbewußtseins in der Wirtschaftskrise.....	19
c) Beiträge zur Diskussion um das Krisenbewußtsein der Arbeiter zu Beginn der 80er Jahre	28
2. Auswertungsansatz	31
B. Die Auswirkungen der Werftkrise für die Arbeiter	36
1. Die Krisenfolgen in Werft A	37
2. Die Krisenfolgen in Werft B	43
C. Die Wahrnehmung der Krise und ihrer Auswirkungen	48
1. Die Bedrohung der Beschäftigungsmöglichkeiten	48
a) Die Beschäftigungsperspektive	48
b) Die soziale Absicherung	62
c) Die Klassenspezifität der Krisenbetroffenheit.....	69
2. Die innerbetrieblichen Auswirkungen der Krise.....	71
a) Die betrieblichen Leistungsanforderungen.....	71
b) Die Konkurrenzsituation zwischen den Arbeitern	76
c) Der Anspruch an Arbeit und Lohn	82
D. Die Krisenanalyse und Krisenreaktion der Beschäftigten	87
1. Ansätze der Krisenerklärung	87
2. Perspektiven der Krisenlösung	96
a) Der Staat als Krisenlösungsinstanz.....	97
b) Der Beitrag der Arbeiter und ihrer Interessenvertretung zur Krisenlösung	113
c) Zusammenfassung: Die Vorstellungen der Arbeiter von der Lösung der Probleme.....	124
E. Krisenbewußtsein und Klasseninteressen.....	127
1. Ergebnisse der Untersuchung	127
2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise	141
ANHANG	153
Anhang 1: Sozialstatistische Daten des Samples	154
Anhang 2: Leitfaden für Arbeitergespräche	158
Literaturverzeichnis.....	165

Vorbemerkung

Die vorliegende Arbeit stellt Teilergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojektes über die Entwicklungen im Schiffbau und das Denken der Werftarbeiter vor. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt (Michael Schumann, Edgar Einemann, Christa Siebel-Rebell, Klaus-Peter Wittemann: Rationalisierung, Krise, Arbeiter, Frankfurt 1982) wurde im Kooperationsbereich zwischen Arbeiterkammer und Universität Bremen durchgeführt.

Die enge Zusammenarbeit mit vielen Kollegen aus der IG Metall und die Gesprächsbereitschaft der Werftarbeiter waren die zentralen Voraussetzungen für die Forschungsarbeit und für die Formulierung des vorliegenden Textes; ihnen sei an dieser Stelle besonders gedankt. Für die vielfältige Unterstützung und die Übernahme der erforderlichen Schreibarbeiten danke ich insbesondere unseren Projektsekretärinnen Ursula Ulrich und Ingeborg Huß.

Ich hoffe, daß die vorliegende Arbeit sowohl die dringende Notwendigkeit von umfassenden analytischen und strategischen Diskussionen in der Arbeiterschaft begründet als auch aufzeigt, wie wichtig eine Intensivierung der politischen Breitenbildung ist; nur klare gesellschaftspolitische Perspektiven und das aktive Interesse der großen Mehrheit am Aufbau einer menschlichen Gesellschaft können eine demokratische Lösung der wirtschaftlichen Krisentendenzen in der Bundesrepublik Deutschland garantieren.

A. Sozialwissenschaftliche Diskussionen zum Krisenbewußtsein der Arbeiter und Auswertungsansatz

1. Sozialwissenschaftliche Diskussionen zum Krisenbewußtsein der Arbeiter in der BRD

In die sozialwissenschaftliche und politische Diskussion, z.B. der Rolle, Probleme und Möglichkeiten von Gewerkschaften, politischen Parteien und staatlichen Instanzen sind häufig Annahmen über die Einstellung und das in der Krise zu erwartende Verhalten "der Massen" bzw. der Arbeiterschaft eingegangen, ohne daß allerdings auf eine wissenschaftlich geschlossene, empirisch abgesicherte 'Theorie des Arbeiterbewußtseins' zurückgegriffen werden konnte. Sowohl die Hinweise auf theoretische und methodische Unzulänglichkeiten empirischer Studien (Herkommer 1972, Berger 1974) als auch die auf immanente und in der Konfrontation mit realen Entwicklungen feststellbaren Widersprüche theoretischer Konzepte (Hopf/Hopf 1976) können ein so hohes Maß an Plausibilität beanspruchen, daß der Rückgriff auf 'gesicherte Erkenntnisse' kaum möglich ist; der Stand der Diskussion legt für Beiträge zur Analyse des Arbeiterdenkens nahe, bestimmten Fragen theoretisch angeleitet und methodisch reflektiert empirisch so nachzugehen, daß ihre Beantwortung zu einem Teil von weiterführenden Überlegungen werden kann.

Analytiker und Theoretiker der Arbeiterbewegung haben Grundlagen für die in der Bundesrepublik wieder aufgegriffene Diskussion des Zusammenhangs zwischen kapitalistischer Konjunktur und Klassenbewußtsein (verstanden als Einsicht in den unversöhnlichen Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital und Bereitschaft zum Kampf für die Überwindung kapitalistischer Strukturen) gelegt. Sowohl die Analyse der Strukturen des Kapitalismus wie 'revolutionspraktische' Hinweise von Marx und Engels machen deutlich, daß sie im Sinne der Bestimmung des Bewußtseins durch das Sein in Zeiten des Booms eher von einer Blockade und in Krisenzeiten eher von der Entfaltung des Klassenbewußtseins und der gesellschaftsverändernden Aktivitäten der Arbeiter ausgingen. Im Rahmen seiner Strukturanalyse 'des Kapitals' hat Marx herausgearbeitet, daß die wesentlichen Zusammenhänge der kapitalistischen Ökonomie nicht als solche, sondern auf der Ebene der 'Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft' verkehrt erscheinen und damit in den Köpfen der Menschen notwendig falsche Vorstellungen (Mystifikationen) produzieren; zugleich sind es aber die alltäglichen Erfahrungen kapitalistischer Realität, die zwangsläufigen und z.T. existenzbedrohenden Interessenverletzungen, die den Arbeitern die Chance (bzw. den Zwang) zur Erkenntnis der kollektiven Betroffenheit, der Notwendigkeit der Bildung von gewerkschaftlichen Schutzorganisationen zum Kampf gegen die Kapitalisten und schließlich der Erfordernis der politischen Organisation eröffnen (Marx 1962). Die Wahrscheinlichkeit der Auflösung des strukturellen Widerspruchs zwischen Nichterkenntnis und (zumindest partieller) Erkenntnis der eigenen Klassenlage wurde in Krisenzeiten wesentlich höher veranschlagt: der Lebensstandard des Jahres 1850 schien Marx und Engels zur Blockade jeglicher Einsichts- und Aktionsmöglichkeiten der Arbeiterklasse auszureichen; sie prognostizierten eine revolutionäre Wende erst im Zu-

sammenhang mit der als gesichert angesehenen Krise. "Die Geschäfte gingen ausgezeichnet - und die Engländer wissen nur zu gut, daß man mit einer vollbeschäftigten und gut bezahlten Arbeiterklasse keine politische Kampagne, geschweige denn eine Revolution ins Werk setzen kann" (Engels 1962, 224). Und: "Bei dieser allgemeinen Prosperität ... kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein ... Eine neuere Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise. Sie ist aber auch so sicher wie diese" (Marx/Engels 1962, 470). Auch Lenin, der die spontane Arbeiterbewegung nur zur Hervorbringung von trade unions für fähig hielt und sich die Entwicklung von Klassenbewußtsein nur als ein äußeres Herantragen durch die sozialistische Intelligenz vorstellen konnte (Lenin 1956), erwartete (wohl angesichts der russischen Revolutionserfahrung) am Ende von Krise und Krieg letztlich den Sieg der proletarischen Revolution: "Auf dem Boden des durch den Krieg hervorgerufenen Ruins in der ganzen Weite erwächst somit die weltweite revolutionäre Krise, die, welche lange und schwere Wandlungen sie auch durchmachen mag, nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg" (Lenin 1960, 195). Sowohl die Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus im Gefolge der Weltwirtschaftskrise ab 1929 als auch das Scheitern der deutschen Revolution von 1918/19 und das Übergewicht reformistischer Strömungen in der Arbeiterbewegung nach beiden Weltkriegen widerlegen allerdings eindeutig alle Annahmen eines linearen Zusammenhangs von Krise, Klassenbewußtsein und siegreicher Arbeiteraktion gegen den Kapitalismus und machen klar, daß es keineswegs einen "Bildungswert des Elends" gibt (Negt 1968) und "daß das Klassenbewußtsein des Proletariats sich nicht parallel mit der objektiven ökonomischen Krise, gradlinig und im ganzen Proletariat in gleicher Weise entwickelt" (Lukacs 1923, 307).

Den Fragen nach den das Arbeiterdenken auch in Krisenzeiten kennzeichnenden Inkonsistenzen und Widersprüchen sowie nach den Ursachen der Blockade bestimmter Einsichten und Verhaltensweisen wurde zunächst eher sozialpsychologisch-psychoanalytisch im Zusammenhang mit den am Ende der Weimarer Republik vor allem von Mitarbeitern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entwickelten Versuchen zur Erklärung des Steges des Faschismus bzw. der Autoritätsanfälligkeit der Arbeiter nachgegangen. Die Arbeitslosigkeit von Millionen von Menschen nach 1929 und der weitgehende ökonomische Zusammenbruch hatten ein Elend produziert, das die Frage nach der spezifischen objektiven Situation der Arbeiter als beantwortet und lediglich das fehlende revolutionäre Bewußtsein als offenes Problem erscheinen ließ. Die von Wilhelm Reich konstatierte Schere zwischen der "Entwicklung der ökonomischen Basis, die nach links drängte, und der Entwicklung der Ideologie breiter Schichten, die nach rechts erfolgte" schien nur mit Hilfe der "analytischen Psychologie" (Reich 1933, 19) erklärbar. Bei aller Relevanz von Sozialisation und psychischer Disposition für das Bewußtsein und Verhalten muß aber davon ausgegangen werden, daß es zu unterschiedlichen Zeitpunkten in der Arbeiterschaft durchaus unterschiedliche Einschätzungen und artikulierte Überlegungen gibt, die in ihrer ganzen Bandbreite einer sozialwissenschaft-

lichen Erfassung bedürfen und die vor dem tieferen Eindringen in die individuelle Psyche wichtige Hinweise auf politische Potentiale freilegen können. Eine empirische, nicht auf psychoanalytische Methoden zur Analyse von Charakterstrukturen zurückgreifende Untersuchung zum 'Krisenbewußtsein' der Arbeiter in der Bundesrepublik hat zunächst die objektive Krisenbetroffenheit zu ermitteln und nach der Wahrnehmung "der Krise" zu fragen. Und wenn die erfahrenen Interessenverletzungen nicht zu radikalem Denken und/oder Handeln führen (was selbst zu untersuchen ist): Gibt es möglicherweise identifizierbare Inkonsistenzen oder Interessendefinitionen, die jenseits möglicher Widersprüche zwischen Realität, individuellen Einstellungen und Persönlichkeitsstrukturen bewirken, daß die Arbeiterklasse "die Krise als bloßes Objekt" und nicht "als Subjekt der Entscheidung" (Lukacs 1923, 250) erlebt?

Mit dem ausdrücklichen Verzicht auf die Unterstellung sowohl eines völligen Auseinanderklaffens zwischen 'Sein' und 'Bewußtsein' als auch eines linearen Zusammenhangs zwischen dem Grad der krisenbedingten Interessenverletzung und der Radikalität des Denkens und Handelns soll eine Öffnung für die Interpretation empirischer Befunde erfolgen, die die trotz der seit 1975 anhaltenden Massenarbeitslosigkeit zu konstatierende relative politische Stabilität in der Bundesrepublik und die geringe Anfälligkeit der Arbeiter für radikale Interpretations- und Handlungsangebote nicht primär als Resultat spezifischer Persönlichkeitsstrukturen oder 'abgeleiteter' Bewußtseinsformen (z.B. autoritärer Typus, mystifiziertes Bewußtsein), sondern als Ausdruck einer durchaus rationalen Wahrnehmung und Verarbeitung der eigenen Situation wie der Definition der eigenen Interessen durch die Arbeiter zu fassen in der Lage ist. Zu stellen ist nicht nur die Frage nach den sich in der Krise ergebenden Anknüpfungspunkten für eine kapitalismuskritische Haltung (Erfahrung von Interessenverletzungen durch konkrete Krisenbetroffenheit, Einsicht in die Ursachen der Krise, Entwicklung von Krisenüberwindungsstrategien), sondern auch die nach den einen solchen Denkansatz hemmenden Momenten, die sowohl in reduzierter Betroffenheit und spezifischen individuellen oder gesellschaftlichen Bedrohungen bzw. Absicherungen wie z.B. in einer bestimmten (kurzfristig ansetzenden) Interessendefinition, einer durchaus realen Bindung an den Betrieb, der spezifischen Sicht von Weltmarktentwicklungen und Konkurrenzbeziehungen, einer ungeklärten kollektiven Perspektive oder/und der Einschätzung der Verfassung und

Handlungsmöglichkeiten der eigenen Klasse und ihrer Interessenvertretung liegen und auch Differenzen zwischen Einsichtsniveau und Verhaltenspotential begründen können.

Die auch mit dem Problem der 'Konstitutionsbedingungen von Klassenbewußtsein' befaßte kritische Sozialwissenschaft hat "die Krise" in unterschiedlicher Form thematisiert (über Jahrzehnte hinweg allerdings eher ignoriert, vgl. Lutz/ Schmidt 1977) und - je nach Ansatz und Zeitpunkt - eine spezifische, empirisch mehr oder weniger abgesicherte Bewußtseinsrelevanz beigemessen. Grob unterscheiden lassen sich a) von in der Tradition der 'Frankfurter Schule' stehenden kritischen Soziologen vertretene Ansätze, die die Diskussion bis in die Mitte der 70er Jahre geprägt haben, b) auf marxische Überlegungen aufbauende Bewußtseinsbestimmungen und -untersuchungen (verstärkt seit Anfang der 70er Jahre) und c) mit der Krisenrealität ab 1975 einsetzende neuere Diskussionen.

a) Krisen- und Klassenbewußtseinsanalysen in der Tradition der 'kritischen' Soziologie

Bis zum Beginn der 70er Jahre haben weder der millionenfache Wechsel von Betrieben und Branchen durch die Beschäftigten, die (rechnerische) Freisetzung mehrerer Millionen Arbeitnehmer und die Strukturkrisen einzelner Industriezweige noch die zyklischen Schwankungen des Wachstums und das kurze Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Jahre 1966/67 für die Industriearbeiter zu einer so relevanten Verletzung ihrer (Beschäftigungs-)Interessen geführt, daß "die Krise" mit ihren bewußtseinsmäßigen Folgen zu einem ernsthaften Thema der gesellschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Diskussion hätte werden können. Die deutliche Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung bei im Prinzip anhaltender Vollbeschäftigung und die überwiegend 'friedliche' Form der Tarifauseinandersetzungen bildeten den Hintergrund für die von vielen kritischen Sozialwissenschaftlern artikulierten Zweifel an der Existenz und Handlungsfähigkeit einer einheitlichen Arbeiterklasse; sie verorteten die Ansatzpunkte potentieller Konflikte eher im außerbetrieblichen Bereich oder sahen sie als Resultat eines steigenden Anspruchsniveaus der Arbeiter und behandelten das 'Krisenbewußtsein' als theoretisch und empirisch ungeklärte Größe im Rahmen von mehr hypothetischen Überlegungen zu den Problemen der Politik von Gewerkschaften und staatlichen Instanzen.

Claus Offe betonte seine 1968 formulierte zentrale These, "daß das 'Instrumentarium' wirtschafts-, struktur- und konjunkturpolitischer Interventionen des Staatsapparates 'Stabilität' in dem Sinne verbürgt, daß außer Kontrolle geratene und sich zuspitzende ökonomische Krisen vermieden werden können" (Offe 1972, 188). Im Mittelpunkt seiner "Analyse des Spätkapitalismus" stand die Überzeugung, daß trotz aller Instabilitäten "die systemsprengenden Konsequenzen ökonomischer Krisen und ökonomischer Konflikte neutralisiert werden können" (eb. 182). Er kam zu der Schlußfolgerung, "daß die strukturell angelegten ... Konflikte nicht im Zentrum der kapitalistischen Produktionssphäre entstehen und zu erwarten sind, sondern daß diese Konflikte zumindest ausgelöst werden durch Widersprüche, die in einem peripheren Verhältnis zur Produktionssphäre stehen" (eb. 185). Mit der Annahme der Überlagerung des Konfliktes zwischen den Klassen durch ein "'horizontales Schema' der Ungleichheit, der Disparität von Lebensbereichen" sah Offe auch das gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis nicht mehr 'in der Konfrontation von Kollektiven ..., wie in den Theorien des Klassenkampfes angenommen wurde'; der "Bruch", der früher "zwischen den großen Positionsruppen verlief, verlagert sich gleichsam in die Individuen hinein" - das Abtreten der Arbeiterklasse von der Bühne der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist die konsequente Folge der Stabilität des "wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus" (Offe 1969, 178). Diese Thesen Offes waren nicht etwa nur Resultat eines durch die besonders günstige ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik getrübbten Blickes, sondern stützten sich auf Beobachtungen in den USA: "In den USA herrscht heute (Sept. 1970) eine (euphemistisch erfaßte) Arbeitslosigkeitsquote von 5,1 % (Maximum seit 6 Jahren) mit

einer Inflationsrate von ca. 6 % (Maximum seit 20 Jahren) gleichzeitig (was noch nie der Fall war) unter den äußeren Bedingungen einer ebenfalls für die Geschichte dieses Landes einmaligen Politisierung, und das Resultat ist weder eine Artikulation des Widerspruchs in Klassenkategorien (trotz stagnierender Reallöhne und grober Provokationen - Drohung des Einsatzes von Militär als Streikbrecher gegen streikende Postarbeiter - nicht einmal merklich erhöhte Militanz der Streiks) noch Ansätze zu einer manifest krisenhaften 'Abwärts-Spirale' der Ökonomie. Das Resultat ist vielmehr eine 'Stabilität', die zu sichern dem amerikanischen Kapitalismus zudem ohne die Beihilfe einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik und Schillerscher Berg-und-Tal-Rhetorik gelingen mußte und gelingt" (Offe 1972, 188).

Die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik bot bis 1974/75 keine Gelegenheit, die von einer schwierigen ökonomischen Konstellation ausgehenden Folgen für das Denken der Arbeiter empirisch zu analysieren. Im Mittelpunkt industriesoziologischer Bewußtseinsuntersuchungen standen die Auswirkungen von Veränderungen der Arbeit auf das 'Arbeitsbewußtsein' und das 'gesellschaftliche Bewußtsein' der Arbeiter (Lutz/Schmidt 1977). Obwohl Kern und Schumann ihre Studie 'Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein' "nicht gegen die Klassentheorie" richten wollten, kamen sie zu empirisch begründeten Zweifeln, "ob überhaupt inhaltlich, gemeinsame, für die Arbeiterschaft insgesamt geltende Bewußtseinsstrukturen vorhanden sind", "ob die Arbeiterschaft noch als das historische Subjekt gesellschaftlichen Wandels zu fungieren vermag" (Kern/Schumann 1970, 275, 23).

1971 haben Kern/Schumann zwar eine selbstkritische methodische und inhaltliche Korrektur der von ihnen geförderten "Vorstellung der politischen Immobilität der Arbeiterklasse" vorgenommen und unter Hinweis auf die von der Sozialforschung nicht antizipierten Arbeit s- und Klassenkämpfe in Westeuropa ein Verhaltenspotential ausgemacht, "das unter bestimmten Bedingungen die Passivität und Resignation zu überwinden und in Aktion umzuschlagen vermag" - allerdings nicht im Zusammenhang mit einschneidenden wirtschaftlichen Krisenentwicklungen: "Die ökonomische Krise ... scheint ... nicht mehr katastrophische Formen annehmen zu müssen: die krisenneutralisierenden Möglichkeiten des kapitalistischen Staates sind - wie die neuere Entwicklung gezeigt hat - groß genug, um extreme Ausschläge zu verhindern". Konsequenz: "Die Widersprüche, von denen, heute eher langfristig mobilisierende Wirkungen ausgehen können, sind andere: sie lassen sich als wachsende Irrationalität des Systems auf einen Nenner bringen", konkret als Widerspruch zwischen Entwicklungspotential und tatsächlicher Entwicklung, zwischen Bildungsnormen und Arbeitsrealität und zwischen Konsum- und Arbeitsnormen (Kern/Schumann 1973, 154 f). Die von Kern/Schumann im Unterschied zu Offe eingeräumte Möglichkeit der Entwicklung von Klassenkonflikten im Produktionsbereich schien nur als Resultat eines Widerspruchs zwischen steigendem Anspruchsniveau und 'Systemrealität' denkbar. Dennoch wurde die trotz "Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftswunder" (Popitz u.a. 1957, 68/86) bei großen Teilen der Arbeiter verbreitete Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes als "Realisation der kollektiven Unsicherheit" und "Einsicht in einen gesellschaftlichen Interessentagonismus" interpretiert (Kern/Schumann 1970, 276) und im Zusammenhau mit einer krisenbedingten Nichterfüllung verfestigter Lohnvorstellungen ("Verlängerungsmechanismus") sogar Widerstandsverhalten für möglich gehalten:"Eine positive Weiterentwicklung in diesem Punkt hat sich vielmehr bei den Arbeitern als eine feste Forderung an die Gesellschaft verdichtet und muß, wenn sie nicht eingelöst wird, ausgeprägte Unzufriedenheit zur Konsequenz haben" - so könnte etwa "ein Arbeitskampf gegen den Abbau übertariflicher Zulagen oder die Entlassung von Teilgruppen der Belegschaft zu einer Kettenreaktion führen und die latente Widerstandsbereitschaft in massives Verhalten umschlagen lassen" (Schumann 1971, 54/167).

Die wiedergegebenen Analysen, Befunde und Interpretationen sind trotz allen Gleichklangs keineswegs in sich schlüssig und lassen mehr Fragen offen als sie zu klären beanspruchen. Das auch von Kern/Schumann geteilte Vertrauen Offes in die staatliche Regulierungsmöglichkeit der kapitalistischen Ökonomie und die Unterstellung einer quasi-naturnotwendigen keynesianistischen Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der weitgehenden Schonung des Kerns der Arbeiterklasse muß problematisiert werden (zu Beginn der achtziger Jahre zeichnen sich die Grenzen der staatlichen Krisenvermeidung und eine Renaissance monetaristischer Konzepte ab, die eine sehr hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit explizit in Kauf nehmen), und die von Offe thematisierte und von Kern/Schumann mehr spekulativ beantwortete Frage nach dem Arbeiterverhalten in der Krise bleibt durchaus offen. Welche ökonomische Situation verdient überhaupt das Prädikat "Krise" - und kann die wirtschaftliche Entwicklung an einem statistischen Tiefpunkt möglicherweise (noch vor einer 'katastrophischen Zuspitzung') zum Hintergrund der Herausbildung von Klassenbewußtsein und von Arbeiteraktionen werden? Oder erweist sich der 'Spätkapitalismus' als so stabil strukturiert, daß auch höhere Arbeitslosenquoten keine Kämpfe zwischen Arbeiterklasse und Kapital provozieren und damit die Irrelevanz der traditionellen Theorie des Klassenkampfes bestätigt wird? Die durch eine anhaltende Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnete Entwicklung der Bundesrepublik gibt seit 1974/75 allen Anlaß zu einer differenzierten empirischen Überprüfung der vorliegenden Hypothesen. Dabei stellt sich zunächst die Frage nach der die Situation der Beschäftigten und ihrer 'Krisenwahrnehmung': Hat die Krise Wirkungen oder Rückwirkungen auf die Arbeiter oder gelingt z.B. dem "umsichtigen crisis management" der Schutz des produktiven Kernbereichs zu Lasten der "sozialen Gruppen und Bedürfniskategorien, die keine systemrelevanten Risiken provozieren können" (Offe 1970, 184)? Und für den Fall, daß Arbeiterinteressen deutlich verletzt werden: sehen die Arbeiter sich durch die Krise existenziell bedroht oder halten sie die Situation für so wenig 'katastrophisch', daß sich ihre Beunruhigung in Grenzen hält? Darüber hinaus wäre zu prüfen, ob sich mit der Krise tatsächlich so etwas wie "Einsicht in einen gesellschaftlichen Interessenantagonismus" herausbildet: registrieren die Arbeiter eine klassenspezifische Verteilung der Krisenlasten? Haben Interpretationsangebote, die die Krise als Resultat kapitalistischer Systemstrukturen analysieren, überhaupt eine Chance auf Annahme oder werden sie gar von den Arbeitern selbst entwickelt? Offen ist dabei immer noch die Frage nach den strategischen Konsequenzen der Krisenanalyse: gibt es

im Denken der Arbeiterschaft Anhaltspunkte für die Verbreitungsfähigkeit von 'klassenbewußten' Überlegungen, die auch adersgerade in der Krise von der Notwendigkeit der Vertretung der eigenen Interessen im expliziten Gegensatz zu kapitalistischen Interessen ausgehen: gibt es eine klassenspezifische Krisenüberwindungsperspektive? Alle diese Fragen sind vor der in der Diskussion meist zwar folgenreich, aber eher oberflächlich thematisierten Ebene des Verhaltens, der möglichen Handlung, zu analysieren, wenn das gesellschaftsverändernde Potential der Arbeiterklasse reflektiert werden soll. Die von den Arbeitern vorgetragenen Einschätzungen der Krise und der Möglichkeiten kollektiven Handelns im Betrieb und in der Gesellschaft können zum Kernpunkt einer Analyse von politischem Entwicklungspotential und Blockaden im Denken der Arbeiter gemacht werden, die auf spekulativ überhöhte Interpretationen verzichtet und dadurch vielleicht der Gefahr einer schnellen Widerlegung durch die Praxis (Kern/Schumann 1973, 136: "Die Feststellung, die Sozialforschung sei zu einer verlässlichen Bestimmung des Arbeiterverhaltens nicht in der Lage gewesen, gilt u.E. allgemein") entgeht.

Annahmen über das Verhältnis von kapitalistischer Konjunktur und Arbeiterbewußtsein sind auch in Analysen des Verhältnisses von Arbeiterschaft und Gewerkschaften eingegangen und spielen insbesondere in den vom Frankfurter Institut für Sozialforschung vorgestellten gewerkschaftstheoretischen Überlegungen eine zentrale Rolle. Das Theorem der "Krise der kooperativen Gewerkschaftspolitik" im Gefolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurde zunächst mit dem Widerspruch zwischen den Lohninteressen der Arbeitnehmer und der Konzessionsfähigkeit 'des Systems', später mit dem Legitimationsverlust gewerkschaftlicher Politik im Falle einer größeren Arbeitslosigkeit begründet.

Nach der anfänglichen Differenzierung zwischen einem bei der IG Metall und der IG Chemie ausgemachten systemkritischen und einem an der IG Bau und der Gewerkschaft Textil festgemachten systemkonformen Selbstverständnis der Gewerkschaften hat die Analyse der gewerkschaftlichen Praxis (die z.B. Streiks auch als Bestandteil kooperativer Tarifpolitik sieht und der "radikalen Klassenkampfrhetorik" der IG Metall eher den Status einer "Verbandsideologie" im Rahmen einer "pragmatischen Anpassung an die Funktionsbedingungen der spätkapitalistischen Ökonomie" zuweist, vergl. Bergmann u.a. 1975, 149 f.) zur Unterscheidung zwischen "intentionaler" und "bedingter" Kooperation (eb. 150, Bergmann/Müller-Jentsch 1977, 9 f.) geführt. Gemeinsam ist beiden Varianten, "daß die gewerkschaftliche Interessenvertretung zwischen ökonomischen Systemzwängen und Mitgliederinteressen in der Weise vermittelt, daß sie in der Regel die konjunkturell wechselnden Stabilitäts- und Wachstumsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft respektiert und ihre Forderungen den jeweiligen Konzessionsspielräumen des ökonomischen Systems anpaßt" (Bergmann/Müller-

Jentsch 1977, 7). Die sich in den spontanen Arbeitsniederlegungen von 1969 artikulierenden Ansprüchen der Arbeiter (die trotz aller Kritik eher als Stärkung der Gewerkschaften interpretiert wurden, vergl. Schumann 1971, 63, 140, 264 und Bergmann/Müller-Jentsch 1977, 129, 146) wurden als Hinweis auf eine "deutliche Verschiebung des materiellen Anspruchsniveaus" gesehen: "Die Erwartung einer angemessenen Beteiligung am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum verfestigt sich zu einem legitimen Anspruch"; die Lohnorientierung erfolgt nicht mehr an der Preisstabilität oder an "einem traditionell definierten Auskommen", sondern primär "am wirtschaftlichen Wachstum" (Bergmann u.a. 1975, 29).

Zugleich wurde den Arbeitern die normativ verfestigte Erwartung eines ständig steigenden Lebensstandards unterstellt, die durch das "Weiter-schreiben der vergangenen Entwicklung in die Zukunft ("Verlängerungsmechanismus") gekennzeichnet ist" (Schumann 1971, 50; vergl. Goldthorpe u.a. 1970, 1/152); nur so ist die Annahme zu begründen, daß sich bei geringer, gar nicht oder negativ wachsendem gesellschaftlichen Reichtum Probleme für die kooperative Politik der Gewerkschaften ergeben: "Aus dieser Divergenz zwischen ökonomischen Konzessionsspielräumen und subjektiven Ansprüchen erwächst ein Konfliktpotential, das sich nicht erst bei einer objektiven Verschlechterung, sondern schon bei einer Verletzung verfestigter Erwartungen aktualisieren kann". Und: "Eine kooperative Gewerkschaftspolitik ist nur möglich unter Bedingungen einer prosperierenden und konzessionsfähigen Wirtschaft einerseits und einer folgebereiten Mitgliederschaft andererseits, deren Ansprüche sich quantitativ und qualitativ den Konzessionsspielräumen anpassen lassen. Eine konfliktorische Gewerkschaftspolitik ist hingegen zu erwarten, sobald sich die Konzessionsspielräume im Hinblick auf die primären und manifesten Interessen der Mitglieder verengen bzw. mit steigenden Anspruchshaltungen nicht erweitern lassen" (Bergmann u.a. 1975, 320, 32).

Die mit dem Schwinden der "Grundlagen - Prosperität und Apathie" angenommene "Krise der kooperativen Interessenvertretung" unterstellt, daß sich in Rezessionsphasen der durch eine kooperative Gewerkschaft in Kauf genommene und "vom Staat eingeplante Lohnverzicht im Interesse der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung" nicht durchhalten läßt, weil spätestens "bei stagnierendem oder gar sinkendem Realeinkommen und erhöhten Beschäftigungsrisiken zu erwarten (ist), daß die Mitgliederunzufriedenheit sich massenhaft Ausdruck sucht" (eb. 36). "Unter Bedingungen wachstumsretardierender oder krisenhafter Wirtschaftsentwicklung ist zu erwarten, daß die Gewerkschaften gezwungen sind, die Tagesinteressen ohne Rücksicht auf den Gesamtzustand der Ökonomie, begrenzt nur durch das reale Kräfteverhältnis, zu vertreten, selbst wenn dies zunächst nur in einer unbewußt ausgelösten Verschärfung der Krisensituation besteht" (eb. 31). Damit ist auch angesprochen, was Bergmann u.a. als Alternative zur kooperativen Gewerkschaftspolitik verstehen: Die Strategie der konfliktorischen Gewerkschaftspolitik ist dadurch gekennzeichnet, daß sie "eine Verschärfung oder Herbeiführung von Krisensituationen in Kauf nimmt" (eb. 32). Klar ist dabei, daß eine "konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik ... nicht bei den Lohninteressen der Mitglieder stehenbleiben kann. Ihre schwierigste Aufgabe besteht darin, die objektiven Systemgrenzen deutlich zu machen, zugleich aber zu versuchen, sie zu durchbrechen. Dies kann nicht ohne Aufklärung und Mobilisierung der Basis geschehen" (eb. 335). Auch "bei vorherrschender Arbeitslosigkeit" ist letztlich der Übergang zu radikalem Handeln zu erwarten: "In diesem Falle kann das Lohninteresse zeitweise hinter das Arbeitsplatzinteresse zurücktreten und eine kooperative Politik stützen. Bleibt diese aber ohne sichtbare Erfolge, werden die Arbeitslosen eine härtere Interessenvertretung verlangen und die beschäftigten Arbeiter ihr zurückgestelltes Lohninteresse anmelden" (eb. 31).

Die Ergebnisse der 1970 durchgeführten Funktionärsbefragung können allerdings nicht zur empirischen Untermauerung der Thesen zum "Krisenbewußtsein" beitragen. Die als "kooperativ" klassifi-

zierte Lohnzurückhaltung in der Krise wird von den Funktionären durchgängig gebilligt und auch in einer zukünftigen Krise für richtig gehalten: Rund zwei Drittel der befragten Funktionäre erklärten ihre Zufriedenheit mit der Tarifpolitik der vergangenen Jahre, waren mit der Lohnzurückhaltung in der Rezession einverstanden und votierten für die gleiche 'maßvolle' Politik in einer zukünftigen Krise.

"In den für die Tarifpolitik zentralen Fragen fand die betriebene Politik die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit. Das gilt für die generelle Einschätzung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik wie auch für die Beurteilung ihrer Ergebnisse und die verfolgte Strategie" (Bergmann/Müller-Jentsch 1977; 202).

Selbst bei der Minderheit von ca. 10 % der Befragten, die auch in der Krise eine aktive gewerkschaftliche Lohnpolitik mittragen würden, ist trotz der Erkenntnis einer Benachteiligung der Arbeitnehmer "Kritik an den Gewerkschaften selten, und wo kritische Distanzierung in die Äußerungen einfließt, bleibt sie doch verhalten und betont verständnisvoll" (eb. 97). Bergmann u.a. konzedieren, daß das Ausbleiben der "Krise der kooperativen Interessenvertretung" in der Krise auf eine spezifische Interessendefinition der Gewerkschafter zurückzuführen ist; die angenommenen "verfestigten Erwartungen" in der Lohnfrage erweisen sich als variabel, weil "das Interesse an der Sicherheit der Arbeitsplätze eindeutig Priorität vor dem an Lohnerhöhungen hat" (eb. 207) - ein Interesse, in dem "das stärkste Motiv für die kooperative Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg lag" (eb. 87). Und hier machen Bergmann u.a. eine neue "verfestigte Erwartung" aus, die zum Angelpunkt von Politisierungen werden könnte. Da "die große Mehrheit der Befragten in den Mechanismen des ökonomischen Systems keine strukturellen Ursachen für Krisen und Arbeitslosigkeit mehr erkennt" und "Vollbeschäftigung und dauerndes Wirtschaftswachstum ... als herstellbar" gelten, wird angenommen, daß "das Recht auf Arbeit heute zu einem legitimen Anspruch auf sichere Arbeitsplätze bei den Mitgliedern sich verfestigt hat" (eb. 93, 95). Daraus ergibt sich für Müller-Jentsch auch gleich ein die alte Theorie ablösender neuer Ansatzpunkt für eine Krise der Gewerkschaftspolitik: "Legitimationsverlust droht den gewerkschaftlichen Führungsapparaten weniger auf dem Gebiet der Lohnpolitik als auf dem der Sicherung des Arbeitsplatzes und des Besitzstandes" (Müller-Jentsch 1979, 49).

Die Inkonsistenzen und Unklarheiten in den 'Frankfurter' Überlegungen und Befunden zum Zusammenhang von Krise, Arbeiterbewußtsein und Gewerkschaften provozieren eine Reihe von kritischen Einwänden und Fragen. Zunächst ist festzuhalten, daß im Gegensatz zu der Annahme verfestigter Lohnerwartungen empirische Befunde dafür sprechen, daß das bei den Arbeitern vermutete (und in Boomphasen erhobene) hohe Anspruchsniveau keine konstante, sondern eine in der Krise durchaus nach unten variable Größe ist. Gibt es Hinweise darauf, daß die Bereitschaft zur Hinnahme einer Stagnation der Reallöhne in einer Phase anhaltender Massenarbeitslosigkeit nicht nur von kurzer Dauer ist und daß eine zurückhaltende gewerkschaftliche Lohnpolitik sogar mit der Zustimmung der großen Mehrheit rechnen kann? Sinkt das Anspruchsniveau soweit, daß individuelle Besitzstandsverringerungen hingenommen werden? Diese Fragen deuten an, daß die "Krise

kooperativer Gewerkschaftspolitik" keineswegs das zwangsläufige Resultat ökonomischer Krisenentwicklungen sein muß. Damit wäre aber zu erklären, welchen vorstellbaren antikapitalistischen Alternativen aus welchen Gründen die Massenbasis fehlt. Hier greift sicherlich der Hinweis auf eine ungenügende Positionsbestimmung und Aufklärungsarbeit der Arbeiterorganisationen zu kurz. Der konstatierte "grundsätzliche. Mangel einer gesellschaftspolitischen Alternative der Gewerkschaften und ihrer Führungsapparate" (Bergmann/Müller-Jentsch 1977, 10) und der "Verzicht auf umfassende theoretische Analyse der Gesellschaft und gesamtgesellschaftliche Deutung des sozialen Geschehens" sowie "die Unfähigkeit, der kapitalistischen Entwicklung eine sozialistische Alternative entgegenzustellen" (Kern/Schumann 1973, 153; vgl. Kern/Schumann 1970, 272 f.) bedürfen vielmehr selbst der Erklärung: Warum fordert 'die Basis' keine dezidiert sozialistische Politik ein? Ganz abgesehen vom Stand der Diskussion unter sozialistischen Gesellschaftswissenschaftlern (die bisher weder zu einer Verständigung über "die richtige" gesamtgesellschaftliche Analyse noch zur konsens- und überzeugungsfähigen Erarbeitung eines funktionsfähigen sozialistischen Alternativmodells geführt hat) ist durchaus plausibel, daß der Kern der von Bergmann u.a. skizzierten "konfliktorischen" Gewerkschaftspolitik, die eine Herbeiführung und Verschärfung der Krise zum Inhalt hat, von den Arbeitern eher als das Gegenteil einer aktiven Interessenvertretung angesehen wird. Das Interesse an sicheren Arbeitsplätzen scheint durch die bewußte Preisgabe von Arbeitsplätzen nicht zu realisieren - müssen die kurzfristigen Tagesinteressen der Mehrheit der Arbeiter z.B. an ausreichendem Einkommen und gesicherten Arbeitsplätzen wirklich zwangsläufig im Gegensatz zu den Erfordernissen 'des Systems' stehen? Und wenn die zunehmende Arbeitslosigkeit die vermutete gewerkschaftliche Legitimationskrise provoziert: muß dann nicht auch die Gewerkschaftsführung in einer krisenverschärfend konfliktorischen Strategie eher das Gegenteil eines richtigen Konzepts zur Abwendung von Vertrauensverlusten sehen? Aber schon das von Bergmann u.a. behauptete Anspruchsniveau der Arbeiter in bezug auf die Sicherheit der Arbeitsplätze (sichere Arbeitsplätze als legitimer Anspruch und verfestigte Erwartung) muß problematisiert werden. Verändert sich die in Boomzeiten von Arbeitern geäußerte Erwartung der Krisenvermeidbarkeit (Bergmann/Müller-Jentsch 1977, 93 und Eckardt u.a. 1975, 13) in Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten (auch die kritischen Sozialwissenschaftler haben 1970/71 eine tiefergehende Krise praktisch ausgeschlossen) nicht dahingehend, daß Krisen (und die sie begleitende Arbeitslo-

sigkeit) als Teil der 'kapitalistischen Normalität' begriffen und hingenommen werden? Welche Ansprüche werden dann an die eigene Interessenvertretung gestellt: werden Betriebsräte und Gewerkschaften überhaupt für die Krisenursachen verantwortlich gemacht oder wird ihnen gar eine Lösungskompetenz zugeschrieben? Ist nicht vielmehr vorstellbar, daß sich hinter der Erwartung eines Krisenlösungsbeitrages der Gewerkschaften höchst unterschiedliche Vorstellungen verbergen und die Nichterfüllung dieser Ansätze aufgrund der Gering-schätzung gewerkschaftlicher Einflußchancen eher mit Verständnis als mit Vertrauensentzug quittiert wird? Dabei können die Gewerkschaften durchaus als Interessenvertreter in dem Sinne gesehen werden, daß ihnen die Aufgabe der öffentlichkeitswirksamen Artikulation von Forderungen an andere Instanzen wie z.B. die Regierung bzw. 'den Staat' zugewiesen wird. Denkbar ist, daß sich das Interesse am Erhalt von Arbeitsplätzen als ein wesentliches (und durchaus reales, weder manipuliertes noch mystisches) Moment der Blockade des 'Vertrauens in die eigene Kraft' der Arbeiterklasse erweist, Zweifel an der Möglichkeit oder den Erfolgsaussichten von massenmobilisierenden Klassenaktionen bestehen und gesamtgesellschaftliche 'sozialistische Alternativen' so ungeklärt sind, daß 'der Staat' zum zentralen Hoffnungsträger in Sachen Krisenlösung wird.

In die Diskussion über das Verhältnis der Arbeiter zum Staat und zur Regierung sind Annahmen über Krisenreaktionen der Beschäftigten eingegangen, ohne daß sich die diesbezüglichen Überlegungen auf fundierte empirische Ergebnisse stützen konnten. Die für das Funktionieren des kapitalistischen Systems angeblich notwendige "Massenloyalität" wurde im Krisenfall für gefährdet und eine politisierungsfähige "Legitimationskrise" für wahrscheinlich gehalten.

Der von Habermas zum 'Systembestandteil' erklärten politischen Aussteuerung ökonomischer Krisentendenzen, der keynesianistischen Politik der "Garantie von Wohlfahrtsminima, der Aussicht auf Sicherheit des Arbeitsplatzes sowie der Stabilität des Einkommens", wurde eine doppelte Funktion unterstellt: sie könnte "die private Form der Kapitalverwertung sichern und die Loyalität der Massen an diese Form binden" (Habermas 1968, 77). Im Umkehrschluß ist dann vorstellbar, daß ein Versagen des Krisenmanagements auch die Loyalität der Massen gegenüber Staat und System gefährdet: "Wenn das staatliche Krisenmanagement versagt, fällt es hinter selbst gesetzte programmatische Ansprüche zurück, worauf als Strafe Legitimationsentzug steht" (Habermas 1973, 98). Nach Offe hat schon die regierungsoffizielle Proklamation von 'Vollbeschäftigungspolitik' eine "wichtige, realitätsverändernde Wirkung. Der Tatbestand der Arbeitslosigkeit ändert, wo sie auftritt, seine soziale Definition; er' wird nicht mehr als periodisches Ereignis in einem blind wirkenden wirtschaftlichen Konjunkturzyklus, sondern als 'schuldhaftes' und daher 'einklagbares' Versagen politisch-administrativer

Steuerung perzipiert" (Offe 1972, 98). Offe und Bergmann unterstellen, daß "die jeweilige Regierung mit den sie tragenden Parteien sofort in ein Legitimationsdefizit (gerät), wenn das Anrecht auf sichere Arbeitsplätze nicht mehr gewährleistet erscheint" (Bergmann/Müller-Jentsch 1977, 95; vgl. Offe 1972, 99). Während aufgrund der unterstellten ökonomischen Stabilisierungsmöglichkeiten zumindest in Kernbereichen der Produktion die zu beobachtenden 'Legitimationsprobleme' und die manifesten Proteste in 'Randzonen!', z.B. bei den Arbeitern im Wettbewerbssektor (O'Connor 1973, •00) oder bei Schülern und Studenten (Habermas 1968, 101), plausibel und erklärbar erschienen (Offe 1972, 185 f), vermuten Bergmann u.a. ein 'übergreifen' der Legitimationsprobleme auch auf den beschäftigten Kern der Industriearbeiterschaft und ihre Interessenvertreter. Sie gehen davon aus, "daß sich die Vollbeschäftigungserwartungen der Lohnabhängigen verfestigt. haben. Kann das System die erwartete und auch zugesagte Vollbeschäftigungsgarantie nicht sichern, ist es von Loyalitätsentzug bedroht" (Bergmann u.a. 1975, 53). Da sich bei einer anhaltenden Krisensituation "die Loyalität der Arbeitermassen kaum mehr ... durch Hoffnungen auf raschen Wiederaufschwung sichern lassen (dürfte)", muß dies besonders unter der Bedingung einer sozialdemokratischen Regierungsführung "zu empfindlichen Loyalitätsverlusten der Sozialdemokratie bei den Arbeitern führen" (Bergmann/Müller-Jentsch 1977, 208).

Im sozialistischen Büro bestand z.B. im Bundestagswahlkampf 1972 die politische Hoffnung, daß man über das Scheitern der Politik der SPD nach ihrem Wahlsieg "die Massenloyalität der Arbeiter zur SPD überwinden" (Weick 1972) und für sich selber Chancen eröffnen könne.

Unterhalb der Ebene von Legitimationsproblemen "des Systems" unterstellt die Annahme einer krisenbedingten Legitimationskrise 'der SPD', 'der Regierung' oder 'des Staates' neben einem verfestigten Anspruchsniveau auch noch ein Arbeiterbewußtsein, das dem Staat die prinzipielle Fähigkeit und der Regierung bzw. der sie führenden Sozialdemokratie die aktuelle Möglichkeit der Krisenabwehr zuschreibt. Baethge und Schumann haben zurecht festgestellt, daß es "für diese Annahmen bisher außer ihrer Plausibilität ... keine empirischen Belege" gibt (Baethge/Schumann 1975, 43); sie haben vielmehr empirische Befunde als Hinweis darauf interpretiert, daß das Vertrauen der Arbeiter in die staatlichen Krisenlösungsmöglichkeiten durchaus begrenzt ist, weil zumindest größere Teile der Lohnabhängigen einerseits die Zentralität der Produktionssphäre und der Unternehmermacht und andererseits die Handlungsschranken der Regierung bzw. der Sozialdemokratie in einer Koalition sehen. "Selbst jene wirtschafts- und sozialpolitischen Ansprüche, mit denen staatliches Handeln von seiten der Arbeiter konfrontiert wird, können bei Nichteinlösung deswegen keine grundlegenden Legitimationsdefizite erzeugen, weil diese Nichteinlösung dann weniger dem Staat als dem Kräfteverhältnis im gesellschaftlichen Antagonismus angelastet wird; insofern geht auch der in diesem Zusammenhang benutzte emphatische Begriff von Massenloyalität an der Realität des Staatsverständnisses jener Massen vorbei" (eb. 67). Baethge und Schumann halten die Konzepte von Habermas und Offe durch die empirischen Befunde für "nicht gedeckt", sehen

"wenig Anhaltspunkte für Politisierungsstrategien im Sinne von Konzepten der Konfliktgenerierung in Folge von Legitimationsverlusten des Staates" und entwickeln die These, daß "der Staat nicht in der Verantwortung gesehen wird"; gerade deshalb "bleiben die Gewerkschaften von, so zentraler Bedeutung" und finden "jene Konzepte, die die sozialen Interessen der Arbeiter schwerpunktmäßig durch staatliche Intervention und gesetzliche Fixierung meinen durchsetzen zu sollen, wenig Entsprechung im Bewußtsein der Arbeiter" (eb.. 57 ff). Diese Einschätzung stützt sich neben der SOFI-Umschulungsstudie (Baethge u.a. 1975) auf die gleiche Frankfurter Befragung (Eckhard u.a. 1974), die auch Bergmann/Müller-Jentsch zur Bestätigung ihrer Argumentation heran ziehen und nach der das Vertrauen in die Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik eine im Krisenfälle Legitimationsdefizite verursachende "Wendung ins Normative" bekommen hat (Bergmann/Müller-Jentsch 1977, 92). An dieser Stelle scheinen weder weitere mehr oder weniger riskante Interpretationen oder kritische methodische Anmerkungen zu einer standardisierten Frage im Rahmen von Untersuchungen der Jahre 1970 und 1971/72 als vielmehr weitere theoretische Überlegungen und empirische Klärungen zum 'Staatsbewußtsein' der Arbeiter in der Wirtschaftskrise erforderlich zu sein. Die in der Bundesrepublik zu beobachtende Entwicklung gibt auch nach 6 Jahren Massenarbeitslosigkeit weder Hinweise auf einen massiven Legitimationsverfall von Staat und Regierung noch auf außergewöhnlich kämpferische Gewerkschaftsaktivitäten im Rahmen einer Strategie, des "Vertrauens in die eigene Kraft" (Kuda 1980). Gegen die These vom 'Desinteresse' der Arbeiter am Staat und an gesetzlichen Regelungen zur Sicherung der eigenen Interessen (Baethge/Schumann) spricht die historisch gewachsene und mit dem Begriff "Staatsfixierung" (Zeuner 1977) gekennzeichnete (massenhaft getragene) Politik der deutschen Arbeiterbewegung, und die politischen Streiks anlässlich des Mißtrauensvotums gegen die Regierung Brandt haben keineswegs Gleichgültigkeit gegenüber der jeweils dominierenden Parteienkonstellation signalisiert. In diese "Staatsfixierung" (und "SPD-Bindung") können aber zugleich Einschätzungen eingehen, die - weil sie nicht auf 'verfestigten Erwartungen' basieren - die Gefahr einer 'Legitimationskrise' in Grenzen halten (vgl. hierzu Kudera u.a. 1979, 327/328). Damit ist wieder die Frage nach der Schärfe gestellt, mit der die Krise wahrgenommen wird: erscheint die Arbeitslosigkeit z.B. durch den 'Sozialstaat' eher gelindert als von ihm verursacht? Werden überhaupt Regierung und Staat für die ökonomischen Probleme verantwortlich gemacht oder werden sie eher als Opfer einer international bzw.

ökonomieimmanent bedingten Entwicklung gesehen? Können in die Forderungen der Arbeiter an den Staat angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse oder strukturellen Bedingungen nicht sowohl Skepsis in bezug auf ihre Realisierbarkeit wie Überlegungen in bezug auf die Notwendigkeit einer erhöhten staatlichen Steuerungskompetenz eingehen, so daß sich die Enttäuschung über den Umfang mit den eigenen Wünschen und eine anhaltende 'Staatsfixierung' durchaus verbinden können, ohne daß offensichtliche Legitimationskrisen auftreten? Und sofern dabei 'das System' oder die unternehmerischen Interessen in den Blick geraten und ausdrücklich kritisiert werden: welche Handlungschancen eröffnen sich in einer Situation, die durch den Druck von Arbeitslosen 'vor dem Tor'. und leere Kassen bei Betrieben und Regierungen gekennzeichnet ist? Dabei bedarf die Frage des konkreten Inhalts der an den Staat gerichteten Forderungen zur Krisenabwehr der näheren Klärung: werden vom Staat autoritär-nationalistische Schritte zur Krisenlösung, werden prokapitalistische Maßnahmen oder werden Eingriffe in kapitalistische Strukturen gefordert?

Festgehalten werden kann, daß die von kritischen Soziologen in einer Phase florierender Konjunktur entwickelten Theoreme der ökonomischen Stabilität des Kapitalismus, der normativ verfestigten Erwartungen der Arbeiter in bezug auf sichere Arbeitsplätze und steigende Einkommen, der reduzierten Relevanz von Klassenkonflikten, der Auflösung von Klassenbewußtsein und des Abtretens der Arbeiterklasse als Subjekt des historischen Wandels einerseits sowie die formulierten Erwartungen des sich in der Krise verstärkt entwickelnden Klassenbewußtseins, der Krise der kooperativen Gewerkschaftspolitik und der Legitimationskrise von Regierung und Staat andererseits aufgrund ihrer immanenten theoretischen und empirischen Schwächen nicht unproblematisiert als richtige Analysen von Kapitalismus und Arbeiterbewußtsein akzeptiert werden können. Aussagen zum Verhältnis von ökonomischer Krise und Arbeiterdenken sind nur möglich auf der Basis von differenzierten Fragestellungen, die den Rahmen für eine politisch vorurteilslose empirische Untersuchung des 'Krisenbewußtseins' bilden.

b) Marxistische Analysen des Arbeiterbewußtseins in der Wirtschaftskrise

Im Rahmen der zu Beginn der 70er Jahre verstärkt einsetzenden Marx-Rezeption spielte die Diskussion um das Verhältnis von kapitalistischer Gesellschaftsstruktur, Klassenstruktur und Klassenbewußtsein eine entscheidende Rolle. Dabei standen Auseinandersetzungen um die theoretische Bestimmung von Bewußtseinsformen und ihren Wandel im Zusammenhang mit (als kapitalistisch bedingt und systemnotwendig begriffenen) ökonomischen Krisen im Mittelpunkt. Alle theoretischen 'Ableitungen' von Arbeiterbewußtsein unterstellten eine insbesondere in der Krise gegebene Möglichkeit (bzw. sogar die Notwendigkeit) zur Entwicklung von Klassenbewußtsein und prognostizierten 'letztendlich' massenhafte Aktivitäten zur grundlegenden Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Ausgangspunkt aller Überlegungen war die Annahme, daß das Bewußtsein der Klassen einen primären Bezug zu ihrer Stellung im kapitalistischen Reproduktionsprozeß hat und alle anderen Einflußkomponenten zwar wichtige, aber letztlich nur 'abgeleitete' Faktoren sind: "Sozialisations- und Bildungsprozesse sind selbst nur Teil des gesamtgesellschaftlichen Lebens- und Reproduktionsprozesses, nur ein Ausdruck der bestimmten Form der gesellschaftlichen Verhältnisse ... Da die Struktur einer Gesellschaft immer bestimmt wird durch die Form, in der diese Gesellschaft sich selbst produziert und reproduziert, also durch die Form der Produktionsverhältnisse, müssen wir auch bei der Systematisierung der Konstitutionsmomente gesellschaftlichen Bewußtseins zurückgehen auf die spezifische Form der Produktion und der Stellung, die das Individuum innerhalb dieser gesellschaftlichen Organisation der Arbeit einnimmt" (Bierbaum u.a. 1977, 15). Die Analyse der Struktur der Gesellschaft schien wiederum die Aufarbeitung der von Marx vorgestellten Überlegungen zum Zusammenhang von Kernstruktur und Oberflächenerscheinungen vorauszusetzen - die Interpretation des "Kapital" sollte zugleich die Ableitung der allgemeinen Bewußtseinsformen ermöglichen: "Ein systematischer Zugang zum Bewußtsein der Produktionsagenten in der bürgerlichen Gesellschaft ist demnach nur möglich, indem ausgehend von der historisch bestimmten Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit, die innere Natur der kapitalistischen Produktionsweise sowie ihre notwendige Erscheinungsform an der Oberfläche der Gesellschaft dargestellt wird" (Projekt Klassenanalyse 1972a, 79); "für die systematische Ableitung des wissenschaftlichen Sozialismus und des Klassenbewußtseins ... ist also die Selbstverständigung über das Marxsche 'Kapital' notwendige Voraussetzung" (Projekt Klassenanalyse 1972b, 123); "an zentrale Kategorien der marxschen Kritik der politischen Ökonomie anschließend, werden dann die Abteilungen der Arbeiterklasse auf der begrifflichen Ebene der allgemeinen Untersuchung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses bestimmt und für die produktiven Lohnarbeiter die allgemeinen Bestimmungsmomente der Bewußtseinsformen abgeleitet" (Autorenkollektiv 1973, 11).

Die Ableitungen der Bewußtseinsformen der Lohnarbeiter wurden als Resultat von ökonomischen Formbestimmungen begriffen; dazu schienen zunächst weder die objektive Klassensituation noch die subjektiven Verarbeitungsformen einer näheren empirischen Klärung zu bedürfen - weil sie das 'abgeleitete' Bewußtsein ohnehin lediglich modifizieren können: "Um bestimmen zu können, wie sich im Hirn der produktiven Arbeiter ihre bestimmten sozialen Beziehungen reflektieren, haben wir nur die ökonomischen Formbestimmungen näher zu betrachten. Dabei werden allerdings alle empirisch zu

bestimmenden Einflüsse aufgrund historisch besonderer Umstände nicht aufgenommen; sie können jedoch das der objektiven Stellung entsprechende Bewußtsein lediglich modifizieren" (Projekt Klassenanalyse 1973, 220). Resultat der Ableitungen ist die Bestimmung eines widersprüchlichen Bewußtseins der Arbeiterklasse, das einerseits durch Illusionen und Mystifikationen, andererseits durch (partiell) richtige Einsichten in die Abhängigkeit der eigenen Klasse gekennzeichnet ist. Da die wesentlichen Zusammenhänge der bürgerlichen Gesellschaft aber nicht (nur?) als solche, sondern 'verkehrt' erscheinen, werden in den Köpfen der Menschen notwendig falsche (nicht durch Manipulation oder das Einwirken von Ideologie begründete) Vorstellungen produziert: "In der bürgerlichen Gesellschaft (müssen sich) die gesellschaftlichen Verhältnisse im Bewußtsein der Produktionsagenten notwendig in verkehrter Form reflektieren" (Projekt Klassenanalyse 1972a, 87). Die nähere Bestimmung des mystifizierten Bewußtseins (vgl. Autorenkollektiv 1973, 103 ff; Projekt Klassenanalyse 1973, 219 ff; von Flatow/Huisken 1973) sieht zentrale Komponenten in

- der Illusion einer vorhandenen Freiheit und Gleichheit, die ihre Grundlage in der Möglichkeit des freien Verkaufs der Arbeitskraft und der scheinbar gleichberechtigten politischen Partizipation hat
- dem Glauben an die Produktivität von Kapital, Geld, Boden und Arbeit aufgrund der Erscheinungsweise des Mehrwerts als Gewinn, der durch das Zusammenwirken der genannten Faktoren möglich ist und grundsätzlich gemeinsame Interessen ihrer Besitzer produziert (Geld erscheint z.B. als produktiv, weil es Zinsen bringt).
Das ist die Basis für
- den Irrtum, der Lohn stelle im Prinzip den Gegenwert zur erbrachten Leistung dar; eine Vorstellung, die sich bei Leistungsentlohnung besonders aufdringlich herausbildet
- der zumindest passiven Loyalität gegenüber einem Staat, der als demokratisch und mehr oder weniger sozial im Interesse der Allgemeinheit aller Staatsbürger erscheint.

Andererseits sind im Kapitalismus aber strukturelle Entwicklungen angelegt, die elementare Lebensinteressen der Arbeiter bedrohen (Arbeitslosigkeit, Zwang zum Berufs- oder Arbeitsplatzwechsel, schwankende und ungesicherte Löhne, Reduzierung des Inhaltsreichtums der Arbeit, Verlängerung des Arbeitstages, Steigerung der Arbeitsleistung, repressiver Druck auf die Arbeiter) und diese zu einem Bewußtsein ihrer abhängigen Klassenlage sowie zur solidarischen Schutzorganisation in Gewerkschaften treiben, so daß letztlich "das illusionäre Bewußtsein der wirklichen Einsicht Platz machen muß" (Projekt Klassenanalyse 1973, 249; vgl. Autorenkollektiv 1973, 168 ff). Zumindest für Zeiten florierender Konjunktur (die den Arbeitern eine individualistische Lebens-, Überlebens- und sogar Aufstiegsperspektive bieten können) wird aber davon ausgegangen, daß die Seite der 'Illusionen' dominiert, gewerkschaftliche Organisation daran prinzipiell nichts ändert und sich bei den Arbeitern bestenfalls eine auf mehr soziale Gerechtigkeit orientierte reformistische Veränderungsperspektive herausbildet: "Es kristallisiert sich eine Bewußtseinsstruktur von der gesellschaftlichen Produktion, die abgekürzt dadurch charakterisiert werden kann, daß die Vorstellungen von Leistung, (Eigentum), Freiheit und Gleichheit des Individuums als Grundlage des gesellschaftlichen Systems dominieren gegenüber den Vorstellungen und Wahrnehmungen prinzipieller ökonomischer und sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit ... Die schlechte Realität wird in dem Bewußtsein wahrgenommen, daß es notwendig ist, die noch nicht durchgesetzte soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen" (Bierbaum u.a. 1977, 49/50).

Im Zuge der Klassenauseinandersetzungen wird allerdings die Notwendigkeit der Zersetzung und Auflösung der illusionären Bewußtseinsverfassung und der Herausbildung von Klassenbewußtsein

"als Prozeß in der Bewegung der gesamten Klasse" (Autorenkollektiv 1973, 173) gesehen, wobei einer politischen Partei der Arbeiterklasse vom Projekt Klassenanalyse aber die Rolle eines "Beschleunigers" der sich ohnehin vollziehenden Bewußtseinsentwicklung zugeschrieben und die leninistische Konzeption des "Herantragens" von Klassenbewußtsein durch die in der Kaderpartei zusammengeschlossene sozialistische Intelligenz kritisiert wird (vgl. Projekt Klassenanalyse 1972b, 126 ff und Projekt Klassenanalyse 1972c, 111 ff). Für das Projekt Klassenanalyse ist klar, daß sich bei den "produktiven" Lohnarbeitern "die Tendenz des Abbaus von Vorurteilen letztendlich durchsetzen muß" (Projekt Klassenanalyse 1973, 300).

Die massenhafte Auflösung illusionärer Bewußtseinsformen hat allerdings die Krise der Ökonomie und die Zerrüttung der bürgerlichen Gesellschaft zur zentralen Rahmenbedingung: "Der naturnotwendig vor sich gehende Prozeß der Zersetzung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse und die Herausbildung des proletarischen Klassenbewußtseins" (Projekt Klassenanalyse 1972b, 127) werden in einem engen Zusammenhang gesehen: "Im offenen Aufbrechen der Diskontinuität des Reproduktionsprozesses, in der Krise, fassen sich vorangegangene allmähliche Veränderungen in den sozialen Verhältnissen und Bewußtseinsformen zusammen, zugleich wird in solchen Perioden der allgemeine Charakter des Reproduktionsprozesses durch die Auflösung von mystifizierten, verdrehten Bewußtseinsformen in Frage gestellt" (Bierbaum u.a. 1976, 88). Zugleich schwindet das Vertrauen in den Staat und die radikalisierten Vorstellungen zwingen die politischen Parteien zu größeren Versprechungen, die sie allerdings nicht einhalten können: "Mit der Erkenntnis, daß der Staat handlungsunfähig oder gar handlungsunwillig ist, schwindet jedoch auch das Vertrauen in und der Glaube an die Wundertätigkeit des Staates ... Um die Stimmen dieser Arbeitermassen hinter sich zu bringen, müssen die politischen Parteien radikalere Töne anschlagen. Sie müssen daher größere Versprechungen machen und erhalten so auch vermehrt Gelegenheit, sich vor den Wählern zu blamieren. So wiederum schärft sich das Bewußtsein bei den Massen" (Projekt Klassenanalyse 1973, 167).

Mit der allmählichen Verschiebung nach links soll es dann auch zur Ablösung reformistischer Veränderungsvorstellungen durch die Einsicht in die Notwendigkeit eines strukturellen gesellschaftlichen Wandels kommen: "Die prinzipiellen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft erscheinen immer weniger auf ihrer eigenen Grundlage korrigierbar, so daß Vorstellungen von grundsätzlicher Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur breiteren Raum gewinnen" (Bierbaum u.a. 1977, 51).

Die vorgestellten marxistischen Überlegungen halten an der im kapitalistischen System angelegten Notwendigkeit von ökonomischen Krisen fest und unterstellen den produktiven Lohnarbeitern des Kapitals aufgrund ihrer Nähe zur Produktion und ihrer unmittelbaren Krisenbetroffenheit am ehesten die Möglichkeit, Klassenbewußtsein herauszubilden. Die Herausarbeitung von in ökonomischen Systemstrukturen angelegten Bewußtseinsblockaden und der Hinweis auf objektiv (und nicht durch Manipulationen) begründete Fehleinschätzungen der Arbeiter ist ebenso wichtig wie der Nachweis der Untauglichkeit leninistischer Konzepte, die die Bildung von Klassenbewußtsein nur als (zwangsläufiges) Resultat der Agitation durch wissenschaftlich ausgebildete Kader fassen können.

Allerdings sind gegen die Methode und die Ergebnisse der 'Ableitungen' eine Reihe von Einwänden vorzutragen. Zu fragen ist, ob sich nicht über "Mystifikationen" und "Illusionen" hinaus zentrale Momente der Blockade der Einsichts- und Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse herausarbeiten lassen (die auf durchaus realistischen Einschätzungen basieren), ob nicht erst das Einbeziehen der Ergebnisse einer theoretisch angeleiteten Empirie die wirklichen Bewußtseinsstrukturen einer zu einem bestimmten Zeitpunkt real existierenden Arbeiterklasse freilegen kann und ob die in den 'Ableitungen' als zwangsläufig unterstellte Herausbildung von Klassenbewußtsein und Entfaltung von Klassenkämpfen tatsächlich in der vorgestellten Form eintreten muß.

In bezug auf mögliche Krisenreaktionen der Arbeiterklasse ist z.B. der Hinweis von v. Flatow/Huisken wichtig, daß auf der Ebene der 'logisch abgeleiteten' Oberfläche 'der bürgerlichen Gesellschaft durchaus Koalitionen unterschiedlicher Revenuequellenbesitzer gegen den Staat zur Verbesserung ihrer Konkurrenzpositionen denkbar sind (v. Flatow/Huisken 1973, 116 ff) - das häufig zu registrierende gemeinsame Agieren von Unternehmen und Arbeitern einer Branche für ihre besonderen Belange kann z.B. bei aller Radikalität des Arbeiterhandelns kaum als Ausdruck von entwickeltem Klassenbewußtsein interpretiert werden, auch wenn die Hoffnung besteht, "daß durch die Erfahrung der Resultate ihrer Aktionen auch verkehrtes Bewußtsein aufgebrochen wird" (eb. 121). Die Annahme, daß eine massenhafte Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderung der Produktionsverhältnisse erst gewonnen werden kann wenn reformistische, primär auf mehr soziale Gerechtigkeit orientierende (Verteilungs-)Ansätze gescheitert bzw. nicht mehr realistisch sind, ist durchaus plausibel. Die Frage ist aber, ob am Tiefpunkt einer einschneidenden gesellschaftlichen Zerrüttung wirklich mit aller Konsequenz die 'Eigentumsfrage' zu stellen ist und gestellt wird: nach den verlorenen Kriegen schien eine Vergesellschaftung der Produktion großen Teilen der Arbeiterklasse entweder nicht so wichtig oder gar falsch (Priorität für den Wiederaufbau und die Versorgung, Hinweis auf das Nichtvorhandensein von 'Sozialisierungsmasse'), und in der Weltwirtschaftskrise wurde eine unzumutbare weitere ökonomische Verschlechterung als Resultat befürchtet (z.B. bei Tarnows Entscheidung, lieber Arzt als Totengräber des Kapitalismus zu sein). Damit soll nicht die Möglichkeit der Bildung von antikapitalistischem Bewußtsein bestritten, wohl aber auf eine weitere Quelle des Reformismus hingewiesen werden; aus bestimmten Einsichten in die eigene abhängige Klassenlage ("aufgelöste Illusio-

nen") muß keineswegs zwangsläufig der konsequente Wille zur Aufhebung kapitalistischer Strukturen folgen und es sind nicht nur fehlende Einsichten, die eine Politik der Reformen bei gleichzeitiger Nicht-Tangierung kapitalistischer Kernstrukturen begründen (vergl. z.B. Lichte 1978, 426, 436 und Kudera u.a. 1979, 331, 373). Darüber hinaus weisen Hopf/Hopf zurecht darauf hin, daß "sich eine mechanische Interpretation des Verhältnisses von Zyklus und Klassenbewußtsein verbietet", nicht zuletzt weil eine "automatische Verknüpfung von Krise und Klassenbewußtsein an dem wichtigen Problem der Verschärfung der individuellen Konkurrenz in der Krise vorbeigeht; eine Verschärfung, die über Isolation die, Möglichkeiten des organisierten Kampfes schwächt' (Hopf/Hopf 1976, 90/91).

Aussagen zum Krisenbewußtsein der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik stoßen schnell an die Grenzen der Ableitbarkeit - die Qualifizierung des Standes der Ökonomie wie der Klassenstrukturen und Aussagen über das Bewußtsein von Arbeitern in einem bestimmten Land in einer bestimmten Phase setzen differenzierte empirische Analysen voraus (vgl. z.B. die 'Ableitungs-Kritik' des Redaktionskollektiv Klassenanalyse 1975, 147 ff).

Im folgenden sollen die Ergebnisse der explizit auf den vorgestellten marxistischen Überlegungen aufbauenden Empirie näher analysiert werden.

Bei der Auswertung der Ende 1975 durchgeführten standardisierten (Infratest-)Befragung sind Bierbaum u.a. von der die Bundesrepublik im Unterschied z.B. zu Italien kennzeichnenden "große(n) Stabilität" bei gleichzeitig "geringe(n) soziale(n) Konflikte(n)" ausgegangen und haben den Schluß gezogen, daß es gar nicht um die Untersuchung des Auflösungsprozesses des Bewußtseins und seiner politischen Vermittlungsformen gehen kann, so daß man sich "auf den Tatbestand des widersprüchlichen Bewußtseins konzentrieren" (Bierbaum u.a. 1977, 52) muß. Aus der Zustimmung bzw. Ablehnung vorgegebener Statements scheint sich in der Tat sowohl eine Fixierung auf die individuelle Leistung wie der Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit zu ergeben (vergl. eb. 77) und die Interpretation nahezuliegen, "daß das gesellschaftliche Bewußtsein der Bevölkerung von uneinheitlichen und widersprüchlichen Momenten. strukturiert ist" (eb., 107). Auch wenn die hohen Zustimmungswerten eher als Anlaß zu methodenkritischen Überlegungen (vergl. Berger 1974.) denn als verlässliche Grundlage für die differenzierteste Interpretationen erscheinen "(vergl. 'Bierbaum u.a: 1977, 80 f, 105 f), müssen einige Ergebnisse zum' Krisenbewußtsein ernst genommen werden.

Über die Krisenbetroffenheit der Befragten erfährt Man lediglich, daß sich bei 16 % das Haushalts-Nettoeinkommen verringert hat und bei 83 % keine Veränderungen zu bemerken sind (eb., 85) - auf die Reaktion von krisenbetroffenen Arbeitern wurde kein besonderes Augenmerk gerichtet. Bemerkenswert ist, daß drei Viertel der Befragten (76 %) eine zurückhaltende gewerkschaftliche Lohnpolitik wünschen (bei den 'Lohnarbeitern des Kapitals' sind es auch 73 %) und immerhin "jeder dritte den Gewerkschaften vorschlagen (würde), Arbeitsplätze auf Kosten der beschäftigten ausländischen Kollegen zu schaffen" (eb., 91). Die fast durchgängige "Zustimmung zu den reaktionären und illusionären

Parolen" (eb., 101 f) wie den Forderungen nach einem starken Politiker, der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung, der Betonung von Leistung und Sparsamkeit und einer härteren, an den nationalen Interessen orientierten Außenpolitik wird durch die ebenfalls hohe Zustimmung zu liberalen Statements zwar relativiert, signalisiert aber die Gefahr einer massenhaften Anfälligkeit für autoritäre politische Programme; denkbar wird, "daß soziale Unsicherheit und Enttäuschung als Vehikel für reaktionäre politische Intentionen benutzt werden" (eb., 106). Die Befunde der Untersuchung geben kaum Anlaß zu der von den Autoren geäußerten Hoffnung, daß "die Empfänglichkeit großer Teile der Arbeiterklasse für autoritäre Parolen nur eine Durchgangsstufe im Gang der Bewußtseinsentwicklung ist" (Bierbaum u.a. 1976, 101)., Die große Zufriedenheit mit der 'sozialen Marktwirtschaft' (von 83 % als "das beste aller Wirtschaftssysteme" akzeptiert, vergl. Bierbaum u.a. 1977, 68) und die geringe Krisenbetroffenheit konstituieren Ende 1975 eher die "Einschätzung, daß die politischen Verhältnisse insgesamt nicht erschüttert sind, so daß eine prinzipielle politische Neuordnung nicht notwendig erscheint" (eb., 106). Die Untersuchung kommt insgesamt zu dem Befund einer dominierenden "illusionären" Bewußtseinsverfassung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik: "Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren schrittweisen Unterminierung der Dominanz bürgerlicher Werte bringt die von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgelöste breite Verunsicherung nicht den Übergang zu einer veränderten Wertorientierung, sondern unter dem Einfluß konservativer Propaganda eine illusionäre Bewußtseinsverfassung hervor: man hofft, daß die faktisch überlebte wirtschaftliche und soziale Konjunktur durch die auf die unverfälschte Marktwirtschaft orientierten Kräfte wieder hergestellt werden kann" (eb., 188).

Die völlig anders lautenden empirischen Ergebnisse der Berliner Forschergruppe, die auf einer Reihe von 1978 durchgeführten Gruppendiskussionen basieren (Herkommer u.a. 1979), sind doppelt problematisch. Zum einen ist das methodische Vorgehen äußerst bedenklich, zum anderen ist der Status der Abhandlungen zum Zusammenhang von Krise und Alltagsbewußtsein nicht immer eindeutig geklärt. Die Beschreibung des Denkens der Arbeiter erfolgt mit Hilfe der Zusammenstellung von Zitaten aus mehreren Gruppendiskussionen (wohl überwiegend Äußerungen von gewerkschaftlichen Funktionsträgern) und greift entschieden zu kurz: gerade das zu untersuchende Bewußtsein des "normalen" Arbeiters der betrieblichen Basis in seinen Offenheiten und Widersprüchlichkeiten kann nicht erfaßt werden, wenn man "eine systematische Struktur des Bewußtseins von Lohnabhängigen" (eb., 9) zusammenstellt. An einigen Stellen des Berichtes weisen lediglich Zitate aus den Gruppendiskussionen darauf hin, daß es sich bei den 'systematischen' Ausführungen um die empirisch gesicherte Darstellung der Bewußtseinsverfassung der Arbeiterklasse der Bundesrepublik am Ende der 70er Jahre handeln soll.

Herkommer u.a. kommen zu dem Ergebnis, daß sich (im Unterschied zur Untersuchung von 1975) "mit wachsender Diskontinuität der ökonomischen Entwicklung und den entsprechend sich verschärfenden sozialen Folgewirkungen realistischere Vorstellungen der Lohnabhängigen von der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihres zukünftigen Entwicklungsganges (entwickeln)" (eb., 203). In den Gruppendiskussionen hat sich "gezeigt, daß die Veränderungen im Gesellschaftsbewußtsein der Lohnabhängigen einhergehen mit der Verstärkung gewerkschaftlicher Aktivität und Umorientierung gewerkschaftlicher Strategien" (eb., 138). Bei den Arbeitern wird der Wille zur verstärkten Solidarität und zur eigenen Aktivierung ausgemacht, die in der Stoßrichtung auf eine Veränderung des kapitalistischen Systems selbst zielt: "Heute dagegen haben sich die Bedingungen für die Stärkung des gemeinsamen Handelns aller Lohnabhängigen verbessert" (eb., 209). "Es wächst daher das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Stärkung der gewerkschaftlichen Solidarität an der Basis. Nur über das gemeinsame Handeln und das Selbstaktivwerden kann eine an den eigenen Interessen

ausgerichtete Lösung der sich zuspitzenden sozialen Konflikte erfolgen ... Die Lohnabhängigen orientieren sich nicht mehr primär auf eine nachträgliche Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in der Produktion, sondern bei der Diskussion um die Lösung der gegenwärtigen sozialen Probleme tritt schrittweise eine Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsstrukturen selbst stärker in den Vordergrund, sowie die Notwendigkeit der Umstrukturierung aller anderen, abgeleiteten Lebensbereiche auf dieser Grundlage" (eb., 134/135). Daran wird deutlich, daß die "Illusionen" von 1975 weitgehend überwunden und - auf der Basis der Krise - Ansätzen einer antikapitalistischen Klassenperspektive gewichen sind. "Erst auf der Basis wachsender Diskontinuität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erhält das Bewußtsein der Lohnabhängigen eine den allgemeinen Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst in Frage stellende Qualität. Es entwickelt sich ein Bewußtsein von der Notwendigkeit der Umgestaltung der gesellschaftlichen Form der Produktion selbst durch bewußte Eingriffe in die blind wirkenden Gesetze der Kapitalakkumulation, um die sozialen Probleme in allen Bereichen der Gesellschaft überhaupt lösen zu können ... Die Vorstellungen von einer grundsätzlichen Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zur Lösung der sozialen Konflikte und Widersprüche gewinnen breiteren Raum. Es geht nicht mehr nur um Kritik einzelner Seiten der sozialen Gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft" (eb., 207, 206).

Allerdings weisen die Autoren darauf hin, daß "die Veränderungen im Bewußtsein der Lohnabhängigen nicht als homogener Entwicklungsprozeß gefaßt werden (können)" (eb., 208). Zugegeben wird auch eine gewisse "Unsicherheit" über die strategischen Perspektiven, und "die Offenheit, Unbestimmtheit" des ausgemachten Prozesses der Politisierung wird durchaus registriert: "Das Bewußtsein verstärkter Notwendigkeit von Selbsttätigkeit geht einher mit der Unsicherheit, wie und in welcher Richtung man denn aktiv werden soll. Die Unsicherheit und das tastende Suchen, das beim Umbruch der gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnisse die gewerkschaftliche Strategiediskussion charakterisiert, kennzeichnet auch das Alltagsbewußtsein der Lohnabhängigen" (eb., 251); "der Politisierungsprozeß, der sich in unseren Diskussionen widerspiegelt, verläuft deshalb zögernd und tastend; es ist quasi mit den Händen zu greifen, wie noch ungewohnt dieses Terrain erscheint. Irgendwelche fertigen Lösungen hat keiner zu bieten und eine zwingende, eindeutige Stoßrichtung des Prozesses der Veränderung- kann nicht formuliert werden. Man weiß, daß die Gewerkschaften selber erst am Anfang eines neuen Weges angelangt sind. Die Offenheit, Unbestimmtheit dieses Politisierungsprozesses hat aber noch weitere Hintergründe ..." (eb., 257).

An dieser Stelle soll nicht der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die jeweiligen empirischen Befunde und der konstatierte Umschwung im Bewußtsein auf die jeweils eingesetzten Methoden zurückführen lassen; die vorgenommenen Einschätzungen des Arbeiterbewußtseins in der Bundesrepublik am Ende der 70er Jahre führen zu einer Reihe von kritischen Einwänden, die ihrerseits Anforderungen an eine differenzierte Empirie konstituieren.

Auf der Ebene der Krisenrealität und der Krisenerfahrung bleibt (immer noch) zu fragen, wieweit denn überhaupt die gesellschaftliche 'Zerrüttung' und 'Diskontinuität' fortgeschritten ist und wie sie von identifizierbaren Arbeitern erfahren und wahrgenommen wird; es wäre zu überprüfen, ob es in der Krise zu der von Herkommer u.a. behaupteten durchgängi-

gen Tendenz zur Steigerung der Leistungsanforderungen und zur Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung der Arbeitszeit kommt (Herkommer u.a., 1979, 194) oder ob umgekehrt möglicherweise von den Arbeitern auch eine Reduktion der Leistungsanforderungen z.B. im Gefolge von Kurzarbeit und Unterauslastung, festgestellt wird.

Offen ist auch die Frage der krisenbedingten Veränderungen des Verhältnisses von Konkurrenz und Solidarität unter den Arbeitern: kann man wirklich davon ausgehen, daß sich "den Lohnabhängigen das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer entschlosseneren gemeinsamen Interessenvertretung gegenüber dem Kapital" (eb., 201) aufdrängt - oder führen die stärkeren individuellen Ängste und die durch die' Krise geschwächte Position der Arbeiterbewegung eher zu einer Entsolidarisierung und Handlungsunfähigkeit der Arbeiterschaft (vergl. z.B. Lichte 1978)? Entwickelt sich mit der Verschärfung der Krise wirklich eine realistische Einsicht in die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen und Krisenursachen mit der Folge einer "Tendenz im Bewußtsein der Lohnabhängigen, die Logik dieser Produktion selbst über das gemeinsame Handeln und die Stärkung gewerkschaftlicher Solidarität an der Basis zu verändern" (eb., 247) - oder geht die eher als Resultat weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten verstandene und als (individuell) bewältigbar begriffene Krise (vergl. z.B. Abendroth u.a. 1979, 503, 647) einher mit der "erfahrenen Hilflosigkeit und Zersplitterung der Arbeiter, (die) nicht zu einer Ablösung, sondern eher zu einer Verstärkung Verbindung an den Staat und die regierende SPD führt" (Zeuner 1977, 27)? Darüber hinaus kann das Hoffen auf bzw. Fordern von 'marktwirtschaft-immanenten' Krisenlösungen (Kudera u.a. stellen z.B. 1974 fest, "daß die Forderungen an den Staat insgesamt systemimmanent bleiben", vergl. Kudera u.a. 1979, 310, 317) ausgesprochen realistisch und keineswegs Ausdruck von "Illusionen" sein, wobei möglicherweise neben der fehlenden Vorstellung realisierbarer gesellschaftlicher Alternativen (auch angesichts der Diskreditierung des 'realen Sozialismus') die lohnarbeiterspezifische Bindung an den Betrieb die zentrale Rolle spielt. Kann nicht das von Popitz/Bahrtdt u.a. konstatierte Interesse am Wohl des eigenen Betriebes, das in der Krise verbreitete ¹⁾Verständnis", die "Einsicht, ja besorgte Teilnahme für die sich nun einmal ergebenden wirtschaftlichen Komplikationen" (Popitz u.a. 1957, 107) die Basis für prokapitalistische Krisenlösungsvorstellungen auch im Interesse der Arbeiter sein? Daß eine "antikapitalistische" Krisenlösungsperspektive auf der Ebene des Einzelbetriebes entweder als kaum möglich (wegen realer Pleite) oder als kaum durchsetzbar (strukturell schwache Stel-

lung des Betriebsrates-gegenüber der Geschäftsleitung oder des Betriebes im Gesamtkonzern) erscheint und daß auf dieser Ebene das unmittelbare Beschäftigungsinteresse bis hin zur Entwicklung von Verständnis für Teilentlassungen und Betriebsratsaktivitäten zur Auftragsverbesserung reichen kann, ist in der Literatur schon mehrfach angedeutet worden (Lichte 1978, Hildebrandt 1977).

Die große Bereitschaft zur Unterstützung autoritär-nationalistischer Parolen kann wohl weder als 'Durchgangsstadium' und schon gar nicht als 'abgelöst' gelten: Gibt es möglicherweise autoritär-nationalistische Krisenlösungsvorstellungen, die sich zumindest vordergründig so weitgehend mit den eigenen materiellen Interessen decken (vergl. Esser u.a. 1978, 130), daß sie von der Arbeiterschaft nicht nur im Falle von harten Vorgaben bejaht, sondern aus eigenen Überlegungen heraus (durchaus 'oberhalb' der Ebene der Charakterstruktur) artikuliert werden, ohne daß dadurch andere (pro- oder antikapitalistische) Vorstellungen aufgehoben und eingeebnet werden?

Insgesamt lassen sich erhebliche Zweifel an der Tragweite und empirischen Fundierung der von den an marxischen Kategorien festhaltenden Sozialwissenschaftlern vorgestellten Aussagen zum Arbeiterbewußtsein in der Bundesrepublik anmelden. Auf der Ebene der 'theoretischen Ableitungen', die auf: die Interpretation des "Kapital" von Marx zurückgreifen, gelingt zwar die Begründung des zentralen Zusammenhangs von sozialem Sein und gesellschaftlichen Bewußtsein und die Darstellung von die Klasseneinsicht hemmenden und fördernden Tendenzen sowie einer möglichen Bandbreite von Bewußtseinslagen, aber die nähere inhaltliche Bestimmung des Arbeiterdenkens entzieht sich ebenso der 'systematischen Ableitung' wie der Aussagewert bestimmter Kategorien (z.B. von "Identifikation" und "Gleichgültigkeit") und Prophezeiungen (letztendliche antikapitalistische Einsicht und massenhafter Klassenkampf) zweifelhaft bleibt. Die vorgelegten empirischen Studien weisen erhebliche methodische Probleme und interpretative Überzeichnungen auf, die weder die Existenz einer eindeutig "illusionären" Bewußtseinsverfassung im Jahre 1975 noch die Auflösung der Illusionen und einen 'Umschwung zu verstärktem Klassenbewußtsein im Jahre 1978 überzeugend nachweisen können. Die Analyse des Krisenbewußtseins der Industriearbeiter muß durch weitere differenziert ansetzende, methodisch ausgewiesene empirische Studien fundiert werden.

c) Beiträge zur Diskussion um das Krisenbewußtsein der Arbeiter zu Beginn der 80er Jahre

Am Anfang der 80er Jahre ist die Diskussion um das Krisenbewußtsein und -verhalten der Arbeiterschaft vor allem durch theoretische und empirische Beiträge gekennzeichnet, die - unter dem Eindruck der relativen Stabilität des 'Modell Deutschland' auch nach 6 Jahren Massenarbeitslosigkeit - die Entwicklungsmöglichkeiten von Klassenbewußtsein in der Krise eher skeptisch beurteilen und um Beiträge zur Erklärung der anhaltenden entpolitisierten Passivität der Arbeiterbewegung bemüht sind. Sozialistische Kritiker, die 1972 noch auf eine schnelle Überwindung der SPD-Bindung der Arbeiterklasse gehofft hatten, mußten 1980 eine erstaunliche politische Stabilität konstatieren: "Tatsache ist aber, daß trotz schwerer ökonomischer Krise, Massenarbeitslosigkeit, Abbau von Teilen des 'Sozialstaats', Rücknahme von 'inneren Reformen' etc. keine politische Krise - geschweige denn eine gesellschaftliche - offen ausgebrochen ist, stattdessen ist die politische und soziale Krisenverarbeitung als 'Modell Deutschland' beispielhaft geworden" (Redaktion der Prokla 1980, 4; vergl. Esser u.a. 1978, 130). Insbesondere die Weltmarkterfolge des BRD-Kapitals werden als Rahmenbedingung einer "Interessenharmonie zwischen Kernbelegschaften, Einzelgewerkschaften und Einzelkapitalen" gesehen; die mit Einschränkungen für die Arbeitnehmer verbundene staatliche Modernisierungspolitik "stützt sich darauf, daß der zentrale gesellschaftliche Konsens durch sie noch nicht gefährdet wird, sondern eher 'Randgruppen' betroffen sind, die keinen organisierten Widerstand entwickeln" (Redaktion der Prokla 1980, 6). Diese Beschreibung der Lage, die selbstkritische Rede von der "Krise des Marxismus" und der "Krise der Linken" sowie die Wahrnehmung der möglichen Herausbildung einer "im 'Modell Deutschland' 'amerikanisierte(n)' Gewerkschaftsbewegung" erinnern stark an Offes 'Disparitätenthese' - sie werden aber nicht theoretisch überhöht, sondern angesichts der Brüchigkeit der ökonomischen Basis mit der Frage verbunden, "welche ökonomischen und gesellschaftlichen Tendenzen den gesellschaftlichen Kern tangieren könnten" (eb., 7).

Während diese Argumentation unterstellt, daß der Kern der Arbeiterklasse von der Krise noch weitgehend unberührt geblieben ist (und damit die Hoffnung auf eine krisenbedingte Radikalisierung offen läßt), wird bei Esser u.a. die Passivität der einschneidend krisenbetroffenen saarländischen Stahlarbeiter zum erklärungsbedürftigen Problem (Esser u.a. 1979, 87). Der widerstandslos hingegenommene Abbau einer Vielzahl von Arbeitsplätzen provoziert die auch durch das Ansprechen möglicher theoretischer Klärungsansätze (Individualisierung und

Konkurrenz unter den Arbeitern, Sicherheitsinteresse, Integration der Gewerkschaften, Staatsfixierung) nicht beantwortete Frage "wie es geschieht, daß die Gewerkschaften systemeffiziente Sanierungsstrategien mittragen können, ohne ihre Basislegitimität ernsthaft zu gefährden" (eb.). Während Esser u.a. 1979 noch davon ausgegangen sind, daß ein gewerkschaftlicher Weg der konsequenten Opposition sowohl Arbeitsplätze als auch Gewerkschaftsmitglieder erhalten würde (eb.), kamen sie nach einer Analyse der Kämpfe französischer und englischer Stahlarbeiter zu der Einschätzung, daß auch "monatelange Arbeitskämpfe mit hohen persönlichen Opfern kein besseres Ergebnis hervorbringen als das von kooperationsbereiten Gewerkschaften ohne diesen Aufwand ausgehandelte" (Esser/ Fach 1980, 61). Hier wird deutlich, daß z.B. die Einschätzung der Begrenztheit eigener Abwehrchancen in das Kalkül auch der Arbeiter eingegangen sein kann und eine klare Analyse der Verhältnisse keineswegs zu radikalem Handeln führen muß. Die Komplexität der Probleme verweist auf die dringende Notwendigkeit einer differenzierteren empirischen Klärung: Ist die politische- Stabilität des "Modell Deutschland", ist die Bildung eines selbst noch einmal widersprüchlichen Blocks aus Staat, Unternehmern und Gewerkschaften zur Sicherung insbesondere der exportabhängigen Arbeitsplätze (eb., 58) nicht nur herrschaftsbegründende Politik "von oben", sondern auch Ausdruck eines Arbeiterdenkens, das trotz der Krisentendenzen seine Interessen im Rahmen der kooperativen Politik des Klassenkompromisses immer noch eher realisiert sieht als in (möglicherweise perspektivlosen) Kampffaktionen?

Inzwischen hat ein bewußtseinstheoretisch anspruchsvolles und empirisch sehr aufwendiges Forschungsprojekt, das die Orientierungen (Arbeits-, Lohn-, Interessen- und Staatsorientierung), Gesellschaftsbilder und typischen Deutungsmuster der Arbeiter in ihrer krisenbedingten Veränderung erfassen will (Zoll u.a. 1980), erste Zwischenergebnisse zur Krisenbetroffenheit und Krisenwahrnehmung vorgelegt (Zoll 1981). Die Befragungen wurden (2 Jahre nach unseren Erhebungen) 1979/80 in 5 Betrieben durchgeführt; in der ersten Auswertung wurde zwar weitgehend auf eine quantifizierende Darstellung und auf Interpretationen der Befunde verzichtet, aber die vorgestellten Äußerungen der Befragten geben doch nähere Aufschlüsse über die Beurteilung der Krise an der betrieblichen 'Basis'. Die von Zoll u.a. festgestellte Diskrepanz zwischen objektiver Krisenbetroffenheit und der subjektiven Wahrnehmung der Krise (eb., 119 ff) verweist auf die Notwendigkeit der Problematisierung des sozialwissenschaftlichen Krisenbegriffs: weder statistische Indikatoren noch spezifische

"Betroffenheiten" müssen zur Folge haben, daß die Arbeiter eine ökonomische Situation als für sie selbst bedrohliche 'Krise' sehen, wahrnehmen und analysieren. Auf der Ebene der Diskussion möglicher Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zeichnet sich auch bei Zoll u.a. eine mit verschiedenen Inhalten verbundene "Staatsfixierung" ab, während kollektive Aktivitäten der Arbeiter kaum in den Blick geraten¹ (eb., 168 ff).

Festgehalten werden kann eine sich unter dem Eindruck anhaltender Massenarbeitslosigkeit seit Ende der 70er Jahre abzeichnende Tendenz zur realistischen Einschätzung des 'Arbeiterbewußtseins in der Wirtschaftskrise'; Ansätze zur Erklärung der weitgehend passiven Hin- nahme der Krise durch die Hauptbetroffenen und die Suche nach Ansatzpunkten für aufklä- rerische Interpretationen und mobilisierende Handlungsangebote sind allerdings auf diffe- renzierte empirische Untersuchungen angewiesen.

¹ Da die Studie von Zoll u.a. nach unserer Untersuchung begonnen und erst vorläufige Auswertungen vorgelegt hat, soll an dieser Stelle keine differenziertere Auseinandersetzung mit ihr erfolgen. Erste einleuchtende Punkte der Kritik hat Birgit Mahnkopf formuliert (Mahnkopf 1982).

2. Auswertungsansatz

Ein Ziel unserer Untersuchung über "Rationalisierung, Krise und Arbeiter" auf den Werften (Schumann u.a. 1982) bestand darin, einen empirisch fundierten Beitrag zur Diskussion um das 'Krisenbewußtsein' der Arbeiter zu leisten. Die differenzierte Analyse der objektiven Krisenauswirkungen sowie der subjektiven Krisenwahrnehmung, Krisenanalyse und Krisenreaktion von Werftarbeitern soll zur Klärung z.B. der Fragen nach der Einschätzung

- der mit der Krise verbundenen Interessenverletzungen und Gefährdungen
- der klassenspezifischen Verteilung von Krisenlasten
- der Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen sowie des eigenen Anspruchsniveaus
- der Ursachen der Krisenentwicklung sowie
- der Krisenlösungsmöglichkeiten, der eigenen Lösungsbeiträge sowie der Rolle von Betriebsrat, Gewerkschaft und Staat

durch die Arbeiter dienen. Damit wird zugleich eine Grundlage für Interpretationen geschaffen, die sich auf das Verhältnis der Arbeiter zu den Gewerkschaften (Krise der kooperativen Politik, Legitimationskrise?) und zum Staat (Staatsfixierung, Legitimationskrise?) beziehen.

Der Ausgangspunkt unserer Analyse des Krisenbewußtseins der Werftarbeiter ist die Frage nach dem Grad und den Formen von Krisenbetroffenheit. Dafür erscheint es uns zunächst notwendig, die konkrete Krisenbetroffenheit der Belegschaft der beiden von uns untersuchten Werften möglichst genau vorzustellen; die reale Beschäftigungsperspektive und die bisherigen innerbetrieblichen Auswirkungen der Krise werden deswegen im einzelnen auch in den Differenzen zwischen beiden Untersuchungsbetrieben beschrieben.

Auf der Basis dingfest gemachter Krisenerfahrung fragen wir nach der Wahrnehmung der Krisenbetroffenheit und analysieren die Situationseinschätzung durch die Arbeiter selbst. Ist die "Werftkrise", die seit 1975 für den Schiffbau konstatiert wurde, auch in den Augen der Werftarbeiter eine Krise und wenn ja, mit welchen Implikationen und welcher Dramatik? Wir

unterscheiden dabei einerseits zwischen der Bedrohung der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Einschätzung der innerbetrieblichen Auswirkungen der Branchenkrise.

In bezug auf die Beschäftigungsperspektive heißt dies vor allem zu untersuchen, ob und unter welchen Bedingungen (Betriebssituation, Berufssituation, eigenes Arbeitsverhalten) der Arbeitsplatz als gefährdet gilt und die Entlassung einkalkuliert werden muß. Wenn diese Bedrohung gesehen wird, so ist zu fragen, wie man damit umgeht: Bricht die gesamte Beschäftigungsperspektive zusammen oder erscheint es denkbar, durch einen Betriebs-, Branchen- oder auch Regionswechsel einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen? Zu welchen Einschränkungen und zu welchen Opfern ist man bereit?

Auch wenn die Werftarbeiter davon ausgehen, daß ein Verlust ihres Arbeitsplatzes weitgehend mit dem Zusammenbruch ihrer gesamten Beschäftigungsperspektive verbunden ist, gilt es zu klären, welche Bedrohung in der Arbeitslosigkeit gesehen wird. Liegt in ihr noch jene existenzielle Gefährdung und generelle Verunsicherung in einer Assoziationskette zum Massenelend und zur Hungersnot der großen Krise 1929, oder hat Arbeitslosigkeit aufgrund der staatlich organisierten sozialen Abpufferung einen Teil ihres Schreckens verloren und erscheint als ein individuell lösbares Problem? Tritt das Bewußtsein des Klassengegensatzes in der Krise trotz der 'abgepufferten' Bedrohung scharf ins Bewußtsein oder machen die Arbeiter keine klassenspezifische Krisenbetroffenheit aus?

In bezug auf die betrieblichen Auswirkungen der Krise interessiert uns zunächst, ob es in der Krise zu der durchgängigen Tendenz zur Steigerung der Leistungsanforderungen und zur Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung der Arbeitszeit kommt oder ob umgekehrt möglicherweise von den Arbeitern auch eine Reduktion der Leistungsanforderungen z.B. im Gefolge von Kurzarbeit und Unterauslastung festgestellt wird.

Danach untersuchen wir die Frage der krisenbedingten Veränderungen des Verhältnisses von Konkurrenz und Solidarität unter den Arbeitern: Kann man von einer Tendenz zu vergrößerter Solidarität ausgehen, oder führen die stärkeren individuellen Ängste und die durch die Krise geschwächte Position der Arbeiterbewegung zur Entsolidarisierung und auch zur weitgehenden Handlungsfähigkeit der Arbeiterschaft?

Eine weitere zentrale Frage ist die nach der krisenbedingten Veränderung des Anspruchsniveaus der Arbeiter: Bleiben die von der anhaltend guten Konjunktur geprägten Ansprüche und Forderungen konstant - oder werden in der Krise die eigenen Ansprüche an die Arbeitsbedingungen, die Lohnhöhe und damit die Erwartungen gegenüber der eigenen Interessenvertretung reduziert?

Zur näheren Analyse der Krisenreaktion der Arbeiter untersuchen wir zunächst die Krisenerklärung und danach die Krisenlösungsperspektiven. Wir fragen nach den Ansätzen, die die Werftarbeiter zur Erklärung der Krisenursachen entwickeln: Gibt es bei den Arbeitern überhaupt eine Erklärung der Krise und wenn ja, werden dann die ökonomischen Probleme als Resultat quasi-naturhafter Zwangsbewegungen analysiert, mit Hilfe von ökonomischen Kategorien beschrieben oder aus Ausdruck kapitalistischer Strukturen und Profitinteressen gesehen?

Danach sollen die Krisenlösungsperspektiven der Werftarbeiter herausgearbeitet werden. Dabei ist es für uns eine offene, empirisch zu klärende Frage, in welcher Form in der Arbeiterschaft prokapitalistische Krisenlösungsvorstellungen bestehen und ob bzw. an welchen Punkten sich Ansatzpunkte für antikapitalistische Krisenlösungsperspektiven ergeben. Über die Untersuchung der betrieblichen Krisenabwehrperspektive der Belegschaft und des Betriebsrates hinaus stellt sich die Frage nach den Vorstellungen von einer gewerkschaftlichen Schutzpolitik. Sehen die Arbeiter überhaupt die Möglichkeit der Gewerkschaft zur Krisenabwehr? Wieweit reicht die "eigene Kraft", und wann wird die Problemlösung denn doch an den Staat überwiesen? Besteht die Bereitschaft zur Unterstützung gewerkschaftlicher Aktionen? Diese Fragen sind der nach dem spezifischen Inhalt und der Form von Gewerkschaftspolitik ("kooperativ" versus "konfliktorisch") durchaus vorgelagert. Findet die auf friedliche Einigung und Klassenkompromiß mit dem Kapital ausgerichtete "kooperative" Politik der Gewerkschaften im Gefolge verringerter Verteilungsspielräume die Zustimmung der krisenbetroffenen Werftarbeiter?

Schließlich soll .unter dem Aspekt der von den Arbeitern vorgetragenen Krisenlösungsvorstellungen auch nach ihrem Staatsverständnis gefragt werden, gerade weil ja das "Staatsbewußtsein" die zentrale Größe aller Überlegungen zu den "Grenzen der Massenloyalität" ist. Gilt der Staat als zentrale Krisenlösungsinstanz, werden Grenzen seiner Handlungsfähigkeit

gesehen, gibt es Hinweise auf autoritär-nationalistische und antikapitalistische Krisenlösungsansätze oder dominieren Vorstellungen, die im Rahmen marktwirtschaftlicher Regelungen verbleiben?

Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefaßt und im Hinblick auf die dargelegten wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen interpretiert. Dabei gehen wir auch noch einmal der Frage nach der Geschlossenheit und Konsistenz des Arbeiterdenkens nach: Gibt es durchgängige und durchgehaltene Interpretationsraster, gibt es z.B einen Zusammenhang zwischen der Einsicht in den Klassengegensatz und spezifischen Krisenlösungsvorstellungen oder sind sowohl die analytischen wie strategischen Orientierungen eher offen und widersprüchlich und ohne 'systematischen' Bezug aufeinander? Gibt es einen Zusammenhang zwischen der spezifischen betrieblichen Betroffenheit oder der Berufsgruppenzugehörigkeit und dem 'Krisenbewußtsein'?

Den folgenden Ausführungen liegt die qualitative Auswertung des "Krisenteils" von 119 thematisch strukturierten Intensivinterviews mit Werftarbeitern aus zwei Großbetrieben (homogene Arbeitsgruppen von Rohrschlossern, Schiffbauern und Schweißern in "Umstellungsbereichen") zugrunde. Expertengespräche und Datenerhebungen in den Betrieben sowie Sekundäranalysen bilden die Basis für die Darstellung der objektiven Krisenbetroffenheit der Belegschaften. Die mit einem Teil der Befragten durchgeführten Gruppendiskussionen haben die bei den Interviews und ihrer Auswertung gewonnenen Eindrücke weitgehend bestätigt; sie erwiesen sich ebenso als nicht systematisch auswertbar wie einige während der Projektarbeit im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit durchgeführte Seminare. Die Interviews wurden Ende 1977 und Anfang 1978 in den beiden Werftbetrieben während der Arbeit durchgeführt, vollständig vom Tonband abgeschrieben und nach der Entwicklung der Auswertungsschemata von Ende 1979 bis Anfang 1981 ausgewertet. Die Bildung der Auswertungskategorien erfolgte in einem zeitaufwendigen Prozeß der wechselseitigen Annäherung von theoretischen Vorüberlegungen und dem Denken der Arbeiter "am Material" (durch eine Vielzahl von Probeauswertungen); dieses Vorgehen sollte ein "Durchfallen" der Arbeiterüberlegungen durch ein zu abstraktes theoretisches Netz verhindern und eine vergleichbare analytische Erfassung des Bewußtseins ermöglichen. Die Auswertung erfolgte nach Themenkomplexen, in die alle relevanten Interviewpassagen (unabhängig von der jeweiligen "Stelle") einbezogen wurden; jedes Interview wurde nach analytischen Gesichts-

punkten umdiktiert und eingestuft, bevor Gruppenbildungen erfolgten (nähere Ausführungen zur Methode und Durchführung der Untersuchung in: Schumann u.a. 1982, 39 ff).

B. Die Auswirkungen der Werftkrise für die Arbeiter

Im Zuge des Einbruchs bzw. der Umstrukturierung der Nachfrage nach Schiffen und der Rationalisierungen in den Werften ist die Zahl der im Schiffbau der Bundesrepublik beschäftigten Arbeiter und Angestellten erheblich zurückgegangen. Von 1970 bis 1978 gingen in der Werftindustrie über 15.000 oder fast 20 % der Arbeitsplätze verloren; davon allein 13.000 zwischen 1976 und 1978. D.h. zum Zeitpunkt unserer Studie war ein zumindest vorläufiger Höhepunkt der Werftkrise.

Die Auswirkungen der Krise auf die Werftbelegschaften gingen jedoch über die Bedrohung der Beschäftigungssicherheit hinaus und waren je nach der betrieblichen Situation und der spezifischen Unternehmenspolitik unterschiedlich.

Tab.1: Beschäftigungsentwicklung im Schiffbau der Bundesrepublik¹

Jahr	abs.	1970 = 100
1970	80.424	100
1971	80.221	99,7
1972	77.764	96,7
1973	73.629	91,6
1974	75.002	93,3
1975	77.982	97,0
1976	74.428	92,5
1977	69.701	86,7
1978	64.898	80,7
1979	59.254	73,7

¹ Quelle: VDS, Deutscher Schiffbau 1979

1. Die Krisenfolgen in Werft A

In der Werft A war von 1970 bis 1977 ein stetiger Belegschaftsabbau festzustellen. 906 Arbeiter und 190 Angestellte von insgesamt ca. 5.000 Beschäftigten verließen in diesem Zeitraum die Werft, was bedeutete, dass fast jeder vierte Arbeiter- und jeder fünfte Angestelltenarbeitsplatz vernichtet worden ist. Ein von der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat getragenes Konzept sah zudem einen weiteren Belegschaftsabbau auf 3.500 Beschäftigte bis zum Herbst 1978 vor.

Die Maßnahmen zur Reduktion der Belegschaft durch Frühverrentung von älteren Arbeitnehmern, Nichtbesetzung von freiwerdenden Stellen und Kündigung von Einzelpersonen wurden deshalb zum Zeitpunkt unserer Befragung durch eine Entlassungswelle (bis zu 49 Beschäftigte pro Monat) verschärft, an deren Ende zunächst eine vom Konzern garantierte Festschreibung des Belegschaftsstandes stehen sollte. Allerdings wurde auch eine endgültige Betriebsstillegung nicht mehr ausgeschlossen.

Tab.2: Belegschaftsentwicklung in Werft A¹

Jahr	Gesamt-Summe	Belegschaft	Arbeiter	davon	Auszubild.	ausl. Arb.
		Index 1970=100		Angestellte		
1970	5.045	100	3.733	948	364	295
1971	5.368	106	3.977	953	438	522
1972	5.035	100	3.769	851	514	409
1973	4.772	95	3.595	824	353	304
1974	4.744	94	3.514	810	359	262
1975	4.789	95	3.577	887	350	239
1976	4.534	90	3.336	872	326	210
1977	4.104	81	3.071	763	269	178

¹ Quelle: Angaben des Personalbüros der Werft A

Bis zum Zeitpunkt unserer Untersuchung hatten sich die Kündigungen vor allem auf die "Randbelegschaft" und einzelne Personen konzentriert; die Kerngruppen der Produktion wurden nur begrenzt getroffen. Bei den in die Untersuchung einbezogenen Berufsgruppen der Schweißer und Schiffbauer gingen zwischen 1970 und 1977 nur etwa 10 % der Arbeitsplätze verloren. Die Rohrschlosser allerdings, obwohl durchaus auch zur Stammebelegschaft gehörig, mußten allein in den Jahren 1976 und 1977 eine Reduktion von 20 % der Arbeitsplätze hinnehmen, wobei sich bei ihnen freilich Krisenfolgen mit der innerbetrieblichen Rationalisierung des Rohrschlosserbereichs überlagerten.

Tab. 3: Beschäftigte in Werft A nach ausgewählten Berufsgruppen¹

Jahr	Schiffbauer		Schweißer		Rohrschlosser	
	abs.	=100%	abs.	=100%	abs.	=100%
1970	499		524			
1971	497		627			
1972	485		454			
1973	463		496			
1974	453		476			
1975	459	100	549	100	294	100
1976	454	99	533	99	242	82
1977	441	96	478	87	236	80

Der Betriebsrat hatte dem Krisenkonzept der Geschäftsleitung nur unter der Maßgabe zugestimmt, daß alle Fremdfirmen die Werft verlassen und die Arbeit auf die Stammebelegschaft zurückverlagert wird. So wurde im Jahre 1977 das auf der Werft tätige Agenturpersonal (166 Arbeitnehmer) vollständig abgebaut.

Überstunden waren zum Befragungszeitpunkt nur noch als Ausnahmeregelung im Reparaturbereich möglich, während sie für das Gros der Belegschaft gänzlich abgebaut wurden. Dies hatte für viele Arbeiter einschneidende Folgen: Lohneinbußen zwischen 300 und 500 Mark pro Monat sind wegen der zuvor üblichen hohen Überstundenanteile durchaus typisch; Lebensstandard und laufende Finanzierungen werden davon erheblich beeinträchtigt.

¹ Quelle: Angaben des Personalbüros der Werft A

Die Bedeutung dieser Einkommensreduktion wird von einem Schiffbauer sehr plastisch dargestellt:

"Überstundenabbau, das macht 300 bis 400 Mark aus. Ob ich 1300 Mark verdiene oder ich habe 1700 Mark verdient. Ob ich jeden Tag zwei Stunden mehr gemacht habe und Samstag gearbeitet habe oder ob ich jetzt überhaupt keine Überstunden mehr mache: Der große Hammer war natürlich, daß die Überstunden nicht mehr gefahren wurden. Für jeden. Die meisten haben sich darauf aufgebaut, Möbel gekauft, Auto gekauft. Es gibt schon viele Kollegen, die ihr Auto, ihr Häuschen hatten und jetzt steht das Auto nicht mehr vor der Tür. Das sind unheimlich harte Konsequenzen.

Nun würde ich mir in dieser Zeit kein Haus mehr bauen. Du überlegst dir heutzutage auch, ob du samstags ausgehen willst. Früher hast du gesagt: Ja; geben wir mal 50 Mark oder 60 Mark aus. Heute überlegst du dir das, bleibst lieber zu Hause, dann gibst du auch nichts aus. Wenn du Klamotten früher gekauft haben wolltest, ja dann hast du gesagt, ja, wir wollen mal gucken, was im nächsten Monat wieder mit Überstunden drin hängt, Mutti kauft dir das, du kaufst dir das. Heute: das andere ist noch gut, das tragen wir erstmal ab." (SB)

Auf Druck des Betriebsrates sind gegen die ursprünglichen Absichten der Geschäftsleitung kamen Ende 1977 alle Betriebsbereiche im gleichen Ausmaß in Kurzarbeit; die Arbeit wurde in vier Tagen mit insgesamt 32 Stunden abgewickelt. Aufgrund des vom Arbeitsamt gezahlten Kurzarbeitergeldes hielt sich aber der durch das geringere Arbeitsvolumen verursachte Lohnverlust in Grenzen: Er bewegte sich in der Regel zwischen 60 und 100 DM pro Monat.

Die durch die "kollektive Kurzarbeit" nicht auffangbaren Disproportionalitäten in der Auslastung der einzelnen Arbeitsbereiche der Werft hatte die massive Ausweitung der sogenannten Unterbeschäftigung zur Folge. Dies bedeutete, daß Teile der Belegschaft zu Arbeiten wie dem Anstreichen von Räumen, dem Fegen und Aufräumen herangezogen und dafür zeitlich begrenzt aus ihren Arbeitsgruppen herausgenommen wurden. Die Unterbeschäftigung war zwar nicht mit Lohn einbußen verbunden, zwang die Arbeiter aber oft zu unqualifizierter, monotoner oder stark belastender Tätigkeit. So schildert ein Rohrschlosser die Aushilfsarbeiten:

"Ja, wieder Unterbeschäftigung. Jetzt bin ich im Moment im Heizwerk. Da sind ein paar Kleinigkeiten zu machen, aber das hält wieder ein paar Tage an. Dann geht es wieder los. Dreck sammeln und allen möglichen Scheiß." (RS)

Nach Angaben des Betriebsrates waren im Oktober 1977 rund 1.000 Arbeitnehmer unterbeschäftigt und für 1978 wurde sogar ein Anstieg auf 1.500 erwartet. Die generelle Unterauslastung der Werft wird daran deutlich, daß die Personalabteilung (trotz des Belegschaftsab-

baus) einen Personalüberhang von 600 - 900 Mann durch Kurzarbeit und Unterbeschäftigung abzufangen suchte.

Für die Schweißer bestand zum Beispiel im November 1977 eine Unterbeschäftigung von 24%; Planungen gingen davon aus, daß sie bis zum September 1978 auf 78 % ansteigen würde; von den 180 im Helgenbereich beschäftigten Schiffbauern kamen ca. 80 in Unterbeschäftigung.

Die prekäre Beschäftigungssituation wird auch daran sichtbar, daß viele Arbeiter innerbetrieblich versetzt wurden (so löste die Werft z.B. die zweite Schicht der Paneelstraße auf und versetzte die Beschäftigten in andere Betriebsbereiche); z.T. kam es sogar zum Verleih an andere Werke.

Wer die Werft A verlassen mußte, hatte im Schiffbau der Region keine Beschäftigungsaussichten: Werft A war Arbeitgeber für 78 % aller im Schiffbau der Region beschäftigten Arbeitnehmer; die ebenfalls unterausgelasteten anderen Schiffbaubetriebe hatten insgesamt kaum mehr Beschäftigte wie Werft A abzubauen plante. Der zunehmenden Zahl an Arbeitslosen aus dem Schiffbau standen in dieser Branche immer weniger offene Stellen gegenüber.

Einem Ausweichen in andere Metallberufe oder sonstige Tätigkeiten standen ebenfalls massive Hindernisse entgegen. Das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen wies in der Region A. insgesamt ebenso wie im Metallbereich einen deutlichen Überhang an Arbeitslosen aus. 1976 gab es in den beiden Arbeitsamtsbezirken, die im Einflußbereich der Werft A lagen, im Metallsektor 859 und insgesamt 5.855 mehr Arbeitslose als offene Stellen.

Tab. 4: Zugänge an Arbeitslosen und offenen Stellen im Schiffbau des Arbeitsamtsbezirks A¹

	Arbeitslose	offene Stellen	Saldo
	abs.	abs:	
1974	209	243	+ 34
1975	264	168	- 95
1976	485	41	- 444

¹ Quelle: Statistische Mitteilungen des Arbeitsamtes A.: Jahreszahlen 1974, 1975, 1976

Wie schwer für die im Schiffbau entlassenen Arbeitnehmer die Aufnahme einer anderweitigen Beschäftigung war, wird auch durch die vorliegenden Zahlen in bezug auf die Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich: Die Lage der ehemals im Schiffbau beschäftigten Arbeitslosen war durch eine zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Während noch 1974 und 1975 der größte Teil weniger als 6 Monate arbeitslos blieb, stieg 1976 der Anteil der länger als 6 Monate Unbeschäftigten auf über 60 % an.

Tab. 5: Arbeitslose aus dem Schiffbau nach Dauer der Arbeitslosigkeit in den AA-Bezirken A₁ und A₂¹

	unter 6 Monaten		6 Monate und länger		
	abs.	%	abs.	%	
1974	57	65,5	30	34,5	87
1975	90	60,8	58	39,2	148
1976	126	38,2	202	61,8	328

Diese Zahlen deuten daraufhin, daß es für entlassene Werftarbeiter äußerst schwer ist, überhaupt einen neuen Arbeitsplatz in der Region zu finden. Einer "Auswanderung" steht als "Mobilitätshindernis" die für die Gegend typische tiefe regionale Verwurzelung der Menschen entgegen. In der Krise von 1968 erklärten sich lediglich 18,6 % der befragten Arbeitslosen zu einem Wohnortwechsel bereit. Gründe hierfür sind sowohl in den materiellen Lebensbedingungen (häufig Nebenerwerbslandwirtschaft, Hausbesitz², günstige Mietkonditionen, eingespielte ländliche Nachbarschaftshilfen) wie immaterielle Bindungen (enge familiäre Beziehungen, große regionale Verbundenheit) zu sehen.

Für den Fall, daß entlassene Werftarbeiter durch Ausnutzung der Fluktuation in anderen Betrieben der Region eine Beschäftigung bekommen würden, wäre diese fast durchgängig mit-Lohneinbußen verbunden. Während der Durchschnittslohn eines Arbeiters in der Stadt

¹ Quelle: Eigene Berechnung nach Computerbögen der Sonderuntersuchung zur Arbeitslosigkeit für die Jahre 1973 - 76 für die Bezirksarbeitsämter A₁ und A₂

² So sind von den von uns befragten Werftarbeitern der Werft A 50 % Hausbesitzer, 13 % leben im Haus der Eltern/Schwiegereltern und nur 37 % wohnen zur Miete.

A., dem Standort der Werft A (deren Lohnniveau wesentlich durch die Werften geprägt wird) im März 1975 bei 1.862,-- DM lag, verzeichneten der "nächstbeste" Landkreis 1.518,-- DM und der "schlechteste" Landkreis 1.293,-- DM. Der durchschnittliche Arbeiterlohn des Bundeslandes betrug 1.639,-- DM und lag damit noch 200,-- DM im Monat unter dem Lohnniveau der Stadt A.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß das Interesse an sicherer Beschäftigung für die Arbeiter auf Werft A deutlich als verletzt zu gelten hat. Die Betriebssituation war durch Entlassungen, Überstundenabbau und Lohneinbußen, Kurzarbeit, Versetzungen und Unterbeschäftigung, die regionale Arbeitsmarktsituation durch große Arbeitslosigkeit und fehlende Beschäftigungsalternativen gekennzeichnet. Unter diesen Bedingungen stellten die schlechte Auftragslage und die in Aussicht stehende forcierte Entlassungspolitik des Betriebes eine ernste Bedrohung des Arbeiterinteresses an sicherer Beschäftigung dar.

2. Die Krisenfolgen in Werft B

Bei Werft B ist seit 1970 ein deutlicher Abbau der Arbeiterbelegschaft (bis 1977 minus 1.517) festzustellen. Damit wurde im Arbeiterbereich innerhalb von sieben Jahren fast ein Viertel aller Arbeitsplätze vernichtet.

Tab. 6: Beschäftigungsentwicklung in Werft B¹

	abs.	Lohnemp- fänger index 1970=100%	Angestellte abs.	Auszubild. abs.	darunter ausl.Arb. abs.
1970	6.982	100		262	880
1971	7.057	101		318	1.113
1972	6.817	98		379	1.065
1973	6.647	95		282	1.329
1974	6.803	97		292	1.538
1975	5.906	86	2.283	306	1.532
1976	5.732	82	2.211	342	1.362
1977	5.465	78	2.168	286	1.149

Allein in den Jahren 1976 und 1977 waren 25 % der Arbeitsplätze des Stahlschiffbaus (350) und 16 % des Rohrbaus abgebaut worden.

Tab. 7: Beschäftigte im Stahl- und Rohrbau von Werft B²

Jahr	Stahlschiffbau		Rohrbau	
	abs.	1975=100%	abs.	1975=100%
1975	1.393	100	237	100
1976	1.282	92	226	95
Dez.1977	1.043	75	200	84

¹ Quelle: Angaben der Personalabteilung der Werft B

² Quelle: Angaben der Personalabteilung der Werft B

Der rapide Personalabbau ist aber anders als in Werft A nicht als Resultat einer forcierten Entlassungspolitik des Betriebes zu begreifen: im September 1977 wurden erstmals Entlassungen mit wirtschaftlichen Problemen der Werft begründet, während bis zu diesem Zeitpunkt freiwillige Fluktuation dominierte. D.h., die Personalreduktion in Werft B erfolgte im Wesentlichen über die Nicht-Ersetzung von freiwerdenden Arbeitsplätzen. Da die Verringerung der Arbeiterbelegschaft seit 1975 praktisch voll auf das Konto der ausländischen Beschäftigten gegangen ist (vgl. Tab. 6), scheint sich allerdings dabei auch eine gewisse betriebliche Steuerung durchzusetzen.

Seit 1976 wurden gewerbliche Arbeitnehmer vorzeitig pensioniert; der Sozialplan galt allerdings nicht für alle über 59-jährigen, sondern das Unternehmen entschied über jede Person je nach ihrer Bedeutung für den Produktionsprozeß. Und für 1978 war der Abbau der Gemeinkostenlöhner (Werkzeugausgabe, Waschraumwärter, Lagerverwalter, Vorarbeiter u.a.) um 10 % geplant.

Zum Zeitpunkt der Untersuchung blieben die weiteren betrieblichen Perspektiven auch für die Beteiligten eher unklar. Einerseits wurde von Seiten des Konzerns für die Zeit nach 1977 die Entlassung von ca. 2.000 der insgesamt 14.000 Beschäftigten in den Schiffbaubetrieben angekündigt - freilich ohne genauere Angabe der betroffenen Betriebsteile und Beschäftigtengruppen. Andererseits war der 1976 in Werft B praktizierte Einstellungsstopp 1977 zumindest für die Facharbeiter schon wieder gelockert. Der Betrieb suchte zum Untersuchungszeitpunkt 380 Facharbeiter und hatte Rekrutierungsschwierigkeiten. Alle Auszubildenden wurden nach Abschluß ihrer Lehre in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Trotz der geringen akuten Bedrohung der Arbeiter konnte man aber auch in der Werft B aufgrund der Krisensituation im Weltschiffbau und der in Aussicht, gestellten Entlassungen keineswegs von gesicherten Arbeitsplätzen ausgehen. Allerdings: die Drohung einer Werftschließung war in keiner Weise gegeben.

Von Seiten des Vorstandes wurde noch 1977 auf einer Betriebsversammlung betont, daß durch den Überstundenabbau und den Verzicht auf "gemietete" Arbeitskräfte seit 1974 ein Kapazitätsabbau von 30 % vorgenommen werden konnte, ohne daß es zu Kurzarbeit und zu einer spektakulären Reduzierung des Personals gekommen sei. Im massiven Abbau der insbesondere in den Jahren 1975 und 1976 in hohem Maße abgeleisteten Überstunden hat also

das Hauptinstrument der Beschäftigungspolitik gelegen. Dabei ist es aber auch zu keinem vollständigen Überstundenstopp gekommen: so hatten die Schiffbauer, Schweißer und Rohrschlosser im Bereich der Reparatur noch 1976 und 1977 an die zehn Überstunden pro Woche zu leisten.

Tab. 8: Überstundenentwicklung in % in Werft B¹

	Schiffbau		Rohrbau- Werkstatt	Rohrbau- Bord	Rohrbau- Reparatur
	Vor- u. Bordmontage	davon: Repara- tur			
Jan. 75	27,7	21,9	20,9	20,8	28,7
Okt. 75	16,7	5,8	1,1	3,7	7,0
Jan. 76	4,4	27,3	0,2	0,5	17,5
Okt. 7.6	6,3	20,6	14,1	13,3	26,3
Jan. 77	3,0	21,7	0,2	5,7	33,0
Okt. 77	15,5	27,7	0,1	0,9	26,4

Auch für die Arbeiter in Werft B war der Überstundenabbau mit Lohneinbußen von bis zu 500,-- DM im Monat verbunden. So meinte ein Schiffbauer:

"Ob wir merken, daß wir weniger in der Lohntüte haben? Beträchtlich. Früher sind z.B. Oberstunden gemacht worden, zwischen 40 und 50 ist bei mir schon mal angewachsen. Es gibt auch welche, die mehr hatten. 500 Mark, wenn sie die in der Lohntüte weniger haben, das macht sich bemerkbar."

Bis zum Zeitpunkt der Untersuchung hat es in Werft B keine Kurzarbeit gegeben und sie stand auch nicht zur Diskussion.

Auch innerbetriebliche Versetzungen gab es zumindest nicht in großem Stile. Soweit sie praktiziert wurden, waren sie aufgrund einer Intervention des Betriebsrates in der Regel auf die Dauer von vier Wochen begrenzt, um damit den Arbeitern den vollen Lohn zu erhalten. In der Paneelstraße wurde die zweite Schicht aufgehoben.

¹ Quelle: Angaben der Personalabteilung der Werft B

Für die Arbeiter war die Praxis der Versetzungen wahrnehmbar, doch sie galt wohl noch nicht als Indikator für eine allgemeine Beschäftigungsunsicherheit; die Aussage eines Schweißers erscheint hier durchaus typisch:

"Die zweite Schicht ist aufgehoben, das ist jetzt schon eine ganze Zeit so. Wie der Tankerbau zu Ende ging, wurde die zweite Schicht aufgehoben. Aber wie gesagt, wenn eilige Arbeit ist, wird sie wieder eingesetzt. Da ist niemand von weggekommen, die Leute sind alle in den anderen Hallen untergebracht, da ist keiner von entlassen worden." (ES)

Die regionale Situation der Werft B und die vorhandenen alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für die Belegschaft sind zwar strukturell der Werft A nicht unähnlich, doch hat sich, hier die Lage noch nicht so dramatisch zugespitzt.

1976 entfielen 10 % der Umsätze und 11,9 % der Beschäftigten der Industrie des entsprechenden Bundeslandes auf den Schiffbau; ca. 40 % der Beschäftigten auf den Werften waren Arbeitnehmer von Werft B und die Werft beschäftigte 1976 33 % aller in der Industrie der Stadt B. Tätigen. Sie war damit der größte Arbeitgeber im Raum B., von dem viele Zulieferbetriebe abhingen. (Zwei Drittel aller Industriebeschäftigten in B. hängen laut offiziellen Angaben unmittelbar oder mittelbar vom Schiffbau ab.)

Im Arbeitsamt des Bezirks B. lag 1977 die Arbeitslosenquote bei 6,2 % und die Zahl der offenen Stellen ging insgesamt rapide zurück. Schon von 1974 auf 1975 hatte sich das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen auch im Metallbereich des Bezirks B. einschneidend verändert; 1977 kamen auf 100 offene Stellen 283 Arbeitslose; Facharbeiter wurden freilich auch 1977 noch gesucht.

Für den Fall einer anderweitigen Beschäftigung mußten die von Werft B kommenden Werftarbeiter mit einem deutlichen Einkommensverlust rechnen. Die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten bei Werft B betrug 1976 29.426 DM, der Durchschnitt der industriell Beschäftigten der Stadt B. lag aber nur bei 25.461,-- DM.

Zum Untersuchungszeitpunkt waren alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für Werftarbeiter zwar nur in geringem Maße vorhanden, ein Unterkommen in anderen Betrieben (wenn auch mit Lohneinbußen verbunden) allerdings nicht ausgeschlossen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die Belegschaft in B. war bis Anfang 1978 nicht von massiven Entlassungen, Kurzarbeit und umfangreichen Versetzungen betroffen; Facharbeiter wurden teilweise sogar noch eingestellt. Einen Kapazitätsabbau erreichte die Werft B durch eine einschneidende Überstundenreduktion (verbunden mit Lohnverlust), das weitgehende Nichtersetzen von freiwerdenden Arbeitsplätzen, frühzeitige Pensionierungen sowie die Reduktion des Fremdfirmeneinsatzes und der Auftragsvergabe.

Die in den Jahren 1976 und 1977 vorgenommene Verringerung der Belegschaft und die sich verschärfende regionale Arbeitsmarktsituation ließen aber auch in der Werft B die Beschäftigungsinteressen der Arbeiter keineswegs als gesichert erscheinen, zumal die Lage der Werftindustrie nach wie vor kritisch war und der Konzern den Abbau von Schiffbauarbeitsplätzen angekündigt hatte.

C. Die Wahrnehmung der Krise und ihrer Auswirkungen

1. Die Bedrohung der Beschäftigungsmöglichkeiten

a) Die Beschäftigungsperspektive

Zu untersuchen ist, wie die objektiv gesetzten, dabei werftspezifisch unterschiedlich zuge- spitzten Problemlagen von den Arbeitern selbst wahrgenommen werden. Handelt es sich hier auch für sie um eine "Krise" - und wenn ja, welche persönliche Betroffenheit und wel- ches Ausmaß an Bedrohung liegt für sie in dieser Situation? Dies meint in der Be- schäftigungsperspektive eine Präzisierung jenes Spektrums von potentieller Gefährdung, das von einem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes, für den man aber durchaus wieder einen neuen finden kann, bis hin zu dauerhafter Arbeitslosigkeit reichen kann. Welche Bedeutung der Werftkrise für das gesellschaftlich-politische Bewußtsein der Werftarbeiter zuzuschrei- ben ist dürfte wesentlich mit der damit angesprochenen subjektiven Dimensionierung des Krisenbegriffs zusammenhängen. Zentral ist dabei die Frage, ob, und wenn ja, unter welchen Bedingungen die Krise als eine grundsätzliche Infragestellung der sozialen Existenz erscheint, sie also gleichgesetzt wird mit einer Bedrohung und dem zumindest potentiellen Zusammen- bruch wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen.

Zunächst ist festzuhalten, daß nahezu alle befragten Arbeiter bei der Charakterisierung der Lage der Werften die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, festgemacht zumeist an schlechter Auftragslage und am Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen, sehr wohl wahrnehmen und, unabhängig auch von der unterschiedlichen Zuspitzung in den beiden Werften, als "Kri- se" begreifen.

Und diese Negativ-Einschätzung gilt nicht nur für die aktuelle Situation: Mehr als die Hälfte aller Befragten erwartet auch für die Zukunft der Werftindustrie eher eine weitere Ver- schlechterung durch zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten denn eine Verbesserung (26 %, vgl. Tab. 9). Dabei fällt auch dieses, auf die Branche insgesamt bezogene Urteil in bei- den untersuchten Werften ähnlich aus. Weder verharmlosen also die günstigeren Betriebs- erfahrungen in der Werft B die Einsicht in die Branchenkrise noch radikalisiert sich die Sicht durch die besonders angespannte Lage der Werft A.

Tab. 9: Weitere Perspektiven der Werftindustrie aus der Sicht der Arbeiter

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
Verbesserung	26	25	27	32	29	18
bleibt so	7	7	6	10	9	2
Verschlechterung	52	52	53	53	53	51
k.A., n.e.	15	16	14	5	9	29
	100	100	100	100	100	100

Diese pessimistische Einschätzung läßt die Mehrheit auch auf der Betriebsebene mit einer weiteren Zuspitzung rechnen. In dieser Frage bekommt nun freilich die unterschiedliche aktuelle Situation zwischen den beiden Werften einiges Gewicht: Die Befragten in A. erwarten nicht nur ein "Einfrieren" der Belegschaftszahl und die "Abpufferung" der Krise durch eine Ausweitung der Kurzarbeit als kurzfristiges betriebspolitisches Programm, sondern sie halten weitere Entlassungen und sogar eine Teilstilllegung oder auch das Schließen des Werkes für keineswegs unmöglich.

"Was die weitere Situation auf der Werft anbelangt, wird es wohl im Endeffekt darauf hinauslaufen, daß keine Aufträge sind oder keine Aufträge hereingekommen sind und auch wahrscheinlich keine reinkommen werden. Somit heißt es weiter, die einzige Möglichkeit, die praktisch die Werftindustrie jetzt hat, also diese Werft jetzt hat, weiterentlassen, nochmal entlassen, nochmal Entlassung und dann ist das Tor zu." (RS/Werft A)

"Ich nehme an, wenn diese Schiffe abgelaufen sind, hier noch zwei gebaut und wenn die eben abgelaufen sind, entweder wir gehen nach Hause, daß nur ein Notbetrieb, also Reparaturbetrieb hier bleibt und dann müssen wir sehen, wie's läuft." (RS/Werft A)

Die Erfahrungen der vergangenen Krisenjahre von einer kontinuierlichen Reduktion der Belegschaft und das Bewußtsein, daß seit längerer Zeit keine Aufträge mehr eingegangen sind, nährt die Vermutung eines Desinteresses des Konzerns an einer nicht mehr rentabel arbei-

tenden Werft. Der Gedanke an eine Stilllegung der Werft A kann von den Beschäftigten nicht mehr schlüssig abgewiesen werden.

Anders die Einschätzung in B. Auch hier rechnen die Befragten zwar mit weiteren Entlassungen sowie mit der Einführung von Kurzarbeit als betriebliche Antwort auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, doch eine Stilllegung gilt allen als gänzlich undenkbar. Die Existenz des Betriebes erscheint nicht gefährdet.

"Ich würde sagen, da wird noch so mancher über die Klinge springen müssen. Aber ich würde sagen, daß diese Werft dichtmacht, würde ich nicht sagen." (ES/Werft B)

"Diese Werft müßte ja eigentlich eine von den Werften sein, die noch mit am meisten oder am längsten zu tun hat, normal." (ES/Werft B)

Die Tatsache, daß sich die Werft B im Staatsbesitz befindet, in ihrer Selbstdarstellung als "die modernste Werft in Europa" ausgewiesen wird und als Großwerft ein besonderes Engagement im zukunftssträchtigen Spezialschiffbau eingegangen ist, gibt ihr in den Augen der Belegschaft so viele Vorteile gegenüber der Konkurrenz, daß die aktuellen Krisenprobleme nur als Übergangssituation gewertet werden. Berichtet wird von der Hereinnahme von Aufträgen unter dem Selbstkostenpreis und der Finanzierung der Verluste aus einem "Polster" von Gewinnen, die nicht so drastisch aus dem "Staatsunternehmen" herausgezogen worden seien, wie dies bei Privatunternehmern geschehe. Dabei vermittelt die Einschätzung der Werft als Staatsbetrieb nicht zuletzt deshalb eine gewisse Sicherheit der betrieblichen Existenz, weil dem Staat am ehesten die Subventionierung seiner "eigenen" Werft zugetraut wird.

Die Anerkennung der beschäftigungssichernden (und letztlich staatlich abgesicherten) Betriebspolitik in B. und das verbreitete Vertrauen in das "Überleben" der Werft ist aber keineswegs zu verwechseln mit der Erwartung einer stabilen Beschäftigungslage in der Zukunft. Vielmehr rechnet die Mehrheit der Befragten mit einem forcierten Durchschlagen der Krisenentwicklung auch auf "ihren" Betrieb und erwartet einschneidende Entlassungen z.T. in der Größenordnung von mehreren tausend Beschäftigten.

"Eben wenn es immer schlechter geht, werden immer mehr entlassen, das ist für uns ja das, was uns am meisten bedrückt." (ES/Werft 8)

"Dann rechne ich bestimmt, daß sie nächstes Jahr, übernächstes Jahr, glaube ich, ein paar tausend Mann entlassen. Bestimmt, daß die Werft vielleicht runtergeht. Das vielleicht doch mit 3.000 bis 4.000 Mann, nehme ich an." (ES /Werft B)

"Sieht ja auch hier schlecht aus. Hier wird auch noch nach meiner Auffassung manch einer ins Gras beißen müssen. Also wenn das keine Besserung gibt und wir keine Aufträge mehr bekommen, müssen wir automatisch entlassen, müssen die ja entlassen. Denn sie können ja nicht mehr Unkosten haben als wie sie Einnahmen haben, das kann kein kleiner Krauter, da arbeitet nie einer für den Selbstkostenpreis. Da wollen alle Profit haben, ob klein, ob groß. Und man sagt hier ja in letzter Zeit, die haben für den Selbstkostenpreis gearbeitet und auf lange Sicht kann das nicht gut sein, einmal muß ja das Fettpolster davon runtersein. Und die Aktionäre glaube ich auch nicht, daß die solange stillstehen werden und keinen Profit haben wollen. Wenn das nicht besser wird bis 1980, dann werden sie wohl allerlei raussetzen." (SB/ Werft B)

Bei dieser durchaus realistischen Wahrnehmung der betrieblichen Krisenbetroffenheit in beiden untersuchten Werften kann es kaum erstaunen, daß für die Mehrheit der von uns befragten Werftarbeiter auch der eigene Arbeitsplatz unmittelbar (12 %) oder doch zumindest längerfristig (64 %) bedroht erscheint und eine Entwicklung, die einen Betriebswechsel oder gar Arbeitslosigkeit erzwingen könnte, als möglich und einzukalkulieren gilt (vgl. Tab. 10). Die radikalere Bedrohung in der Werft A schlägt sich auch hier in der erhöhten Quote akuter Arbeitsplatzgefährdung nieder (20 % Werft A, 5 % Werft B), während in der Werft B noch ein Drittel der Befragten von einem trotz Krise gesicherten Arbeitsplatz spricht (gegenüber 9 % in der Werft A, vgl. Tab. 10).

Tab. 10: Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
unmittelbare Bedrohung	12	20	5	13	9	13
längerfristige Bedrohung	64	68	60	70	65	58
keine Bedrohung	22	9	33	15	23	27
k A,n.e.	2	3	2	2	3	2
	100	100	100	100	100	100

Das Bewußtsein, zur Stammebelegschaft zu gehören, die sich durch langjährige zuverlässige und qualifizierte Tätigkeit ein "betriebliches Recht auf Arbeit" erworben hat, der betriebliche Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, die "früher dran wären" und auch die Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe, für die bereits tarifvertragliche Kündigungsschutzregelungen greifen und Entlassungen verhindern, kann in der Werft B zumindest bei einer Minderheit noch ein gewisses Gefühl der Sicherheit vermitteln. Die potentielle Betriebsschließung in A. zerstört hingegen jede Illusion, entsprechend dem Alter und dem bisherigen Arbeitsverhalten zumindest individuelle "Schonung" zu finden und zu jenem Kreis zu gehören, der noch einmal davon kommt. Die kollektive Betroffenheit als Gesamtbelegschaft wird in Werft A evident und bestimmt die Wahrnehmung der Gefährdung. Was für Arbeiter der Werft B noch als Grund für einen nicht gefährdeten Arbeitsplatz gilt, wiegt in der Werft A höchstens noch als Argument, warum man sich selbst nicht unmittelbar bedroht sieht; und wer wiederum für sich nicht erworbene Rechte und soziale Rücksichtnahme reklamieren kann, d.h. vor allem jüngere Arbeiter mit kurzer Betriebszugehörigkeit und in der Position der Randbelegschaft, der sieht seinen Arbeitsplatz in Werft A zwangsläufig akut gefährdet.

Typische Begründungen für einen nur beschränkt bzw. nicht gefährdeten Arbeitsplatz in Werft B sind etwa:

"Erstmal bin ich zwölf Jahre hier und bin 56 Jahre, wenn ich mir nichts zu Schulden kommen lasse, können sie mich eigentlich nicht mehr rausschmeißen. Wenn man 55 Jahre ist und 10 Jahre bei der Firma ist, ist man ja eigentlich unkündbar." (ES/Werft B)

"Ich bin nun auch schon 25 Jahre hier, ich nehme an, wenn da weniger Arbeit ist, daß sie erstmal die Türken rauslassen hier. Nehme ich ja an, daß sie nicht die Deutschen entlassen und die Türken hier arbeiten lassen." (ES/Werft B)

"Die Schweißer, die werden ja immer noch gebraucht. Wenn man sich nichts zu Schulden hat kommen lassen und seine Arbeit gemacht hat, sehe ich keinen Grund, warum die entlassen werden, und die werden auch gar nicht entlassen. Es werden ja immer noch welche gebraucht. Da hab ich doch gar keine Angst." (ES/Werft B)

"... Aber Schiffbauer suchen sie ja immer noch, denn die können ja keine Schiffbauer entlassen und die Reinmacher behalten, dann würde kein Schiff mehr zusammenkommen. Noch haben wir ja Arbeit, dann wird man schon eher in einer anderen Branche entlassen." (SB/Werft B)

Demgegenüber lauten die Antworten in Werft A:

"Ich meine, wenn wir keine Arbeit mehr haben, dann ist meine Stellung auch nicht mehr sicher. Dann kriege ich genauso einen Tritt wie die Kollegen vor mir auch oder nach mir. Das ist dasselbe in meinen Augen, der eine geht früher, der andere geht später." (ES/Werft A)

"Ich hab das Alter ja, sie können mich nicht entlassen. Aber wenn keine Arbeit da ist und es werden sowieso die ganzen entlassen, dann halten sie auch nicht nur die Alten. Und die Jungen lassen sie alle laufen. Wenn keine Arbeit ist oder die Werft macht dicht ganz und gar, denn muß ich ja auch weg. Müssen die Alten auch ja weg." (RS/Werft A)

"Erstmal weil ich so jung bin und weil es hier ja nach dem Sozialplan geht, die Entlassungen. Und da ist ja ganz logisch, daß wir die nächsten sein werden, die weggehen müssen. Sie sind letztes Mal beigegangen und haben quasi nach Lehrjahren entlassen, also die Kollegen, die von den Lehrlingen, die jetzt zu Gesellen übernommen worden sind, und die Jahrgänge weiter raufgegangen. Die haben sie zuerst entlassen. Und das ist ungefähr, bei unserem Jahrgang ist das stehengeblieben, also infolgedessen müßten wir nächstes Mal dran sein, ganz klar." (RS/Werft A)

Daß sich bei einer berufsgruppenspezifischen Betrachtung gerade die Rohrschlosser als besonders gefährdet betrachten (vgl. Tab. 10), obwohl sie zu den qualifizierten Facharbeiterkademern der Werften gehören, mag sich aus ihrer doppelten Gefährdung erklären: nicht nur die Werftkrise bedroht ihre Arbeitsplätze, sondern auch die gegenwärtig sich vollziehende Rationalisierung des Rohrschlosserbereichs, die bereits zu betrieblichen Freisetzungen geführt hat. Diese zusätzlichen rationalisierungsbedingten Verunsicherungen kommen etwa in dem folgenden Kommentar eines Rohrschlossers recht plastisch zum Ausdruck:

"Besonders treffen würde es die Rohrschlosser, wegen der Anlage; die ist zu schnell. Die Anlage ist zu schnell für uns. Die hat ein halbes Jahr Vorsprung. Wir haben die Rohre ja ein halbes Jahr vorher gemacht. Das heißt, daß wir die ersten sind, die fliegen oder woanders hinkommen, weil es zu schnell ist. Das Schiff ist noch nicht einmal auf Kiel gelegt, da sind die Rohre schon fertig." (RS)

Für die Arbeiter beider Werften gilt also, daß sie sich mehrheitlich in ihrer gegenwärtigen Beschäftigungsperspektive zumindest verunsichert und z.T. sogar bedroht sehen. Die Werftkrise wird wahrgenommen als akute bzw. tendenzielle Gefährdung der bisherigen Basis der eigenen Reproduktion.

Bricht damit für die Arbeiter jedwede Beschäftigungsperspektive zusammen oder stellt es sich ihnen nur dar als ein krisenerzwungener Arbeitsplatz- und Betriebswechsel? Was sind die Konditionen, unter denen sich aus ihrer Sicht dieser Wechsel heute vollziehen würde? Und wenn er nicht möglich erscheint: Wie beurteilen sie die gesellschaftlichen Auffangregelungen der Arbeitslosenunterstützung und insgesamt das "soziale Netz"? Lassen diese sozialen Sicherungen die Perspektive der vorübergehenden oder gar dauerhaften Erwerbslosigkeit

keit machbar und tragfähig erscheinen, so daß die Krisenauswirkung also nicht gleichgesetzt zu werden braucht mit einer generellen Existenzkrise der individuellen Lebenssituation?

Zur Klärung dieser Fragen gilt es zunächst zu unterscheiden, welche Vorstellungen mit einem möglichen Arbeitsplatzverlust verbunden werden: Bedeutet eine Entlassung die Verurteilung zu Arbeitslosigkeit oder werden andere Arbeitsmöglichkeiten gesehen?

Die Haltung der Arbeiter ist überraschend eindeutig: Nur ein Fünftel der Befragten rechnet im Falle einer Entlassung damit, keinen neuen Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb finden zu können; ca. 75 % sehen durchaus Arbeitsmarktchancen (vgl. Tab. 11).

Trotz der, wie wir gesehen haben, auch regional durchaus angespannten Arbeitsmarktsituation in A. und B. dominiert noch deutlich die Vorstellung, daß mit einem krisenbedingten Arbeitsplatzverlust auf der Werft nicht gleich die gesamte Beschäftigungsperspektive gefährdet ist, sondern durchaus Arbeitsalternativen vorhanden sind.

Tab. 11: Einschätzung der eigenen Arbeitsmarktchancen

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	
Arbeitsplatzwechsel möglich, keine Verschlechterung	17	9	24	15	15	20
Arbeitsplatzwechsel möglich, aber Verschlechterungen	60	70	51	58	62	60
Bedrohung der Erwerbstätigkeit/keine Arbeitsmarktchancen	20	14	25	22	20	18
k. A., n. e.	3	7	0	5	3	2
	100	100	100	100	100	100

In jener Gruppe von 20 %, die ihre Erwerbsmöglichkeiten generell bedroht sehen und sich keine Arbeitsmarktchancen ausrechnen, sind durchweg ältere Werftarbeiter.¹ Käme es zu einer Entlassung -womit freilich gerade diese Arbeiter zumindest aus der Werft B aufgrund ihrer Alterssicherungen nicht im Ernst rechnen - so sieht man kaum noch eine Verkaufsmöglichkeit für die eigene Arbeitskraft.

Schon das Alter von 40 bis 45 Jahren erscheint hier all jener Grenzbereich, in dem die Arbeitssuche schwierig wird und der glaubwürdige Nachweis voller Leistungsfähigkeit als erschwert gilt. Die Einschätzung stützt sich dabei primär auf das Urteil über die marktüblichen Einstellungspraktiken:

"Wenn ich raus muß, ich krieg doch keine Arbeit mehr ... In meinen Jahren nicht mehr, wenn man 40 bis 45 ist, dann ist das ganz schlecht." (ES)

"Wo wollen sie da heute noch mit 50 hin, wenn man das mal im Fernsehen verfolgt. Mit 50 Jahren ist einer für die Wirtschaft, der ist da weg vom Fenster. Sie sind doch praktisch mit 50 Jahren sind sie doch ein alter Mann und abgestempelt, obwohl es z.T. nicht der Fall ist, aber es ist doch so." (SB)

"Dann gehe ich ja an die 60 ran, dann brauche ich mich nicht mehr um Arbeit zu bemühen, denn dann krieg ich nichts mehr. Dann sagen sie, mich kannst du mal, du gehörst zum alten Eisen. Also wenn ich hier entlassen werden sollte, - was soll ich da machen? Nicht nur ich alleine, die Leute, die in meinem Alter sind, die werden dann gehen müssen. Da werden wir uns mit abfinden müssen. Da wird nichts anderes übrig bleiben." (SB)

Eine Situationseinschätzung, sich selbst durchaus noch für leistungsfähig zu halten, entsprechend der betrieblichen Einstellungspolitik aber keine Beschäftigungschancen mehr zu sehen, führt in einzelnen Interviews auch zu nicht ausgetragenen Widersprüchen. In der Formulierung eines älteren Schweißers wird dies gut sichtbar. Er sieht für sich einerseits durchaus die Möglichkeit, noch seinen "Mann zu stehen", Leistung zu bringen und insofern auch eine andere Arbeit zu bekommen, ist sich andererseits aber sicher, aufgrund seines Alters keine Chance auf eine Neueinstellung in einem anderen Betrieb zu haben:

"Ja, das ist wohl schlecht mit meinem Alter oder was. Ich kann doch hier nicht, wenn ich hier entlassen würde, denn abhauen und woanders noch anfangen, das ist wohl schlecht. Denn in einem anderen Betrieb wieder anfangen, da ist man schon ein bißchen zu alt ... Was heißt kaum, warum soll ich

¹ Damit ist auch erklärt, warum in dieser Kategorie der Anteil der Befragten der Werft B höher liegt: diese Gruppe war hier in unserem Sample deutlich "überrepräsentiert".

keine Arbeit finden? Wir hatten ja immer noch gesucht, Schweißer und so ... Da sind doch immer genug offene Stellen. Und wenn ich arbeiten will, dann finde ich heute noch Arbeit." (ES)

Doch das Gros der befragten Werftarbeiter sieht sich durch die Werftkrise in ihrer Beschäftigungsperspektive nicht grundsätzlich gefährdet. Immerhin 17 % rechnen sogar mit einem Wechsel, der für sie keine Verschlechterung der Arbeits- und Betriebsbedingungen bedeuten müßte, wobei durchaus bezeichnend ist, daß diese Position in der noch schwierigeren regionalen Arbeitsmarktsituation in A. deutlich weniger vertreten wird (9 %) als in B. (24 %, vgl. Tab. 11), wo der Arbeitsmarkt nicht so ausgeprägt vom Werftmonopol dominiert ist. Obwohl es in dieser optimistischen Einschätzung der eigenen Arbeitsmarktchancen zwischen den von uns untersuchten Berufsgruppen keine nennenswerten Differenzen gibt, kommt die Berufsspezifika hier aber insofern zum Tragen, als bei den Begründungen für dieses Urteil vor allem auch von der Transferfähigkeit der eigenen Fachqualifikation ausgegangen wird: So verweist der Rohrschlosser etwa auf Einsatzmöglichkeiten im Heizungsbau, der Schiffbauer auf solche im Stahlbau und der Schweißer insbesondere auf Chancen in Montagebetrieben. Das zumeist eher zufällige Wissen um eine gewisse Nachfrage in der Region, z.T. mit dem Hinweis auf einzelne Arbeitsplatzangebote von anderen Werken, gilt als Beleg, daß man auch bei einer Entlassung aus der Werft die eigene Arbeitskraft durchaus ohne Status- und Geldeinbußen an andere Betriebe verkaufen könnte.

"Ja, als Rohrschlosser könnte man zur XYZ, der ist der nächst-größte Betrieb denn, der arbeitet auch im Maschinenbereich. Motorenbau und Panzer und weiß der Teufel was. Da wäre eine Möglichkeit, das wäre die beste Alternative. Denn z.B. ein kleiner Krauter, ich weiß nicht ... Die Möglichkeit besteht allerdings, daß man denn so gerade in so einem Handwerk ... Denn da werden Leute immer gesucht." (RS)

"Jetzt im Moment würde es mir gar nicht schwerfallen eine andere Arbeit zu kriegen, absolut gar nicht. Denn ich habe zwei Angebote auf dem Tisch." (SB)

Die Mehrheit der Befragten teilt diese optimistische Sicht nicht, obwohl aber auch sie eine weitere Beschäftigungsperspektive aufrecht hält. Ihre Position ist dadurch gekennzeichnet, daß sie trotz Werftkrise und Betriebsentlassungen grundsätzlich davon ausgeht: "Wer arbeiten will, der kriegt auch Arbeit", sich dabei aber bewußt ist, daß diese Arbeit unter ungünstigeren Konditionen zu leisten sein wird. Dies meint für alle finanzielle Einbußen und/oder einen Einsatz in berufsfremden Tätigkeitsbereichen in Kauf zu nehmen. Doch während die Arbeiter der Werft B zumeist darauf setzen, daß sie eine solche Arbeit auf dem lokalen Arbeitsmarkt finden werden und insofern keine regionale Mobilität notwendig sei, schließen

viele Befragte der Werft A den Zwang zum Wohnortwechsel in das Kalkül dieser Rechnung, "irgendeine Arbeit ist schon da", mit ein. Die größere Krisenbetroffenheit der Belegschaft schlägt sich auch in dieser Wahrnehmung differenziert nieder: die auferlegten Restriktionen erscheinen härter.

"Selbstverständlich kann man eine Arbeit finden. Aber man möchte ja auch gerne seinen Stand halten, man möchte ja nicht abbauen. Ich bin der Meinung, wenn Arbeitslosigkeit kommen würde, Arbeit findet man überall und arbeiten kann man von heute auf morgen, kann man zur Arbeit hingehen und wieder arbeiten, mit gewissen Einschränkungen halt. Man kann da nicht von der Voraussetzung ausgehen, daß man wieder mit dem gleichen Lohn eingestellt wird und daß die gleichen sozialen Einrichtungen da sind. Man muß halt ein klein wenig kürzer treten. Aber daß man wirklich arbeitslos ist, das kann ich mir eigentlich gar nicht vorstellen. Ich bin davon überzeugt, wenn ich arbeitslos werden sollte, daß ich innerhalb kürzester Zeit wieder eine Arbeit kriege. Wenn ich keine hier finden würde, würde ich vielleicht wieder auf Montage fahren, wo immer Leute gesucht werden." (RS)

"Ich sag immer, wenn man arbeiten will, denn kriegt man Arbeit wieder. Aber ob man das Geld wieder verdient, das man jetzt verdient, das ist ja die Frage." (SB)

"Ja, man kann hier auch Arbeit finden. Das dauert seine Zeit und wird eben dementsprechend weniger bezahlt. Vielleicht als Taxifahrer oder sonstwas." (RS)

"Ich habe als Schweißer noch die Möglichkeit auf Montage oder irgendwie was anderes zu machen. In dieser Region ist es nicht möglich. Hamburg, Bremen oder das Ruhrgebiet. Und das wäre für mich z.B: 'ne Konsequenz." (ES)

Für die überwiegende Mehrheit aller Werftarbeiter gilt also trotz aller Krisenbedrohung, daß die Beschäftigungsperspektive nicht grundsätzlich gefährdet erscheint. Entscheidend für diese Einschätzung, die zu einer beachtlichen Relativierung und Entdramatisierung der Krisenprobleme führt, dürfte sein, daß die Krisensituation des eigenen Betriebes und der Werftindustrie insgesamt nicht als krisenhafter Zusammenbruch schlechthin interpretiert werden, sondern als betrieblich (dabei branchenbedingt) und regional (besonders in A.) begrenzte Problemlagen, die eingegliedert erscheinen in eine funktionierende ökonomische Gesamtkonstellation und eine durchaus florierende Wirtschaft, die neue Beschäftigungsperspektiven eröffnet. Individuell werden durchweg Möglichkeiten gesehen, einen anderen Arbeitsplatz zu finden, wieder unterzukommen. Sich darauf einzulassen bedeutet freilich für die Werftarbeiter, ihre Anspruchshaltung zu reduzieren, finanzielle Einbußen und berufsfremden Einsatz zu akzeptieren und u.U. sogar regionale Mobilität als Verhaltensbereitschaft nicht grundsätzlich auszuschließen.

Das Urteil der Werftarbeiter über die allgemeine ökonomische Lage in der Bundesrepublik bestätigt, daß die Situation der Werften von der Mehrheit nicht verallgemeinert, sondern als Strukturkrise in einer ansonsten eher zufriedenstellenden wirtschaftlichen Gesamtlandschaft

eingeschätzt wird. Nur von einer Minderheit der von uns befragten Werftarbeiter (29 %) wird auch die gesamtwirtschaftliche Lage als krisenhaft zugespitzt gesehen, während eine deutliche Mehrheit höchstens "partielle Schwierigkeiten" (41 %) oder gar eine eher günstige Situation (23 %) konstatiert (vgl. Tab. 12).

Tab. 12: Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
eher günstig	23	9	35	30	21	18
partielle Schwierigkeiten	41	52	32	38	22	51
krisenhafte Probleme	29	30.	28	22	38	29
K.A., n.e.	7	9	5	10	9	2
	100	100	100	100	100	100

Daß auch in dieser Fragestellung die Antworten der Arbeiter aus der Werft B optimistischer ausfallen -35 % sprechen von einer "eher günstigen" gesamtwirtschaftlichen Lage, während diese Einschätzung nur von 9 % der Befragten aus Werft A vertreten wird - dürfte nicht nur mit der aktuell weniger krisenbetroffenen Gesamtsituation zusammenhängen; auch die wirtschaftlichen Einbrüche des Jahres 1975, in der die Schwierigkeiten in der Automobilindustrie besonderes Gewicht hatten, sind in der Region A spürbarer gewesen: Ein großes Montagewerk dieser Branche, das ebenfalls für die regionale Wirtschaftsstruktur in A erhebliche Bedeutung hat, nahm 1975 - 76 z.B. Massenentlassungen vor.

Wer die wirtschaftliche Situation eher positiv bewertet (23 %) betont in erster Linie die internationale Spitzenposition der Bundesrepublik; die Arbeitslosigkeit (1977 durchschnittlich 4,6 % und 1978 4,4 %) erscheint - vor allem im internationalen Vergleich - eher unbedeutend. Schließlich gäbe es immer noch eine Nachfrage nach Arbeitskräften.

"Der gesamten Welt gegenüber stehen wir ja noch einzig da: Wer kann uns das Wasser reichen?"
(RS)

"Im allgemeinen ist das mit den Arbeitslosen ja hier noch nicht so schlimm wie im Ausland und so was. Da können wir ja noch ganz zufrieden sein." (RS)

"Ja, ich würd sagen, die ist noch tragbar. Vier, fünf Prozent oder 4,6 %, wo wir im Moment sind, ich würde sagen, das ist noch tragbar." (SB)

"Überall lesen sie in der Zeitung, da und da werden Arbeitskräfte gesucht, da und da werden Arbeitskräfte gesucht, also sind auch Aufträge da in der anderen Industrie, sonst würden die ja nicht da sein." (SB)

Bei jenen, die auch die Gesamtwirtschaft in einer Krise sehen (29 %), stellt umgekehrt gerade die hohe Arbeitslosenquote und insbesondere der Lehrstellenmangel die zentrale Begründung dar. Besonders auch unmittelbare Erfahrungen in der eigenen Familie haben für diese Einschätzung offenkundig einiges Gewicht oder werden zumindest als beispielhafte Begründung stark hervorgehoben:

"Ich hab auch 'nen Sohn. Der ist auch bei der Marine. Hat Elektriker gelernt. Vierteljahr hat er gearbeitet, also zum Bund. Jetzt kommt er im Frühjahr wieder, dann liegt er auf der Straße." (ES)

"Auch meine Tochter, die möchte Krankenschwester werden, die geht noch zur Schule, aber da sitzt auch echt nichts drin. Die kriegen echt überhaupt keine Stelle." (ES)

Aber am häufigsten wird jene Position vertreten (41 %), daß zwar durchaus wirtschaftliche Schwierigkeiten zu beobachten sind, diese aber nicht übergewichtet und schon gar nicht als Krisensituation interpretiert werden könnten. Äußerungen wie "nicht rosig" oder "nicht gut und auch nicht schlecht" verweisen eher auf das Bild einer zwar durch Branchenkrisen gekennzeichneten, aber nicht "aus den Fugen" geratenen Wirtschaft. Oder, wie es ein Rohrschlosser fomuliert:

(Die Wirtschaftslage) "wird ziemlich gut sein, nehm ich an, bei einigen. Bei anderen ist das wieder schlechter. Das ist. branchenverschieden. In Elektrosachen und so weiter, da verdienen sie gut oder ziemlich gut. Im Baugewerbe liegen sie jetzt auch wieder ziemlich gut. Stahlindustrie ist wieder schlechter."

Man registriert eine gesamtwirtschaftliche Lage, in der Teilbereiche mit Schwierigkeiten zu kämpfen. haben, was aber durch das "Hoch" in anderen Sektoren, die Arbeitskräfte nachfragen und die noch eine Beschäftigungsperspektive anbieten, durchaus kompensiert wird. Insofern gilt die Gesamtsituation keineswegs als bedrohlich, und die Zuspitzung in der Werft erscheint zumindest in der Beschäftigungsperspektive in ihren Krisenauswirkungen aufzufangen durch andere Angebote und die dadurch gegebenen Ausweichmöglichkeiten. Jenes

Grundstatement "Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit" sieht sich im Urteil über die allgemeine Lage bestätigt.

Wie wenig die als schlecht eingeschätzte wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik für die Perspektive einer dauerhaften Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wird, macht die genaue Betrachtung der Gruppe der 18 'perspektivlosen' Arbeiter deutlich: Von den 15 %, die ihren Arbeitsplatz für gefährdet halten und die im Falle einer Entlassung nicht mit der Möglichkeit der Aufnahme einer anderen Tätigkeit rechnen, hält ein Drittel die gesamtwirtschaftliche Situation für eher günstig, knapp die Hälfte registriert punktuelle Schwierigkeiten und lediglich ein Sechstel (3 Befragte) definiert die Situation als durchgängig krisenhaft! Auch die Arbeiter, die wirtschaftliche Schwierigkeiten sehen, machen diese nicht für ihre Beschäftigungsprobleme im Falle einer Entlassung verantwortlich: Trotz aller Schwierigkeiten gibt es im Prinzip noch Arbeitsplätze, sofern dem nicht eher individuelle Hindernisse wie z.B. das fortgeschrittene Alter entgegenstehen.

Ebensowenig, wie die Perspektive einer längeren Arbeitslosigkeit als Resultat der negativen Einschätzung der Wirtschaftslage angesehen werden kann, schließt eine solche Bewertung eine optimistische Sicht der eigenen Arbeitsmarktchancen aus. Von den 20 Befragten (17 %), die im Falle einer Entlassung keine Schwierigkeiten bei der Aufnahme einer anderen Arbeit sehen und auch keine Verschlechterungen erwarten, hält nur eine Minderheit (40 %) die Wirtschaftssituation für eindeutig günstig, während die Mehrheit durchaus Schwierigkeiten registriert - diese werden aber nicht als so gravierend angesehen, daß sie die individuelle Möglichkeit einer erneuten Arbeitsaufnahme ausschließen.

Es muß betont werden, daß unser Befund, der nur für 15 % der Arbeiter eine ernsthafte Gefährdung im Sinne einer im Entlassungsfalle anhaltenden Arbeitslosigkeit ausweist, keineswegs als Beleg für die 'Harmlosigkeit' der Werftkrise und den Umgang mit ihren Folgen durch die Arbeiter interpretiert werden darf. Die Werftkrise wird besonders in A. als einschneidend wahrgenommen und von den im Falle einer Entlassung mehrheitlich erwarteten Verschlechterungen geht ein erheblicher Druck auf die Arbeiter aus. Darüber hinaus besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich viele Befragte in der Schilderung der Dramatik der Lage zurückgehalten und ein vielleicht selbst schon stark in Zweifel gezogenes Selbstbild des "überlebensfähigen Individuums" gezeichnet haben. Allerdings kann nicht darüber hinweggesehen werden, daß "die Krise" differenziert wahrgenommen und eingeschätzt wird, daß große Teile der krisenbetroffenen Arbeiterschaft ohne erhebliche Probleme mit den Schwierigkeiten leben zu können glauben und daß trotz einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit immer noch durchaus reale, wenn auch mit erheblichen Entbehrungen verbundene Möglichkeiten gesehen werden, im Falle einer Entlassung eine andere Arbeit wiederzufinden.

Ein weiterer zentraler Hintergrund des - gegenüber Sozialwissenschaftlern und Politikern - weniger dramatischen Krisenbildes der Arbeiter scheint in ihrer eigenen Erfahrung zu liegen. Betriebs- oder sogar Berufswechsel aus wirtschaftlichen Gründen sind den Arbeitern durchaus vertraut (fast drei Viertel haben den Betrieb zumindest einmal gewechselt, über die Hälfte arbeitet nicht mehr im 'Erstberuf' und gut ein Drittel war schon einmal arbeitslos), und Krisenprozesse scheinen eher den Charakter der 'Normalität' als den einer einschneidenden Veränderung zu haben. 90 % der Befragten äußern die Überzeugung, daß es Krisen immer wieder geben wird und viele fügen hinzu, daß es sie auch schon immer gegeben hat.

Zur Untermauerung des Topoi "Krisen hat es immer gegeben und die wird es auch immer geben" wird häufig auf die eigenen Erfahrungen verwiesen und damit deutlich gemacht, daß das Bild eines krisenfreien Kapitalismus im Grunde nie der Arbeiterrealität entsprochen hat:

"Die letzten Jahre wo ich hier auf der Werft bin hat es drei Krisen gegeben. Das ist jetzt die schwerste. Ich glaube, das wird es immer wieder geben." (ES)

"Ich habe das 1966/67 schon mal mitgemacht. Da habe ich in der Zulieferung für die Autoindustrie gearbeitet, aber da war auch nicht nur die Autoindustrie in der Krise. Da waren die Werften halbwegs noch gut beschäftigt. Aber damals ging die Autoindustrie auch so in die Knie ... Ich glaube, das wird so wie es bis jetzt immer war, immer auf und ab gehen." (ES)

"Wir haben ja 50 und 60 durch, man kann ja bald noch sagen bis 74/75 hier tatsächlich eine Vollbeschäftigung gehabt, aber in den 50er Jahren war ja auch die Bergwerkkrise und also irgendwo ein Berufszweig war ja immer in der Krise drinne. Dann kamen nachher Autos, dann Bau und irgendwie kam ja alles, immer irgendwo was. Das wird auch bestimmt immer so bleiben". (SB)

b) Die soziale Absicherung

Da die Mehrheit der befragten Werftarbeiter die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes im Gefolge der Krise für bedroht hält (vgl. Tab. 10), ist für sie das Problem der Arbeitslosigkeit unmittelbar thematisiert. Auch wenn nur 20 % bei einer Entlassung explizit damit rechnen, keine Arbeit mehr zu finden und damit tendenziell erwerbslos zu sein, so sind doch nahezu alle Werftarbeiter zumindest "theoretisch" damit konfrontiert. Die Frage ist (ob die Haltung des "mit-der-Krise-leben-Könnens", weil die Beschäftigungsperspektive nicht generell durch die Werftkrise infrage gestellt erscheint) dadurch ergänzt wird, daß auch die Arbeitslosigkeit einen Teil ihres Schreckens eingebüßt hat: Sehen die Werftarbeiter in der Arbeitslosigkeit eine einschneidende existenzielle Gefährdung oder können sie sich aufgrund der sozialstaatlichen Regelungen vorstellen, auch mit dieser Problemsituation durchaus offensiv umzugehen? An den Vorstellungen der Werftarbeiter von der Lage der Arbeitslosen und der Einschätzung staatlicher Regelungen sozialer Sicherheit sollen diese Fragen überprüft werden.

Das Bild von der Lage der Arbeitslosen fällt durchaus günstig aus. Nur ein Fünftel der Befragten hält die materielle Absicherung für die Arbeitslosen für problematisch und unzureichend, während 43 % von einer ausreichenden und weitere 21 % sogar von einer zu guten Versorgung im Falle der Arbeitslosigkeit ausgehen (vgl. Tab. 13). Dabei scheint es bezeichnend, daß die größere "Nähe" des Problems der Arbeitslosigkeit für die Werftarbeiter in A. sie häufiger auf Mängel der Versorgung hinweisen läßt (30 % Werft A zu 14 % Werft B).

Tab. 13: Einschätzung der Lage der Arbeitslosen

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
eher zu gut	21	9	32	22	21	20
ausreichend	43	41	44	40	50	40
eher schlecht	22	30	14	33	12	20
k. A., n. e.	14	20	10	5	17	20
	100	100	100	100	100	100

Insgesamt gilt, daß auf Versorgungsprobleme vor allem solche Arbeiter verweisen, die sich mit einer möglichen Arbeitslosigkeit bereits sehr persönlich und konkret befaßt haben. Sie argumentieren, daß angesichts der Lebenshaltungskosten ein um über 30 % reduziertes Monatseinkommen einfach nicht ausreicht. Das Klischee vom arbeitslosen Großverdiener sei eher Gegenstand der Kritik als Beschreibung von Arbeiterrealität:

"Wenn ich jetzt arbeitslos würde und hätte 900 Mark Stempelgeld mit zwei Kindern, das wäre nicht genug. Das ist zu wenig." (ES)

"Es ist nicht mehr so billig wie früher. Die Leute, die haben heutzutage Kanalisation, Strom, Gas usw., was bezahlt werden muß. Und da sind Miete, da sind feste Summen, die jeden Monat anfallen und wenn das 68 % vom Lohn ist, dann müssen die Leute sich ganz gewaltig einschränken. Also, ausreichend würde ich nicht sagen:" (RS)

"Geld ist nicht genug ... müßte mehr sein. Ich denke gerade, wenn ich jetzt stempeln würde, ich würde auf keinen Fall mit auskommen. Ich kenne ein paar, die fahren einen dicken Wagen, sind aber nicht verheiratet. Fahren einen dicken Wagen und sitzen da in einer Kneipe oder Diskothek, die leben ganz gut. Aber für Verheiratete, und wenn man dann ein bißchen Schulden hat, dann ist es schon schlechter:" (ES)

Einige Arbeiter schildern detailliert, in welche ernsthaften Schwierigkeiten sie persönlich im Falle einer Arbeitslosigkeit kommen würden. Sie müßten nach ihrer Einschätzung an den elementaren Lebensnotwendigkeiten und dem täglichen Konsum sparen und sehen sich vor allem bei Sonderaufwendungen (Hausbau, Abzahlungen) in kaum bewältigbaren Situationen:

"Ich würde es als Katastrophe bezeichnen, ja auf jeden Fall. Weil ich momentan keine Situation eben sehen würde, wo ich mein Geld verdienen könnte und was ich mir aufgenommen habe, privat aufgenommen habe, abzuzahlen. Mit der Bauerei, ich habe gebaut vor drei Jahren. Man sieht ja zu, daß man was im Leben schaffen kann." (ES)

"Na, wir haben eine Zwei- bis Drei-Zimmer-Wohnung, das ist 300 Mark und etwas. Also kalt. Kommt auf 350 Mark mit Heizungskosten und so weiter. Und dann muß man eben am Jahresende immer noch nachzahlen ... Da käme ich auf 370 Mark. Und jetzt, was würd ich kriegen? Vielleicht 850 Mark, ja, da müssen sie erstmal runterrechnen. Dann Lebensversicherung, Wasser, Strom, Müllabfuhr, ja eben das ganze, der Mensch muß ja versichert sein. Haste eben 'ne Lebensversicherung und für den Jungen habe ich so 'ne Versicherung abgeschlossen, die ganzen Kleinigkeiten, wenn man die alle dazuzählen würde, ich glaube, dann bleibt zum Leben nicht mehr viel übrig. Ob du dann noch sagen kannst, sonntags, du kriegst ein Stück Fleisch oder so wie ich jetzt, dein Schluck Bierchen oder so, das liegt dann eben nicht drin. Man könnte sich zwar über Wasser halten, aber der Lebensstandard würde ganz ans Ende weiter runtersinken." (SB)

"Ja, da müßte ich meine Wohnung aufgeben. 430 Mark Miete könnte ich dann nicht mehr bezahlen, so ist das. Dann müßte ich erstmal meine Wohnung aufgeben und müßte mir eine kleinere Wohnung suchen, und dann müßte ich zusehen, daß der Junge aus dem Haus kommt und dann könnte ich eventuell noch zurechtkommen oder ich muß mir 'ne reiche Frau suchen." (RS)

Für diese Werftarbeiter, die sehr genau die hypothetische Frage der Arbeitslosigkeit für sich durchspielen, heißt die mögliche Perspektive des Ausfalls des Lohneinkommens zwar auch nicht Hunger, Not und Elend, denn eine Versorgung im existenziell Notwendigen sehen auch sie als gesichert an, doch sie bedeutet ihnen Einschränkung und ein Stück weit wohl auch Entbehrung.

Diese skeptische Einschätzung der materiellen Situation bei Arbeitslosigkeit ist aber bei den Werftarbeitern nicht dominant. Knapp die Hälfte der Befragten sieht im Falle der Erwerbslosigkeit die finanzielle Absicherung als im Prinzip ausreichend an. Äußerungen wie "leben kann man bestimmt davon" und "ich habe noch von keinem gehört, der verhungert ist" umreißen eine Haltung, aus der heraus die Lage der Arbeitslosen zumindest nicht als schlecht eingeschätzt wird. Materielle Probleme seien erst dann zu erwarten, wenn nach einem Jahr die Arbeitslosenunterstützung ausläuft und man mit der Arbeitslosenhilfe auskommen müßte.

"Ja, das glaube ich, die kriegen ganz gut Arbeitslosenunterstützung jedenfalls. Die reicht wohl aus .. Ach nee, denen geht das nicht zu gut, das will ich nicht sagen, sie werden wohl auskommen." (ES)

"Also, ich meine, daß die leben können, zwar nicht so gut leben können, aber ihr Auskommen haben." (ES)

"Also was Unterstützung anbetrifft, will ich sagen, sollte man nicht klagen. Wenn man arbeitslos wird, man kann leben. Wie gesagt, ein Jahr, da kriegt man ja seine volle Arbeitslosenunterstützung, aber wenn dies Jahr natürlich überschritten ist, dann kann man das natürlich nicht mehr sagen." (RS)

Daß man mit der Situation der potentiellen eigenen Arbeitslosigkeit meint umgehen zu können ohne mit einem Absturz ins Bodenlose zu rechnen, hängt nicht nur vom Urteil über die finanzielle Unterstützung ab, sondern oft auch von den besonderen Lebensbedingungen, die gleichsam subsidiäre "Netz"-Funktion haben. Dabei steht der kleine Zuverdienst durch Schwarzarbeit weniger im Vordergrund als die nichtmonetäre Nachbarschaftshilfe, Hausbesitz, die kleine Nebenerwerbslandwirtschaft oder auch nur das Schwein im Stall. Aber natürlich ist für diese Einschätzung ebenso zentral, ob die Reproduktion der Familie nur vom Verdienst des Befragten abhängt oder auch die Frau oder die Kinder hierzu einen Beitrag leisten und inwieweit es gelungen ist, einen Spargroschen zurückzulegen.

"Bei mir würde es reichen: Durch meine Frau, die verdient gut. Wenn ich nun 1200 Mark Unterstützung kriegen würde, da würde ich mit auskommen." (RS)

"Ich habe mir ein kleines Sprungbrett geschaffen. Ich beziehe hier Miete und zahle keine Miete, weil das mein eigenes Haus ist. Also; mir kann das nicht: Ich habe mir soweit was angeschafft, ich hätte, wenn ich arbeitslos wäre, ich hätte noch weniger Zeit als heute: Weil ich eben Hobbygärtner bin und ich habe das 25 Jahre lange gemacht, zum Markt gefahren mit meiner Ware, die ich erzeugt habe im Garten."(RS)

"Ich werde ja jetzt oder vielmehr ich habe ja gekündigt, dann habe ich ja genausoviel Stempelgeld wie die, die in Kurzarbeit sind und dann drei Tage arbeiten müssen, Ja und ich, ich brauch dann überhaupt nicht zu arbeiten, ich kriege mein Geld so .. Dann muß ich erstmal stempeln und ich habe eine Familie mit 7 Kindern und dann rechne ich so mit 1400 Mark und da kommen wir schon mit zurecht. Schlachten wir ein paar Schweine mehr, hat sich die Sache." (ES)

Jene Befragten, die eine Problemsituation durch Arbeitslosigkeit nicht nur nicht gegeben sehen, sondern sogar von einer "zu guten" Versorgung sprechen, sind zunächst dadurch gekennzeichnet, daß sie zumindest für sich selbst die Fragestellung "Arbeitslosigkeit" nicht akzeptieren. Sie können sich nicht vorstellen, selbst einmal die Betroffenen zu sein: auch Werftkrise und Betriebsentlassungen läßt sie kaum ernsthaft den Gedanken an eine mögliche persönliche Abhängigkeit vom Stempelgeld durchdenken. Die Haltung: "Wer arbeiten will, kann arbeiten" bestimmt nicht nur ihre Beschäftigungsperspektive, sondern läßt sie am ehesten die Arbeitslosen gleichsetzen mit jenen, "die auch nicht wollen". Entsprechend sehen sie in "hoher" Arbeitslosenunterstützung die wesentliche Grundlage für die geringe Arbeitsmotivation der Arbeitslosen und verbinden diese Einschätzung mit einer Kritik an deren Arbeitsmoral.

"Wer arbeitslos ist, der hat einen Haufen Geld, der kriegt genau sein Gehalt, da ist nicht viel Unterschied. Da sind ja viele, ich hab's nur gelesen, die gehen da gar nicht hin, wenn sie Arbeit zugewiesen kriegen, weil sie zu viel Stempelgeld kriegen." (ES)

"Ich finde sogar noch überbezahlt, denn manche, die sagen sich, was soll ich noch arbeiten, ich kriege ja gutes Stempelgeld. Viele, darf man nicht über einen Kamm scheren, aber dem größten Teil geht es zu gut, wenn man so die offenen Steilen sieht, also paradox, denn wollen die nicht arbeiten, die wollen nicht." (RS)

"50 Prozent, die haben auch keine Lust zum Arbeiten. Also, wenn man arbeiten will, irgendwie kriegt man immer was. Aber die meisten habe ja keine Lust. Die kriegen das dicke Geld da." (ES)

"Na, das möchte ich sagen, von diesen da mit den Arbeitslosen, da ist ein ganzer Haufen, die gar nicht arbeiten wollen: Also da sind doch genügend offene Stellen, die wollen doch gar nicht arbeiten, denen geht es doch gut. Die machen alle so'n bißchen nebenbei noch. Die haben ja vielleicht noch mehr als ich hab. Die kriegen ihr Stempelgeld und arbeiten schwarz und all so. Die wollen doch gar nicht arbeiten ... Da sind doch immer genug offene Stellen. Und wenn ich arbeiten will; dann finde ich heute auch Arbeit." (SB)

Läßt man den besonders kritischen Akzent dieser Gruppe in bezug auf das Unterstützungsverfahren und den Empfängerkreis außer acht, so bilden sie zusammen mit jenen, die von einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung ausgehen, die große Mehrheit, die eine generelle Absicherung gewährleistet sieht.

Und dieses Bewußtsein vom Vorhandensein und Funktionieren gesellschaftlich-politischer Regelungen, die den Einzelnen im Notfall auffangen und weiterhelfen, gilt insgesamt für das, was unter dem Schlagwort vom "Netz der sozialen Sicherheit" politisch gehandelt wird. Auf dieses Gesamtsystem der Sicherung angesprochen, reagieren immerhin 41 % ausschließlich positiv und bestätigend und auch die vorgebrachte Kritik (45 %, vgl. Tab. 14) zielt eher auf partielle Weiterentwicklung und Verbesserung ab, denn daß sich darin ein Bewußtsein wirklich mangelhafter sozialer Absicherung ausdrücken würde.

Tab. 14: Netz der sozialen Sicherheit

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
zu weit ausgebaut	4	2	6	3	9	2
gut, ausreichend	41	34	48	40	41	42
Verbesserungen wünschenswert	45	50	40	55	35	42
k.A., n.e.	10	14	6	2	15	14
	100	100	100	100	100	100

Das sozialpolitische Selbstverständnis der Bundesrepublik, eine besonders weitgehende Absicherung des Einzelnen zu garantieren, wird von vielen Werftarbeitern geteilt und z.T. geradezu emphatisch vertreten: Das Arbeitslosengeld, die Unfallversicherung, das Krankentagegeld vom ersten Tag der Krankheit an, die Lohnfortzahlung für die Dauer von 6 Wochen und die Aussicht auf gute Renten werden als vorbildlich hervorgehoben.

"Im großen und ganzen ist der Werftarbeiter, wenn er hier Pech hat, ganz gut abgesichert. Wenn er Pech hat hier, durch irgendwelche Umstände, hier kaputtgeht, dann ist die Familie nach meiner Auffassung schon ganz gut abgesichert. Das ist schon ganz gut." (SB)

"Ich glaube, das reicht im Moment aus. Ich glaube nicht, daß in Europa oder in der ganzen Welt ein anderes Land so sozial ist wie die Bundesrepublik." (SB)

"Ich würde sagen, daß das Netz von der Bundesrepublik eines der besten ist, die es überhaupt gibt hier auf der Welt. Noch mehr ausbauen, ehrlich - da ist doch jeder versorgt." (ES)

Forderungen nach weiterem Ausbau, die insgesamt der Perspektive folgen, "es ist zwar ausreichend, aber verbessert werden muß sowas ja immer", privilegieren deutlich die Rentenregelungen und die sozialen Einrichtungen, während auch in diesem Kontext die Arbeitslosenunterstützung nur recht selten als verbesserungsbedürftig benannt wird. Nur vereinzelt und ausschließlich von Befragten aus A., die sich selbst direkter mit dem Problem der Arbeitslosigkeit konfrontiert sehen, wird die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 80 bis 90 % des letzten Einkommens, die Verlängerung dieser Zahlungen über ein Jahr hinaus und in diesem Zusammenhang dann auch eine auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gerichtete Politik gefordert.

"Die ständig gearbeitet haben und die noch nie arbeitslos gewesen sind, jetzt durch den Konjunkturrückgang wohl alles plötzlich ein halbes Jahr oder so arbeitslos werden, denen sollen sie ruhig den Satz also nicht vollkommen, was sie verdient haben, aber 90 % davon sollen sie ruhig geben." (SB, Werft A)

"Die Arbeitslosenunterstützung müßte- ein Jahr ist zu kurz würde ich sagen, müßte ein bißchen länger sein." (ES/Werft A)

"Es muß eigentlich noch mehr ausgebaut werden. Ja, wenn sie mehr Arbeitsplätze bilden, mehr Industriebildung und mehr Arbeitsplätze." (RS/Werft A).

Skepsis gegenüber dem "Netz sozialer Sicherung" wird allenfalls in der Perspektive präventiver Mahnung geäußert: einige bangen bereits um die Stabilität dieser Regelungen. Anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten und hohe Arbeitslosenquoten könnten das Reservoir staatlicher Finanzierung erschöpfen.

"Also ich kenn das nur nach dem Hörensagen, da soll das ja gesichert sein ... Aber wenn man so viele Arbeitslose hat auf längere Zeit, dann ist es schlechter. Ich meine, dann kommt das Geld ja nicht mehr rein. Die Arbeitslosenunterstützung lebt von denen, die ihre Arbeit tun." (RS)

"Solange sie es jetzt noch einigermaßen verkraften können, daß sie das noch alles über die Bühne reißen und bezahlen können, geht das noch. Aber laß das Geld mal ausgehen, dann sieht die Sache schlecht aus. Und dann werden wir das auch zu spüren kriegen. Dann gibt es nämlich Unruhe im Land und das können wir am allerwenigsten gebrauchen." (RS)

Doch diese Zweifel an der dauerhaften Funktionsfähigkeit der sozialen Absicherung sind bei den befragten Werftarbeitern bisher eher die Ausnahme und zudem hypothetisch formuliert. Die überwiegende Mehrheit vertraut darauf, im Notfall gesellschaftlich abgesichert zu sein.

Insofern hat selbst dann, wenn die Beschäftigungsperspektive durch die Werftkrise verunsichert werden sollte und eine Phase der Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen werden kann, diese Vorstellung auch noch keine katastrophische, existenzbedrohende Dimension. "Auch als Arbeitsloser leben können" wird denkbar. Die Erfahrung der Werftkrise hat dieses Vertrauen in die Stabilität und das Funktionieren der sozialen Sicherungen nicht erschüttert. "Brise" assoziiert sich für die Werftarbeiter bisher nicht mit dem Bild von Dauerarbeitslosigkeit und Massenelend, sondern eher mit der Vorstellung von zeitlich befristeten Schwierigkeiten. Deshalb wird von der Mehrheit selbst im Falle der Entlassung und der Arbeitslosigkeit zwar mit einschneidenden Problemen bei der Bewältigung dieser Situation gerechnet, aber dies meint für, sie eben nicht "Existenzkrise": "Man fällt nicht mehr ins Bodenlose."

"Wenn wir entlassen werden, dann gehen wir ja stempeln, dann ist die Welt ja auch nicht verloren ... Ja, die Ruhe behalten. Man darf sich nicht verrückt machen lassen. Wenn man vielleicht einen Monat oder ein halbes Jahr keine Arbeit hat, davon geht die Welt ja nicht unter. Man kann sich ja irgendwie anderweitig beschäftigen. Hauptsache man ist nicht vollkommen ohne Mittel. Und das ist ja heute nicht mehr drin, man ist ja arbeitslosenversichert, und jeder müßte sich helfen können." (RS)

c) Die Klassenspezifität der Krisenbetroffenheit

Die Wahrnehmung einer reduzierten individuellen und existenziellen Bedrohung durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten versperrt den Arbeitern keineswegs den Blick für die klassenspezifische Verteilung der Krisenlasten: Die große Mehrheit der Befragten (59 %) registriert sehr deutlich, daß die Arbeiterschaft strukturell in besonderem Maße von der Krise betroffen ist; nur ein Viertel sieht eine gleichgewichtige Betroffenheit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen durch regionale und branchenspezifische wirtschaftliche Schwierigkeiten (vgl. Tab. 15).

Tab. 15: Klassenspezifische Krisenbetroffenheit

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
unspezifische Betroffenheit	26	27	26	18	29	31
"Unten" besonders betroffen	59	66	52	70	53	53
k.A., n.e.	15	7	22	12	18	16
	100	100	100	100	100	100

Die Mehrheit, die die Krisenlasten im wesentlichen beim Arbeiter sieht, orientiert sich in der Begründung weitgehend am Topoi: "Es trifft immer den kleinen Mann."

Die Haltung des "mit-der-Krise-leben-Könnens" ist also durchaus kongruent mit einem Bewußtsein klassenspezifischer Betroffenheit. Die "Großen", "Reichen" überstünden die Krisen - manchmal noch mit Gewinn - während die "Kleinen" es auszubaden hätten.

"Das ist ewig so gewesen: Der Arbeiter, der ist immer der Dumme, denn den kriegen sie ja zuerst. Der muß immer, an allen Dingen muß der bluten ... Immer an den kleinen Mann, weil daß die Masse ist und da wird dann gespart. Die müssen den ganzen Kram auch nach dem Krieg, wir haben die Wirtschaft wieder aufgebaut, wir müssen damals nach dem Werk. Jetzt haben wir die Wirtschaft hoch und jetzt, wenn ich nicht mehr da zu tun habe, dann werde ich wieder entlassen. Also uns. Der Arbeiter hat in allen Fällen die Nachteile". (SB)

"Hauptsächlich wohl den Arbeiter. Die großen haben doch überall ihr Geld in Sicherheit. Die haben das Geld schon angelegt. Das war doch damals bei dem Schlieker auch in Hamburg. Der hat in Berch-

tesgaden da ein Hotel. Da sind doch mehrere Skilifte, da waren wir da oben mal. Da hat er doch sein Geld angelegt, der ist doch gesichert. Obwohl er da in Hamburg mit der Werft pleite ging. Die haben ihr Geld doch angelegt, die sind doch gesichert"... (SB)

"Es sind immer die Arbeiter, die am ehesten betroffen werden. Es ist schon immer so gewesen, das wird sich auch wohl in den nächsten 10 Jahren nicht ändern. Der kleine Mann, der hat es immer am schwersten". (SB)

Diese Dichotomie zwischen "unten" und "oben" meint dabei für zunehmend mehr Arbeiter auf der Seite des "unten" nicht mehr ausschließlich den traditionellen "Hand"-Arbeiter: In die klassenspezifische Betroffenheit "der kleinen Leute" werden z.T. die Angestellten ausdrücklich eingezogen. Die Arbeiter vermuten, daß sich insbesondere die Lage der "kleinen" Angestellten durch Krise und Rationalisierung, verschlechtern wird und sie die Zeche ebenso zu zahlen haben; auch die Arbeitslosigkeit von Akademikern und ausgebildeten Lehrern ist ihnen Indiz für eine Betroffenheit, die über die traditionelle Kategorie des Arbeiters hinausweist.

"Es betrifft alle, die wirklich kein Kapital besitzen. Also die mit ihrer Hände Arbeit Geld verdienen müssen, die wird es alle gleich treffen. Da meine ich den Arbeiter genauso gut mit wie den kleinen Angestellten. Also was ein abhängiger Lohnempfänger ist, denen wird es allen gleich gehen. Wer wirklich Kapital hat, der überbrückt das leichter. Kapital ist ja nicht nur Geld. Geld ist ja nur ein Zahlungsmittel. Kapital ist Eigentum. ... Den Arbeiter trifft es an und für sich immer am härtesten, weil er ja keine Rücklagen hat. Also nicht nur der Arbeiter, auch der, der auf dem Büro sitzt, ich mein, wenn der entlassen wird, der hat auch keine Rücklagen. Das ist der Unterschied, Arbeiter oder Unternehmer. Denn Rücklagen haben wir ja nicht viel". (ES)

"Es sind viele Arbeiter, ja wohl die breitere Masse. Die große Masse sind ja meist Arbeiter. Aber getroffen hat es oft viele Angestellte, die brotlos geworden sind. Da haben sie doch auch ganz schön rationalisiert und gesiebt". (ES)

"Es sind nicht bloß Arbeiter von betroffen, sondern auch viele Akademiker, Lehrer usw.. z.B. auch, die haben dieselben Probleme, daß sie zuviele von den Leuten ausgebildet haben und zuwenig Stellen haben. Die sind genauso davon betroffen wie die anderen auch". (RS)

Festgehalten werden kann, daß knapp 60 % der Befragten sehr eindeutig die klassenspezifische Krisenbetroffenheit der Arbeiter bzw. der abhängig Beschäftigten registrieren und durch ihre Ausführungen klar machen, daß das durch den Topoi "der kleine Mann ist immer der Leidtragende, die Reichen haben ihr Schäfchen im Trockenen" ausgedrückte dichotomische Bewußtsein und die klare Sicht der eigenen abhängigen Stellung nach wie vor Kernelemente des Arbeiterdenkens in der Bundesrepublik sind.

2. Die innerbetrieblichen Auswirkungen der Krise

a) Die betrieblichen Leistungsanforderungen

Die Frage danach, wie die Werftarbeiter im Zusammenhang mit den betrieblichen Folgen der Krise die Entwicklung der Leistungsanforderungen beurteilen, muß vor dem Hintergrund der unterschiedlichen betrieblichen Krisenzuspitzung gesehen werden: Während in Werft A trotz der Entlassungen, des Überstundenabbaus und der Kurzarbeit eine erhebliche Unterauslastung der Kapazitäten (ausgedrückt vor allem durch die massenhafte "Unterbeschäftigung") zu verzeichnen war, versuchte Werft B vor allem durch die Hereinnahme von 'Verlustraufträgen' die Kapazitäten möglichst weitgehend auszulasten; zwar wurden die Überstunden stark reduziert, doch es kam bis zum Zeitpunkt der Untersuchung zu keiner Kurzarbeit.

In Werft A haben diese Krisenfolgen in den Augen der Arbeiter zu einer deutlichen Minderung der Arbeitsbelastungen und der Leistungssituation geführt. Soweit mit den Veränderungen wie dem Abbau der Überstunden und der Einführung der Kurzarbeit auch Lohneinbußen verbunden sind, wird zwar mit Nachdruck auf die damit verbundenen materiellen Probleme verwiesen - "Ich meine, 400 Mark weniger, das sind die Mieten, also, das ist ein ganz schöner Schlag ins Portemonnaie" - doch der Freizeitgewinn und die betriebliche Entlastung hat im Urteil der Arbeiter ein beachtliches Gewicht. Bei der Einschätzung der Kurzarbeit, die mit weniger Lohneinbußen verbunden ist als der Überstundenabbau, dominiert sogar dieser Aspekt des "Gewinns". Immerhin fast 60 % der Befragten (vgl. Tab. 16) würdigen den arbeitsfreien Tag als angenehme Erholungspause und sehen in ihm eine Möglichkeit zum verstärkten Eingehen auf individuelle Bedürfnisse.

Tab. 16: Bewertung der Kurzarbeit in Werft A

	Gesamt	Berufsgruppe		
		RS	SB	ES
	n=56	n=20	n=14	n=22
	%	%	%	%
positiv	57	65	57	50
tragbar	18	15	29	14
negativ	20	15	7	32
k.A.	5	5		4
	100	100	100	100

Man hat mehr Zeit für Hobbys oder für den Garten, kann seine Weiterbildungsarbeit vom Wochenende auf den arbeitsfreien Tag verlegen, entfernt wohnende Verwandte besuchen und Behördengänge selbst erledigen.

"Man kann sich ja über das Wochenende mal was vornehmen. Meine nächstliegenden Verwandten habe ich im Rheinland. Da waren wir ja nun letztens auch mal über's Wochenende. Denn lohnt sich das, drei Tage. Wie gesagt, da plant man sich den Freitag schon mit ein. Bißchen gemütlich machen". (RS/Werft A)

"Jetzt hat man ja einen freien Tag, man kann zu Behörden gehen in dieser Zeit, was sie sonst nicht konnten. Oder man geht ins Geschäft, kann was kaufen. Man kann sich mehr Zeit lassen". (RS/Werft A)

Die Erfahrung mit der 4-Tage-Woche gilt den Arbeitern zumindest bei der realisierten finanziell gering belastenden Regelung nicht selten als Vorwegnahme einer positiven Zukunftsvision verminderter Arbeitsbelastung und mehr freier Zeit. Gänzlich unerörtert bleiben jene Sorgen, die die professionellen Freizeit-Interpreten in diesem Zusammenhang gern anführen: Probleme des Umgangs und des Ausfüllens der neu gewonnenen, für die eigene Disposition verfügbaren Zeitmargen. Ganz im Gegensatz zu deren düsteren Prognosen klingt bei vielen Arbeitern eher jenes Gefühl einer grundlegend neuen Erfahrung an, für sich "freie" Zeit zu haben. "Man ist ein anderer Mensch, wenn man wirklich keine Überstunden macht und Sonnabend und Sonntag zu Hause ist".

Und auch die Leistungsanforderungen während der verbleibenden Arbeitszeit haben sich nach dem Urteil der Mehrheit der Arbeiter in Werft A im Gefolge der Krise nicht nur nicht erhöht, sondern häufiger wird sogar von einem nachlassenden Arbeitsdruck gesprochen.

Zwar betonen viele die gestärkte Position der Vorgesetzten, die in der Krisenlage wieder deutlicher ihre Autorität gegenüber den Arbeitern statuieren können, doch bei einem Einsatz in Unterbeschäftigung, dem häufig sowieso nur beschäftigungstherapeutischer Charakter zuerkannt wird, und bei einem insgesamt reduzierten Arbeitsvolumen dominiert oft für die Meister das Problem, überhaupt noch Arbeit verteilen zu können. Die Unterauslastung der Werft und die weniger harten Terminzwänge für die Ablieferung von Schiffen reduzieren zumindest in Teilbereichen der Produktion und beim Einsatz in Unterbeschäftigung jenen Leistungsdruck, der für die Leistungsbedingungen bisher bestimmend war. Zudem herrscht

das Bewußtsein vor, daß die drohende Betriebsschließung die Vorgesetzten gleichermaßen treffen würde wie die Arbeiter, die Bedrohung also auch eine gemeinsame ist.

"Ich glaube, es ist etwas ruhiger geworden. Auf der ganzen Werft ist nicht mehr soviel Arbeit und die Meister und die Vorgesetzten sind auch nicht so doll dahinter. Leichter kann ich auch nicht sagen. Nur der Druck, will mal sagen durch Vorgesetzte, der ist nicht da. Hin und wieder kommen sie wohl mal, um überhaupt zu sehen, daß die das und das in die Gänge kriegen und wie weit das ist damit. Aber so wie früher ist das nicht. Und wenn sie keine Arbeit haben so richtig, wo sie die Leute einsetzen können, sind sie vielleicht auch froh, daß keiner kommt und jetzt Arbeit haben will oder irgendwie was. Wir müssen so arbeiten, daß wir die Prozente halten. Also bummeln dürfen wir auch nicht. (RS/Werft A)

"Der Leistungsdruck ist auch etwas gewichen. Ich mein, es ist gemütlicher geworden. Auch von oben her, die Vorarbeiter, die sind selbst von der Kurzarbeit betroffen. Die Meister werden auch davon betroffen jetzt. Es ist irgendwie gemütlicher geworden. Der Streß ist weniger geworden, das ist das Wichtigste". (RS/Werft A)

Nur im Augenblick ist das manchmal so, daß Du Tage hast, wo Du überhaupt nichts leisten brauchst und daß Dir dann unheimlich langweilig wird. Du bist unterbeschäftigt, weißt überhaupt nicht, trödelst da so, gammelst von einer Ecke zur anderen". (SB/Werft A)

Die besonderen Krisenbedingungen in Werft A führen also dazu, daß nicht nur durch den Arbeitszeitabbau, sondern auch durch verringertes Arbeitsvolumen von den Arbeitern selbst eher eine Tendenz zur Abnahme- von Leistungsanforderungen oder Druck festgestellt wird. Die geringe Auslastung erlaubt es dem Betrieb nicht, die disziplinierende Wirkung der Krisensituation und die damit bewirkte Stärkung der Vorgesetzten umzusetzen in eine erhöhte Leistungsabgabe der Beschäftigten.

Die Arbeiter in der Werft B sprechen demgegenüber deutlich häufiger von einer Erhöhung der betrieblichen Leistungsanforderungen in der Krisensituation. Während sich für sie die Erfahrung der Arbeitszeitverkürzung nur auf den Abbau von Überstunden beschränkt, den sie wie die Arbeiter in Werft A unter dem Aspekt der hohen Lohneinbußen problematisieren, erscheint ihnen auch die innerbetriebliche Situation deutlich verschlechtert; gegenüber den Beschäftigten würde vor allem auf eine rigidere Arbeitsdisziplin bestanden: Das Alkoholverbot wird noch stärker betont, die Einhaltung der Vorschriften strenger überwacht, auf die Verbindlichkeit der Arbeitszeit schärfer geachtet und Kritik am Vorgesetztenverhalten nicht mehr akzeptiert.

"Wenn man jetzt irgendwie was meckert, dann sagen die hier glatt: Du hast Dein Geld ja auch nicht verdient, was hast Du denn gemacht den ganzen Tag, wenn Du das nicht schaffen kannst, dann

kannst Du die Werft von draußen angucken oder so. Früher waren sie froh über jeden Hampelmann, und wenn er noch so eine große Flasche war, die hier arbeiten konnten". (RS/Werft B)

"Man muß genauso arbeiten wie für 45 % und kriegt meinetwegen bloß 39 %. Man muß das ja so hinnehmen, weil man sich sagt, na ja, man soll froh sein, daß man überhaupt noch Arbeit hat und wir müssen eben damit vorliebnehmen, daß wir jetzt ein bißchen weniger Geld haben. Was soll man dabei machen". (SB/ Werft B)

"Krankheit ist auch schon was, nicht mehr so viele Kranke, merkt man auch. Ja, kommen alle pünktlich. Keiner fehlt mehr unentschuldigt und alles". (SB/Werft B)

Gerade im Umgang mit Krankheiten wird die veränderte Betriebssituation, und das heißt vor allem die schwächere Arbeitsmarktposition des Einzelnen und des Kollektivs, von den Arbeitern selbst durchaus betont: aus Angst um mögliche Folgen und damit provozierte erhöhte Entlassungsgefahren trauten sich die Arbeiter selbst bei ernsthafteren Gesundheitsstörungen kaum noch, sich krank schreiben zu lassen. Ein Schiffbauer berichtete sehr ausführlich über diesen Zusammenhang:

"Ich meine, wenn jetzt einer viel krank ist, da kann ja keiner was für. Das ziehen sie ja heute auch mit rein, Krankheit, daß sie schon viele Mahnungen ausgegeben haben. Das ist auch nicht gerecht. Na ja, eine Mahnung nur wegen Krankheit und so. Der meinetwegen ein Jahr krank war oder so, einen blauen Brief gekriegt und so, daß er zuviel krank ist oder hier im Personalbüro, dem einen haben sie auch mal Bescheid gesagt, der war viermal im Jahr krank. Ich meine, da kann ja keiner was für. Dafür sind ja heute die Ärzte da und die Vertrauensärzte. Wenn ich heute krank bin, erstmal muß der Arzt das ja sagen, und dann muß ich auch zum Vertrauensarzt hin. Wenn ich wirklich nicht voll krank bin, dann würde der ja sagen, Mensch geh wieder zur Arbeit. Mitunter haben sie das auch mit einbezogen hier. Viele haben vielleicht auch gebummelt, ich weiß das nicht. Aber wer wirklich krank ist, der kann ja nichts dafür. Wenn ich jetzt dreimal im Jahr krank bin, einmal habe ich einen Unfall oder zweimal und einmal irgendwie Grippe oder so, ja wer kann da was für. Man kann ja mal Pech haben, daß man ein halbes Jahr krank ist oder so. Da kann man ja nichts für, wenn man mal angeschrieben wird, wegen Krankheit und man ist 25 Jahre hier, das finde ich auch ungerecht. So wie ich das gehört habe, daß der eine was gekriegt hat, das ist ja nicht gerecht. Da kann ich ja nichts für oder durch Rheuma oder durch Ischias oder, daß ich mal zur Kur muß oder so und das kurz nacheinander, dann kann man ja nicht irgendwie nachher, daß ich da angeschrieben werde und sage, hier meinetwegen, Vorsicht, zu viel krank. ... Da hängt jeder an der Arbeit und Angst und genauso, wenn heute schon mal einer krank ist, der geht schon lieber zur Arbeit, anstatt daß der krank spielt". (SB/Werft B)

Im Zusammenhang mit dieser Disziplinierung wird auch über erhöhten Streß geklagt. Der Termindruck aufgrund der harten Marktkonkurrenz, der von der hohen Arbeitslosigkeit ausgehende Anpassungsdruck auf die Beschäftigten und die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bilden die Basis für den erhöhten Leistungsdruck, unter den sich die Arbeiter in der Werft B gestellt sehen.

"Konkurrenzfähig, ja insofern, daß wir schnell genug arbeiten. Die Termine werden immer kürzer, weil sie ja kurzfristig abgeschlossen werden von der Direktion. Sonst gehen uns die Reeder durch die Lappen, weil sie sonst im Ausland bauen. Weil sie da ihre Schiffe vielleicht schneller kriegen, Japan und so weiter". (ES/Werft B)

"Ja, erstensmal wird der Streß wohl erhöht dadurch. Der Leistungsdruck auch. Jeder will's natürlich jetzt besonders gut machen, um ja nicht dabei zu sein, wenn Entlassungen kommen, das ist ganz klar. Dann die Sorge, wenn man sich Sorgen macht um seinen Arbeitsplatz. Das ist, wie gesagt, es erhöht die ganze Streßsituation. Jeder will's besonders gut machen und dadurch wird's natürlich auch nicht gerade gesünder". (ES/Werft B)

Der Versuch der Werft B, durch eine forcierte Leistungspolitik besonders kostengünstig zu produzieren und dadurch Marktvorteile zu gewinnen, wirkte sich verschlechternd auf die Arbeitssituation aus. Die Krisenlage ermöglicht der Werft, durch eine stärkere Disziplinierung der Arbeiter eine erhöhte Leistungsanforderung durchzusetzen. Die Gefahr der Entlassung erzwingt individuelles Wohlergehen.

Die abweichende Krisenbetroffenheit der beiden Werften hat also sehr unterschiedliche Folgen für die betrieblichen Konditionen der Leistungsanforderungen. Die abwartende Haltung des Managements in Werft A unter Einschluß des Kalküls der Betriebsstillegung lockert merklich die Leistungsbedingungen und bringt die Vorgesetzten in die Rolle der Mit-Betroffenen. Anders in Werft B, in der die Werftkrise auch durch eine gezielte Leistungspolitik bewältigt werden soll: Die Vorgesetzten fungieren als die Agenten zur Durchsetzung der stärkeren Disziplinierung der Arbeiter. Diese unterschiedliche Betriebssituation wirkt sich auch aus auf das Verhältnis der Arbeiter untereinander.

b) Die Konkurrenzsituation zwischen den Arbeitern

Entscheidend für die Frage, ob mit der Verschärfung der Krisensituation eher eine Zunahme der Konkurrenz oder eine Stärkung der Solidarität der Arbeiter im Bewußtsein gemeinsamer Bedrohung einhergeht ist zunächst die Einschätzung, inwieweit durch das persönliche Verhalten die Entlassungsgefahr reduziert werden kann, der Einzelne sich also meint retten zu können - möglicherweise auf Kosten der Kollegen. Die unterschiedliche Krisenbetroffenheit in den beiden Werften schlägt sich auch hier deutlich im Bewußtsein der Belegschaft nieder. In der Werft B sieht fast die Hälfte der Befragten (44 %; vgl. Tab. 17) die Möglichkeit, durch persönliches Verhalten die Entlassungsgefahr zu reduzieren; diese Gruppe ist in Werft A nur noch 18 % stark, während drei Viertel hier keinerlei individuelle Einflußchancen zur Verminderung dieses Risikos unterstellen.

Tab. 17: Individuelle Verhaltensmöglichkeiten zur Reduzierung der Entlassungsgefahr

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
möglich	32	18	44	30	32	33
nicht möglich	58	73	44	60	53	60
k.A., n.e.	10	9	12	10	15	7
	100	100	100	100	100	100

Die Beschreibung jener Verhaltensweisen, mit denen die Entlassungsgefahr individuell reduziert werden könne, unterstreicht als zentrales Kriterium den Zwang zu einer erhöhten Anpassungs- und Leistungsbereitschaft, die sich gerade auch in der Konkurrenz zu den Kollegen zu profilieren hat. Der Verhaltenskodex, der das "Überleben" bei den vor Entlassungen anstehenden Selektionen wahrscheinlicher macht, umfaßt insbesondere:

Man muß großen Fleiß an den Tag legen und hohe Leistungen bringen; man darf keine Fehlzeiten haben und muß möglichst auch dann noch zur Arbeit kommen, wenn man krank ist;

man darf sich nichts zu schulden kommen lassen, muß auf Kritik an den Vorgesetzten verzichten, stets am Arbeitsplatz präsent sein und jede Arbeit übernehmen.

"Ja, indem man nicht auffällt, seine Arbeit sauber und ordentlich macht, nicht oft krank macht, nicht zu spät kommt, nicht blau macht, das sind schon wichtige Faktoren. Ja, der Meister hat auch immer ein Wort mitzusprechen. Wenn er keine Beschwerden hat, dann wird er auch sagen, da, der Mann fällt öfter auf, nehmen wir lieber den". (ES/Werft B)

"Das man mich entlassen wird? Na ja, wer immer seine Arbeit macht hier und sich nichts zu schulden kommen läßt, ich meine auch nicht frech wird, der behält auch seinen Arbeitsplatz. Da würden wohl zuerst mal die Leute rankommen, die ein bißchen frech sind". (ES/Werft B)

"Ja, man darf nicht vom Arbeitsplatz weglaufen. Man muß immer arbeiten, sonst nichts. Wenn man keine gute Nummer beim Meister oder Vorarbeiter hat, dann steht man sowieso auf der ersten Liste". (ES/Werft B)

Diese Bemühungen, durch hohe Leistung und Wohlverhalten die eigene Haut retten zu können, gelten bei der Mehrheit der Arbeiter in Werft A als kaum noch nützlich: Die Krisenbedrohung gilt dem Kollektiv, der Einzelne hat keine Chance der Ausgliederung mehr. Erhöhte Leistung ist nicht gefragt und könnte umgekehrt durch die insgesamt schnellere Abarbeitung der Aufträge die Entlassungsgefahr eher beschleunigen. Und die bereits vollzogenen und noch in Aussicht gestellten "Massen"-Entlassungen in Werft A sind in Absprache zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat weitgehend anhand von Kriterienkatalogen formalisiert und objektiviert (insbesondere familiäre und soziale Situation, Betriebs- und Lebensalter, Berufsgruppen), so daß der Einfluß der unmittelbaren Vorgesetzten auf die Selektion entsprechend gering ist und sich auch insofern ein besonderes Wohlverhalten ihm gegenüber nicht mehr auszahlt.

"Ich weiß nicht, wie nah ich dran bin an Entlassung, aber wenn's soweit ist, also wenn keine Arbeit mehr da ist, dann kann ich nichts machen, dann muß ich gehen, es nützt ja nichts. Die können mich ja nicht dabehalten, und mir Geld geben und keine Arbeit ist für mich da, das geht nicht, das sehe ich ja auch ein. Das ist nirgends drin. Ich bin immer da und mach meine Arbeit auch gewissenhaft - sie sind auch mit mir zufrieden, das weiß ich vom Ingenieur bis zum Vorarbeiter, die haben nichts an mir auszusetzen. Da habe ich eine reine Weste. Aber trotzdem werde ich entlassen, wenn es soweit ist". (SB/Werft A)

"Das hat mit Fleiß nichts zu tun. Da haben die Meister keinen Einfluß drauf. Das sind die Sachen, was da zur Zeit, wie es praktisch ausgesucht wird. Wann eingestellt, Junggeselle, Verheiratet, wieviel Kinder, wie alt, Geburtsdatum. Danach werden die Leute entlassen. ... Nur weil er einen Monat später eingestellt wurde-Wie der andere, oder weil er eben Junggeselle ist oder ein Kind weniger hat und all sowas, furchtbar ist das. So wird es tatsächlich gemacht. Da hat man gar keinen Einfluß drauf". (ES/Werft A)

"Wenn ich betroffen bin, dann bin ich betroffen, damit muß ich mich abfinden. Mich kann es treffen, meinen Kollegen kann es auch treffen. Was soll man dagegen machen". (RS/Werft A)

Hat die unterschiedliche Krisenbetroffenheit auch Auswirkungen auf die Bereitschaft zu kollektiven Aktionen? Wir haben diese Thematik im Interview an der Einschätzung der Befragten festgemacht, ob sie selbst davon ausgingen, daß sich die Belegschaft bei den aktuellen Tarifeinandersetzungen zur Durchsetzung der Forderungen an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen beteiligen würde.

Die Ergebnisse bestätigen, daß der Krisensituation in Werft B eine beachtliche desolidarisierende Wirkung zukommt. Obwohl die Belegschaft gerade dieser Werft als eine besonders kampferfahrene zu gelten hat, die noch dazu in der jüngeren Vergangenheit durch mehrere öffentlichkeitswirksame spontane Arbeitsniederlegungen Forderungen durchzusetzen suchte und in den gewerkschaftsoffiziellen Streiks stets zu den aktiven Kadern zählte: Die spezifische Krisenlage wird interpretiert als ernsthafte Gefährdung der Kampfbereitschaft Immerhin 38 % der Befragten in Werft B gehen davon aus, daß in der Belegschaft in der Situation der aktuellen Krisenbetroffenheit keine Streikbereitschaft zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Politik vorhanden sei, während die Werft A, deren Arbeiter über weit weniger Streiktradition verfügen, nur 14 % keine Streikbereitschaft sehen und die überwiegende Mehrheit (73 %, vgl. Tab. 18) mit einer Beteiligung der Belegschaft rechnen würde - eine Position, die in Werft B von nur etwas mehr als der Hälfte (59 %) geteilt wird (vgl. Tab. 18).

Tab. 18: Streikbereitschaft der Belegschaft

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
vorhanden	65	73	59	78	47	69
nicht vorhanden	27	14	38	17	47	20
k.A.	8	13	3	5	6	11
	100	100	100	100	100	100

In der zugespitzten Krisensituation in Werft A ist die Bereitschaft zu einer aktiven Unterstützung der Gewerkschaftspolitik zumeist negatorisch begründet: Was kann ein Streik noch schaden? Eine Gelegenheit, Paroli zu bieten und Flagge zu zeigen, scheint deswegen durchaus attraktiv.

"Ja, die Streikbereitschaft da, das glaube ich doch. Sie würden streiken, weil der Arbeitsmarkt doch so schlecht ist, das ist eben heute schon egal. Weil sie genau wissen, z.B. hier auf der Werft, noch ein halbes Jahr und dann ist sowieso Schluß". (RS/Werft A)

"Wenn wir unser Geld nicht kriegen können, dann streiken wir. Wir können uns ja nicht alles gefallen lassen". (RS/ Werft A)

Demgegenüber ist es in Werft B eben jenes Bewußtsein, daß die Arbeiter um ihren betrieblichen Arbeitsplatz auch in gegenseitiger Konkurrenz "kämpfen", das im Urteil der Befragten den Streikwillen unterminiert und partiell bricht. Mit einem Streik sei gegenwärtig kein wirkungsvoller Druck auf die Unternehmensleitung auszuüben und der Einzelne riskiere nur unnötig seinen Arbeitsplatz, denn "die Garantie, daß ich nicht entlassen werden, wird man wohl kaum kriegen".

"Nein, Streik ist jetzt nicht- drin. Da würden sie keinen für gewinnen. Es würde keiner mitmachen hier. Weil sie alle Angst haben um ihren Arbeitsplatz". (ES/werft B)

"Ich kann doch nirgendwo Druck ausüben, worauf denn, da ist doch nichts, wo ich Druck ausüben kann. Es ist doch nicht so, als wenn die Arbeitslage gut ist und die streiken jetzt, das ist was anderes. Und der muß den Termin einhalten, weil das Schiff fertig werden muß, das wird viel teurer als wenn er jetzt nachgibt oder irgendwie, das ist doch was anderes. Aber so Druck ausüben, da ist doch nichts, wo man Druck ausüben kann. Dann sagt der einfach, gut ihr kriegt nicht eher bezahlt, ab dann und dann seid ihr gekündigt, kriegt nicht mehr bezahlt und fertig. Streik liegt da wohl nicht mehr drinne. Wegen der wirtschaftlichen Lage kommt das automatisch, weil jeder damit rechnen müßte, wenn er streiken würde, daß der Betrieb doch erstmal soundso viel aussuchen würde automatisch, die erstmal einen blauen Brief kriegen würden um gleichzeitig den anderen erstmal Angst zu machen, daß liegt ja dadrin". (SB/Werft B)

"Weil der Arbeitgeber doch gleich mit Aussteuerung anfangen würde und wenn wir hier 7.000 oder 8.000 Mann noch sind und wir würden streiken, ja da würden bestimmt 2.000 nicht wieder auf die Werft kommen, das haben wir 1956/57 auch gehabt, daß viele draußen geblieben sind. Nein, die sind nicht wieder reingekommen, also, die wollte die Werft sowieso loswerden, und das würde sie jetzt dann bestimmt auch tun, dann würden sie ihre Trümpfe ausspielen". (SB/ Werft B)

Dabei unterstreichen diese Äußerungen der Befragten, daß viele Arbeiter in Werft B nicht zuletzt aufgrund ihrer Streikerfahrenheit die Risiken genauer abzuschätzen suchen, auf die sich die Belegschaft mit einer Kampfaktion in der Werftkrise einlassen würde und begründen u.a. damit ihre negative Einschätzung der Kampfbereitschaft.

Insgesamt ist also festzuhalten: die massive Krisenzuspitzung in Werft A, die die Sorge um den Arbeitsplatz als kollektive Betroffenheit bewußt macht, der man sich als Einzelner und durch betriebliche Anpassungsleistungen nicht mehr zu entziehen vermag, reduziert gleichzeitig jene Ängste, durch Streikbeteiligung die Gefahrensituation noch zu verschärfen und negative Sanktionen des Betriebes auf sich zu lenken. Freilich darf auch bei der Belegschaft in Werft A diese Bereitschaft, sich an Kampfmaßnahmen zu beteiligen, keineswegs dahingehend gedeutet werden, der Streik gelte ihnen unter den gegebenen Bedingungen wirklich als geeignetes wirkungsvolles Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen: wie in Teil D aufzuzeigen sein wird, scheint eher eine generelle Skepsis gegenüber den eigenen Handlungsmöglichkeiten typisch, die auch von kollektiven Kampfaktionen kaum Erfolge erwartet; aber immerhin ein internes Konkurrenzbewußtsein würde die Belegschaft in Werft A offenkundig an gemeinsam getragenen Aktionen nicht hindern.

Die besondere Form der Krisenbetroffenheit in Werft B, die Erfahrung zunehmender Disziplinierung und erhöhten Leistungsdrucks sowie das Bewußtsein, durch individuelle Anpassungsbereitschaft an die betrieblichen Anforderungen die eigene Entlassungsgefahr zu reduzieren, fördert deutlich die Konkurrenz und problematisiert solidarisches Verhalten und kollektive Aktionsbereitschaft.

Solange also die Krise auch von den Arbeitern als eine Situation begriffen werden muß, in der die "selbstreinigenden Marktkräfte" innerbetrieblich in gezielter Personalselektion und forciertes Leistungssteigerung ihren Ausdruck finden, dominieren die desolidarischen Wirkungen deutlich. Demgegenüber fördert eine Radikalisierung der objektiven Krisensituation derart, daß der Fortbestand des Unternehmens selbst zur Disposition steht und der "Marktreinigung" zum Opfer zu fallen droht, eine Krisenerfahrung, in der die Betroffenheit als kollektive und vom Einzelnen nicht aufhebbare wahrgenommen wird und Rücksichtnahmen ihren Sinn verlieren.

Allerdings sind die Bedingungen für den traditionellen "alltäglichen" Widerstand in beiden Betrieben deutlich verschlechtert; die Bereitschaft der Kollegen, sich ihre Rechte auch durch spontane Arbeitsniederlegungen in kleinen Gruppen zu sichern, ist kaum noch vorhanden:

"Mein persönlicher Eindruck ist, daß die Kollegen jetzt doch lange nicht mehr so bereit sind irgendetwas zu machen. Die neigen doch jetzt eher dazu, alles einfach so hinzunehmen. Z.B. mußten wir in

den Tank, die Schiffbauer hatten das Ding fertig und da mußten wir dran, da waren drei, vier Stemmer drin, so mit'm Preßlufthammer ... Wir haben zwar alle gemeckert, aber als es denn, da ging nie was zu machen, da war Sendepause. Da wurde noch ein bißchen drüber geschimpft und dann ging's wieder hin zur Arbeit. Nach meiner Meinung hätten die früher gesagt, wir setzen uns auf den Arsch und dann machens's wir solange bis irgendwas los ist". (ES/ Werft A)

"Weil die Sorge um den Arbeitsplatz viel zu groß ist. Ich möchte sagen, mal streng genommen, wenn wir heute reinkommen würden in so einem Turm, da würden wir jeden Morgen einen Schlag auf's Kreuz kriegen, dann würden wir das auch in Kauf nehmen, nur um unseren Arbeitsplatz zu halten. Also bildlich gesehen. ... Es würden vielleicht verschiedene Stimmen laut werden, ja, aber ich glaube nicht, daß da irgendwo großer Krawall existieren würde oder entstehen würde, wenn die Werft sagt: So, alle Mann, ab dann und dann ist die Werft zu, da braucht ihr nicht wiederkommen. Da würde gar nichts passieren. Die Leute wären deprimiert, aber sonst gar nichts". (SB/ Werft B)

In dieser Situation erscheint die Bereitschaft zur Reduktion von Ansprüchen sehr viel wahrscheinlicher als das Aufrechterhalten einer massiven Forderungshaltung - die Krise als Rahmenbedingung weitgehender individueller und kollektiver Anpassung?

c) Der Anspruch an Arbeit und Lohn

Die Reaktion der Arbeiter auf die Krisensituation ist aber vor allem auch gekennzeichnet durch eine hohe Bereitschaft zur Hinnahme von Arbeitsverschlechterungen und Lohnneinbußen. Nahezu alle befragten Arbeiter erklären sich ohne jede Einschränkung (50 %) bzw. mit gewissen Einschränkungen (35 %) mit betrieblichen Versetzungen einverstanden, die mit einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen verbunden sind; nur 8 % würden eine solche Versetzung nicht akzeptieren (vgl. Tab. 19). Und zwei Drittel aller Befragten würden auch begrenzte Lohnneinbußen hinnehmen gegenüber knapp einem Viertel, die dies für sich ausschließen (vgl. Tab. 20).

Werftspezifische Differenzen treten bei dieser Anspruchsreduktion nicht auf: in beiden Werften ist die Verzichtbereitschaft gleichermaßen ausgeprägt.

Tab. 19: Bereitschaft zur Hinnahme von Arbeitsverschlechterungen

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
ohne Einschränkung bereit	50	45	56	45	53	53
mit Einschränkung bereit	35	41	29	50	26	27
keine Bereitschaft	8	7	9	3	15	9
k.A.	7	7	6	2	6	11
	100	100	100	100	100	100

Tab. 20: Bereitschaft zur Hinnahme von Lohneinbußen

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
Lohneinschränkungen akzeptiert	66	68	65	70	68	62
Lohneinschränkungen nicht akzeptiert	23	20	25	20	23	25
k.A.	11	12	10	10	9	13
	100	100	100	100	100	100

Die Bereitschaft zur bedingungslosen Hinnahme schlechterer Arbeitsbedingungen offenbart in eklatanter Weise den "stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse": Schlechtere Arbeit hinnehmen, das "muß ich denn ja, dazu werde ich ja gezwungen, das nutzt ja alles nichts. Ja, das muß ich denn ja wohl - was soll ich denn machen?" Dabei ist die Aufgabe jeglicher Ansprüche an die Arbeit an die Krisenzwänge geknüpft. Der Notwendigkeit, die eigene Reproduktion und die der Familie sichern zu müssen, haben sich alle anderen Interessen unterzuordnen.

"Ich muß doch Geld verdienen. Ich mach' sämtliche Arbeit, Hauptsache ich verdien' mein Geld". (RS)
 "Es wäre mir egal, was ich hier machen müßte. Hauptsache, ich habe meine Arbeit. ... Man braucht doch eben das Geld, man hat doch jetzt Familie, der Junge usw., das kostet doch alles Geld". (SB)

Die besonderen Bindungen an die Werft, die regionale Alternativlosigkeit in bezug auf den Status quo sichernde Beschäftigungsmöglichkeiten und auch die Angst vor Arbeitslosigkeit forcieren die Bereitschaft zum arbeitsinhaltlichen Verzicht, wenn damit nur der betriebliche Arbeitsplatz gesichert bleibt.

"Arbeitsmäßig würde ich vielleicht die Arbeit annehmen, um im Betrieb zu bleiben. Erstmal aus dem einfachen Grunde, wenn ich Rentner wäre, meine betriebliche Rente. Zum anderen würde ich meine 40 Jahre noch vollkriegen, das Jubiläum usw. Und mein Arbeitsweg wäre 20 Minuten von hier, ist auch günstig". (ES)

"Ich meine, daß ist einmal hin und einmal her, das muß man dann in Kauf nehmen, um überhaupt eine Arbeitsstelle zu halten. Denn es ist ja besser eine Arbeitsstelle zu halten, als daß man zum Arbeitsamt hingeht. Das ist ja auch nicht gerade ein schöner Anblick da". (SB)

Dabei spielt sicher auch eine Rolle, daß innerbetriebliche Versetzungen für viele zur "Werftnormalität" gehören und in der Vergangenheit schon häufiger akzeptiert werden mußten. Die Hoffnung, nach Überwindung der betrieblichen Krisenlage wieder in die alte Position zu kommen, erleichtert die Bereitschaft zur vorübergehenden Verzicht.

"Das haben wir ja schon öfter gehabt und auch öfters mitgemacht. Das würde ich wieder mitmachen. Warum denn nicht? Also wenn ich dadurch sehe, daß meine Lohnfortzahlung dasselbe bleibt und später wieder Arbeit da ist, daß ich da wieder in meinen Beruf reinkomme. Haben wir schon immer gehabt". (RS)

"Ein Vierteljahr, das würde ich mitmachen. Da ich sage, nun haben wir gerade eine Krise hier, ist nicht anders. Machst Du das mit. Aber auch einen längeren Zeitraum nicht mehr". (RS)

In der zeitlichen Befristung der Versetzung ebenso wie in der Ablehnung ganz bestimmter Tätigkeiten (besonders gesundheitsschädliche, unfallgefährdete oder "erniedrigende") liegen auch die wichtigsten Einschränkungen, mit denen die grundsätzliche Bereitschaft zum Verzicht relativiert wird.

"Wenn mir nichts anderes übrig bleibt, ja. Bevor ich rausfliege, ja. Feger? Um Gottes Willen. Da würde ich mir ja doof vorkommen. Manche würden es machen für die Übergangszeit, so einen Monat. Nicht, daß ich das bis zu meinem Lebensende machen würde, da würde ich mir doof vorkommen. Dazu wäre mir das zu schade, was ich gelernt habe". (RS)

"Nein, für ewig nicht. Ja vorübergehend ist man ja schon praktisch gezwungen. Man hat einen Arbeitsvertrag unterschrieben und hat sich bereiterklärt, sämtliche Arbeiten zu machen". (RS)

"Es sei denn, ich wäre als Lokusreiniger gegangen oder als Feger. Das ist mir zu erniedrigend und auch zu wenig Geld". (ES)

"Wenn ich da den ganzen Tag schmirgeln muß oder sowas, das würd' ich nicht machen. Das ist ein ganz besonderer Staub usw., nee. Das würde ich nicht machen. So'ne Arbeiten, schlechtere Arbeit also gesundheitlich, nee". (RS)

Der "Zwang der Verhältnisse" der betrieblichen Krisensituation bestimmt gleichermaßen auch die Bereitschaft, gegebenenfalls Lohneinbußen hinzunehmen. Die Alternativlosigkeit läßt finanzielle Einbußen akzeptabel erscheinen.

"Ja, das würde ich machen, das ist eine andere Frage, Ich kann doch nicht sagen, ich kündige, das kann man doch nicht. Dann hänge ich auf der Straße, ich muß mich eben damit zurechtfinden oder irgendetwas". (SB)

"Ja, da kann man auch nichts gegen machen. Wenn ich sage, ich mache es nicht, dann würden sie einem freistellen zu gehen. Dann sagt man doch, na ja gut, ich nehme eine Lohngruppe weniger. Ich meine, das ist ja erstmal noch besser als stempeln gehen". (SB)

"Nach Möglichkeit natürlich nicht, das ist klar. Aber wenn's gar nicht anders ginge. Was bleibt einem übrig". (ES)

Auch hier sind es die betrieblichen Bindungen (z.B. Werkswohnung, Betriebsrente) und der wenig aussichtsreiche regionale Arbeitsmarkt, die den Befragten dieses Verhalten als notwendig erscheinen lassen. Die Ankündigung, im Falle einer Lohnreduktion sich intensiv nach anderer Arbeit umzusehen, wird deswegen auch zumeist eher vorsichtig und wenig hoffnungsvoll artikuliert: das innerbetriebliche Verzichtverhalten gilt den meisten als die bessere der ohnehin schlechten Lösungen.

Nur Minderheiten (8 % bei Arbeitsverschlechterung, 23 % bei Lohnneinbußen) lehnen kategorisch eine Verzichthaltung ab. Die Argumente sind bei ihnen weit gestreut. Teilweise sehen diese Befragten für sich Arbeitsalternativen oder haben gar schon feste Abmachungen für einen Betriebswechsel, teilweise halten sie selbst vorübergehende Arbeitslosigkeit noch für attraktiver als eine aus ihrer Sicht unzumutbare Arbeit. Von einigen Befragten wird dabei die Ablehnung durchaus mit dem Selbstbewußtsein formuliert, die eigene Arbeitskraft dem Betrieb nur unter bestimmten, arbeits- und lohnmäßig ausgehandelten Konditionen verkauft zu haben, deren einseitige Aufkündigung deswegen nicht akzeptiert werden könne.

Typische Argumente für die Ablehnung von Arbeitsverschlechterungen sind etwa:

"Ich möchte natürlich nicht als Toilettenwärter wieder hier anfangen, oder in so einem Dreckloch, das würde ich nicht machen. Dann würde ich mir die Papiere geben lassen".(SB)

"Nein, ich glaube, das ist nicht nötig, daß ich das mache. Denn ich bin überzeugt, daß ich noch woanders zum späteren Zeitpunkt auch noch eine Arbeit kriegen kann, wo ich mein Geld noch verdienen kann". (ES)

"Ich möchte keine schlechte Arbeit annehmen, Dann würde ich lieber sagen, arbeitslos, als hier eine schlechtere Arbeit aufzunehmen". (ES)

Und eine Lohnreduktion wird etwa mit folgenden Begründungen abgelehnt:

"Nein, dazu wäre ich nicht bereit. Wenn ich die Arbeit hier leiste und ich hab bloß das eine. Ich kann bloß meine Arbeitskraft verkaufen. Und die verkaufe ich so teuer wie möglich, das ist doch klar. Das würde ich nicht machen". (RS)

"Nein, wir arbeiten ja alle auf unsere Portemonnaies hin. Wir wollen doch das Geld verdienen hier. Wir kommen ja nicht her zum Arbeiten. Wir kommen ja her, um Geld zu verdienen". (RS)

"Nicht für die Masse. Ich meine, wir sind in der Gewerkschaft und haben dafür gekämpft. Das würde ich noch gründlich überlegen. Nein, ich würde es nicht machen". (RS)

Doch diese Haltungen bleiben Minderheitenpositionen. Die Mehrheit sieht für sich in der Krisensituation keine Möglichkeit, arbeitsinhaltliche und lohnmäßige Ansprüche rigide aufrecht zu erhalten und einer Verschlechterung Widerstand entgegenzusetzen. Die Äußerungen eines Rohrschlossers verdeutlichen recht plastische Gründe für diesen Zwang zum Verzicht: die selbst ausgesprochene Kündigung wegen unzumutbarer Verschlechterung der Arbeitskonditionen bei ungesicherter neuer Beschäftigung schaffe eine nicht durchstehbare Lage.

"Man kann ja sagen, ich gehe stempeln, dann kriegt man eben kein Geld. Man muß schon entlassen werden. Aber man ist schon praktisch gebunden. Wenn man auch seine eigene Meinung hat, man kann diese Meinung ja nicht ausführen. Wenn auch manchmal so gesprochen wird von irgendjemandem 'für das Geld mache ich das nicht, dann gehe ich lieber stempeln' - aber das ist dahergesagt. Das kann nie ausgewertet werden, weil, der muß ja selber kündigen und dann hat er das ja schwer. Und das Geld fehlt dann auch. Ich meine, das kann sich keiner leisten in Arbeiterkreisen, daß er sechs Wochen kein Geld kriegt. Das gibt es nicht. Oder man muß gerade im Lotto gewonnen haben". (RS)

Die dargestellte Einschätzung der individuellen Situation und Disposition ist allerdings nicht mit einer durchgehenden 'Selbstaufgabe' verbunden: mit der persönlichen Verzichtsbereitschaft geht auf der, kollektiven Ebene mehrheitlich durchaus ein Interesse zumindest am Erhalt des Reallohniveaus einher (vgl. Teil D. 2).

D. Die Krisenanalyse und Krisenreaktion der Beschäftigten

1. Ansätze der Krisenerklärung

Kennzeichnend für die Vorstellungen der Arbeiter über eine Krisenerklärung sind der hohe Grad an Unsicherheit, mit der sie formuliert werden und die - soweit man einer von außen gesetzten, wissenschaftlich-politischen Zuordnung folgt - inhaltlich oft: nicht vereinbaren Positionen, die sie vertreten. Die Fragen nach möglichen Krisenursachen werden zumeist schon nur zögernd beantwortet und nicht selten mit dem Hinweis eingeleitet, 'dazu kann ich nichts sagen, ich bin doch kein Politiker'. Insistiert man dennoch auf der Thematik, so bringen im Ergebnis viele Befragte durchaus eine Reihe von Überlegungen zur Krisenerklärung vor, doch es scheint sich überwiegend eher um spontane Ideen und Assoziationen zu handeln denn um klar strukturierte, festumrissene und auch den Befragten verlässlich und verbindlich geltende Positionen. Es ist im Rahmen unserer Studie nicht möglich, diesen Sachverhalt dominanter Erklärungsunsicherheit selbst genauer zu begründen. Die fehlenden Vorgaben gesellschaftlicher Institutionen könnten sich hierin ebenso ausdrücken wie der Sachverhalt, daß, wie wir gesehen haben, die Werftkrise von den Arbeitern nicht identifiziert wird mit einer grundlegenden Infragestellung ihrer Beschäftigungsperspektive, mit Existenzkrise und dem Zusammenbruch ökonomisch-gesellschaftlicher Strukturen: Die Problemsituation erscheint nicht derart zugespitzt, daß die Frage nach ihrer Erklärung aus Gründen von Bewußtseins- und Verhaltenserfordernissen zwingend wird.

Nach unseren Ergebnissen geht jeder Versuch, die von den Arbeitern artikulierten Erklärungsansätze typologisch zu fassen, gerade an dem Sachverhalt der ad hoc formulierten und zumeist widersprüchlichen Äußerungen der Befragten vorbei und schreibt damit Positionen scheinhaft fest, die keine sind. Wir verzichten deswegen auf eine solche die Befragten positionell zuordnende Typologie.¹

¹ Daß eine inhalts- und sprachanalytisch angelegte Auswertung auch für die inhaltlich widersprüchlichen Äußerungen der Befragten eine "innere Logik" erarbeiten könnte, kann durchaus angenommen werden. Nach unseren Befunden scheint aber, daß eine solche Zuordnung ihre immanente Stimmigkeit oft nur noch auf der Personenebene finden würde und sich damit einer sozialwissenschaftlich gesicherten und interpretierbaren Analyse weitgehend entzieht. Wenn sich nach unseren Daten bei den Ansätzen der Krisenerklärung auch keine Korrelationen zeigen mit den beiden Betriebssampeln und den Berufsgruppen, d.h. also mit der je besonderen Krisenbetroffenheit, so scheint uns auch dies ein Hinweis darauf, daß positionelle Festschreibungen dem Sachverhalt der bisher noch eher vorläufigen Erklärungsansätze nicht gerecht werden.

Versucht man, entlang einer politisch relevanten Klassifizierung die vorgetragenen Argumente nach Erklärungsmustern zu ordnen, so lassen sich drei "Krisenbilder" unterscheiden:

1. Krise als gesellschaftlich-politisch nicht beeinflussbare und letztlich unabwendbare quasi-naturhafte Zwangsbewegung (von einer Minderheit genannt);
2. Krise als Resultat spezifischer marktpolitischer Konstellationen und wirtschaftlicher Handlungen, d.h. mit ökonomischen Kategorien deutbar und tendenziell beeinflussbar (von der überwiegenden Mehrheit genannt);
3. Schließlich Krisenerklärungen, die explizit auf kapitalistische Strukturen und Interessen rekurren (von einer relevanten Minderheit genannt).

Gerade weil es sich dabei aber für die Arbeiter nicht um geschlossene und schlüssige "Krisentheorien", sondern eben nur um mögliche Verursachungsmomente handelt, deswegen auch häufiger von ein und demselben Befragten auf zwei oder auch alle drei dieser Erklärungsmuster rekurriert wird, soll hierbei auf eine genauere Quantifizierung verzichtet werden. Auch als Zahl scheint uns allerdings interessant, daß etwa ein Drittel der Arbeiter neben anderen Argumenten explizit auf kapitalistisches Wirtschaften als Krisenursache verweisen und damit Ansatzpunkte einer Einsicht in den Krisenzusammenhang kapitalistischer Systemstrukturen und Interessenbestimmungen zeigt.

Im folgenden sollen die drei Krisenbilder in den für sie typischen Argumentationsfiguren und Sprachdiktionen vorgestellt werden:

o Krise als Ausdruck von Naturbewegungen

Wirtschaftliche Schwankungen werden durch Vergleiche mit Naturbewegungen "erklärt", d.h. deren Unerklärbarkeit ausgedrückt. Zum Beleg der Auffassung, daß es immer Krisen gegeben hat und es sie auch immer wieder geben wird, werden Begriffspaare wie 'Ebbe und Flut', 'Glück und Pech' und 'fette und magere Jahre' bemüht und damit der quasi-natürliche Zwangscharakter von Krisen deutlich gemacht.

"Ich würd sagen, es gibt sieben fette Jahre und sieben magere Jahre, das ist ganz klar. Das bleibt nicht aus." (RS)

"Wenn man die ganze Geschichte verfolgt, hat es immer einen Aufschwung gegeben und Runterfall. Nur der Fall ist immer schlimmer wie ein Aufschwung. Man sagt immer, sieben Jahre Glück, sieben Jahre Pech, und in etwa läuft das immer durch." (RS)

"Ich sage immer wieder, nach 'ner gewissen Zeit, denn kommt auch wieder 'nen Aufschwung, nach jeder Krise. Kommt immer wieder 'nen Aufschwung, das ist meine Beurteilung. Ja, so ähnlich wie Ebbe und Flut. Wird's immer geben so was." (SB)

'Krise' wird in diesem Zusammenhang verstanden als zeitlich befristetes 'Zwischentief', dem auch wieder ein 'Hoch' folgt. Schlechte Zeiten sind dann eher ein unangenehmes Zwischenspiel, auch mit einer Krankheit oder einem Ehestreit vergleichbar, von dem man berechtigt erwarten kann, daß es überwunden wird.

Die Unterstellung einer naturhaften Zwangsläufigkeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten impliziert dabei Hoffnung und Angst gleichermaßen: Krisen erscheinen zwar als unvermeidbar, aber sie gehen auch vorüber, die Zusammenbrüche tragen in sich bereits den Ansatzpunkt zum Neubeginn. Intentionale Beeinflussung und Steuerung des Krisengeschehens gilt in diesem Erklärungsmuster als unmöglich bzw. wenig erfolversprechend.

"Ja, es wird immer welche geben. Genauso wie es eine Krankheit gibt, genauso gibt es 'ne Krise. Und 'ne Krise ist ja 'ne Krankheit." (RS)

"Krisen gibt es immer, ja, in der Ehe gibt's ja auch welche. Und die, so gibt's auch überall. So wie wir sie hier mal haben." (RS)

"Ja, Krisen wird es wohl immer geben in irgendeiner Branche. Die könnte man wohl nie abschaffen, warum, das weiß ich nicht. Auf jeder Arbeitsstelle gibt es ja Krisen, so wie bei uns, so wie ein paar Jahre vorher bei VW. Ich glaube, die kann man nicht ändern und nicht abschaffen." (ES)

o Krise als Folge marktwirtschaftlichen Geschehens

'Zwei Argumentationen sind für dieses Krisenbild besonders charakteristisch: die Wirkung internationaler Konkurrenz sowie Tendenzen der Marktsättigung und Überproduktion. Beide werden oft an besonders für die Werftindustrie geltenden Beispielen verdeutlicht und gewinnen daraus ihre unmittelbare Plausibilität.

Die Vorteile insbesondere der ostasiatischen Konkurrenz werden häufig zur Erklärung der schlechten Position der bundesrepublikanischen Betriebe auf dem Weltmarkt und zur Begründung der krisenhaften Zuspitzung gerade für die einheimischen Werften herangezogen. Anstehende Aufträge selbst deutscher Reeder gingen nicht an eine inländische Werft, sondern in diese Länder, weil von dort die kostengünstigeren Angebote kämen. Kritisiert werden in diesem Zusammenhang alle Reeder, die staatliche Schiffbauzuschüsse 'abkassieren' und

mit dieser Hilfe die Beschäftigung bei ausländischen Schiffbaubetrieben stabilisierten, während die eigenen Werften unter-Auftragsmangel litten. Allerdings wird oft das Gegenargument gleich hinzugefügt: warum sollten die Reeder nicht nach dem günstigsten Angebot greifen?

Die Grundlage für die niedrigen Preise ostasiatischer Schiffe wird zum einen in relativ hohen staatlichen Subventionen in diesen Ländern, zum anderen in deren niedrigen Lohnkosten gesehen. Auch das Theorem der "zu hohen Lohnkosten" in der Bundesrepublik wird dabei aufgegriffen.

'Ich würde sagen, das hängt hauptsächlich mit den Japanern zusammen. Der hat vielleicht billigere Arbeitskräfte und kann vielleicht etwas billiger bauen wie wir hier in Europa. Ja, daß die vielleicht vom Staat mehr Unterstützung kriegen...' (SB)

"Na, man sagt ja, die im Ausland bauen billiger als wir. Die sagen immer die Lohnkosten sind zu hoch und die anderen Kosten der Unternehmer. Vielleicht ist das 'ne finanzielle Sache auch, da wir heute unsere Löhne ziemlich hoch haben, daß der Schiffbau doch auch hier ein bißchen zurückgegangen ist durch die hohen Löhne." (ES)

In Ausnahmen heißt dies sogar, die eigenen Lohnerhöhungen als krisenverursachendes Moment zu nennen. Doch von der überwiegenden Mehrheit, die in dieser Richtung argumentiert, wird ein solcher Zusammenhang strikt abgelehnt und die erfolgten Lohnerhöhungen als notwendiger Ausgleich zu gestiegenen Lebenshaltungskosten begründet - also durchaus defensiv auf der Notwendigkeit von Lohnerhöhungen in der Logik der Preis-Lohn-Spirale insistierend.

"Hier ist der Lebensstandard auch viel zu hoch. (Verdienen die Arbeiter zuviel?) Nein, das will ich nicht sagen. Er muß ja soviel verdienen, um überhaupt zu leben. Die Preise, die sind doch bedeutend zu hoch, das hängt wohl alles damit zusammen. Ich meine, dann brauchten die Löhne auch nicht so hoch zu sein." (ES)

Allerdings werden auch Hoffnungen auf eine Verbesserung der Konkurrenzposition genannt; u.a. die zeitliche Begrenztheit asiatischer Dumpingpreise, das Steigen des Anspruchsniveaus der dortigen Arbeiter ("die arbeiten auch nicht mehr für eine Handvoll Reis") und eine Bindung der staatlichen Reederhilfen an die Auflage, die Schiffe bei einheimischen Werften in Auftrag zu geben.

Krisenbegründungen, die auf Marktsättigung und Überproduktion rekurrieren, haben ebenfalls zumeist einen sehr unmittelbaren Bezug auf die Besonderheiten des Schiffbaus. Ein Be-

darfstrückgang wird etwa als Folge z.B. der langen Haltbarkeit der Schiffe, des reduzierten Ölverbrauchs in den Industrienationen ("Ölkrise") und der Wiedereröffnung des Suez-Kanals (verkürzte Transportwege) interpretiert, während die brachliegenden Schiffskapazitäten z.B. in der Geltinger Bucht, das Aufkommen neuer Schiffbauländer und die Steigerung der Produktivität auf den Werften. als Ausdruck und Ursache von Überkapazitäten gesehen werden.

"Ich würde sagen, daß die Wirtschaft in der ganzen Welt einen `leichten Einbruch hat, daß die Nachfrage geringer geworden ist und daß damit auch Konsumgüter und Industriegüter weniger gefragt worden sind, daß da eben unwahrscheinlich Überkapazitäten ah Schiffsraum zur Verfügung stehen." (RS)

"Die Tanker, die brauchen sie ja nicht mehr so viel. Sie sparen alle mit dem Öl." (ES)

"Die werden wohl alle zu alt, die Dampfer, finde ich. Und die jetzt an der Kette liegen, ist wohl übersättigt. Der Verschleiß ist nicht so groß von den Dampfern. Lebensdauer ist länger würde ich sagen." (SB)

"Nee, es gibt schon so viele Werften. Und es kommen immer mehr Schiffe und immer mehr Schiffe. Es liegen schon wieder welche still oder noch immer welche still und es wird immer schneller. SO wie früher, die Schiffe hier, dann lagen die da, das weiß ich nicht wie lange auf der Helling. Jetzt ist das ruck zuck, dann gehen die runter." (SB)

Doch auch über den konkreten Schiffbaubezug hinaus wird das Theorem der Überproduktion als Erklärungsmuster für die Krise genannt - wobei durchaus noch Momente der marx-schen Krisentheorie als freilich unverbundene, sich nicht konzeptionell zusammenfügende, Versatzstücke auftauchen. Das zentrale Argument heißt: Es werden immer mehr Waren immer schneller produziert, während sich der Verschleiß in Grenzen hält; bei zunehmendem Angebot entsteht eine Bedarfssättigung und auf ihrer Basis Überproduktion.

"Ich würde sagen, da ist auch ein gewisser Teil Sättigung mit bei, daß eben im Konsumbereich keine all zu großen Marktlücken sind, in die man unbedingt was neues reinschmeißen kann. Daß im Augenblick da unwahrscheinlich viel gesättigt ist." (RS)

"Der Markt, der ist gesättigt, z.B. keiner von uns geht bei, wir wollen mal so sagen: wenn ich ein Fernsehgerät in der Stube stehen hab, dann geh ich nicht bei, nur weil, angenommen, die Fernsehindustrie im Moment unterbeschäftigt ist und dann sage ich zu meiner Frau, du hör mal, wir sind noch voll in Arbeit, das Geld haben wir wohl, ich stell mir noch ein Fernsehgerät in die Küche, das würde ich nicht machen." (RS)

"Da wird produziert, produziert am laufenden Band und irgendwann muß doch mal Schluß sein. Mehr braucht der Mensch ja gar nicht. Er hat ein Auto, er hat ein Fernsehen. Alles hat er zuletzt. Klar, es muß noch mal erneuert werden. Aber wie lange hält sowas. Und die schmeißen am Tag tausende von Dinger raus. Muß doch irgendwo mal Schluß sein. Und dann können sie ja auch nicht den Eskimos da oben einen Eisschrank verkaufen. Sie haben einen Eisschrank." (RS)

Auch in Argumentationen, die die Krisenursache mit Hilfe von ökonomischen Kategorien der Marktsättigung und Überproduktion beschreiben, spielen Ansätze von eher zwangsläufigen Bewegungen der Wirtschaftsentwicklung durchaus eine Rolle: so wird z.B. davon ausgegangen, daß das Warten auf den Verschleiß vorhandener Güter und auf das Ausfindigmachen neuer Marktlücken immer wieder Engpässe und Durststrecken produziert.

"Zwangsläufig immer, wenn wirklich jetzt alles wieder hochkommt, dann kommt die nächste Krise auch wieder ... Dann muß man eben wieder abwarten, bis es soweit ist, daß die Dinger verrottet: sind." (RS)

"Ja, wie kann man sich das erklären? Ja, eben, wie gesagt, daß da bestimmte Nachfragen vom Markt verschwinden und daß sie immer echt wieder mal in 'ne neue Marktlücke reinstoßen. Und bis dieser Weg gefunden ist, muß 'ne gewisse Durststrecke zurückgelegt werden." (RS)

Kennzeichnend für dieses Bild ist aber in Abweichung zur Analogie mit den Naturkräften eine Vorstellung vom Wirken ökonomischer Kräfte, die einerseits kategorial benennbar sind und andererseits nicht durchweg zwangsläufig, sondern - wie immer begrenzt - beeinflussbar erscheinen. Aber die diese Prozesse steuernden gesellschaftlichen Interessen werden in diesem Kontext nicht berücksichtigt und in die Erklärung aufgenommen.

o Krise als Ausdruck kapitalistischen Wirtschaftens

Eben darin haben wir die Unterscheidung gewählt zu Argumentationen, die auf Kapitalinteressen als Begründung von Krisen rekurrieren und dabei auf Interessenverletzungen bei den abhängig Beschäftigten hinweisen.

Rationalisierung wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf damit einhergehende Freisetzen unter den Beschäftigten und die Gefahr zunehmender Arbeitslosigkeit bezogen und insofern als Krisenursache verstanden. Die eigenen Erfahrungen in der Werft bilden dabei gleichermaßen den Bezugspunkt wie generellere Einschätzungen.

"Ich finde die ganzen Entlassungen, die kommen meiner Meinung nach hauptsächlich durch die Rationalisierung zustande bei uns." (RS)

"Ja, die Firmen, die kriegen immer mehr Geld zum Bauen und machen alles schneller und neue Apparate und Maschinen, sparen immer mehr Leute ein." (SB)

"Jede Modernisierung, Rationalisierung geht auf Kosten der Arbeiter. Es sind ja wenig Arbeitsplätze dadurch entstanden." (ES)

"Ja, eben durch die Modernisierung alles. Da sind ja Maschinen gekommen, da konnten gleich 10 Mann weggehen. Dann kommt auch schon wieder 'ne andere Maschine, denn müssen schon wieder 15 Mann weggehen. So ist das im Prinzip ja gewesen." (RS)

Hinter Rationalisierungen verbirgt sich als entscheidende Triebkraft das Profitmotiv: Weil jeder Unternehmer möglichst viel verdienen wolle, versuche er möglichst viele Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen und gefährde damit die Beschäftigungsperspektive.

"Ich denke, jeder will das meiste verdienen, viel verdienen und wenig bezahlen. Jeder will nur raffen, raffen, raffen, raffen. Erstmal in der Beziehung und viele Betriebe, Maschinen, Maschinen und schon fallen so und so viel Menschen raus. Und für die gibt es dann keine Arbeit, das ist ganz klar." (ES)

'Wenn der Arbeitgeber meint, daß er zu wenig Profit kriegt, dann wird er wahrscheinlich wieder einen Grund finden können, um dann wieder welche auf die Straße setzen zu können durch Rationalisierung. Ja, so wie hier jetzt, z.B. die Paneelhalle, Was sie da gebaut haben, die Straßenfertigung, und da werden auch ein paar Schweißer einfach freigesetzt, die sind dann erst woanders praktisch und dann sind sie nachher da über und werden dann wieder welche entlassen.'" (ES)

"Sagen wir mal, überzogene Profitgier eines Einzelunternehmers, daß man die dann ein bißchen dämpfen könnte. Nicht, also daß er sagt, um das ganz einfach zu sagen: Ich habe zehn Mann, zwei Mann schmeiße ich raus, acht Mann machen die gleiche Arbeit. Da macht im Jahr gesehen soundsoviel tausend Mark mehr, die ich dann verdient habe. Mache ich eine Reise mehr." (RS)

"Die haben jahrelang genug eingesackt, und dann heißt es, die Gewinne von heute sind die Investitionen von-morgen. Wir haben zwar auch investiert, aber das sieht man ja an unserer schönen Paneelhalle, da kann einer denken wie er will, da sind Leute über. Irgendwo-sind da Leute über und so sind durch den Gewinn von gestern die Rationalisierungen von heute gewesen, daß irgendwie Leute über sind. Und der Rohrformbau, das ist genauso, früher hat man das mit 'nen paar Mann gemacht, heute macht man das alles mit Maschinen. Und irgendwann macht sich' das halt bemerkbar. Wir haben jedes Jahr Zuwachs von 4 1/2 Prozent zum Sozialprodukt, trotzdem hatten wir eine Million Arbeitslose, da muß das doch irgendwo bleiben." (ES)

Auch die allgemeine betriebliche Investitionspolitik zur Durchsetzung von Kapitalinteressen wird in dieses Krisenbild mit einbezogen. Dies meint vor allem ein Kapitalverhalten, das gerade nicht intentional an einer Sicherung der Beschäftigungsperspektive der Arbeiter orientiert ist, sondern in der Wahrnehmung von Profitinteressen z.T. explizit gegen diese verstößt. Sei es durch Produktionsreduktion und Investitionsstopp, sei es durch Überinvestitionen, sei es durch Investitionsverlagerungen - etwa in Billiglohnländer: das Kapital verfolgt nur spezifische Gewinnerwartungen ohne Rücksicht auf die damit verletzten Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten.

"Hier sind doch jahrelang Riesengewinne gemacht worden, dann könnte man doch jetzt auch doch mal im Schiffbau, und zwar mit irgendwo die Gewinne plus minus null oder ein paar Millionen drunter. Ich mein, die haben ja jahrelang hier rund um die Uhr gearbeitet, da muß ja irgendwo was hängengeblieben sein von dem ganzen Schiff." (ES)

„Weil sie praktisch nur auf Profit raus sind und nun nicht mal sagen: Machen mal einen in Minus oder wo wir nichts dran verdienen.“ (RS)

"Meiner Meinung nach haben sie einfach zuviel gebaut. Nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt. Ja, das ist Profitgier, würde ich sagen. Oder daß man jetzt auch in Drittländern Werften baut und so. Daß jeder seinen Reibach machen wollte und jetzt, daß wir jetzt einfach eine Überkapazität haben. Genauso ist es mit den Tankern gewesen und mit den Autos kommt das ja auch genauso hin ... Jetzt kommen wir wieder auf Profitgier. Jeder will Profit machen, schnell noch reich werden, ob das nun mit den Schiffen ist oder mit den Autos. Das haben wir ja jetzt wieder mit VW, ist noch gar nicht lange her, da gingen die nicht, da haben sie die Leute entlassen, abgefunden. Ja und jetzt haben sie wieder mal ein gutes Modell und jetzt stellen sie Leute mal wieder ein, das ist doch unnormal ist das doch. Irgendwann kommt das wieder, dann werden keine Autos gebraucht..." (RS)

"Ich bin auch davon überzeugt, daß verschiedene Konzerne z.B. in Korea oder in Japan mit Anteilen da drin sitzen. Also, daß sie da Hilfe zu geleistet haben. Und da die Rendite mit schlucken. Das nehme ich an, ich weiß das nicht." (RS)

Und schließlich werden in diesem Zusammenhang auch Krisenursachen vorgetragen, in dem Kapital ausdrücklich intentionales Interesse an einer ökonomischen Zuspitzung unterstellen. Als Begründung dafür wird sowohl auf eine gezielte Disziplinierung der Arbeiter zur leichteren Durchsetzung erhöhter Leistungsanforderungen und druckvolleren Statuierung von Unternehmer-Macht verwiesen wie auch auf politische Absichten im Sinne einer Zuarbeit für einen Regierungswechsel.

"Wenn dem Kapital was nicht paßt, kann es schon mal Interesse daran haben, dem Arbeiter einen mitzugeben. Könnt ja möglich sein." (ES)

"So eine Art Politikum ist das, die Krise, um eben die Arbeiter oder die Angestellten zu verunsichern, somit zum Leistungsdruck zu treiben und dann teilt sich die Spreu vom Weizen im Endeffekt." (RS)

"Irgendwie ist die Krise ja kein Naturereignis. Meiner Meinung nach ist da irgendwie ein Schachzug auch mit bei. Ja, wer macht die ? Das sind natürlich die Konzernherren. Ein kleiner Krauter, so ein Bäckermeister, der kann das nicht machen. Warum? Ja, um wieder mehr Machtstellung zu bekommen. Eine gewisse Vormachtstellung, sonst ist das doch nichts weiter. Es heißt ja, wer die Macht hat, hat auch das Geld. Ich meine, sonst müßte ja jeder Millionär, der, wollen mal sagen, so zehn bis fünfzehn Millionen Mark auf der Kante hat, müßte der sich ja zur Ruhe setzen und sagen: So, ich habe genug. Aber dann kommt ja gerade erst das Gegenteil. Dann werden sie ja unersättlich. Nachher ist das Geld gar nicht mehr entscheidend, sondern die Beherrschung des Menschen über den Menschen. Die Macht hier, die wird dann noch größer. Noch mehr Zusammenschlüsse, alles unter einen Hut zu bringen und dann nachher zu diktieren. Das war schon immer so und das wird wohl auch so bleiben." (RS)

"Vielleicht, falls sie den Strauß wieder oben haben, dann kriegen wir wieder Arbeit. Nicht bloß von Strauß aus. Ich meine, von den ganzen Brüdern da. Weil ich doch glaube, daß die das Geld irgendwie festhalten und nichts mehr reinstecken in die Wirtschaft irgendwie. Und doch wohl denen (sozial-liberale Regierung), also da den Strick drehen wollen."(SB)

Gemeinsam ist diesem Erklärungsmuster, daß die Krise sich begründet in der Realisierung spezifischer gesellschaftlicher Interessen, der Kapitalinteressen, bei deren Durchsetzung das Interesse der Arbeiter auf eine Beschäftigung systematisch verletzt wird.

Wie aber bereits gesagt: Die Einsicht in systembedingte Verursachungsmomente schließt sich bei den Arbeitern nicht zu einer schlüssigen 'Krisentheorie'. Naturhafte, marktökonomische und kapitalbedingte Erklärungsmuster werden z.T. von einer Person nebeneinander genannt. Dennoch ist aber wohl davon auszugehen, daß sich bei weiteren Zuspitzungen der gesellschaftlich-ökonomischen Krisenerscheinungen diese Einsicht schärfen und als Kriseninterpretation sowohl verbreiten wie homogenisieren könnte.

2. Perspektiven der Krisenlösung

Auch die bei den Arbeitern vorfindbaren Perspektiven der Krisenlösung verweisen auf eine wenig entwickelte Diskussion, in die zwar eine Fülle von Einzelüberlegungen eingehen, die sich aber bisher bei der überwiegenden Mehrheit noch nicht zu konsistenten Positionen verdichtet hat. Insofern drückt hier das Arbeiterbewußtsein deutlich jenen Zustand aus, der auch für die gewerkschaftspolitische und politische Auseinandersetzung mit der Krisenproblematik kennzeichnend ist: das Fehlen einer überzeugenden Lösungsperspektive und wirkungsvoller Handlungsansätze. Um die Realisierung von praktikablen, unmittelbare Situationsverbesserungen verbürgende Lösungen in der Werftindustrie geht es aber der Mehrheit der Werftarbeiter - da erscheint zweitrangig, wessen politischer Provenienz sie sind.

Im folgenden werden wir zunächst nach den Vorstellungen der Arbeiter von der Rolle des Staates bei der Krisenlösung fragen und danach untersuchen, welche Handlungsmöglichkeiten sie für sich selbst und für ihre betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung, d.h. für den Betriebsrat und die Gewerkschaften sehen. Da sich zwischen den Betriebsamplern und den verschiedenen Berufsgruppen keine gravierenden, interpretierbaren Abweichungen zeigen, kann in der weiteren Darstellung auf eine entsprechende Differenzierung der Argumentationen verzichtet werden.

a) Der Staat als Krisenlösungsinstanz

Überlegungen in bezug auf Maßnahmen gegen wirtschaftliche Schwierigkeiten stützten sich im wesentlichen auf die Möglichkeiten des Staates: dem Staat werden sowohl die Aufgabe als auch die Handlungsmöglichkeiten unterstellt, der Werftkrise (als Strukturkrise) zu begegnen.

Nahezu alle befragten Werftarbeiter (84 %, vgl. Tab. 21) sehen im Staat eine Instanz, die in den Krisenzusammenhang gezielt eingreifen und zumindest Verbesserungen durchsetzen kann.

Tab.21 : Möglichkeiten des Staats zur Überwindung der Werftkrise

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
Staat hat keine Möglichkeiten	11	7	14	15	12	7
Staat hat relevante Möglichkeiten	84	89	80	83	82	87
k.A., n.e.	5	4	6	2	6	6
	100	100	100	100	100	100

Wie freilich die staatliche Intervention erfolgen sollte, darüber gehen die Vorstellungen weit auseinander: die Palette der Handlungsvorschläge reicht von autoritär-nationalistische über rein marktwirtschaftliche bis zu explizit gegen Kapitalinteressen gerichtete Ansätze, wobei auch hier bei ein- und derselben Person entsprechend dieser Gliederungslogik z.T. gänzlich unterschiedliche Positionen vorgetragen werden und uns deswegen auch in dieser Frage keine typologische Zuordnung möglich erscheint.

Die zentralen Argumentationen sollen im folgenden positionell umrissen werden.

o Autoritär-nationalistische Staatslösungen

Eine zahlenmäßig relevante Minderheit der Arbeiter (etwa ein Drittel der Befragten) bezieht autoritär-nationalistische Staatshandlungen in ihre Überlegung zur Krisenlösung ein; die Disziplinierung von Arbeitsunwilligen, die Ausweisung der ausländischen Arbeiter, die Einstellung der Entwicklungshilfe und der EG-Zahlungen und die Abschottung des Inlandmarktes gegen billige Importwaren werden hier als mögliche Ansatzpunkte hervorgehoben.

Im einzelnen heißt dies: Die "Kostgänger der Gesellschaft", zu denen man insbesondere die Alternative Szene und auch die angeblichen "Berufsarbeitslosen" zählt, sollten durch den Staat diszipliniert werden, wobei u.a. im Rückgriff auf die NS-Zeit sogar "Arbeitsdienst" und "Notstandsarbeiten" als Stichworte für geeignet erscheinende Maßnahmen sowie der "starke Mann" als Durchsetzungsmedium nicht unerwähnt bleiben.

'Die ganzen Hippies da, was meinen Sie, was da noch mal wird. Ich war nie ein Faschist, aber ich sage, zwei bis drei Monate müßte Hitler wiederkommen, damit er wieder mal aufräumt. Daß er mal wieder Ordnung schafft, wieder einmal ein bißchen Schliff reinbringt.'" (ES)

"Also ich würde die Leute einfangen, irgendwie in ein Lager bringen und da müssen sie arbeiten. Das sind Simulanten oder irgendetwas, Faulenzer." (RS)

"Was jetzt diese sogenannten Sozialgänger anbelangt: Ja, ich kenne da einige Leutchen und ich muß ganz ehrlich sagen, für solche Leute wäre es angebracht, einen kleinen, aber nur einen klitzekleinen Adolf Hitler wieder herbeizuführen, ja, einen kleinen Adolf Hitler her und dann Arbeitslager und dann rin damit und dann: was du willst nicht, und dann auf ihn!" (RS)

"Krise" gilt diesen Befragten primär als "Unordnung"; in der "Wiederherstellung von Ordnung" auch mit entsprechend politisch-institutionellen Veränderungen wird deswegen ein relevanter Lösungsansatz gesehen. Durch die Relativierung der Kategorien - aus der "Diktatur" wird die "kleine Diktatur" - sucht man dabei seinen Dispens gegenüber der uneingeschränkten Parteinahme für die deutsche Vergangenheit.

"Mehr Ordnung muß sein. Die Gesetze müssen ein bißchen härter sein, ein bißchen härter. Ich hab was gegen Diktatur, bin ein großer Gegner. Aber ein bißchen, die Demokratie ein bißchen einschränken, das wäre ganz gut." (ES)

"Wenn wir nun einen hätten, der sagen würde, das und das. Also ich persönlich möchte sagen, für einen Deutschen ist eine kleine Diktatur, eine kleine, besser als eine Demokratie. Er braucht nicht zu hauen, aber nur wedeln mit der Peitsche ab und zu mal. Es ist besser als eine Demokratie (F.: Welchen Vorteil hätte das?) Ja, einmal die wirtschaftliche Lage, daß die ganzen Preisunterschiede mal aufhören. Während das bei einer kleinen Diktatur oder überhaupt bei einer Diktatur bei einer kleinen

Diktatur überhaupt nicht drin wäre. Dann kostet dies das und das und das ist überall das gleiche. Wir sind ja praktisch unter einer Diktatur groß geworden." (SB)

Auch von der staatlich veranlaßten massenhaften Entlassung und Ausweisung von ausländischen Arbeitskräften versprechen sich' nicht wenige Arbeiter eine sowohl betriebliche wie gesellschaftliche Lösung des Arbeitslosenproblems. Betriebliche Entlassungen hätten damit ein eindeutiges, die deutschen Beschäftigten aussparendes Selektionskonzept und auch für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen würden so Perspektiven eröffnet.

"Ja, ich würde sagen, erstmal die Ausländer nach Hause schicken. Wir haben ja immer noch zwei Millionen hier, Fremdarbeiter, sonst hätten wir doch Arbeit genug. Denn brauchten die keine zu entlassen und die eine Million Arbeitslose, die wir haben, die stehen in Lohn und Brot.' (ES)

"Hier die Werft, angenommen, die müssen rationalisieren, die müssen Leute rausschmeißen, dann die 2.000 Türken, kann man sagen: ab nach Hause. Die Wohnungen, die hier Wohnungen haben, die werden frei. Dann kann man woanders Leute hierher beordern mit Familien und können die hier arbeiten." (ES)

"Das wird noch so sein, hier werden sie eher noch Deutsche entlassen. Und wenn das soweit wäre, mal soweit kommen sollte, daß sie hier rationalisieren und sagen: wir müssen überall welche rausschmeißen und daß sie mehr Deutsche rausschmeißen Und die Türken hier hocken lassen, dann gibt es wohl Putz. Dann müssen wir die doch wohl mit dem Knüppel aus dem Tor jagen, sonst wird das nichts." (ES)

Weniger offen nationalistisch und totalitär sind in diesem Zusammenhang jene Argumentationen, die in einer erheblichen Ausweitung der Binnenwirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten durch die Kürzung von Ausgaben für andere Nationen einen wichtigen Ansatz für staatliche Krisenlösung sehen. Aus dieser Perspektive gelten sowohl die Zahlungen an die EG ("wir sind doch der Zahlmeister Europas") als auch die Entwicklungshilfe als Vergeudung von Geldern, die viel dringender für die deutsche Werftindustrie benötigt würden.

"Uns knüppelt die EG verdammt. Da müssen wir ganz schön Fett lassen. Nicht nur allein jetzt die EG. Wir geben Zuschüsse an Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, England. Ja, wer will denn noch alles Geld haben von uns?" (SB)

"Die stecken soviel Geld in Entwicklungsländer rein, das sollen sie man in Deutschland richtig reinstecken. Da geben sie Milliarden weg als Entwicklungshilfe, die sollen sie mal hier rein stecken. Die kriegen doch sowieso kein Geld wieder, was die da hinschicken." (ES)

"Dann muß ich den Staat immer wieder scharf attackieren. Da kommt wieder einer aus dem Urwald zum Herrn Bundeskanzler oder sonst wo hin, der redet dreieinhalb Wörter, ich machs jetzt mal ganz kurz, und schon hat er 2 Millionen in der Tasche als Entwicklungshilfe. Das sind zwar auch Gelder, die irgendwie mal wieder reinkommen, auch mit Zins, und darum bin ich ja auch der Meinung, der Staat sollte halb soviel Entwicklungshilfe zahlen und die Entwicklungshilfe im Lande verbrauchen, wo sie nötiger wäre. Hier zum Beispiel." (RS).

Und schließlich gehören in diesen Argumentationskontext auch jene Positionen, die z.T. mit explizitem Hinweis auf staatliche Zwangsmaßnahmen à la "Handelskrieg" die internationale Konkurrenz ausgeschaltet sehen möchte zur Wiederherstellung des nationalen Wirtschaftsaufschwungs.

'Der Japaner macht die Schiffe jetzt billiger, er würde jetzt' dieselben Preise nehmen, daß wir konkurrenzfähig sind und wir nehmen weiter seine Fotoapparate oder stoppen das, Einfuhrstopp. Lassen die Fotoapparate hier selber bauen und nehmen keine mehr von den Japanern. Heute ist das doch so, der ist ja überall, ob das mit Motorrad oder Auto ist, kommt überall hin. Dann müßte man einfach sagen: Einfuhrstopp oder ungefähre Preisgleichheit." (ES)

"Japan baut Schiffe 40 % billiger, da können sich doch soundsoviel europäische Länder zusammenschließen und sagen, daß das so nicht weitergeht. Ja, ich will sagen, da müßte man ein bißchen auf die Finger klopfen den Burschen. Wie gesagt, man müßte den Export, den man kaufen tut von Japan, den müßte man eben stoppen." (ES)

o Marktwirtschaftliche Lösungsansätze

Als marktwirtschaftliche Lösungsansätze, von etwa der Hälfte der Arbeiter genannt, werden sowohl staatliche Aktivitäten zur Förderung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen (z.B. stärkere Subventionierung für Schiffsneubauten) wie eine Beschäftigungspolitik durch vermehrte Staatsaufträge gefordert. Die Vorstellungen der Arbeiter sind hier oft in erkennbarer Nähe zu einer sozial-liberalen Wirtschaftspolitik, soweit diese prokapitalistische Maßnahmen wie Steuernachlässe, Investitionshilfen und Subventionen mit Elementen einer Vollbeschäftigungspolitik durch Erhöhung der staatlichen Nachfrage, d.h. Staatsaufträge und Arbeitsbeschaffungsprogramme, zu verbinden sucht.

Die möglichen marktwirtschaftlichen Maßnahmen werden im einzelnen etwa wie folgt umrissen:

Staatliche Reeder- und Werfthilfen in Form von Subventionen und Kreditverbilligungen zielen darauf ab, Preissenkungen zu ermöglichen und eine gegenüber anderen Ländern zumindest gleiche Konkurrenzposition herzustellen:

"Ja, der Staat könnte eben Zuschüsse geben, daß wieder Aufträge kommen, daß wir billiger werden können oder daß wir mit den anderen mithalten können." (RS)

"Ja sicher, indem er den Reedern da mehr Hilfe leistet. Genauso wie die anderen Länder, Japan und die geben ja auch viel mehr." (RS)

Ein wesentlicher Beitrag des Staates zur Nachfrageausdehnung wird in der Vergabe von Aufträgen u.a. auch in Form von Kriegsschiffen oder anderen auf der Werft abarbeitbaren Rüstungsaufträgen gesehen, die zur Beschäftigungssicherung beitragen würden. Aber auch eine nichtmilitärische schiffbauspezifische staatliche Entwicklungshilfe könnte für die bundesdeutschen Werften zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

„Die könnten ja mal ein paar neue Kriegsschiffe bauen lassen, die alten verschrotten und neue bauen lassen.“ (SB)

„Schlachtschiffe oder sonst was, dann sollen sie mal so was bauen lassen. Es wird soviel Geld ausgegeben, ein großes Schlachtschiff oder Flugzeugträger, das würde doch ein Auftrag werden für zwei Jahre schon.“ (ES)

"Irgendwie für die Aufrüstung, Panzerspähwagen oder sonst was. Das ginge ja auch hier irgendwie. Könnte der ja auch hierher geben der Staat, irgendwie solche Arbeit." (SB)

"Und denn bin ich dafür, daß er Entwicklungshilfe, daß er das mit Schiffen macht. Daß er sagt; Mensch, ihr kriegt ein

Schiff da, für irgendwelchen Zweck. Nicht das bare Geld dahin, daß der Fürst sich da ein Schloß aufbaut oder sonst irgendwas, sondern sagt: die sind von uns, ihr könnt ein Forschungsschiff kriegen oder ihr könnt ein Fischereischiff kriegen. Bloß kein Kriegsschiff. Wenn man das macht, denn haben wir ja wieder Arbeit ein bißchen." (RS)

Es wird nicht nur die Vergabe von Rüstungsaufträgen für die Werften, sondern vereinzelt sogar explizit die Kürzung der Rüstungsausgaben verlangt; eine Verringerung dieses Etats um ein Drittel könnte nach Meinung eines Schweißers 10 Milliarden DM für ein Investitionsprogramm freisetzen. Rüstungsausgaben werden für gesellschaftlich überflüssig gehalten ("das ist nur für den Krieg") und in bezug auf die Werften z.B. die Vergabe von Passagierschiffen gefordert.

"Höchstens daß man jetzt für Sozialausgaben mehr Geld ausgibt anstatt für was anderes, z.B. Aufrüstung oder für das Heer." (SB)

"Die hauen ja so viel für die Rüstung und so alles, sollen sie doch mehr für die Wirtschaft reinstecken. Warum sollen die hier so unnötige Geschütze bauen, das ist nur für den Krieg. Ich würde vorschlagen, die sollen hier mal Passagierschiffe und so alles und die Arbeit denn mal hier so wie früher Kraft durch Freude, sagen wir mal hier 14 Tage könnt ihr mal wegfahren und so alles. Wenn sie 'für die Rüstung Geld ausgeben können, können sie ja auch Geld für die Wirtschaft ausgeben. Denn ich mein ja, wenn man sich den Haushalt von dem Bundesverteidigungsminister da ansieht, ich weiß nicht wieviel, ich glaube 30 Milliarden oder über 30 Milliarden da, dann können die ruhig jetzt 10 Milliarden für die Wirtschaft reinpumpen." (ES)

Hoffnungen richten sich zudem auf die staatliche Gesetzgebung. So könnten etwa neue, aus der Umweltschutz-Diskussion begründete Vorschriften für die Schiffssicherheit und entsprechend forcierte Abwrackquoten zusätzlich Neubau- ebenso wie Umbaufträge einbringen.

"Da kommen andere gesetzliche Auflagen, daß die Tanker nicht mehr so fahren dürfen wegen der Umweltverschmutzung, weil die Gefahr zu groß ist, wenn die mal auseinanderbrechen. Daß die einen doppelten Boden haben müssen oder irgendwie was, daß die Tanker dann wieder reinkommen und da muß ein doppelter Boden reingearbeitet werden." (SB)

"Es soll ja wieder Aufschwung geben, die ganzen großen Tanker, die keinen Doppelboden haben, sollen alle aus dem Verkehr gezogen werden. Wegen Verschmutzung, Umweltschutz. Also die sagen sich, wenn ein Tanker einen Doppelboden hat, dann kann er nicht so schnell absaufen und läuft nicht soviel aus wie so mit einfachem Boden, wenn er voll ist, dann geht alles gleich raus. Demnächst soll das rauskommen und dann kriegen die Werften wieder Arbeit. Dann müssen die alten Tanker verschrottet werden, da kann man ja keinen doppelten Boden einziehen, geht ja nicht." (SB)

o Explizit gegen Kapitalinteressen gerichtete Lösungsansätze

Eine Minderheit der Arbeiter (insgesamt ungefähr jeder fünfte Befragte) trägt zumindest tendenziell gegen Kapitalinteressen begründete Ansätze zur staatlichen Krisenlösung vor. Sie fordern vor allem einen gezielten staatlichen Einfluß auf die Entscheidungen der Unternehmen und höhere Unternehmensabgaben zur Finanzierung staatlicher Maßnahmen. Staatliche Auflagen sollen zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen und die Forderung nach Verstaatlichung wird in diesen Argumentationen begriffen als Möglichkeit zu einer Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und Machtverhältnisse.

Insbesondere mit Rekurs auf die Erfahrung, daß die Unternehmen in der Krise eher zum Abbau denn zum Erhalt von Arbeitsplätzen neigten und auf Investitionen verzichteten, wird die Schlußfolgerung gezogen, daß der Staat durch gesetzliche Auflagen sowohl Einstellungen wie Investitionen erzwingen müsse. Als untragbar sei vor allem zu ahnden, wie die Unternehmen mit staatlichen Hilfen umgingen: per Gesetz solle eine, die Beschäftigung der Belegschaften sichernde Verwendung der Subventionen und Steuerhilfen durchgesetzt werden.

"Und wenn die Reeder Geld gekriegt haben, da hätten die zur Verpflichtung machen müssen: so, ihr wollt Geld haben, so das Geld bleibt hier, deutsche Arbeitsplätze, hier auf deutschen Werften wird gearbeitet." (SB)

"Nicht bloß immer Millionen oder Milliarden reinstecken und wo kommt da was raus, gar nichts? Ja, und auch in Firmen, was haben sie gemacht, gar nichts. Leute haben die deswegen auch nicht eingestellt. Bloß das Geld haben sie in Empfang genommen. Da kann man sofort ein Gesetz schaffen, daß

das aufgehoben wird und das wird anders gemacht. Das geht in 10 Minuten ist das erledigt. Na ja, daß man Sofortmaßnahmen machen tut, daß der Staat die Firmen verpflichtet, Leute einzustellen.' (RS)

"Da müssen sie ein Gesetz für machen. Ich weiß nicht, ob sie denn die Arbeitgeber angreifen können wegen Geld oder was, das weiß ich nicht. Ja, natürlich wäre ich dafür, sowas müßten sie doch machen können. Das ist doch ein klarer Fall, dann müßte man den Arbeitgeber an die Wolle kriegen. Das sagt doch selbst die Regierung, die sollen Geld reinstecken, die stecken da kein Geld rein. Die halten das fest, die verzögern das mit Gewalt, damit sie ans Ruder kommen. Die halten das Geld mit Gewalt fest. Und die könnten da was reinstecken und die Arbeitslosigkeit wäre beseitigt." (RS)

Die Unternehmer sollen stärker zur Finanzierung der Ausweitung staatlicher Spielräume herangezogen werden. Die Befragten denken an eine korrekte Besteuerung und die Unterbindung der Steuerflucht insbesondere großer Konzerne sowie an die Erhebung einer "Rationalisierungsabgabe", wobei die durch Mechanisierungen erreichten zusätzlichen Gewinne zu einem Teil zur Verbesserung der Situation der Sozialversicherung herangezogen werden sollen, um die Opfer entschädigen zu können; darüber hinaus soll eine Umverteilung staatlicher Subventionen von den Betrieben (die die Gelder z.T. kassieren, ohne Dauerarbeitsplätze zu schaffen) auf die Arbeitnehmer z.B. in Form von Bauzuschüssen erfolgen.

"Und dann können sie ja auch ruhig mal die ganz großen Konzerne und so, dann müssen sie mal ein bißchen mehr bei raus holen auch mit der Steuerschuld. Das verurteile ich ja auch immer so, daß die ins Ausland gehen und die ganzen Gelder werden mit rübergenommen. Denn wir müssen doch, wenn wir unseren Lohn bekommen, dann ist alles abgezogen. Und die machen da was die wollen. Wir können nicht weglaufen." (SB)

'Was die produzieren, daß das maschinell gemacht wird was früher die Arbeiter gemacht haben. Das Geld ist ja irgendwo. Das verdienen die ja. Dann müssen die was abzweigen von dem Unternehmen. Das Geld ist ja da, was früher die Arbeiter verdient haben, das stecken die jetzt ein. Da können sie ja von die Sozialversicherung bezahlen irgendwie." (RS)

"Genau wie vergangenes Jahr, da 'hat der Unternehmer, wenn der vom Arbeitsamt soundsoviel Geld bekommen hat, dann hätten sie doch lieber sagen sollen: wer bauen will der. kriegt was dazu. Dann würden die Leute wieder sagen, komm her wenn ich 6.000,-- DM kriege oder 1.2.000,-- DM, dann fange ich an zu bauen ... da hat der vom Arbeitsamt ja gesagt, kommt her Leute, die Bauunternehmer bekommen soundsoviel Geld für jeden Mann. Und die haben gesagt, 6.000,-- DM können wir gut gebrauchen. Haben die 6 Mann genommen, 36.000,-- DM so eingesteckt. Nach einem halben Jahr haben sie gesagt: Also das wäre auch keine Lösung. Da kann man sich drüber aufregen, daß die so irgendwie mit dem Geld rumschmeißen, rausgeschmissenes Geld war das." (ES)

Mehrere Befragte erwähnen von sich aus die Notwendigkeit einer Korrektur der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Staat im Sinne einer strukturellen Stärkung der staatlichen Stellung auch mit Hilfe von Verstaatlichungen.

Das Ziel erhöhter staatlicher Aktivität über das Medium der Verstaatlichung wird darin gesehen, die Macht der Großkonzerne zu brechen, blockierte Gelder freizusetzen und das Wirtschaften in die "eigenen Taschen" zu verhindern sowie durch eine Rahmenplanung Überproduktionskrisen zu vermeiden. Mit Verstaatlichungen wird die konkrete Perspektive der Bekämpfung kapitalistischer Krisenmechanismen und der Herstellung von Vollbeschäftigung verbunden:

"Das könnte der Staat schon machen: wie ich gesagt hab, die Überproduktion zu verhindern. Da vernünftiges produzieren, da einzuführen oder zu kontrollieren, daß vernünftig produziert wird. Das mag ja wieder ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft sein, ich meine, er könnt es wohl machen. Wenn er verstaatlicht, wenn die Betriebe verstaatlicht wären, dann könnte der Staat da wohl ein bißchen mitreden." (SB)

"Bin für Verstaatlichung. Ich meine, das wird doch immer deutlicher, man blickt zwar noch nicht richtig durch, aber die Industrie hat doch hier die Macht, nicht die Politiker, die da oben sitzen. Staat sind wir alle praktisch, aber die, die die Fäden in der Hand haben, sind doch die obersten Leute, das sind doch meistens mehr Industriebosse, eben die Geldleute." (ES)

"Ich glaube, das Hauptsagen haben die Wirtschaftsbosse. Wie die es regeln und wie die es machen, die großen Konzerne. Wenn die irgendwas nicht wollen, dann machen die das nicht. (F.: Was sind staatliche Möglichkeiten?) Ja, dann müssen sie ganz radikal vorgehen irgendwie. Na, wie nennt man das noch? Verstaatlichung. Oder Mitbestimmung oder irgendwas in den Betrieben." (RS)

"Verstaatlichung, dann wird nicht mehr soviel in die eigenen Taschen (gewirtschaftet), wie die Herren das machen, und ich finde, das wäre besser." (SB)

„Wenn die Banken verstaatlicht würden, daß die Kapitalisten und die Aktionäre das Geld mehr arbeiten lassen würden, die halten ihr Geld fest.“(RS)

Der Gedanke an die Realitäten in Osteuropa ist zumindest bei drei Arbeitern nicht dazu geeignet, Vergesellschaftungsforderungen zurückzunehmen. Es wird davon ausgegangen, daß im Falle von Verstaatlichungen in der Bundesrepublik keineswegs eine Kopie östlicher Planungssysteme erfolgt und zwei wesentliche Errungenschaften erhalten werden können: Der relativ hohe Lebensstandard und die Demokratie. Diese Haltung kommt zum Ausdruck, wenn sowohl der "Charakter des Regimes" als auch die Aussicht auf ein "Bessergehen" in der Bundesrepublik betont und zugleich auf den niedrigen Lebensstandard in Osteuropa hingewiesen wird.

"Die hätten es mehr steuern müssen, bloß natürlich nicht wie die das da drüben haben. Davon abgesehen, also das würde ich nicht wollen. Ich wäre da drüben nicht mehr, das kann ich auch wohl sagen." (RS)

"Verstaatlichung ja. Aber nur bedingt. Also es kommt drauf an, was für 'nen Regime oder unter was für einer Voraussetzung das gemacht wird. In unserem sozialen Staat' sagt man in der Ostzone auch.

Also bei uns kann ich mir das schon vorstellen, das ist gar keine schlechte Lösung oder gar kein schlechtes System." (RS)

"Ja, wenn sie verstaatlicht werden würde ich sagen, wäre das ja besser. Für uns alle wäre das ja besser ... Da drüben ist alles verstaatlicht. Da sagen sie, immer langsam, langsam, was ich heute nicht schaffe, schaffe ich morgen. Aber man sieht das ja, leben möchte ich da nicht. Die Leutchen werden älter, und wenn sie nicht so einseitige Ernährung hätten, wenn sie da mehr importieren könnten, Südfrüchte usw., dann würden sie vielleicht noch älter werden."(ES)

Hinter der Vorstellung größerer staatlicher Macht verbirgt sich in Einzelfällen mehr noch als nur die Perspektive, durch eine erhöhte Staatskapazität bessere Krisenlösungen zu ermöglichen. Gesellschaftlich-institutionelle Lösungen werden angedeutet, die deutlich über eine Abwendung der Krisen-Gefahren und -Wirkungen hinausweisen. Die Frage wird aufgeworfen, ob nicht die vorhandenen ökonomischen Ressourcen ausreichen müßten, um ein "besseres und gerechteres Gemeinwesen" zu bilden —hier deutet sich 'konkrete Utopie' im Arbeiterdenken an, aus der die Notwendigkeit einer Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und die generelle Überwindung des ökonomisch-gesellschaftlichen Krisengeschehens abgeleitet wird.

"Ja, die Ursachen der Krise, es ist auch keine richtige Lenkung da. Ich weiß nicht, keine richtige Lenkung, Geld ist genug da, aber es wird nicht da eingesetzt, wo man es sollte. Und dann fließt das Geld auch in so viel Kanälen wieder weg. Wir hätten Geld genug, wir wären ein Musterstaat in Europa. Uns würde keiner was vormachen, soviel Geld haben wir. Wir könnten schon alle mit 55 in Rente gehen. Wir brauchten nicht bis 63 arbeiten, bis 60 Jahre, soviel Geld hätten wir. Wenn das alles richtig verwaltet wird." (ES)

"Mit der Krise kommen wir ja auf Sachen, da kommen wir auf Militär und Wehrmacht. Muß das überhaupt alles sein? Wir können ja hier auf der Welt, alle Menschen könnten ja leben wie im Paradies. Natürlich geht das derer nur weltweit und nicht für die Bundesrepublik, weil es Arme und Reiche gibt. Die müssen alle genug, da ist ja jene zu essen für alle auf der Erde, auch wenn wir jetzt täglich sosoundsoviel verhungern, da wird ja auch soundsoviel vernichtet, sinnlos vernichtet, das muß man nur alles gerecht aufteilen." (RS)

Einige Arbeiter stehen den marktwirtschaftlichen Regulationsmöglichkeiten des Staates äußerst kritisch gegenüber. Die nur zeitlich begrenzt durchhaltbare Beschäftigungspolitik und die Versuche der Nachfragesteigerung werden für relativ perspektivlos erachtet. Der Staat kann nicht dauerhaft die Verluste des Betriebe decken, der Bau von zusätzlichen Schiffen ist angesichts der brachliegenden Kapazitäten z.B. in der Geltinger Bucht nicht sinnvoll und von daher die Reederhilfe auch kein geeignetes Instrument: Da es kaum Aussicht auf Fracht gibt,

werden sich die Reeder auch nicht durch niedrige Preise zum Kauf von Schiffen animieren lassen.

"Jetzt will der Staat ja wieder Geld reinstecken in die Werft. So geht das auch, wenn die Aussicht da ist, daß Aufträge reingenommen werden können. Aber wenn keine Aussicht da ist, um überhaupt so was zu kriegen, dann nützt das ganze Geldreinstecken auch nichts mehr. Das hat auch keinen Sinn, wenn da nichts in Aussicht ist und da kommt nichts." (SB)

"In der Geltinger Bucht, da liegen ja heute noch welche. Warum sollten wir welche bauen und die da auch noch hinlegen." (RS)

"Es hat ja keinen Zweck, daß ich einem Reeder irgendwie ein Schiff baue wenn der weiß, er hat keine Fracht dafür, und er wird auch keine Fracht haben." (SB)

Die Konsequenz dieser Auffassung bewegt sich z.T. auch im Rahmen marktwirtschaftlicher Vorstellungen (die Unternehmer sollen die Produktion von sich aus umstellen), verlangt aber z.T. auch eine aktive staatliche Politik der Umstrukturierung der Produktion z.B. durch den Aufbau eines Chemiewerkes durch den Staat.

"Ich würde sagen, der Staat sollte ruhig hier was unternehmen. ...Vielleicht daß der Staat hier ein Chemiewerk aufbaut." (RS)

Grenzen staatlicher Möglichkeiten

Diese breite Palette unterschiedlicher Handlungsansätze für staatliche Intervention zur Beeinflussung der Werftkrise und wirtschaftlicher Schwierigkeiten allgemein darf aber nicht dahingehend mißverstanden werden, als sei das Vertrauen in die staatlichen Möglichkeiten zur Krisenlösung unbegrenzt. Zwar wird dem Staat mehrheitlich zugetraut, branchenspezifische Probleme durch eine Vielzahl von Maßnahmen abbauen zu können; die Mehrheit der Befragten geht aber davon aus, daß der Staat krisenhafte ökonomische Entwicklungen nicht grundsätzlich vermeiden, sondern nur lindern kann. Nur ein Drittel unterstellt dem Staat relevante Möglichkeiten zur Krisenvermeidung bzw. Krisenüberwindung (vgl. Tab. 22).

Tab. 22: Möglichkeiten des Staates zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n 119	n 56	n 63	n 40	n 34	n 45
	%	%	%	%	%	%
Staat hat ausschließlich Möglichkeiten, Krisenfolgen zu lindern	54	55	53	50	59	54
Staat hat relevante Möglichkeiten zur Krisenvermeidung	34	25	41	40	26	33
k.A., n.e.	12	20	6	10	15	13
	100	100	100	100	100	100

Die mehrheitlich artikulierte Überzeugung der Grenzen staatlicher Möglichkeiten wird unterschiedlich begründet. Häufig steht der Hinweis auf den weltweiten Charakter der Krisentendenzen und die Unmöglichkeit eines nationalen "Abschottens" im Mittelpunkt der Argumentation. Verwiesen wird aber auch auf die Grenzen staatlicher Aktivitäten angesichts einschneidenderer ökonomischer Probleme und die letztendliche Entscheidungsgewalt der Privatunternehmen über die Wirtschaft.

Angesichts der Krisentendenzen in der Weltwirtschaft und der internationalen Wirtschaftsverflechtungen betonen einzelne Arbeiter, daß der Nationalstaat alleine nicht zur Krisenabwehr in der Lage ist.

"Wenn die Wirtschaft überall etwas kriseln sollte, kann er wohl kaum - glaube ich nicht, daß wir das ganz allein können." (ES)

"Wenn das so'ne Weltkrise ist, da muß man sich natürlich anpassen. Ich mein, da kann man nicht verlangen, wenn es da in zwanzig Staaten den Menschen schlechter geht, daß es uns hundertprozentig geht. Das gibt es nicht." (RS)

"Also ein Staat alleine kann da nichts machen, also wohl innerländlich, aber nicht im Außenhandel. Wenn andere nicht mitmachen oder gegenarbeiten, dann können die auch nichts machen." (RS)

Da der Staat gegen gesamtwirtschaftliche Probleme wie gesättigte und fehlende Aufträge kaum wirkungsvoll agieren und lediglich einzelne Betriebe bzw. Branchen zeitlich begrenzt unterstützen kann, bleibt nur ein Schluß: Der Staat kann gesamtwirtschaftliche Krisen weder

abschaffen noch vollständig lösen, sondern lediglich die schlimmsten Auswüchse lindern und den Krisenverlauf dämpfen.

"Wenn der Markt übersättigt ist, dann können die ja auch nichts mehr machen." (SB)

"Natürlich wenn da gar nichts mehr ist, kann der Staat ja auch nichts machen. Das hat man ja zu der Zeit 1927, 28, 29 gesehen, wo doch fast gar nichts war auf der Werft." (SB)

"Na ja, er kann vielleicht dem einen oder dem anderen zeitweilig unter die Arme greifen. Aber auf die Dauer doch auch nicht." (SB)

"Man kann Krisen irgendwie steuern oder beeinflussen, das es nicht so krass wird. Aber vollkommen abschaffen, glaube ich nicht, daß es sowas gibt. Ob er sie nun ganz ausmerzen kann, glaube ich nicht, aber er kann sie doch ziemlich dämpfen." (ES)

Krisen selbst werden für unvermeidbar gehalten und der Regierung die Fähigkeit zur Herstellung von Vollbeschäftigung abgesprochen.

"Doch, Krisen gibt es immer wieder. Die Regierung sagt ja immer, wir wollen Vollbeschäftigung machen, aber das schaffen die sowieso nicht mehr." (ES)

Mehrere Befragte erklären die Grenzen der staatlichen Krisenabwehrmöglichkeiten mit den fehlenden Eingriffsmöglichkeiten in die Produktion und die wirtschaftliche Entwicklung, die als Resultat unternehmerischer Entscheidungen gesehen wird. Das Hauptsagen haben die Wirtschaftsbesse, die im Boom überproduzieren und in der Krise staatliche Anreize nicht oder lediglich zur Rationalisierung nutzen. Das Resultat sind Krisentendenzen, die aus der Sicht einer kleinen Gruppe der Befragten nur durch eine Erhöhung des Staatseinflusses z.B. mit Hilfe von Verstaatlichungen überwunden werden könnten.

"Die Industrie hat doch hier die Macht, nicht die Politiker, die da oben sitzen. Staat sind wir alle praktisch, aber die, die die Fäden in der Hand haben, sind doch die obersten Leute, das sind doch meistens mehr Industriebosse, eben die Geldleute." (RS)

"Glaube ich nicht. Das sind meistens alles Aktiengesellschaften ... das sind alle freiwirtschaftliche, die produzieren und produzieren, bis ihre Ohren überquellen. Haben wir eben wieder eine Krise da." (RS)

"Vielleicht durch Geld oder durch verbilligte Gelder oder Kredite oder so, daß sie vielleicht den Diskontsatz niedriger setzen. Daß man dadurch vielleicht die Wirtschaft wieder ein bißchen anheizen kann, daß sie mehr investieren kann die Arbeitgeber und so, daß dadurch vielleicht mehr Arbeitsplätze geschaffen werden vom Staat aus. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit. Ob sie das denn nun weitermachen, das weiß man ja auch denn nicht. Wenn sich das nicht lohnt; wenn die Industrie darauf nicht zugeht, da nützt das auch nicht viel." (ES)

"Wenn er irgendwas verstaatlicht, da hat er da ja Einwirkungen drauf. Anders weiß ich nicht. Wenn er da nur Zuschüsse gibt, kann ich mir das nicht vorstellen. Ich meine die Wirtschaft liegt ja in privaten Händen." (ES)

Lediglich ein Drittel der Befragten sieht relevante staatliche Möglichkeiten zur gesamtwirtschaftlichen Krisenvermeidung bzw. zur Krisenüberwindung. Von staatlichen Aktivitäten wie von rechtzeitigen und umfangreichen Hilfen in Form von Subventionen und Aufträgen, von einer stärkeren Exportförderung und von Auflagen für die Unternehmen wird erwartet, daß wirtschaftliche Fehlentwicklungen vermieden werden können. Dem Staat wird die Aufgabe zugeschrieben; "die Wirtschaft" am Laufen zu halten und zugleich unterstellt, daß er aufgrund seiner Macht auch die Möglichkeiten dazu hat.

"Ich bin fest der Meinung, daß es Aufgabe des Staates ist, die Wirtschaft auch in Gange zu halten."
(SB)

"Ich würde sagen, das überlasse ich ganz und gar dem Vater Staat. Die können da was gegen machen." (ES)

"Er hat die Möglichkeiten, Krisen abzuwenden oder sie abzuschwächen. Ein wirtschaftlicher Staat, ja." (RS)

"Wer Geld hat, hat die Macht. Der Staat hat auch was zu sagen." (ES)

Offenheit der Vorstellungen von staatlichen Aktivitäten

Die vorgestellten unterschiedlichen Ansätze und Einschätzungen der staatlichen Möglichkeiten zur Krisenabwehr sind als artikulierte Überlegungen von Arbeitern zu verstehen, die durchaus in Verbindung vorgetragen werden und keineswegs "Typen" konstituieren. Die Befürwortung unterschiedlicher staatlicher Konzeptionen durch einzelne Personen ist als Indiz für die Offenheit der Vorstellungen der Befragten zu werten. So deutet z.B. ein Rohrschlosser an, daß er sowohl autoritäre wie auch marktwirtschaftliche und tendenziell antikapitalistische Maßnahmen befürworten würde, wenn sie nur dem Ziel - der wirtschaftlichen Stabilisierung - dienen. Er ist sowohl für ein Arbeitslager für Arbeitsunwillige und einen "kleinen Adolf Hitler" wie für staatliche Finanzhilfen an die Unternehmer und eine Verstaatlichung der Werftindustrie.

"Die könnten sich bereiterklären, billigere Gelder zur Verfügung zu stellen, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Denn wo Arbeit ist, da werden Steuern bezahlt... Ja eben wie gesagt, daß die staatlichen Hilfen oder eine Verstaatlichung des Betriebes, d.h. also Übernahme durch den Staat. Das wäre eine Möglichkeit ... Ich kenne da einige Leutchen und ich muß ganz ehrlich sagen, für solche Leute wäre es angebracht, einen kleinen, aber nur einen klitzekleinen Adolf Hitler wieder herbeizuführen - Arbeitslager! Wie ich schon sagte, einen kleinen Adolf Hitler her und dann Arbeitslager und dann rin da mit und dann: Was Du willst nicht? Und dann auf ihn!" (RS)

Diese Offenheit der Vorstellungen löst sich immer dann scheinbar auf, wenn Vorgaben gemacht und Stichworte gegeben werden - eine rein quantitative Interpretation solcher Daten wäre allerdings nicht geeignet, dem "realen Denken" der Menschen wirklich näherzukommen. Auf die Reizvokabel "Verstaatlichung der Werften", die in Gruppengesprächen z.T. zur Blockade der Diskussion ("Das ist ja Kommunismus") geführt hat, wird im Einzelinterview überraschend positiv reagiert: 42 der Befragten erklären, in einer Verstaatlichung der Werften einen positiven Beitrag zur Krisenlösung zu sehen.

Tab. 23: Verstaatlichung der Werften als Beitrag zur Krisenlösung

	Gesamt	A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
keine Lösung	44	41	46	52	47	33
positiver Beitrag	42	45	40	40	35	49
k.A., n.e.	14	14	14	8	18	17
	100	100	100	100	100	100

Die Diskussion wird nur von wenigen Arbeitern grundsätzlich geführt; in der Regel geht es unterhalb der "ideologischen Ebene" ganz es pragmatisch um die Frage: Dient ein solcher Schritt die Sicherung meines Arbeitsplatzes oder nicht? Die Befürworter der Verstaatlichung hoffen vor allem auf erhöhte Aufträge und auf die Möglichkeit des Überstehens einer längeren Durststrecke durch die besondere Verpflichtung des Staates gegenüber "seinem Betrieb".

"Ja, ich würde das wohl sagen. Wenn die Werft verstaatlicht würde, dann müßte der Staat direkt ja dafür sorgen, daß die Arbeit ran kommt. Hat Vorteile. Der Arbeitsplatz wird sicherer." (ES)

"Eine Verbesserung wäre es vielleicht, wenn man verstaatlichen würde. Würde man auch nicht entlassen werden. Ich meine, so und soviel Jahre ist man unkündbar." (RS)

Teilweise wird auch der positive Charakter der Verstaatlichungen für die Arbeiter betont, aber zugleich Sorge um die "Rentabilität" geäußert.

"Wenn man beim Staat angestellt ist, daß man da nicht so schnell entlassen werden kann. Aber ob das auch für den' Staat auf die Dauer rentabel ist, das weiß man ja nicht. Der Staat darf ja nicht bankrott gehen und das wäre die Gefahr dabei." (ES)

Auch die Bedenken gegen Verstaatlichungen sind primär pragmatisch bestimmt. Die Befragten glauben nicht daran, daß sich die Weltmarkt- und Auftragsituation durch einen Wechsel des Eigentumstitels verändert ("Deshalb gibt es keinen einzigen Auftrag mehr"). Es werden aber auch grundsätzlichere Bedenken artikuliert, die einerseits die Vorteile einer Privatwirtschaft preisen und andererseits auf die großen Probleme der zentralen Planwirtschaften hinweisen. So wird die Gefahr einer Überbürokratisierung und von Fehlplanungen gesehen, weil man nicht alles im Detail durchplanen kann. Außerdem wird einer Privatwirtschaft unterstellt, insgesamt rentabler zu arbeiten: die Verantwortlichen haben mehr Interesse an 'ihrem Betrieb' und es besteht eine höhere Leistungsmotivation. Das wird auch deutlich bei der Betrachtung der großen Staatsunternehmen - die Bundesbahn arbeitet seit Jahren mit großen Verlusten, die von Steuergeldern gedeckt werden müssen. Marode Unternehmen, die im Keim pleite sind, können nicht als Vorbild gelten.

"Oder man müßte das alles, wie man sagt, lenken. Aber ich glaube, das würde einen so gewaltigen Aufwand bedeuten, daß man auch nicht mehr zurecht käme wenn man alles, alles und jedes genau lenken sollte. Ob das überhaupt klappen würde, da bin ich mir noch nicht sicher. ... Ich glaube, eine riesige Oberbürokratisierung (wäre die Folge), ich kann mir sogar vorstellen, daß das denn auch wieder eine Fehlplanung geben würde auf verschiedenen Gebieten." (RS)

"Ich bin immer noch der Meinung, trotzdem man sagt, hier im Kapitalismus, ich bin aber noch immer der Meinung, wenn man ein Unternehmen hat als Besitzer, daß man denn da doch für diesen Betrieb oder für dieses Unternehmen mehr tut als wenn das in staatlicher Hand ist. Das man sagt, ach mach doch, was geht mich das an, da soll sich der Staat doch drum kümmern. Wir gehen z.B. nur mal davon aus, daß ich vielleicht einen kleinen Laden habe mit drei oder vier Angestellten, daß ich mich doch für diesen Laden mehr einsetze als wenn ich selbst da angestellt wäre. Also ich bin schon der Meinung, das wäre besser so, daß eine private Unternehmung bleiben soll." (SB)

"Die Bundesbahn, die arbeiten ja auch unter Bilanz. Wenn sie verstaatlicht sind, unsere Steuern, die gehen da alle rein. Die ist doch auch pleite jetzt, bloß die wird vom Staat immer wieder hochgehalten. Das ist kein Vorbild, das ist kein Vorbild." (ES)

Die zweite 'Ablehnungskomponente' ist die Einschätzung der Realität von Ländern, in denen eine staatliche Zentralplanung zur Demonstration ihrer Leistungsfähigkeit in der Lage ist. Die Menschen sind mit dem System der DDR unzufrieden, die Ernährungslage in Polen, der DDR und der UdSSR ist schlecht, der Lebensstandard der Arbeiter niedrig und die Demokratie nicht gewährleistet. Der Arbeiter muß sich einen niedrigen Lebensstandard gefallen lassen

und zusehen, wie gute und für ihn nicht erreichbare Waren in den Westen exportiert werden; er kann sich nicht wehren, kann nicht hochkommen und wird mundtot gemacht. Unter dem Blickwinkel der eigenen Interessen fehlt den osteuropäischen Gesellschaftssystemen nicht nur jeglicher Vorbildcharakter, sondern ist darüber hinaus zur Blockade von über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinausweisenden Vorstellungen geeignet.

"Um Gottes willen, nie. Das ist dann genau wie in der DDR. Das würde ich auch nicht gut finden. Man hört ja soviel aus der DDR und so, den Leuten gefällt das auch ja nicht." (ES)

"Nein, was verstaatlicht ist war noch nie gut. Das sehen Sie doch in Polen, die Ernährungslage in Polen, selbst in Rußland, in der DDR ist es auch nicht allzu rosig. Da haben sie 1.000 Golf reingeschickt, nun freut sich das Volk darüber. Ja, die Privatinitiative, die muß bleiben, dann haben die auch noch Interesse." (SB)

"Ich kann mir jetzt einen Wagen kaufen, wenn nicht morgen und übermorgen, aber nächste Woche. Ich habe das Geld dafür, das kann man in der DDR nicht. Das sind die Unterschiede dabei und ich glaube nicht, daß die in der DDR so froh sind über dieses System." (RS)

"Aber das geht ja schlecht, dann würden wir ja wieder ein ganz anderes System kriegen, wenn wir nun alles verstaatlichen würden. Oder gibt es eine Demokratie wo alles staatlich ist? Ja, Demokratie nennen sich die anderen auch." (ES)

"Der Staat stellt Textilien her, die verkauft er da aber nicht, da kriegt er nichts für, er will Devisen haben, die müssen ausgeführt werden. Er sagt, du brauchst keinen Anzug, du nimm man den billigen da, den Sackanzug, den zieh man an, der ist gut. Dieses, das wollen sie ja nach dem Westen geben, damit sie die Devisen kriegen, das ist besser. Ja so ungefähr. Wir hier, wir würden da nicht mit einverstanden sein hier im Westen. Das würden wir uns doch nicht gefallen lassen. Wir würden auf die Barrikaden gehen, würden sagen wir machen die Arbeit nicht mehr. Ja, das ist doch so. Ja, das können die aber nicht im Osten, das können die da nicht. Die müssen da arbeiten für weniger Geld und da werden die guten Sachen, die werden ausgeführt. Und deswegen haben die noch Arbeit da drüben, weil die müssen. Wir machen das nicht, weil wir damit nicht einverstanden sind." (SB)

b) Der Beitrag der Arbeiter und ihrer Interessenvertretung zur Krisenlösung

Die Belegschaft und der Betrieb

Auf der betrieblichen Ebene werden kaum Möglichkeiten der Krisen-Abwehr und -Lösung gesehen. Zwei Drittel der Werftarbeiter vermögen keine Ansatzpunkte auszumachen, durch eigene oder Betriebsratsaktivitäten die Krisenbedrohung zu mindern; lediglich ein Drittel hat zumindest vage Vorstellungen von einem Belegschaftshandeln und einer Betriebsratspolitik zur Abwehr bzw. Reduktion der Krisenfolgen (vgl. Tab. 24 und Tab. 25).

Tab.24 : Möglichkeiten der Belegschaft zur Abwehr der Werftkrise

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
keine Abwehrmöglichkeiten	66	68	65	60	76	64
zumindest vage Vorstellungen						
von Abwehrmöglichkeiten	27	20	33	30	24	27
k.A., n.e.	7	12	2	10	0	9
	100	100	100	100	100	100

Tab. 25 : Möglichkeiten des Betriebsrates zur Abwehr der Werftkrise

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
keine Möglichkeiten	69	59	78	60	71	76
hat Handlungsmöglichkeiten	23	34	14	32	26	13
k.A., n.e.	8	7	8	3	3	11
	100	100	100	100	100	100

Daß die Belegschaft der Werft A die Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats. deutlich günstiger einschätzt (34 /0) als die der Werft B (14 %) erklärt sich wohl weitgehend aus den konkreten Erfahrungen mit unterschiedlichen Aktivitäten der Interessenvertretung: während

sich der Betriebsrat in A aktiv in die Betriebspolitik einzubringen versuchte und sogar eigenständig mit Bonner Regierungsstellen über Aufträge und Unterstützungsgelder verhandelte - insofern also Einflußnahme demonstrierte - hielt sich der Betriebsrat in B stark zurück und überließ die Krisenpolitik gänzlich der Unternehmensleitung.

In der eigenständigen Einflußnahme auf Geld- bzw. Auftraggeber durch den Betriebsrat, gegebenenfalls unterstützt durch die Belegschaft, wird denn auch die wesentliche, oft einzige Interventionschance im Beschäftigteninteresse gesehen und dabei nicht selten im Hinblick auf die Erfolgsaussichten mit einer beachtlichen Skepsis vorab kommentiert.

Adressat dieser Aktivitäten ist nicht das Unternehmen, sondern der Staat: sinnvoll könne es sein, durch eine Demonstration der Geschlossenheit die Öffentlichkeit zu mobilisieren und damit den Staat auf die Probleme der Werft aufmerksam und für eine beschleunigte Unterstützung "Druck" zu machen. Die Forderungen der Werftindustrie werden dabei zu den eigenen gemacht: mehr staatliche Schiffsaufträge, Werftsubventionen, Reederhilfen. Weder gibt es bei der überwiegenden Mehrheit der Werftarbeiter eine konkrete Perspektive noch sieht man eine geeignete Machtkonstellation für eine Krisenpolitik, die exklusiv auf Einlösung von Beschäftigteninteressen abzielt, d.h. gegen die Interessen des Unternehmens gerichtet ist.

"Ja, organisiert und so, Kundgebung machen vielleicht, dann müßten die hier ja mal was unternehmen. Ein bißchen Druck ausüben. Bis jetzt haben wir das einmal gemacht, erreicht haben wir auch nichts von ... Vielleicht mal einen Warnstreik machen oder was. Ich weiß nicht, müßte man ausprobieren. Aber ich glaube nicht, daß das was bringen würde. Wenn da keine Arbeit ist, irgendwo muß das Geld ja auch herkommen. Müßten vielleicht mal irgendwie zum Staat oder zum Bund, daß man da hingehet, Aufträge bekommen kann oder was. Ja, Protestschreiben an die Regierung schreiben oder was. Ja, oder aufmerksam machen, Kundgebung." (ES)

"Wir haben schon mal demonstriert im letzten Jahr. Aber ob das überhaupt was nützt? Damals war das so, daß wir demonstriert haben wegen der Reederhilfe. Aber im Großen und Ganzen können wir ja nicht viel dran tun." (RS)

"Ja, ich denke, daß wir da nicht viel dran machen können. Wenn keine Arbeit da ist und die Firma sie entläßt, da wird man wohl nichts dran machen können. Da nützt höchstens so ein Streik oder was. Die Bundesrepublik gibt da noch Geld oder Fregatten, die sollen ja kommen von der Marine irgendwie, daß da noch was kommt. Das könnte man wohl ein bißchen mehr unterstützten, daß das möglich ist, daß eher wieder Arbeit kommt." (RS)

"Das ist auch so, daß der Betriebsrat auch schon ziemlich viel getan hat. Daß die da z.B. nach Bonn fahren oder hier nach Niedersachsen zur Landesregierung und so weiter und da versuchen, die Kredite und Darlehn und solche Sachen da locker zu machen. Ich weiß nicht, was die mehr tun könnten. Die versuchen eben ihre persönlichen Beziehungen auszunützen. Genauso ist es mit der Fregatte. Wenn der Betriebsrat da nicht hinterher gewesen wäre, hätten wir auch keine gekriegt." (RS)

Eine Krisenpolitik der Belegschaft und ihrer Vertretung, die Lösungen ausdrücklich in Gegenposition zum Unternehmen sucht, wird ausschließlich in Einzelfällen vertreten. Durch er-

zwungenen Gewinnverzicht, Rückgriff auf Unternehmensrücklagen und Auftragsstreckung durch langsames Abarbeiten sowie Überstundenabbau sollen Entlassungen verhindert und Arbeitsplätze erhalten werden.

"Sei uns hetzt man ja diese Schiffe unter unmöglichen Bedingungen zusammen. Man sollte denn diese wenige Arbeit aufteilen und denn alle weniger arbeiten. Das braucht nicht dahin auszuarten, daß man nun weniger Stunden hat, dann kann man ja z.B. ein bißchen langsamer arbeiten. Ich weiß auch nicht warum wir das mit Karacho zusammenhauen. Wir haben Tanker zusammengenagelt zum Schluß obwohl wir wußten, daß die in der Geltinger Bucht jahrelang rumliegen. Das kann ich mir, das kann sich ein normaler Mensch nicht vorstellen, warum das sein muß". (RS)

"Früher haben die Schiffe gebaut, jede Menge Oberstunden, da hieß es: Arbeiten, arbeiten, arbeiten. Hauptsache die Dinger die sind fertig und man kann da wieder Geld mit verdienen. Da hätte man sich länger dran aufhalten können". (RS)

"Sind doch hier jahrelang Riesengewinne gemacht worden, dann könnte man doch jetzt mal im Schiffbau irgendwo die Gewinne plus minus Null oder ein paar Millionen darunter. Wir haben jahrelang rund um die Uhr gearbeitet, da muß ja irgendwo was hängengeblieben sein von dem ganzen Schiff". (ES)

Vereinzelt wird auch in einer Umstellung der Produktion eine Möglichkeit der Krisenbewältigung gesehen.

"Wenn da keine Schiffe zum Bauen sind und es kommen keine neuen Aufträge rein. Ich meine, die könnten andere Arbeiten hier machen, meinetwegen Brückenbau oder so was und Stahlbauarbeiten mit übernehmen. Dann müssen sie eben irgendwas anderes fabrizieren. Es gibt wohl noch genug Möglichkeiten". (ES)

Die Perspektive einer "alternativen Produktion" war zum Befragungszeitpunkt noch nicht in der Diskussion und wurde in der Befragung nicht angesprochen.

Die im Interview mit Hinweis auf "Lip" und "Süßmuth" thematisierte Lösungsperspektive, bei Betriebsschließung die Werft durch die Belegschaft selbst weiterzuführen, wird durchgängig als nicht machbar abgelehnt. Ein Schiff sei eben ein zu großes Produkt, um es wie eine Uhr "privat" oder unter der Hand zu verkaufen, Aufträge seien für eine belegschaftseigene Werft kaum leichter zu bekommen und ohne ein professionelles Fachmanagement sei eine Großwerft nicht aufrecht zu erhalten.

Für die Mehrheit der Werftarbeiter bleibt die resignative Feststellung, daß in der Krise praktisch keinerlei Handlungsmöglichkeiten für die Belegschaft und ihre Interessenvertretung gegeben sind.

'Was sollen die Arbeiter machen? Die können nur hoffen, daß der Betrieb wieder aufmacht und sie wieder reinnimmt. Das ist genau dasselbe, wenn sie an der Straßenbahn stehen und warten auf eine Bahn und die kommt nicht. Denn können sie nur warten bis sie kommt.'" (ES)

"Wenn keine Arbeit da ist, was will die Belegschaft denn dagegen machen. Kann wohl schimpfen und fluchen, aber mehr nicht. Kann auch wohl versuchen, dagegen anzugehen, aber das bringt dann nichts. Was sollte das denn ändern." (ES)

"Wehren kann man sich überhaupt nicht. Ich kann doch nirgendwo Druck ausüben. Worauf denn, da ist doch nichts, daß ich Druck ausüben kann. Da ist doch nichts. Dann sagt der einfach, gut, ihr kriegt nicht mehr bezahlt, ab dann und dann seid ihr gekündigt, kriegt nichts mehr bezahlt und fertig. Ob ich da Druck ausüben tu oder nicht, das spielt doch keine Rolle." (SB)

Der Betriebsrat kann bei nachgewiesenem Arbeitsmangel nichts machen, hat keine Basis mehr für eine kämpferische Haltung und kann nur für bestimmte Zeit bestimmte Leute schützen, d.h. die Personalauswahl bei Entlassungen im Deutschen (Ausländer raus), der verdienten und qualifizierten (Jüngere und Angelernte raus), der sozial Schwachen (Sozialplan) oder der leistungsmäßig starken (Bummelanten raus) Arbeiter beeinflussen. Eine "Sozialpolitik" wird unter dem Gesichtspunkt des Kräfteverhältnisses wie der objektiven Realität als einzig realistische Handlungsrahmen des Betriebsrates gesehen.

"Da kann er sich ja gar nicht mehr verhalten, der muß ja bloß zu allem ja und Amen sagen. Die Leute, die sind z.T. zu bedauern, die haben ja nichts mehr in der Hand. Die können ja gar nichts mehr. Die können ja gar nichts mehr auf den Tisch hauen oder für irgendwas kämpfen. Die sind zur Zeit genauso belämmert dran wie jedes einzelne Belegschaftsmitglied auch." (ES)

"Ja, die können die Leute auch nur bis zu einem gewissen Grad verteidigen und helfen - aber dann hört es auch auf." (RS)

"Das einzige was er machen kann ist bis zum Schluß dagegen sein. Aber letzten Endes bezahlen kann er die Leute hier ja auch nicht. Er könnte nur höchstens dabei aufpassen, daß das gerecht geschieht." (RS)

Betont werden muß, daß das für die Arbeiter ungünstige Kräfteverhältnis nur ein Moment der Erklärung für ein Bewußtsein ist, das zumindest auf der Ebene des Betriebes und der Branche auf gegen das Kapital gerichtete Forderungen nahezu vollständig verzichtet. Die zweite zentrale Grundlage liegt in der - keineswegs nur eingebildeten - Überzeugung der Mehrheit der Arbeiter, daß die Beschäftigungsinteressen nur durch ein Bestehen in der Weltmarktkonkurrenz und durch eine möglichst kostengünstige Produktion zu sichern sind, die die Notwendigkeit von Entlassungen durchaus einschließen. Wer nicht rechtzeitig rationalisiert, braucht sich über eine spätere Pleite nicht zu wundern.

"Wenn ein Unternehmen kaputt ging und so dann kam das daraus und daraus, irgendwie wenn die Hintergründe kamen, wurde dann immer stop gemacht. Die Presse durfte dann nicht mehr soviel schreiben. Aber es hätten vielleicht noch mehr Arbeitsplätze sein können, wenn auch diese vor dem ein bißchen rationalisiert hätten und etwas kürzer getreten wären." (RS)

"Vielleicht schon eher mit Entlassungen anfangen oder mit Kurzarbeit." (ES)

Erst die Wiederherstellung der betrieblichen Konkurrenzfähigkeit bietet die Voraussetzung für das gemeinsame überleben: Lieber deswegen einige Kollegen "opfern" als möglicherweise im Ergebnis alle Arbeitsplätze zu vernichten.

"Ist ganz klar, daß nicht für alle Mitarbeiter der Arbeitsplatz erhalten werden kann. Es müssen Leute gehen. Und ich hab damals gesagt: 3.600 noch, dahin werden wir abbauen durch diese Rationalisierung. Aber wenn, man muß ja auch davon ausgehen, ob die Werft überhaupt erhalten werden kann. Das glaube ich kann sie, sie kann erhalten werden, indem die Leute jetzt abgebaut werden und diese Zeitspanne von vielleicht noch ein oder zwei Jahren überbrückt werden kann. Vielleicht noch einen oder zwei Aufträge. Und daß denn, wenn die Flaute vorbei ist, daß wir denn wieder voll rein können ohne die Belegschaft wieder aufzustocken." (SB)

"Der Arbeitgeber ist es doch, der sagt, die Werft ist überbelegt an Leuten, wir können überall Leute einsparen und dadurch billiger bauen. Die entlassen werden, für den ist das schlecht, aber wenn man jetzt hier 400 Mann entläßt und sichert dadurch 3.500 Arbeitsplätze, finde ich das richtig. Es ist natürlich schade denn um diese Kollegen, die denn gehen müssen, aber wenn dadurch dann 3.500 Arbeitsplätze erhalten werden, finde ich das richtig." (ES)

"Heute müssen wir vielleicht 20 Mann entlassen, und wenn wir noch ein halbes Jahr warten, dann müssen wir statt 20 Mann 50 Mann entlassen. Denn sollten sie Schon lieber die 20 Mann freigeben, und die Belegschaft sollte damit einverstanden sein." (RS)

Auch die Entlassung eines Teils der Belegschaft oder gar eine Betriebsschließung werden verständnisvoll kommentiert: Wenn keine Aufträge, keine Arbeit und kein Geld vorhanden sind können auch keine Arbeiter beschäftigt und bezahlt werden -das ist ein "logischer Vorgang", dessen Notwendigkeit man einzusehen bereit ist, weil man nun einmal eine Kuh ohne Euter nicht melken kann.

"Die können mich ja nicht dabehalten und mir Geld geben und keine Arbeit für mich haben. Das geht nicht, das sehe ich ja auch ein. Das ist nirgends drin. Wenn keine Arbeit mehr ist, dann können sie uns nicht hierbehalten." (SB)

"Man kann 'ne Kuh nicht melken, wenn sie keine Euter hat, das geht nicht. Sie können keine Leute beschäftigen, wo sie keine Arbeit für haben. Und wenn da keine Arbeit ist, ist da auch kein Geld vorhanden. Das ist doch ein logischer Vorgang. Da würd ich nicht drauf pochen und sagen, Mensch wie könnt ihr mich rausschmeißen. Wenn da nun tatsächlich nichts mehr ist, was will man dann machen? Dann kann ich doch nicht sagen, ich will nicht entlassen werden. Was soll ich denn tun? Oder was soll die Werft tun? Was soll ich für Arbeiten machen? Das ist ein logischer Vorgang." (ES)

Über die Hälfte der Befragten läßt durch einzelne Ausführungen erkennen, daß durchaus Verständnis für die Nöte und Sorgen des Betriebes besteht und daß die Blockade von Entlassungen nicht nur für kaum möglich, sondern auch für kaum sinnvoll gehalten wird. Diese eher verständnisvolle Haltung gegenüber den die Beschäftigungsinteressen zumindest eines Teils der Arbeiter verletzenden betrieblichen Maßnahmen wird häufig auch von denjenigen Befragten vorgetragen, die an einzelnen Stellen antikapitalistische Lösungsvorstellungen in ihre Überlegungen einbeziehen.

Die Krise läßt also in der Einschätzung nahezu aller Werftarbeiter keine Interessendurchsetzung gegen das Unternehmen zu; die widersprüchliche Grundsituation als Lohnarbeiter schlägt auf das Bewußtsein durch und bleibt unvermittelt: die Finanzierung der unterbeschäftigten Belegschaft wird ebenso verlangt, wie Entlassungen eingesehen werden; man fordert staatliche Unternehmenshilfen und gleichzeitig Verstaatlichungen, um die Werft dem Kapitaleinfluß zu entziehen:

"Die haben ja hier Millionen, die schöpfen noch und noch, denn die haben ja genug verdient hier. Ich mein, die können uns auch mal ein Jahr so durchschlagen, das macht denen nichts aus. Wozu wir nicht in der Lage sind. Obwohl wir ja gearbeitet haben und ich bin nicht reich genug. ... Der Betriebsrat, der kann dann ja nicht sagen, wenn keine Aufträge mehr da sind, kann der ja nicht sagen zur Geschäftsführung, die Leute können nicht entlassen werden, das geht doch nicht. Wenn keine Aufträge mehr da sind, dann ist es aus, da kann man auch nichts dran machen." (SB)

"Ich mein, da gibt es doch diese Zuschüsse und so... Also, man will ja schon dem Reeder dann helfen, so hier mit den Geldern, daß die Schiffe bauen können. ... Ja, wenn die Belegschaft Geld aufnimmt und -irgendwie Geldlich, nicht, das kann man machen, ja. Eine Verbesserung wäre vielleicht, wenn man verstaatlichen würde, würde man auch nicht entlassen werden. Ich meine, so" und so viele Jahre unkündbar. Der Vorteil wäre dabei ... Wenn es wegen Arbeitsmangel ist, kann man sich dagegen nicht wehren, das ist nicht drin. Kann ja keiner verlangen, daß der Betrieb Leute beschäftigt, zu viele Leute beschäftigt, denn ist keine Arbeit mehr da." (RS)

Als Frage bleibt, ob auf der Ebene von gewerkschaftlichen Aktivitäten eine Perspektive der Krisenlösung entwickelt wird, die das passive Setzen auf betriebliche Anpassung und staatliche Hilfen im Sinne einer kollektiven Abwehrpolitik überwinden kann.

Die Gewerkschaften

Auch der Beitrag der Gewerkschaften zur Abwehr der Krise und ihrer negativen Folgen wird eher skeptisch beurteilt. Die Sicherung der Arbeitsplätze wird zwar häufig als Hauptaufgabe

der Gewerkschaften genannt ("vor allen Dingen die Arbeitsplätze sichern, das ist die Hauptaufgabe"), deren reale Möglichkeiten werden allerdings erheblich geringer veranschlagt und kaum in explizit antikapitalistischer Politik gesehen. Immerhin fast die Hälfte der Werftarbeiter sieht für die Gewerkschaft keine direkten Interventionsmöglichkeiten und etwa gleichviele sprechen zwar von einem gewissen gewerkschaftlichen Aktionsspielraum (vgl. Tab. 26), doch die Politik-Vorschläge zielen zum großen Teil auch nur auf mittelbare Einflußnahme: Druck auf den Staat zugunsten von Werfthilfe und Auftragsvergabe. Ausschließlich die Vorstellungen von einer gezielten, zusätzliche Arbeitsplätze schaffenden Arbeitszeitpolitik umreißen einen eigenständigen Politikansatz für Gewerkschaftsarbeit. Die Unsicherheit und Hilflosigkeit vieler Werftarbeiter in der Frage möglicher Lösungen wird aber auch exemplarisch deutlich in Überlegungen, die den Gewerkschaften selbst die Rolle des Kreditgebers zur Unterstützung des Werftkapitals antragen.

Tab.26 : Möglichkeiten der Gewerkschaften zur Abwehr der Werftkrise

	Gesamt	Werft		Berufsgruppe		
		A	B	RS	SB	ES
	n	n	n	n	n	n
	119	56	63	40	34	45
	%	%	%	%	%	%
keine Handlungsmöglichkeiten	45	48	41	33	59	44
Gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten sind gegeben	46	45	48	60	35	43
darunter:						
"mittelbare Einflußnahme"	23	20	25	33	15	18
eigene Krisenpolitik	28	30	25	28	21	33
k.A.,n.e.	9	7	11	7	6	13
	100	100	100	100	100	100

Wer den Gewerkschaften jedwede direkte Interventionschance auf die Bewältigung der Werftkrise abspricht, konstatiert zumeist nur die Unmöglichkeit, Werftunternehmen zur Beschäftigung von Arbeitnehmern zu zwingen, die "objektiv" nicht benötigt werden und insgesamt auf das Kapitalverhalten relevanten Einfluß zu nehmen.

"Ja, die Gewerkschaften) versuchen das ja auch. Aber die Arbeitsmarktlage und das ganze Schicksal, das wird ja nicht von der IG Metall und vom Betriebsrat bestimmt, das wird ja nur vom Reeder und den Werften bestimmt." (RS)

"Wenn kein Auftraggeber da ist, wo soll die IG Metall dann einen Auftraggeber rausschütteln. Die können ja nicht selbst sagen zum Reeder, hör mal zu, laß mal jetzt da zwei Dampfer bauen, damit die Jungs da weiterarbeiten können. Wenn der selbst keine Fracht und nichts hat." (SB)

"Da kann auch eine Gewerkschaft nichts gegen machen. Die kann uns ja auch keine Aufträge ranholen. Und wenn eben nichts zum Arbeiten da ist, ist auch die Gewerkschaft machtlos. Was soll sie denn machen? Das ist einfach nicht möglich." (ES)

"Denn kann die Gewerkschaft auch nicht sagen, sie müssen die Leute behalten. Wer soll die denn bezahlen und wenn da nichts rein kommt, kann auch nichts rauskommen. Das ist doch ein ganz klarer Fall." (SB)

Soweit bei den Gewerkschaften unmittelbare Interventionsmöglichkeiten zur Krisenbewältigung gesehen werden, konzentrieren sich die Vorstellungen wie schon beim Betriebsrat und bei der Belegschaft auf den Ansatz, durch politische Einflußnahme und möglicherweise öffentlichen Druck den Staat zum Handeln zu veranlassen, sei es zur direkten Subventionierung der Werften, sei es zu Aufträgen, zum Erlaß auftragsrelevanter Sicherheitsvorschriften oder zu Reederhilfen mit der Auflage bundesdeutscher Verwendung.

"Die IG Metall, ja, wenn die die Politiker ein bißchen aufrüttelt und sagt, hier hört mal zu, und wir können uns ja nicht noch mehr Arbeitslose leisten und so alles." (ES)

"Nein, die Gewerkschaften konnten auch nichts tun. Die könnte höchstens versuchen, einen gewissen Druck auf die Regierung, auf die Unternehmer, daß da wieder mehr subventioniert wird." (RS)

"Sie kann höchstens, so wie das jetzt auch geschieht, an die Bundesregierung appellieren, doch Anreize für die Reeder zu geben, um Aufträge an deutsche Werften zu vergeben. Aber mehr kann die Gewerkschaft ja auch nicht." (SB)

Die Formulierungen verdeutlichen drastisch, wie wenig dabei die Werftarbeiter von einem "Gewerkschaftsstaat" ausgehen, der politisch umsetzt, was gewerkschaftspolitisch für notwendig erachtet wird. Umgekehrt erscheinen die Möglichkeiten der Gewerkschaften, den Staat oder die Regierung in ihrem Handeln zu beeinflussen, eher gering und deswegen auch in ihrer Wirkung für die Krisenabwehr nur von schwachen Erfolgsaussichten. Daß möglicher-

weise der Staat sogar zu Hilfsaktionen durch Streik gezwungen werden kann, ist eine nur selten vertretene Position.

"Die Gewerkschaft sitzt ja mit ihren Mitgliedern dahinter. Dann wird mal ein guter Streik gemacht, braucht ja nicht wochenlang zu dauern, so wie das in England Mode ist, sondern das kann auch mal einen Tag gemacht werden und das macht dem Staat und der Regierung schon ganz schön zu schaffen. ... Da muß der Staat gezwungen werden, das ist meine Meinung. Das nützt nun mal alles nichts." (RS)

Der schon beängstigende Grad an Unsicherheit in der Suche nach Lösungen aus der Werftkrise wird deutlich in jenen, immerhin von einem Fünftel der von uns Befragten vorgetragenen Positionen, daß das "Unternehmen" Gewerkschaft doch ähnlich wie der Staat Möglichkeiten hätte, das Werftkapital finanziell bei der Überwindung der Krise zu unterstützen. Billige Gewerkschaftskredite für die Werften und Reeder sowie eigene Schiffbauaufträge in der Unternehmerrolle könnten zur Entschärfung der Werftkrise beitragen.

"Ja, die Gewerkschaften auch, die können ja auch, das ist ja der größte Arbeitgeber. Die haben ja auch Möglichkeiten, Gelder so zum Bauen und alles zu geben, die verdienen ja genug." (ES)

"Die brauchen ja nicht nur Häuser bauen, die können ja auch Dampfer bauen von ihrem Geld oder von unserem Geld. Warum nicht?" (RS)

Eine genuin eigene Krisenpolitik der Gewerkschaften sehen die Werftarbeiter noch am ehesten in einer gezielten Arbeitszeitpolitik. Arbeitszeitverkürzungen als Mittel zur Bekämpfung der Krisen werden dabei auf mehreren Ebenen angesprochen: gefordert werden der Abbau von Überstunden, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Verlängerung des Urlaubs und die Herabsetzung des Rentenalters; im Falle von akutem Auftragsmangel wird auch die Kurzarbeit als entlassungsverhinderndes Instrument der Arbeitszeitverkürzung akzeptiert.

"Falls es reichen würde, dann auch ruhig anfangen mit 35 Stunden in der Woche, falls das helfen würde gegen die Arbeitslosigkeit." (SB)

"Arbeitszeitverkürzung, ja, würde ich sagen, vielleicht die 36-Stunden-Woche im Laufe der Zeit. Es könnten ja auch Arbeitsplätze geschaffen werden dadurch." (ES)

"Ich wäre sowieso dafür, daß man eine Arbeitszeitverkürzung einführen würde. Also wenn man mich persönlich fragen würde. Ich wäre dafür, die 4-Tage-Woche einzuführen. Da wir mittlerweile ja auch schon wissen, wieviel Arbeitslose wir haben in der Bundesrepublik." (RS)

"Mit den Überstunden , das ist ja sowieso Blödsinn jetzt in dieser Lage. Ich mein', wir könnten ja besser unsere 8 Stunden am Tag machen und nach Hause gehen als Überstunden zu machen. Damit nimmt man ja nur mehr Arbeit weg." (ES)

Auch einer Verlängerung des Urlaubs wird Bedeutung für die Beschäftigungsstabilisierung zugesprochen. Entweder "die Arbeit hält länger an" oder es können neue Kollegen eingestellt werden.

"Ich würde sagen, bißchen weniger Arbeit, bißchen mehr Urlaub. Dann würde es ja gehen, deswegen hält die Arbeit länger an, weil wir ja weniger arbeiten durch den Urlaub, genau das Gleiche." (RS)

Und eine gewerkschaftliche Politik mit dem Ziel einer Herabsetzung des Rentenalters schließlich könnte ebenfalls Entlassungen verhindern und den Arbeitslosen neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen.

"Daß man vielleicht die Rentenbeiträge erhöhen würde und daß man dadurch vielleicht mit 60 schon abgehen könnte. Das wäre vielleicht angebracht so was. Da könnte man ja auch wieder Arbeitsplätze durch schaffen." (SB)

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik werden nur geringe Spielräume für eine Krisenbekämpfung gesehen; nur wenige Arbeiter wünschen eine Politik des Lohnverzichts bzw. der Durchsetzung weitreichender Lohnforderungen.

Von der Gewerkschaft wird zur Sicherung der Reallöhne und zur Durchsetzung eines Teuerungsausgleichs ein Mittelweg verlangt, der auf der Basis eines gewissen Verständnisses für die Sorge der Unternehmer vorgeschlagen wird - die erforderlichen Lohnerhöhungen haben ihre Grenze dort, wo die Existenz des Betriebes infrage gestellt ist:

"Ich würde sagen, wenigstens daß die Kosten aufgefangen werden, da die Lebenshaltung gestiegen ist. All zu hohe Ansprüche nach oben liegen einfach realistisch nicht drin. Stillhalten dürften sie auf keinen Fall, die müssen das rausholen, hier vielleicht 4 % oder die Teuerungsrate." (SB)

"So viel wie möglich ist nicht richtig. Auch nicht stillhalten, sie sollten den goldenen Mittelweg finden, dafür sind die Leutchen da." (ES)

"Es kommt ja drauf an, was die Unternehmer verdienen. Da sollte man human sein und nicht, daß die Betriebe oder so alles kaputtmacht. Das hätte am Ende keinen Zweck." (RS)

"Ich bin kein Halsabschneider. Ich bin ein Mensch der sagt, leben und leben lassen. Also nicht daß wir so überfordern, damit die anderen wieder kaputtgehen, das möchte ich auch nicht. So ein Geier bin ich auch nicht. So ein Halsabschneider nicht. Stillhalten auf keinen Fall. Dann werden wir wieder benachteiligt." (ES)

"Das nützt mir ja nichts, ich nehme jetzt für 14 Tage den Rahmen raus und dann müssen die Tore dichtfallen. Ja, was hab ich davon? Ich muß ja nun und möchte ja lieber auf lange Sicht als wie nur einmal hinlangen." (RS)

Die Haltung, daß die Gewerkschaft "den Bogen nicht überspannen" sollte, wird von vielen Arbeitern auch mit den herrschenden Kräfteverhältnissen begründet: In der Krise sitzen die Unternehmer auf dem hohen Roß, können genügend Arbeitskräfte bekommen und sich von daher Entlassungen ohne weiteres leisten.

"Wenn sie jetzt rausholen was drin ist oder so, weil die Wirtschaft jetzt am Boden ist, dann würde der Arbeitgeber sagen, mehr ist nicht drin und würde noch welche entlassen, ich kann die nicht mehr beschäftigen, das wäre das Endergebnis würde ich sagen. Wenn die noch mehr fordern würden, dann würden vielleicht noch mehr arbeitslos, dann würde der Arbeitgeber sagen: Dann muß ich soundsoviele entlassen." (SB)

"Wenn es die Möglichkeit gebe etwas herauszuholen, dann bin ich natürlich dafür, daß die Gewerkschaft das rausholen würde, was rauszuholen ist. Aber ich glaube nicht, daß jetzt in diesem Augenblick die Unternehmer mit sich spaßen und rumspringen lassen. Die sitzen ja jetzt im Augenblick auf dem hohen Roß. Sie können Leute genug kriegen und werden wohl nicht alles das mitmachen, was die Gewerkschaft will." (SB)

Die einzige Möglichkeit zur Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit bei gleichzeitigem Reallohnerhalt wird in einem Lohn- und Preisstop gesehen.

"Wenn die Löhne stehenbleiben und die Preise, dann kann der Arbeitnehmer das verkraften. In diesem Falle wären wir noch einigermaßen konkurrenzfähig. Wenn die Löhne wachsen, dann muß der Betrieb die Arbeiten ja auch wieder teurer berechnen." (ES)

c) Zusammenfassung:

Die Vorstellungen der Arbeiter von der Lösung der wirtschaftlichen Probleme

Festgehalten werden kann, daß sich die Krisenlösungsvorstellungen der Arbeiter bis auf wenige Ausnahmen explizit im Rahmen privatkapitalistisch-marktwirtschaftlicher Verhältnisse bewegen; an dieser Einschätzung ändert auch die Zustimmung der Hälfte der Befragten zu der Forderung nach einer Verstaatlichung der Werften nichts, denn ein solcher Schritt wird in der Regel unter pragmatischen Gesichtspunkten und ohne den Wunsch nach einem grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Ordnung vorgetragen. Auch bei den Befürwortern von Verstaatlichungen der Werften wird eine "Systemveränderung" in der Regel nicht nur nicht gefordert, sondern z.T. unter Bezug auf die Verhältnisse in Osteuropa sogar explizit ausgeschlossen.

Es gibt nur vereinzelte Hinweise auf die Notwendigkeit einer stärkeren gesellschaftlichen (staatlichen) Steuerung der Produktion. Staatliche Auflagen an die Unternehmer zur Sicherung der Beschäftigung (Bindung von Subventionen an Beschäftigungsgarantien in der Bundesrepublik, verschärfte Schiffssicherheitsbestimmungen) und unternehmerische Aktivitäten des Staates (Ausbau alternativer Industriearbeitsplätze) sollen durch höhere Unternehmerbelastungen (Unterbindung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht, Erhebung von "Rationalisierungsabgaben") finanziert werden. Auch die Forderungen nach einer Verlangsamung der Produktion, dem Abbau der Kapazitäten durch Arbeitszeitverkürzungen und dem Verzicht auf Gewinne zugunsten der Beschäftigung (Aufnahme von Aufträgen zum Selbstkostenpreis oder sogar darunter) werden nur selten vorgetragen.

Da es keinen 'Bewußseinstyp' gibt, der durch entwickelte und konsistente Vorstellungen einer Krisenüberwindung mit Hilfe der Einschränkung oder Ausschaltung der unternehmerischen Verfügungsgewalt über die Produktion gekennzeichnet ist, greifen relativ viele Arbeiter auf einen oder mehrere dieser Lösungsansätze zurück. Das bedeutet einerseits, daß zwar eine Mobilisierung für derartige Forderungen Anknüpfungspunkte im Arbeiterdenken findet, daß aber andererseits derartige Vorstellungen keine Dominanz besitzen, neben anderen Lösungsansätzen stehen und kaum Handlungsrelevanz haben. Damit ist nicht gesagt, daß alle Arbeiter den Willen zum Verzicht auf die offensive Vertretung der eigenen Beschäftigungsinteressen und auf entsprechende Aktivitäten haben; aber selbst da, wo radikalere Aktionen wie Demonstrationen und Streiks erwogen werden, sollen diese nicht so sehr gegen das Ka-

pital als vielmehr auf den Staat gerichtet sein. Ebenso eindeutig, wie die große Mehrheit der Arbeiter für die Belegschaft, den Betriebsrat und die Gewerkschaft entweder gar keine oder nur prokapitalistische Krisenlösungsmöglichkeiten ausmacht, wird durchgängig in die Handlungsfähigkeit des Staates zumindest in bezug auf die Lösung der Strukturkrise der Werftindustrie vertraut. Dieses Vertrauen in den Staat ist keineswegs gleichzusetzen mit der Illusion, der Staat könne gesamtwirtschaftliche Krisen verhindern. Die Arbeiter sehen mehrheitlich durchaus die Zyklichkeit der ökonomischen Entwicklung, rechnen auch in Zukunft mit Krisen und unterstellen dem Staat lediglich Linderungsmöglichkeiten.

Die Vorstellungen von den Möglichkeiten des Staates zur Überwindung der Werftkrise und zur Linderung der gesamtwirtschaftlichen Probleme zielen eindeutig auf Wirtschaftshilfen, die direkt den Unternehmern und damit - so zumindest die Hoffnung -indirekt auch den Arbeitnehmern zugutekommen. Vom Staat wird erwartet, daß er hohe Subventionen und billige Kredite zur Verfügung stellt, selbst durch Auftragsvergabe für Nachfrage sorgt und den Unternehmern die Unterbeschäftigung der Belegschaft ermöglicht. Die Forderung nach einer Finanzierung der Staatsaktivitäten durch die Erhöhung von Staatsschulden wird nicht erhoben, stattdessen aber wiederholt die Umstrukturierung des Rüstungsetats verlangt (was zum Teil im expliziten Widerspruch zur Forderung nach einer verstärkten Vergabe von Rüstungsaufträgen an die Werften steht).

Mit der Hoffnung auf staatliche Maßnahmen zur Krisenlösung korrespondiert die Perspektivlosigkeit auf der Ebene des Betriebes: Hier wird durchaus eingesehen, daß an einem bestimmten Punkt der Entwicklung die Entlassung von Arbeitern "die logische Folge" der wirtschaftlichen Situation ist. Die Befragten haben Verständnis dafür, daß der Unternehmer ohne Aufträge, Geld und Arbeit auch keine Arbeiter beschäftigen kann. Die Bindung der eigenen Existenz an das "Wohl des Betriebes" provoziert ein Arbeiterinteresse nicht nur an Vollbeschäftigung, sondern auch an dem Überleben des Betriebes in der Konkurrenz, was unter Umständen nur durch die Entlassung eines Teils der Belegschaft zu sichern ist. Die Haltung: "Es ist besser, tausend Kollegen verlieren ihren Arbeitsplatz, als daß der Betrieb dicht macht und viertausend-fünfhundert liegen auf der Straße" entbehrt nicht jeglicher Logik, sondern ist Ausdruck der Grenzen einer nur auf den Betrieb gerichteten Krisenlösungsperspektive, in der z.B. Streiks nicht nur schwer machbar sind und möglicherweise gefährliche Folgen haben, sondern zudem als sinnlos erscheinen: "Durch Streiks kommen auch keine Aufträge

heran". Zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit betrieblicher Anpassung und dem Hoffen auf den Staat eröffnen sich kaum strategische Perspektiven der Arbeiterbewegung, kaum Perspektiven kollektiven Handelns. Wo kollektives Handeln gewünscht wird, soll es eher korporativen als antikapitalistischen Charakter haben und den Staat zu Unternehmerhilfen motivieren; die Forderung nach unternehmerischen Aktivitäten der Gewerkschaften und ihrer Betriebe als Beitrag zur Krisenlösung wird spontan häufiger geäußert als z.B. der Wunsch nach Arbeitszeitverkürzungen. Bedenklich ist die Anfälligkeit immerhin eines guten Drittels der Befragten für autoritär-nationalistische Schritte zur Krisenbekämpfung. Zwar werden bis auf die Forderungen nach einem radikalen Abbau der Gastarbeiter und die Einstellung der Entwicklungshilfezahlungen nur vereinzelte Nebenbemerkungen in diese Richtung gemacht, die Addition dieser Äußerungen wirkt allerdings bedrohlich. Durch die Errichtung einer "kleinen Diktatur" oder durch einen starken Mann soll eine Ordnung geschaffen werden, in der Arbeitsscheue in Lager gesteckt und zur Arbeit gezwungen werden. Eine schnelle Beseitigung der Arbeitslosigkeit soll durch die Einführung eines Arbeitsdienstes, die Ausweisung der Gastarbeiter und die Einstellungen der Zahlungen an die EG und die Entwicklungshilfe sowie die Abschottung des eigenen Marktes gegen billige Importwaren erreicht werden. Die Verstärkung der staatlichen Rüstungsanstrengungen wird ebenso begrüßt wie die Verpflichtung von Arbeitslosen zu Notstandsarbeiten wie z.B. Kanalbauten.

Auch derartige Äußerungen konstituieren allerdings keinen "autoritär-nationalistischen Typ" des Arbeiterdenkens, sondern werden von Arbeitern mit unterschiedlichen anderen Vorstellungen vorgetragen. Dies ist weniger ein Indiz für eine verbreitete autoritäre Orientierung als vielmehr für das Fehlen strategischer Perspektiven und die Offenheit des Denkens für unterschiedliche Interpretationsansätze zur Krisenlösung.

E. Krisenbewußtsein und Klasseninteressen

1. Ergebnisse der Untersuchung

o Krisenwahrnehmung: Beschäftigungsperspektive

Für die Ende 1977/ Anfang 1978 befragten krisenbetroffenen Werftarbeiter (z.B. durch Belegschaftsabbau, Lohneinbußen im Gefolge von Überstundenreduktionen und Kurzarbeit, Arbeitsveränderungen durch innerbetriebliche Umsetzungen) war die Strukturkrise der Werftindustrie und deren betrieblicher Ausdruck ein zentrales Thema. Die ökonomischen Probleme wurden durchgängig als "Heise" wahrgenommen und mehrheitlich mit weiteren Verschlechterungen in der nahen Zukunft gerechnet; große Teile der Befragten hatten sich ernsthaft

mit dem Gedanken an einschneidende Entlassungen (in Werft B) oder gar einer Betriebsstilllegung (in Werft A) beschäftigt. Resultat dieser Lagebestimmung war eine tiefe Verunsicherung bei einem Dreiviertel der Werftarbeiter: Sie hielten die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes im Betrieb für gefährdet. Lediglich in der bisher weniger stark krisenbetroffenen Werft B hielt ein Drittel den eigenen Arbeitsplatz nach wie vor für sicher. Die Bedrohung des Interesses an sicherer Beschäftigung wurde individuell allerdings deshalb als reduziert begriffen, weil trotz der Probleme der regionalen Wirtschaftsstruktur (insbesondere in A) eine prinzipiell optimistische Einschätzung der eigenen Arbeitsmarktchancen dominierte. Nur ein Fünftel ging davon aus, im Falle einer Entlassung auch bei Inkaufnahme einer Situationsverschlechterung (Arbeitsbedingungen, Lohn, Arbeitsort) keine Erwerbsmöglichkeiten mehr zu haben. Die Gruppe der 'Chancenlosen' rekrutierte sich ausschließlich aus älteren Arbeitern und reduzierte sich auf 15 % der Befragten dadurch, daß sich ein Teil gar nicht von einer Entlassung bedroht (Altersabsicherung) sah. Eine berufsgruppenspezifische Differenz der Bedrohungswahrnehmung bestand nicht. Auch die angelernten Schweißer sind eine Kerngruppe der Produktion und nicht nur Teil der "Randbelegschaft"; sie sind darüber hinaus durch ihre unproblematische Einsatzfähigkeit in anderen Branchen im Besitz einer Qualifikation mit relativ hohem Transfergehalt. Eine wesentliche Grundlage der insgesamt optimistischen Bewertung der eigenen Arbeitsmarktchancen kann in der relativ positiven Einschät-

zung der gesamtwirtschaftlichen Situation liegen, die möglicherweise auch die der ökonomischen Probleme der Region überdeckt hat der konjunkturelle Einbruch des Jahres 1975 wurde insbesondere in der Automobil- und Bauindustrie für überwunden gehalten (nur ein Drittel der Befragten ging von einer anhaltenden ernsthaften Krise aus), und die Kenntnis der Einstellungspraxis bestimmter Betriebe trotz aller weiterbestehenden ökonomischen Schwierigkeiten mehrheitlich als Indiz dafür gewertet, daß "wer arbeiten will auch Arbeit findet".

Der Umgang der Werftarbeiter mit dem Problem der Arbeitslosigkeit deutet daraufhin, daß diese zumindest einen Teil ihres Schreckens eingebüßt hat. Nur ein Fünftel der Befragten hielt die Lage der Arbeitslosen für ausgesprochen schlecht und nur 10 % wünschten soziale Verbesserungen auch in bezug auf das Arbeitslosengeld. Die mehrheitlich verbreitete Auffassung, daß das "soziale Netz" vorbildlich und für die Arbeitslosen ausreichend gesorgt sei, wurde auch durch den Wunsch nach einem Ausbau der sozialen Sicherungen (Verbesserung der Renten und der Kranken- bzw. Unfallversorgung) nicht relativiert. In der in Werft B verbreiteten Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage als günstig und des eigenen Arbeitsplatzes als sicher sowie der optimistischeren Beurteilung der Arbeitsmarktchancen lag die zentrale Grundlage für eine harte Kritik der Arbeitslosen: Ein Drittel der Befragten aus B war der Überzeugung, daß es ihnen "zu gut" geht und die Hälfte sah in der unterstellten Arbeitsunwilligkeit eines relevanten Teils der Arbeitslosen die zentrale Ursache ihrer Beschäftigungslosigkeit. Das (nur bei einer Minderheit durch skeptische Überlegungen begleitete) Vertrauen in das "Netz der sozialen Sicherheit", das Erscheinungsbild der Arbeitslosen und spezifische persönliche Konstellationen (Hauseigentum, Nebenerwerbsmöglichkeit, Arbeit der Frau) bildeten die Grundlage für die verbreitete Haltung des 'Auch als Arbeitsloserleben-Könnens'. Arbeitslosigkeit wurde -auch für die eigene Person - nicht mehr als Anfang und Ausdruck von Elend und Existenzbedrohung, sondern als lösbares bzw. zeitlich begrenztes Problem begriffen - "man fällt nicht mehr ins bodenlose".

Ein weiteres Moment für die bei den Arbeitern gegenüber vielen Sozialwissenschaftlern und Politikern deutlich reduzierte Dramatik des Krisenbegriffs scheint in der Erfahrung von Arbeiterrealität zu liegen: Arbeitsplatzwechsel aus ökonomischen Gründen haben trotz "Wohlstandsgesellschaft" eher den Charakter von Normalität als den der einschneidenden Veränderung (über ein Drittel der Befragten war schon einmal arbeitslos); die Arbeiter waren

durchgängig der Auffassung, daß immer wieder mit Krisen zu rechnen sei und der Topoi "Krisen hat es immer gegeben und Krisen wird es auch immer wieder geben" ist ein weitverbreiteter Ausdruck von Arbeitererfahrung.

Die 'reduzierte Dramatik' bei der Analyse der Krisenfolgen für die eigene Person und die Haltung des 'Mit-der-Krise-leben-Könnens' ist aber keineswegs gleichzusetzen mit einer unkritischen Hinnahme von - wenn auch möglicherweise bewältig-barer - Betroffenheit. Hier die Arbeiter stand mehrheitlich fest, daß "der kleine Mann", "der Arbeiter" und der "der unten ist" letztlich "der Dumme" ist und "die Zeche zu zahlen" hat, während "die Reichen", "die Herren da oben" und "das Kapital" ohnehin "ihr Schäfchen im Trockenen haben". In die Gruppe der klassenspezifisch Betroffenen wurden z.T. die Angestellten einbezogen, deren Arbeitsplätze auch aufgrund von Rationalisierungen ebenso bedroht erschienen wie die der Arbeiter.

o Krisenwahrnehmung: Betriebliche Auswirkungen

Die Einschätzung der mit der Krisenentwicklung einhergehenden Veränderungen der Leistungsanforderungen macht deutlich, daß die Annahme einer zwangsläufig mit der Krise einhergehenden Arbeitsintensivierung in der oft vorgetragenen Pauschalität keine allgemeine Gültigkeit beanspruchen kann. Zwar haben die noch nicht massiv krisenbetroffenen Befragten aus Werft B auf die angesichts der bedrohlichen Lage verstärkte (auch über die Vorgesetzten vermittelte) Disziplinierung der Beschäftigten hingewiesen, die sich auf Kosten ihrer Gesundheit um möglichst geringe Fehlzeiten bemühen und unter erhöhtem Leistungsdruck stehen.

Die Arbeiter aus Werft A sprachen demgegenüber in Anbetracht der trotz Kurzarbeit vorhandenen Unterauslastung der Werft (Unterbeschäftigung) aber eher von einer Verminderung der Leistungsanforderungen, weil "der Druck weg" ist; im Gegensatz zu dem mit hohen Lohnverlusten verbundenen Überstundenabbau wurde darüber hinaus die Kurzarbeit aufgrund der relativ geringen Einkommensbußen vor allem unter dem Aspekt der Arbeitszeitverkürzung (zum Befragungszeitpunkt auf 32 Wochenstunden) mehrheitlich positiv beurteilt.

Von einer Stärkung der Solidarität unter den Arbeitern als Reaktion auf die kollektive Arbeitsplatzgefährdung kann ebenfalls keine Rede sein. Die Angst vor der selektiven Entlas-

sungsbetroffenheit der eigenen Person bestärkte in Werft B bei fast der Hälfte der Befragten die Vorstellung, durch individuelles Anpassungsverhalten (Leistung bringen, nicht auffallen, keine Kritik äußern) zur Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes beitragen zu können; in Werft A wurde diese Chance zwar nach der vollzogenen bzw. geregelten Auswahl der zu Entlassenden nur sehr gering veranschlagt, aber trotzdem auch von einer zunehmenden Konkurrenz der Arbeiter untereinander ("der eine wird dem anderen sein Teufel sein") berichtet. Darüber hinaus führt die Registrierung des verschlechterten Kräfteverhältnisses der Belegschaft/Arbeitnehmerschaft gegenüber den Unternehmern zur Annahme einer reduzierten Abwehr- und Streikbereitschaft. Hingewiesen wurde auf die Aussichtslosigkeit spontaner und betrieblicher Aktivitäten ebenso wie auf die gesunkene Durchschlagskraft gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen: Die schlechte Auftragslage bewirkt, daß man kaum noch Druck ausüben kann, der Unternehmer "am längeren Hebel" sitzt und insbesondere (nicht legale) spontane Arbeitsniederlegungen mit umfangreichen Kündigungen beantworten kann. Trotz dieser Situation betonten allerdings immer noch zwei Drittel der Befragten die Handlungsfähigkeit der Arbeitnehmerschaft; sie gingen von einer ungebrochenen Bereitschaft aller Kollegen aus, sich an einem gewerkschaftlichen Arbeitskampf zu beteiligen. Festgehalten werden können eine im Krisengefolge zwar reduzierte, aber nicht beseitigte Kampfbereitschaft der Belegschaft sowie eine Zunahme der Konkurrenz und keinesfalls eine Stärkung der Solidarität unter den Arbeitern.

Als nicht zutreffend hat sich auch die Annahme erwiesen, daß verfestigte Erwartungen der Arbeiter (z.B. nach ständiger Situationsverbesserung) in einer Phase engerer Spielräume des Kapitals unausweichlich zur Zunahme von Klassenkonflikten und zum Ende einer "kooperativen" Gewerkschaftspolitik führen müssen. Die Anspruchshaltung der Arbeiter selbst erwies sich eben nicht als konstante, sondern als durchaus veränderliche Größe: Die Befragten waren durchgängig zur (oft allerdings inhaltlich oder zeitlich begrenzten) Übernahme schlechterer Arbeiten im Betrieb und zur Hinnahme eines individuellen bzw. betriebsspezifischen Lohnabbaus bereit; von der Gewerkschaft wurde mehrheitlich eine Politik der Reallohnsicherung (Ausgleich von Preisveränderungen) verlangt und nicht selten als Festschreibung eines erträglichen Status quo ("es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute") begriffen, während Minderheiten sowohl Lohnverzicht als auch eine expansive Interessendurchsetzung forderten.

Die Bereitschaft zur Reduktion der Ansprüche und Forderungen wurde allerdings nicht nur als Ausdruck des 'Zwanges der Verhältnisse' und des zu Ungunsten der Arbeitnehmer verschlechterten Kräfteverhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern auch als durchaus konsequenter Beitrag zur längerfristigen Sicherung der eigenen Zentralinteressen begriffen: angesichts der für "die Wirtschaft" und "die Betriebe" bestehenden ökonomischen Probleme darf man nicht durch zu hohe - eventuell sogar erzwingbare - Forderungen dazu beitragen, die Betriebe "kaputtzuwirtschaften". Den "doppelt freien Lohnarbeitern" war durchaus klar, daß sie von dem Verkauf ihrer Arbeitskraft leben und ihre Familien ernähren - das geht aber nur, wenn es einen Nachfrager nach dieser Arbeitskraft gibt, d. h. wenn nach Möglichkeit die Existenz des sie beschäftigenden Betriebes gesichert ist. Das Arbeitsplatzinteresse setzt sich um in ein Interesse am Erhalt des Betriebes, dessen Schicksal den Arbeitern eben nicht. 'gleichgültig' ist. Bevor man sich dem - in der Regel auch Verschlechterungen nach sich ziehenden - Arbeitsmarkt aussetzt, kann man auch gleich "zur Überbrückung" etwas zurückstecken und durch Konzessionen beim Lohn oder bei der Art der Arbeit das Beschäftigungsinteresse und spezifische betriebliche Vergünstigungen (Betriebsrenten, Werkswohnungen, Ansprüche auf bestimmte Arbeitsplätze 'nach der Flaute' etc.) absichern.

o Krisenerklärung

Die Wahrnehmung einer durch die Krise verursachten 'begrenzten persönlichen Bedrohung' (Arbeitsplatzerhalt möglich, Arbeitsmarktchancen vorhanden, Arbeitslosigkeit zumindest befristet bewältigbar), die Behandlung der ökonomischen Probleme als Teil kapitalistischer Normalität, die Bereitschaft zur Reduktion der Ansprüche und Forderungen sowie die Hinweise auf die Schwächung der Solidarität und die Stärkung der Konkurrenz unter den Arbeitern sind keineswegs gleichzusetzen mit dem Fehlen jeglicher Einsicht in die Grundstrukturen des kapitalistischen Systems. Über die mehrheitliche Wahrnehmung einer klassenspezifischen Krisenbetroffenheit hinaus sah ein Drittel der Befragten die zentrale Ursache wirtschaftlicher Fehlentwicklungen im Profitinteresse des Kapitals. "Der Staat" oder die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wurden bei aller Inkonsistenz der 'Krisenbilder' der Arbeiter nicht für die Probleme verantwortlich gemacht; die Krisenursachen wurden vor allem mit Hilfe von ökonomischen Kategorien (Weltmarktkonkurrenz, Marktsättigung/Überproduktion, Rationalisierungstendenzen) bestimmt. Im Zusammenhang mit der

Härte der internationalen Konkurrenz wurde zwar häufig auf die Lohnkosten in der Bundesrepublik hingewiesen, deren Höhe jedoch angesichts des Preisniveaus für unvermeidbar gehalten (als Konsequenz wurden z.T. reallohnsichernde Lohn- und Preisstops bzw. -senkungen verlangt). Zu niedrige Löhne als Basis einer nicht ausreichenden Massenkaukraft wurden nicht als Krisenursache thematisiert. Von den Arbeitern selbst wurde oft darauf hingewiesen, daß sie keine geschlossenen und schlüssigen Krisenanalysen haben ("ich bin doch kein Politiker"); die Krisenbilder der Befragten waren in der Tat durch das Nebeneinander unterschiedlicher (oft eher zufällig vorgetragener und z.T. sogar widersprüchlicher) Überlegungen gekennzeichnet. Festzuhalten ist aber, daß immerhin ein Viertel der Befragten sowohl die klassenspezifische Krisenbetroffenheit der Arbeiter als auch die im Profitsystem liegenden Krisenursachen erkannt und damit eine relativ eindeutige Selbstverortung als "lohnabhängiges Objekt" kapitalistischer Strukturen und Entwicklungen vorgenommen hat.

o Krisenlösungsperspektiven

Die Vorstellungen der Arbeiter von der Überwindung der wirtschaftlichen Probleme waren ebenso wie die Analyse der Krisenursachen durch die eher zufällige Benennung von möglichen Ansätzen, durch Inkonsistenzen, Widersprüche und eine große Offenheit für unterschiedliche Konzeptionen gekennzeichnet. Scheinbar eindeutige Reaktionen der Befragten auf 'harte' Vorgaben (so sprachen sich 42 % für eine Verstaatlichung der Werften aus) sind eher als Ausdruck der Bereitschaft zur Annahme spontan einleuchtender Ideen und dieser prinzipiellen Offenheit des Denkens denn als Hinweis auf verbreitete und durchdachte Konzepte zu werten. Bisher ist schon deutlich geworden, daß die Tatsache der Krise und der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit keineswegs per "Schulduweisung" dem "politisch-administrativen System" angelastet werden und "der Staat" im Gegenteil für die weitgehenden sozialen Absicherungen mit viel Lob (zum Teil auch mit eher konservativ begründetem Tadel, "den Arbeitslosen geht es zu gut") bedacht wurde. Die Krise wurde eindeutig als ökonomisch bzw. kapitalistisch verursacht angesehen und "der Staat" nicht etwa mit "Legitimationsentzug" bestraft, sondern im Gegenteil: Im Zusammenhang mit der Strukturkrise einer Branche (in diesem Falle der Werftindustrie) kam das voll zum Ausdruck, was als "Staatsfixierung" der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist. Nahezu alle Befragten unterstellten dem Staat Möglichkeiten zur Überwindung der Strukturkrise, sahen in ihm so etwas wie "den letzten Retter" und richteten ihre Forderungen (auch die, die sie von den Gewerk-

schaften vertreten sehen wollten) im Kern an den Staat: "Wenn der Staat uns nicht hilft, hilft uns keiner mehr". Diese Fixierung auf den Staat als Zentralinstanz der Lösung einer branchenspezifischen Strukturkrise ließ die zumindest auf gesamtwirtschaftlicher Ebene deutlich werdenden strukturellen Grenzen der möglichen Folgen staatlichen Engagements keineswegs aus dem Blick geraten: Für die Mehrheit der Befragten war durchaus klar, daß die ökonomischen Verursachungsmomente der Krise ihre prinzipielle Beherrschbarkeit durch die (nationalen) politischen Instanzen ausschließt und der Staat bestenfalls eine Milderung und Verkürzung der Krise sowie eine Linderung ihrer Folgen, nicht aber ihre völlige Verhinderung erreichen kann. Auf der Basis der insgesamt begrenzten Ansprüche dieses Staatsverständnisses (keine Schuld an der Krise; Möglichkeiten der Beeinflussung ohne letztendliche Krisenvermeidungskompetenzen; Fähigkeit zur Regulation von Teilkrisen; zentraler Adressat von Forderungen) erklärt sich der realistische Umgang der Arbeiter mit der politischen Macht, an die sehr unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Anforderungen gestellt werden.

Bemerkenswert ist nicht nur die Tatsache, daß die Mehrheit der Befragten von einer Verstärkung staatlicher Aktivitäten das Forcieren prokapitalistischer Maßnahmen (Subventionen, Staatsaufträge, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Besorgen von Aufträgen) erwartete, sondern daß ein Drittel das zumindest verbale Interesse an einer autoritärer und nationalorientierter ausgerichteten Politik (Gastarbeiter raus, Entwicklungshilfe streichen, Arbeitslager einrichten, für kurze Zeit einen ‚kleinen Hitler‘) von sich aus betonte. Derartige Überlegungen scheinen dort besonders nahe zu liegen, wo der Anteil ausländischer Arbeiter (in Werft B 20 % der Lohnempfänger) relativ hoch ist: Fast die Hälfte der Befragten aus Werft B hatte solche Vorstellungen und sah die Gastarbeiter größtenteils als Beschäftigungspuffer, der im Falle krisenbedingter Entlassungen selbstverständlich als erstes reduziert werden muß. Die Forderung "Gastarbeiter raus" ist deshalb z.B. gegenüber der nach Reduktion oder Streichung der Entwicklungshilfe die ernstzunehmendere, weil sie vordergründig der Durchsetzung der eigenen Interessen an sicherer Beschäftigung entspricht. Allerdings kann man weder von einem ausgeprägten autoritär-nationalistischen "Krisenlösungstypus" (oft fallen derartige Bemerkungen eher nebenbei) noch von einer geschlossenen Gruppe sprechen. Die von uns herausgearbeiteten autoritär-nationalistischen Anmerkungen der Befragten haben ihren Nährboden weniger in dem autoritären "Charakter der Persönlichkeit" als vielmehr in ihrer scheinbar plausiblen Ableitbarkeit aus den eigenen materiellen Arbeitsplatz-

Sicherungsinteressen. Sie sind weniger als Indiz für die reaktionäre Orientierung der Arbeiter und eher als Beleg für die These der Inkonsistenz und Offenheit des Arbeiterdenkens zu interpretieren. (Der Streik von Werftarbeitern für die Lieferung von U-Booten an das faschistische Chile ist kein politisch, sondern ein existentiell motiviertes Signal). Diese Offenheit für unterschiedliche strategische Ansätze weist die Ansprechbarkeit für 'rechte' Krisenlösungsvorstellungen als eine unter anderen aus, in deren Sinne derzeit allerdings keine Dominanzen bestehen. Im Mittelpunkt der Krisenlösungsvorstellungen stand der Wunsch nach prokapitalistischen Staatsaktivitäten. Mit Hilfe für "den Betrieb" oder "die Wirtschaft" wird die Vorstellung der Arbeitsplatzsicherung verbunden: Wenn Aufträge vorhanden sind und investiert wird, muß auch Arbeit geleistet werden, werden Arbeiter benötigt und die eigenen Interessen damit zumindest mittelfristig realisierbar.

Nur ein Fünftel der Befragten brachte an einzelnen Punkten das Interesse an einer staatlichen Politik zum Ausdruck, die antikapitalistische Elemente enthält: Die Macht der Unternehmer soll eingeschränkt (Beschäftigungsaufgaben, staatliche Unternehmensgründungen, stärkere finanzielle Belastung der Unternehmen) oder gebrochenen (Vergesellschaftung), die Produktion verlangsamt und die Beschäftigung auf Kosten der Profite vergangener Jahre gesichert werden. Derartige Überlegungen verbanden sich allerdings oft mit anderen (prokapitalistischen oder sogar nationalorientierten) Vorstellungen und hatten mehr den Charakter von sporadischen Anmerkungen, so daß von einem geschlossenen Typus "antikapitalistischer Krisenlösungsvorstellungen" keine Rede sein kann. Allerdings gibt es hier - wie auch bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen - Anknüpfungspunkte für eine aktive gewerkschaftliche Politik zur Sicherung von Arbeiterinteressen und zum Erhalt bzw. Ausbau der "Macht der Arbeiterklasse" auch in der Krise. Es ist nicht auszuschließen, daß eine den Klassenkompromiß überschreitende antikapitalistische Mobilisierung "von oben" durchaus - vermittelt über die 'bewußten Kader' - zur Neukonturierung einer Klassenbewegung in der Bundesrepublik beitragen könnte. Probleme bestehen allerdings darin, daß derartige Vorstellungen in der Arbeiterschaft weder konsistent noch dominant verbreitet sind, der Kern der Forderungen letztenendes doch nur über den Staat durchsetzbar und die gewerkschaftliche Kraft durch die Krise objektiv geschwächt ist. Zu bedenken ist außerdem, daß gegen das Kernstück einer sozialistischen Krisenlösung, die Vergesellschaftung zumindest eines Teils

der relevanten Kapitalgesellschaften, durchaus Bedenken (Ineffizienz der Betriebe, Bedrohung von Lebensstandard und persönlich-politischen Freiheiten wie in Osteuropa) bestehen.

Von den Gewerkschaften wurde denn auch eher abstrakt verlangt, daß sie sich um die Sicherung der Arbeitsplätze kümmern sollen. Die realen Möglichkeiten der Organisation wurden als äußerst gering veranschlagt und der gewünschte Ansatzpunkt ihrer Aktivitäten zumindest spontan eher in ihrem unternehmerischen Bereich (gewerkschaftliche Schiffbauaufträge und Kredithilfen, verstärktes Engagement der Gewerkschaftsbetriebe) als in einer aktiven Tarifpolitik im Sinne des "Vertrauens in die eigene Kraft" gesehen. Mit der Forderung nach einem gewerkschaftlichen "Druck auf den Staat" und auch der nach Arbeitszeitverkürzungen wurden kaum manifeste Erwartungen in bezug auf die Beschäftigungssicherheit verbunden, so daß auch bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit kaum ein "Legitimationsentzug" für die Gewerkschaften zu erwarten ist. Der Vorschlag eines freiwilligen Reallohnverzichts als Beitrag zur Krisenlösung wurde mir von einer kleinen Minderheit vorgetragen und die Forderung nach einer "Stärkung der Massenkaufkraft" in diesem Zusammenhang gar nicht erwähnt. Das Interesse an der Erhaltung des Reallohniveaus stand durchgängig im Zentrum der Erwartungen an die Gewerkschaft, deren reale Möglichkeiten insgesamt eher auf dem Felde der (möglichst kampflös durchzusetzenden) einkommenspolitischen Schutzfunktion denn auf dem der Krisenüberwindung oder Arbeitsplatzsicherung gesehen wurden. Es muß noch einmal betont werden, daß die krisenbetroffenen Werftarbeiter in der "kooperativen" Gewerkschaftspolitik eine durchaus realistische Form der Vertretung ihrer Interessen sahen und eine "antikapitalistische Kampfpolitik" jedenfalls zum Zeitpunkt unserer Untersuchung keine 'Massenbasis' hatte.

Die Grenzen einer klassenspezifisch ausgerichteten Politik zur Überwindung der Strukturkrise der Werftindustrie wurden im Zusammenhang mit den betriebsbezogenen Überlegungen der Arbeiter besonders deutlich. Die Hälfte der Befragten äußerte von sich aus Verständnis nicht nur für die betrieblichen Schwierigkeiten, sondern auch für die als zwangsläufig erachteten Konsequenzen: Es leuchtete ein, daß der Unternehmer aufgrund von fehlenden Aufträgen weder Geld noch Arbeit hatte und deshalb die Belegschaft bzw. einen Teil der Arbeitnehmer nicht dauerhaft finanzieren und beschäftigen konnte. Weder der - zur Überbrückung denkbare - Zugriff auf die Gewinne vergangener Jahre noch eine Verkürzung der Arbeitszeit oder Proteste von Belegschaft und Betriebsrat können die Tendenz zur schlichten

Pleite überwinden - Entlassungen sind "die logische Folge". Viele Arbeiter sahen angesichts der Bedrohung "des Betriebes" und damit auch ihres Arbeitsplatzes den Zwang zur Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit oder zur Stabilisierung auf niedrigerem Niveau durchaus ein und kamen zu der Auffassung: "Besser es verlieren tausend Kollegen ihren Arbeitsplatz, als daß der Betrieb dicht macht und viertausendfünfhundert liegen auf der Straße". Da die Lösung der betrieblichen Schwierigkeiten ausschließlich von der Auftragsseite her erwartet wurde, schien in Aktivitäten von Belegschaft und Betriebsrat (außer solchen zur Besorgung von Aufträgen) kein Beitrag zur Krisenlösung zu liegen. Durchaus erwogene Streikaktionen wurden nicht nur als schwer organisierbar, sondern auch als überflüssig betrachtet: "Durch Streiks kommen auch keine Aufträge heran".

Dem Betriebsrat wurde bestenfalls die Aufgabe der Durchsetzung sozialer Kriterien bei der Auswahl der zu Entlassenden zugewiesen (die älteren Befragten wünschten den besonderen Schutz der älteren Arbeitnehmer, die 'Weltmeister der Produktion' den verstärkten Schutz der leistungsstarken Kollegen, etc.). Die Vorstellungen des Viertels der Befragten, das dem Betriebsrat und der Belegschaft überhaupt Handlungschancen unterstellte, zielte mit den geforderten Aktivitäten nicht etwa primär auf den "Klassengegner", sondern wünschte dessen ökonomische Stärkung. Streiks, Demonstrationen und Einflußnahmen des Betriebsrates sollten daraufhin- wirken, daß der Staat finanzielle Hilfen für die Werften oder die Reeder bereitstellt oder eigene Schiffbauaufträge vergibt. Für die große Mehrheit der Werftarbeiter gab es keine gegen das Werftkapital gerichtete Krisenlösungsperspektive, sondern eine der korporativen Interessenvertretung "des Betriebes" oder "der Branche" beim Staat - von der großen Mehrheit wurde die Bildung eines "kooperativen Blocks" aus Betriebsräten/Gewerkschaften, Unternehmern und Staat auf der Grundlage einer ausgeprägten "Staatsfixierung" und nicht etwa Klassenkampf gewünscht. Der Gedanke an eine drohende Betriebsschließung konnte zwar Überlegungen in bezug auf kämpferische Abwehraktionen bis hin zur Betriebsbesetzung freisetzen. Derartige Ideen bekamen aber nicht den Charakter einer Anleitung zum Handeln, weil in der selbstorganisierten Fortführung der Produktion durch die Belegschaft keine Perspektive gesehen wurde. Ohne Aufträge oder Käufer ist die Belegschaft nicht zur Finanzierung einer möglicherweise gesellschaftlich überflüssigen Produktion (Schiffbau auf Halde) in der Lage, versierte Auftragsbeschaffer mit internationalen Verbindungen und ein qualifiziertes Management zur Organisation des Großbetriebes schie-

nen unerlässlich und ein Verkauf von Produkten 'unter der Hand' wie z.B. von Uhren (LIP) nicht denkbar.

Allerdings gab es vereinzelte Hinweise auf das Interesse an der Streckung der Produktion und der weitgehenden Beschäftigungssicherung auch auf Kosten des Werftkapitals. Die Beschäftigung sollte durch langsames Arbeiten und Überstundenabbau verlängert, die Auftragslage durch billigere Produkte aufgrund des Verzichts auf Gewinne verbessert und die Belegschaft zur 'Not' (vom Konzern) aus den Gewinnen der vergangenen Jahre finanziert werden. über diese lediglich kurzfristig erfolgversprechenden und die schon beschriebenen aktiven gewerkschaftlichen Vorstellungen (staatliche Beschäftigungsauflagen und Unternehmensgründungen in Wachstumsbranchen, stärkere finanzielle Beteiligung der Unternehmer durch Steuergerechtigkeit und Rationalisierungsabgaben, Arbeitszeitverkürzungen) hinaus gab es keine kollektive Handlungsperspektive zwischen resignativer betrieblicher Anpassung und dem Hoffen auf prokapitalistische staatliche Hilfen (Subventionen, Aufträge). Allerdings wurde ansatzweise eine Umstrukturierung der Produktion im Betrieb (z.B. Stahlbau) und in der Region (Industrieansiedlung) gefordert; hier bestehen Anknüpfungspunkte für eine staatlich abgesicherte Politik der Produktdiversifizierung, die den Abbau von Arbeitsplätzen vermeidet.

o Berufsgruppenspezifische Differenzen

Festgehalten werden kann darüber hinaus, daß die Rezeption der Werftkrise nicht durch berufsspezifische Unterschiede der Befragten geprägt ist. Weder die Wahrnehmung der Krise nach die ihrer Folgen, weder die Krisenanalyse noch die Krisenlösungsvorstellungen weisen eindeutige oder gar durchgängige Differenzen zwischen Rohrschlossern, Schiffbauern und Schweißern aus. Weder die besondere Rationalisierungsbetroffenheit der Rohrschlosser noch der Status der Schweißer als kurzfristig Angelernte konstituieren besondere Sichtweisen. Die Schweißer z.B. sind als Kerngruppe der Produktion Teil der 'Stammebelegschaft' und sahen für sich aufgrund des branchenübergreifenden Transfergehalts ihrer Qualifikation fachtarbeiterähnliche Arbeitsmarktchancen; die Rohrschlosser wichen z.B. in der Frage der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und der Einschätzung des Zusammenhangs von Rationalisierung und Krise nur leicht von den anderen Berufsgruppen ab.

o Betriebsspezifische Differenzen

Deutliche Differenzen sind allerdings auf der Ebene der unterschiedlich krisenbetroffenen Betriebe festzustellen. Die in Werft B im Vergleich zu Werft A nicht durch so einschneidende Auftragsrückgänge und Entlassungen größeren Stils gekennzeichnete Lage hat offensichtliche Auswirkungen auf die Situationseinschätzung der Arbeiter gehabt.

Trotz aller Krisenwahrnehmung und Krisenbetroffenheit wurden die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, die gesamtwirtschaftliche Lage und die eigenen Arbeitsmarktchancen in Werft B deutlich positiver beurteilt. Das Wissen um bevorstehende Entlassungen bei gleichzeitiger (zumindest scheinbarer) Garantie der Betriebsexistenz hatte bei den Arbeitern eine den Management-Strategien entgegenkommende Disposition zur Folge: erhöhtem Leistungsdruck und verstärkter Disziplinierung durch die Vorgesetzten stand eine reduzierte Arbeitersolidarität gegenüber. Ein großer Teil der Befragten aus Werft B berichtete über eine zunehmende Konkurrenz untereinander, glaubte an die persönliche Beeinflussbarkeit von Entlassungen und hielt Streiks für kaum noch durchführbar; die positive Einschätzung der ökonomischen Lage, das Vertrauen in die weitgehende Absicherung der eigenen Person und das Wissen um freie Stellen (die Werft suchte Facharbeiter, die Zeitung war voller Stellenanzeigen) führte darüber hinaus zu einem besonders negativen Bild der Arbeitslosen: Immerhin ein Drittel der Befragten aus Werft B meinte, daß es den Arbeitslosen zu gut gehe und die Hälfte war der Überzeugung, daß zumindest ein relevanter Teil der Arbeitslosen nur deshalb ohne Beschäftigung sei, weil er arbeitsscheu ist. Der Rückgriff auf autoritär-nationalistische Krisenlösungsvorstellungen kam in Werft B ebenfalls bei fast der Hälfte der Befragten zum Tragen. Dabei spielte nicht nur die negative Einschätzung der Arbeitslosen (die Faulenzer gehören in ein Arbeitslager), sondern vor allem die Anwesenheit von über 1.100 ausländischen Arbeitern im Betrieb eine Rolle: Sie wurden als Beschäftigungspuffer betrachtet, der selbstverständlich vor den deutschen Kollegen abzubauen ist. Diese spezifische Form der "Krisen"-Wahrnehmung in Werft B kann nicht als "falsches" Bewußtsein bezeichnet werden; es ist viel eher Ausdruck von realistischen individuellen Kalkülen auf der Basis einer sehr real eingeschätzten betrieblichen Situation.

In Werft A war nach einer anhaltenden, den gesamten Betrieb in seiner Existenz bedrohenden Krise mit mehreren Entlassungswellen eine ähnlich prononcierte "individualistische"

Position wie in Werft B nicht (mehr?) anzutreffen. Die Wahrnehmung der kollektiven Betroffenheit hat zwar keineswegs zu einer "solidarischen" Orientierung mit erhöhter kollektiver Handlungsperspektive geführt, wohl aber den kritischen Blick für die betriebliche und gesellschaftliche Situation geschärft: so wurden in Werft A keine individuellen Einflußchancen auf Entlassungen ausgemacht, die Möglichkeit gewerkschaftlicher Streikaktionen kaum bestritten, die Lage der Arbeitslosen keineswegs optimistisch beurteilt und sogar Zweifel an der Tragfähigkeit des 'sozialen Netzes' angemeldet. Anzumerken ist allerdings, daß der Betriebsrat aus einer starken Position heraus von vornherein ein Konzept der 'kollektiven Krisenbewältigung' durchsetzen konnte, das z.B. Kurzarbeit für alle und das Festschreiben der Mindestbelegschaftsstärke (Unterbeschäftigung auf Kosten des Konzerns mit der Folge reduzierten Leistungsdrucks) sowie die Auswahl der zu Entlassenden ausschließlich nach sozialen Kriterien beinhaltete.

Trotz der unterschiedlichen Krisenbetroffenheit und -wahrnehmung lassen sich bei der näheren Analyse der Krisenursachen und bei der Entwicklung von Krisenlösungsvorstellungen keine deutlichen Unterschiede zwischen den Befragten aus beiden Untersuchungsbetrieben feststellen - ein weiterer Hinweis auf die Unzulässigkeit der Annahme eines linearen Zusammenhangs zwischen der Härte der Krisenbetroffenheit (wobei dieser Begriff selbst durchaus problematisch ist: ist die Gefahr einer Werksschließung für den Einzelnen "härter" als das Bevorstehen von Entlassungswellen?) und dem "Klassenbewußtsein" der Arbeiter.

o Zusammenhang von Analyse und Forderungen

Auch aus der Einsicht in den Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital folgt keineswegs zwangsläufig die Forderung nach 'antikapitalistischen' Ansätzen zur Krisenlösung: Von den 30 Befragten, die eine klassenspezifische Krisenbetroffenheit der Arbeiter und zugleich das Profitprinzip als letztendliche Krisenursache ausmachten, artikulierten nur 10 den Wunsch nach gegen das Kapital gerichteten Maßnahmen der Krisenüberwindung. Dieser 'klassenbewußte Kern' von 8 % der Befragten rekrutierte sich aus gelernten Arbeitern aller Altersgruppen, die bis auf eine Ausnahme noch nie von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Die oft sehr ausführlich erläuterten Krisenlösungsvorstellungen dieser Gruppe enthielten in der Regel neben den gegen das Kapital gerichteten Forderungen auch andere Ideen, die von kapitalistischen Subventionierungswünschen über autoritäre Vorstellungen wie die Entlassung

von Faulenzern und die Kürzung des Arbeitslosengeldes bis hin zur Artikulation von Verständnis für Teilentlassungen reichten und auch Andeutungen kollektiver Opferbereitschaft beinhalteten.

Als zentrales Ergebnis unserer Untersuchung bleibt die trotz gewerkschaftlicher Funktionärs-tätigkeit und punktueller Einsicht in den Klassegegensatz (die an dem einen oder anderen Punkt bei nahezu allen Befragten deutlich wurde) bestehende Inkonsistenz und Offenheit des Denkens der Arbeiter festzuhalten. Zwar sind weder autoritäre noch antikapitalistische Mobilisierungsmöglichkeiten auszuschließen, aber insgesamt muß doch von einer Tendenz zur passiv-resignativen Anpassungsbereitschaft bei eindeutiger Dominanz von Vorstellungen gesprochen werden, die sich - auch im Falle von Veränderungswünschen - im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und der sie tragenden Kräfte bewegen. Damit soll die Möglichkeit der Entfaltung einer kämpferischen (wohl im Sinne einer zur Abwehrkämpfen gezwungenen) Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik' nicht bestritten werden - wohl aber eine quasi-automatische, von rapiden Bewußtseinsveränderungen getragene Entwicklung im Gefolge wirtschaftlicher Krisen.

2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise

Die Ergebnisse unserer Untersuchung zum Krisenbewußtsein von Wertarbeitern zeigen deutlich, daß sich die Komplexität des Denkens von Arbeitern (den Begriff "gesellschaftliches Denken" haben Braun/Fuhrmann zurecht eingeführt, vgl. Braun/Fuhrmann 1970) vorschnellen Etikettierungen entzieht. Erst der bewußte Verzicht auf standardisierte Methoden und die Vorab-Konstruktion von "Bewußtseinstypen" hat den Blick freigelegt für eine differenzierte empirische Analyse des Arbeiterdenkens, die den Menschen und ihren reichhaltigen Äußerungen und Überlegungen gerecht wird und vorhandene Widersprüchlichkeiten und Offenheiten als solche benennen kann. Das thematisch strukturierte Intensivinterview und die themenbezogene qualitative Auswertung des Materials erwiesen sich dabei als Grundbedingung für die Erfassung der "wirklichen Gedanken" der Arbeiter: oft wurden z.B. bestimmte Antworten erst präzisiert, nachdem eine andere Frage gestellt wurde oder der Themenkomplex im weiteren Interviewverlauf noch einmal zur Sprache kam, und es wurden pauschale oder mit Beispielen belegte Erklärungen abgegeben (z.B. "die Arbeitslosen wollen ja gar nicht arbeiten", "ich kenne einen Arbeitslosen, der hat keine Lust und dem geht es blendend") und später (z.T. auf Nachfragen) präzisiert (z.B. "das gilt vielleicht für 10 % der Arbeitslosen, der Rest will arbeiten und hat es sehr schwer"). Die ausführliche Darstellung von Arbeitersichtweisen zeigt außerdem, daß aus der von einer Außenwarte vorgenommenen Beobachtung von Klassenhandlungen (bzw. Nichthandlungen, 'politische Passivität') keineswegs die Unterstellung abgeleitet werden kann, "die Arbeiterschaft" würde auf eine differenzierte intellektuelle Auseinandersetzung mit ihrer Realität verzichten; das schnelle Ausweichen in psychoanalytische Kategorien zur Erklärung oberflächlich beobachteter Realität verstellt eher den Blick für die notwendigen soziologischen und politischen Analysen, die allein die Chance zur Entwicklung von Perspektiven der Arbeiterbewegung eröffnen (vgl. Mahnkopf 1982). Es war die "am Material" vorgenommene systematisierende soziologische Analyse, die die Erfassung der verschiedenen, von Arbeitergruppen vorgetragenen Einschätzungen ermöglicht hat - die Komplexität und die Bandbreite der Äußerungen von Individuen ließen den Versuch der am Einzelinterview vorgenommenen Bestimmung (und biographischen Erklärung) von "Deutungsmustern" vor allem unter dem Aspekt von Gruppenbildungen als wenig aussichtsreich erscheinen und machten zugleich klar, wie schnell die Grenzen der "Ableitbarkeit" von Bewußtseinsstrukturen erreicht sind.

Unsere Untersuchung belegt zwar nicht den "Zerfall des Klassenbewußtseins" von Arbeitern (Kern/Schumann 1970), wohl aber die das Bewußtsein prägende Widersprüchlichkeit und Inkonsistenz ihrer Überlegungen; es ist zu vermuten, daß diese das Alltagsbewußtsein kennzeichnen den (zum großen Teil objektiv bedingten) Widersprüche und .Inkonsistenzen auch durch die Statements von (in unserer Untersuchung nicht repräsentierten) "durchgeschulten" Marxisten - eher überlagert denn wirklich aufgelöst werden. Daß zentrale Widersprüchlichkeiten im Arbeiterdenken keineswegs Ausdruck von intellektuellem Unvermögen, sondern Hinweis auf eine widersprüchliche objektive Situation sind, läßt sich exemplarisch am Umgang mit dem in der Krisendiskussion thematisierten Begriff "Rationalisierung" illustrieren. So kann es sein, daß eine Person sowohl profitmotivierte Rationalisierungen als Ursache der Arbeitslosigkeit ausmacht und das hektische Arbeitstempo angesichts fehlender Aufträge kritisiert als auch dem Unternehmer das Versagen vor der Notwendigkeit von rechtzeitigen (modernisierenden) Umstellungen nachsagt; auf der Ebene der strategischen Perspektive wird sowohl die Verbesserung der betrieblichen Konkurrenzposition durch Rationalisierung und Entlassung als auch die Bindung staatlicher Hilfen an Beschäftigungsaufgaben zur Verhinderung rationalisierungsbedingter Entlassungen gefordert. Man darf den Arbeitern aber nicht das Scheitern bei der Lösung eines Problems vorwerfen, dem selbst Wissenschaftler, Gewerkschaften und sogar kommunistische Parteien relativ hilflos gegenüberstehen: auch sie weisen angesichts einer auf (Rohstoff-)Importe angewiesenen und weltmarktabhängigen Wirtschaft immer zugleich auf die Notwendigkeit zu Modernisierung und Rationalisierung sowie auf das Ziel von Vollbeschäftigung und 'Humanisierung hin (vgl. z.B. PCI 1978). Die strukturelle Stellung des Arbeiters als lohnabhängiges Objekt unternehmerischer Entscheidungen und seine zumindest vordergründige existenzielle Bindung an die Existenz des ihn beschäftigenden Unternehmens - und die realistische Wahrnehmung dieser Abhängigkeit - ist ein zentrales Moment zur Erklärung der Bereitschaft der Arbeiter (und der Gewerkschaften), "systemeffiziente Sanierungsstrategien" (Esser u.a. 1979) mitzutragen - zumindest solange, wie es keine kurzfristig erfolgsversprechenderen Kampfperspektiven gibt oder ganze Belegschaften "überflüssig" zu werden drohen (und auch Betriebsschließungen können sich relativ "geräuschlos" vollziehen, vgl. Lichte 1978). Die klare Sicht der klassenspezifischen Verteilung der Krisenlasten durch die Arbeiter unterstreicht, daß es weniger an der Einsicht in den "abstrakten" Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital als vielmehr an

einer gegen das in der Krise auch in Mitleidenschaft gezogene Kapital gerichteten betrieb- und branchenspezifischen Perspektive fehlt (hier kommt es dann trotz der Wahrnehmung des grundlegenden Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital zu partiellen und handlungsleitenden Interessenidentitäten, die weder durch Agitation noch durch "Schulung" kurzfristig praktisch auflösbar sind).

Bevor auf diesen Aspekt näher eingegangen wird, soll anhand von weiteren Widersprüchlichkeiten auf Differenzen zwischen vordergründig-plausiblen und durchdachteren Positionen der Arbeiter hingewiesen werden. So wurde das Verlangen nach Aufträgen, die allein die Beschäftigung dauerhaft sichern können, einerseits spontan als Forderung nach Rüstungsaufträgen konkretisiert - andererseits aber bewußt auf die Möglichkeit der Entwicklungshilfe in Form von Passagierschiffen und auf die der Ankurbelung der Wirtschaft durch eine Kürzung der 'unproduktiven' Rüstungsausgaben hingewiesen. Auch die Forderungen nach einer privilegierten Entlassung von Ausländern und einer Verstaatlichung der Werften wurden aus einer pragmatischen, auf kurzfristige Erfolge ausgerichteten Interessendefinition heraus vorgebracht, die bei gründlicherer Reflektion zwar durchaus relativiert wurde (die Ausländer müssen menschlich behandelt werden; Verstaatlichungen führen zu Problemen wie in den Ostblockstaaten), trotzdem aber z.T. auch gegen gewisse eigene Überzeugungen handlungsleitenden Charakter bekommen konnte (z.B. bei der Demonstration für die Lieferung von U-Booten an das faschistische Chile). Auch der Widerspruch zwischen Klagen über die deutlich zunehmende Konkurrenz unter den Arbeitern und der Bekundung der Bereitschaft zu Solidarität bei gewerkschaftlichen Streiks erweist sich als Ausdruck der Differenz zwischen alltäglichen und ausnahmsweise gegebenen Handlungsbedingungen und signalisiert die auch in der Krise (zumindest bisher) nicht gebrochene Fähigkeit der Arbeiter zu kollektiven Klassenaktionen; das weitgehende Ausbleiben solcher Aktivitäten scheint weniger ein Indiz für fehlende Einsichten und die "Existenz der Klasse" und vielmehr ein Hinweis auf fehlende kämpferisch durchzusetzende kollektive Veränderungsperspektiven zu sein.

Über die beschriebenen Widersprüche und Inkonsistenzen (z.B. Krisenanalyse mit stark anti-kapitalistischen Elementen und Krisenlösungsperspektive mit primär prokapitalistischen Forderungen) hinaus, in der auch eine Neigung (nicht Beschränkung) zu vordergründig-plausiblen Statements und kurzfristig erfolgversprechenden Interessenartikulationen deutlich geworden ist, konnten wir häufig einen "Dualismus der sozialen Orientierung"

(Braun/Fuhrmann 1970, 455) feststellen; so wurde z.B. die Arbeitslosigkeit aus der 'Fernperspektive' ("denen geht es allen zu gut") völlig anders als aus der 'Nahperspektive' beurteilt ("ich könnte mit dem Arbeitslosengeld nicht auskommen") und z.B. die 'abstrakte' Formulierung von dem in der Bundesrepublik zu hohen Lohnniveau in Anbetracht des eigenen Lebensstandards sofort wieder zurückgenommen.

Der Hinweis darauf, daß viele der hier beispielhaft erläuterten unterschiedlichen Sichtweisen von ein und derselben Person im Laufe eines Interviews vorgetragen wurden, soll noch einmal unsere Skepsis gegenüber Typisierungen des Bewußtseins unterstreichen und klarmachen, warum wir von einer weitgehenden Offenheit des Arbeiterdenkens ausgehen, das auch durch das Addieren scheinbar eindeutiger Kreuze in standardisierten Umfragen, das Zitieren von besonders "starken Sprüchen" oder den Hinweis auf bestimmte Aktionen keineswegs als in die eine oder andere Richtung festgelegt beschrieben werden kann.

Nach den Befunden unserer Untersuchung ist der Umgang der Arbeiter mit "der Krise", die Wahrnehmung ihrer Situation in der Wirtschaftskrise, durch einen durchaus erfahrungsgesättigten hohen Realitätsgehalt gekennzeichnet - auch wenn sich bestimmte Einschätzungen nicht in Deckung mit einem sozialwissenschaftlichen Krisenbegriff befinden. Die Werftarbeiter haben das Ausmaß der Bedrohung im Schiffbau und die Gefährdung ihres Arbeitsplatzes klar gesehen, die gesamtwirtschaftliche Lage trotz der 1 Millionen Arbeitslosen (1977/78) aber nicht als katastrophisch zugespitzt bewertet; die von den meisten Arbeitern (z.T. trotz zeitweiliger eigener Arbeitslosigkeit) auch im Vergleich mit dem Lebensstandard in anderen Ländern erfahrene Verbesserung irrer materiellen Lage ("es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute"), spezifische individuelle Absicherungen (von Haus- und Grundbesitz über einen sicheren Arbeitsplatz der Frau bis hin zur möglichen Auslastung durch Schwarzarbeit) und die Aussicht auf eine zumindest zeitweilige Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung nahmen "der Krise" weitgehend den Charakter einer zentralen existenziellen Bedrohung, zumal konjunkturelle Schwankungen und der Zwang zum Betriebswechsel für Arbeiter einen gewissen Normalitätsgrad haben und die Möglichkeit der Übernahme anderer Tätigkeiten nicht ausgeschlossen wurde (selbst die Werften suchten z.T. trotz "Krise" Facharbeiter). Damit soll den Arbeitern keineswegs die Ignoranz von deutlichen Interessenverletzungen unterstellt und auch nicht die problemlose Bewältigung einer ökonomischen Verschlechterung behauptet werden, zumal die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage 1982/83 ange-

sichts von 2 Millionen Arbeitslosen und verschärften Zumutbarkeitsregelungen beim Arbeitslosengeld sicherlich pessimistischer ausfallen dürfte - man muß aber eine eben nicht mit dem Elend der Weltwirtschaftskrise ab 1929 vergleichbare Situation und soziale Erfahrungen der beschäftigten Arbeiter als Hintergrund einer reduzierten Dramatik bei der Krisenwahrnehmung zur Kenntnis nehmen, auch wenn die Tendenz, für sich selbst nicht unbedingt von dem schlimmsten aller möglichen Fälle auszugehen, durchaus eine "Verdrängungskomponente" enthalten kann. Das von uns beschriebene Krisenbild der Arbeiter ist nicht mit einer "Leugnung" (Zoll 1981) von Krisentendenzen und Krisenbetroffenheit zu verwechseln und erübrigt keineswegs die Auseinandersetzung mit möglichen Ursachen und Lösungsperspektiven, reduziert aber möglicherweise für die Arbeiter den Problemdruck.

Auf der Basis dieser nur begrenzt dramatischen Krisenwahrnehmung ist auch zu verstehen, daß die Solidarität und die Handlungsfähigkeit der Arbeiter (als Arbeitsgruppe, Belegschaft und Teil der Klasse) bei aller krisenbedingten Schwächung (verstärkte Konkurrenz untereinander, Angst vor Entlassung) keineswegs völlig gebrochen ist; ein solches Handeln zur Vertretung der eigenen Interessen (das sich dem Blick der mit dem Instrument der Befragung arbeitenden sozialwissenschaftlichen Bewußtseinsforschung in der Tat häufig entzieht, nicht zuletzt, weil die Arbeiter sich an viele 'kleinere' Aktivitäten nur schwer erinnern und ihnen auch nicht den hohen Stellenwert beimessen wie Sozialforscher) kann in den Werften auch unter Krisenbedingungen festgestellt werden, sei es in Form der Verweigerung bestimmter Arbeiten, sei es der Kampf um ausreichende Vorgabezeiten (durch Arbeitsniederlegung oder 'Bummelei'), sei es die Beteiligung an gewerkschaftlichen Warnstreiks oder die Entwicklung betrieblicher Aktionen für einen verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz (vgl. hierzu Brock/Einemann 1982). Die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik sieht sich zwar durch die anhaltende Krise und hohe Arbeitslosigkeit einem zugunsten der Unternehmer veränderten Kräfteverhältnis ausgesetzt, ist aber - auch im Verständnis der Arbeiter - keineswegs am Ende ihrer Handlungsfähigkeit (wie wohl 1932/33, als ca. 50 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren).

Die (notgedrungene) Bereitschaft der Arbeiter, ihr Anspruchsniveau in bezug auf die Lohnhöhe und die Qualität der Arbeit in der Krise zu reduzieren und auch betriebliche Verschlechterungen um den Preis des Erhalts eines Arbeitsplatzes in Kauf zu nehmen ist ebenfalls Ausdruck eines Kalküls mit der Priorisierung eines spezifischen Interesses; die Be-

gründung für die Akzeptanz von zentralen Interessenverletzungen legt größtenteils die schon erwähnte Einsicht in die (lohn-)abhängige eigene Stellung offen: "Ich muß ja arbeiten, um meine Familie zu ernähren". Der pragmatisch ausgemachte individuelle Zwang zum Verzicht ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einer gewerkschaftspolitischen Verzichtsperspektive; fast alle Arbeiter formulieren das Ziel, die Krise möglichst ohne große Einbußen zu überstehen und das erreichte Reallohnniveau zu sichern (die häufig benutzte Formel von Lohn- und Preisstopps deutet dabei den Kompromiß zwischen den eigenen Lebensinteressen und dem Interesse an der Weltmarkt-Konkurrenzfähigkeit des Betriebs an) - hierin wird auch die Hauptfunktion der Gewerkschaften gesehen, der für eine 'angemessene' und 'realistische' Tarifpolitik durchaus Folgebereitschaft bis hin zu Streiks signalisiert wird.

Insgesamt kann festgehalten werden, daß die richtige Wahrnehmung ihrer realen Lage durch die Arbeiter weder als Beleg für die Verbürgerlichung der Arbeiterklasse noch als Hinweis auf die Dominanz von Illusionen über die eigene abhängige Stellung interpretiert werden kann; unsere Untersuchung weist bei den Arbeitern zumindest für eine Krisenphase klassenspezifische Einschätzungen und die (wenn auch geschwächte) Bereitschaft zur Durchsetzung von Klasseninteressen nach, ohne allerdings - vor allem aufgrund der unklaren Perspektiven - zu interpretativen Überhöhungen zu neigen. Die Analyse der Krisenursachen und die Krisenlösungsvorstellungen der Arbeiter legen zwar Anknüpfungspunkte für eine aktive Politik der Arbeiterbewegung frei, verdeutlichen aber auch die wenig entwickelte Diskussion und die große Offenheit des Arbeiterbewußtseins für unterschiedliche Interpretationsansätze.

Das Urteil der Arbeiter über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist durch eine große Unsicherheit gekennzeichnet, in der auf alle auch nur annähernd plausiblen Erklärungsmuster (auch wenn sie sehr unterschiedlich und widersprüchlich sind) zurückgegriffen wird: Theoreme wie das der billiger produzierenden "internationalen Konkurrenz" und das der (keineswegs als Ausdruck 'marxistischen Denkens' zu verstehenden) "Marktsättigung" (womit oft zugleich auf die umfangreiche eigene Ausstattung mit Konsumgütern hingewiesen wird) fehlen in kaum einem Arbeiter-Statement. Die gerade im Schiffbau ausgeprägte Abhängigkeit von Weltmarkt (so schlagen z.B. sinkende Ölimporte oder Schwankungen des Dollar-Kurses schnell durch) und das Wissen um kostengünstigere Produktionen im Ausland (vor allem in Südostasien) tragen zentral dazu bei, daß die Krise eher auf weitgehend unbeflußbare weltwirtschaftliche "Verwerfungen" als explizit auf spezifisch kapitalistische

Verwertungsprobleme zurückgeführt wird; in dieser Krisenanalyse liegt - auch bei der zusätzlichen Artikulation von Einsicht in den Profitmechanismus als die Arbeitslosigkeit verstärkende Größe (es gibt hier keine Typisierungen erlaubendes 'Entweder-Oder') - eine zentrale Grundlage für fehlende Betriebs- und Branchenperspektiven und für eine generelle Skepsis gegenüber den realen Handlungschancen von Interessenvertretern und staatlichen Instanzen. Das wird z.B. deutlich, wenn der Gewerkschaft zwar abstrakt die Arbeitsplatzsicherung als Hauptaufgabe zugewiesen, zugleich aber auf ihre begrenzten Handlungschancen (sie soll z.B. nach Meinung einer starken Minderheit der Befragten die notleidenden Betriebe subventionieren) hingewiesen wird; ein Sachverhalt, der die Unterstellung eines gewerkschaftlichen Legitimationsverlustes als Folge von steigender Arbeitslosigkeit (Müller-Jentsch 1979) weitgehend ausschließt. Ähnliches gilt auch für "den Staat", von dem zwar einerseits eine krisenvermeidende Politik verlangt und dem die weitgehende Regulierbarkeit der Branchenkrise im Schiffbau zugetraut wird (wofür z.B. die nach Gesprächen zwischen Betriebsräten und dem Bundeskanzler erfolgte Begleichung von Millionenverlusten beim Bremer Vulkan im Jahre 1982 spricht) - andererseits sehen die Arbeiter aber sehr klar die Grenzen staatlicher Möglichkeiten, wobei sowohl auf die Macht des Kapitals wie auf Weltmarktbewegungen hingewiesen wird, die sich der nationalstaatlichen Steuerung weitgehend entziehen. So ist auch "der Staat" selbst für den Fall der härteren Krisenbetroffenheit der "produktiven Kerne" kaum von Legitimationsproblemen bedroht (Bergmann u.a. 1975, Offe 1972); das Problem des Legitimationsentzugs stellt sich höchstens für eine Regierung, die nicht glaubwürdig vermitteln kann, alles in ihrer Macht stehende zur Krisenlinderung und zur Arbeitsplatzsicherung zu tun. Die Artikulation einer solchen Kritik (auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ansetzend) aus der Arbeitnehmerperspektive durch die Gewerkschaften könnte deren Basisverankerung eher weiter stärken, zumal eine zurückhaltende (den Lebensstandard weitgehend sichernde) Tarifpolitik exakt dem reduzierten Anspruchsniveau der Arbeiter entspricht und keineswegs eine "Krise der kooperativen Interessenvertretung" (Bergmann u.a. 1975) provoziert.

Die Betrachtung der Krisenlösungsvorstellungen der Arbeiter macht ebenfalls die Notwendigkeit von inhaltlichen Differenzierungen deutlich: so ist die "Staatsfixierung" der Arbeiter an sich ebensowenig positiv oder negativ (sie relativiert sich vielmehr und ist mit unterschiedlichen Inhalten besetzt, die von autoritär-nationalistischen bis hin zu humanitär-

sozialistischen Lösungen reichen) wie die Radikalität der Form bestimmter Aktivitäten (weil Streiks auch den Charakter einer Demonstration für den Bau von U-Booten für Faschisten haben können). Es ist die Koexistenz einer weitgehenden betriebs- und branchenspezifischen Perspektivlosigkeit und von Forderungen im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung einerseits und dem (von einer Minderheit, oft zugleich) artikulierten Interesse an gegen das (nationale) Kapital gerichteten Maßnahmen andererseits, die das Arbeiterbewußtsein charakterisiert. Darin drücken sich weniger "illusionäre Bewußtseinformen" (Bierbaum u.a. 1977) und vielmehr die komplexen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aus, die die objektive Grundlage für die politische Integration der gesamten Arbeiterklasse (der Basis wie der Führung) darstellen. So beruhen der häufig pro-kapitalistische Charakter staatlichen Agierens (auch von sozialdemokratisch-sozialistischen Regierungen) und die Objektrolle der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Prozeß zentral darauf, daß die herrschenden Klassen ihre spezifischen Interessen in der Regel als beste Sicherung des "Gemeinwohls" darstellen können, was umgekehrt für die Arbeiterklasse nicht gilt: ein zu großer Schaden für "die Wirtschaft" führt (zumindest scheinbar und kurzfristig) zur Ruinierung auch der eigenen existenziellen Basis (vgl. hierzu z.B. Miliband 1972 und Poulantzas 1974). Für die krisenbetroffenen Werftarbeiter stellt sich dieser Zusammenhang als Widerspruch zwischen dem eigenen realen und zu verallgemeinernden Interesse am Arbeitsplatzerhalt auf der einen und dem Interesse am Erhalt des Betriebes als existenzielle Grundlage auch um den Preis des Abbaus einer bestimmten Zahl von Arbeitsplätzen auf der anderen Seite dar, der zumindest oberhalb der Ebene der drohenden Werkschließung zu individuellen Kalkülen ("Hauptsache es trifft nicht mich") mit stark erstsolidarisierenden Wirkungen führt. Das Sich-Einfügen in die Realität bedeutete 1977/78 für nahezu alle Werftarbeiter, daß der Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes nur als Resultat der Verbesserung des "Wohles des Betriebes" denkbar war, und das trotz aller Einsicht in den Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die optimale Interessenvertretung der Belegschaft wurde in Betriebsratsaktivitäten zur Beschaffung von Aufträgen gesehen, Streiks wurden nicht als Beitrag zur Arbeitsbeschaffung gewertet und für den Fall des Ausbleibens staatlicher Hilfen (im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung für "den Betrieb") durchaus Verständnis für kapitalistische Sanierungsmaßnahmen angedeutet ("wenn keine Arbeit da ist, kann der Betrieb auch niemanden beschäftigen"; "besser 1.000 Kollegen werden entlassen als daß der ganze Betrieb dicht gemacht

wird"). Im Rahmen einer solchen Sichtweise wird auch mit Betriebsbesetzungen keine Perspektive verbunden (die Produktion von Schiffen wäre nicht vorzufinanzieren, die Schiffe wären nicht absetzbar, ein Verkauf 'unter der Hand' wie z.B. bei Uhren nicht möglich) und der Forderung nach Verstaatlichungen skeptisch begegnet (ein zentraler Einwand: die Arbeitsplätze wären zwar vielleicht etwas sicherer, aber auch ein Staatsbetrieb würde keine wesentlich verbesserten Marktbedingungen vorfinden).

Die Alternativ-Perspektive des "Kampfes um jeden Arbeitsplatz" steht vor dem Problem des Nachweises, daß eine solche Politik nicht zumindest mittelfristig zu völligen Pleiten und damit zum allseitigen Ruin führt, mithin das "Allgemeinwohl" (als sehr reale und keineswegs nur ideologische Kategorie) gefährdet. Auch hier liegt ein Legitimationsproblem für Betriebsräte und Gewerkschaften, denen z.B. für eine die betriebliche Effizienz behindernde Politik der gestaltenden Einflußnahme (z.B. bei der Einführung neuer Technologien, aber auch bei der Ablehnung von Überstunden unter Hinweis auf Kurzarbeit oder laufende Entlassungen) keineswegs von vornherein die Zustimmung ihrer 'Basis' sicher ist.

Die Suche nach betriebs- und wirtschaftspolitischen Alternativen, nach seriösen Ansätzen zum Abbau und zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit, ist in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik erst in den letzten Jahren intensiviert worden. Aus ihrem Interesse an einer sicheren Existenz und aus Einsicht in bestimmte Zusammenhänge haben auch die von uns befragten Werftarbeiter an vielen Stellen (oft 'neben' den skizzierten integrativen Überlegungen) antikapitalistische Krisenlösungsvorstellungen artikuliert, die von Arbeitszeitverkürzungen und einem Belastungsabbau (vor allem durch großzügigere Vorgabezeiten oder bessere Personalausstattung) über eine finanzielle Mehrbelastung der Unternehmer und der Besserverdienenden bis hin zu Vergesellschaftungsforderungen (auch wenn der Blick auf Osteuropa häufig negative Assoziationen auslöst) reichen. An diese Forderungen können die 'bewußten Kader', die gewerkschaftlichen Funktionäre, die inzwischen eine deutliche Kritik an der die Arbeitnehmer bei der Verteilung der Krisenlasten klar benachteiligenden Regierungspolitik äußern (nicht etwa in Überwindung "illusionärer" Interessen an mehr sozialer Gerechtigkeit (Bierbaum 1977), sondern zur Durchsetzung dieser Forderung), durchaus anknüpfen. Die Repräsentanten der Arbeiterbewegung stehen vor der Aufgabe der Entwicklung von nationalen und regionalen wirtschaftspolitischen Perspektiven, die zugleich zur Lösung der betrieblichen Probleme in einer Vielzahl von Branchen beitragen und darüber hinaus politische Prä-

müssen (Abbau der Rüstungsproduktion, Sicherung der Umweltbedingungen) berücksichtigen. Dabei wird es auf die konkrete Definition eines 'selektiven' oder 'qualitativen' Wachstums ankommen, das nur mit Hilfe von über einen öffentlichen Unternehmenssektor gesteuerten staatlichen Investitionsprogrammen durchsetzbar scheint (vgl. hierzu z.B. das Konzept für eine regionale Eigengesellschaft von Einemann u.a. 1981).

Auch durch radikale Arbeitszeitverkürzungen (für einige Arbeiter durchaus Bestandteil ihrer 'konkreten Utopie' einer rational und nach Bedürfnissen organisierten 'menschlichen' Welt) nicht auffangbare Beschäftigungsprobleme z.B. im Schiffbau sind nur - was mehrere Arbeiter auch andeuten - durch die Umstellung der Produktion bzw. durch die Bereitstellung anderer Arbeitsplätze zu lösen. Dabei kommt nicht nur die ohnehin wenig aussichtsreiche staatlich geförderte Ansiedlung von Privatunternehmen, sondern vor allem der staatlich abgesicherte (Eigentumsanteile, Öffnung des Wissenschaftsbetriebes, Abnahmegarantien, Einbringen von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit) Aufbau von "Alternativproduktionen" (vgl. z.B. Löw-Beer 1981, Huffs Schmid 1981, Einemann u.a. 1982) zur Herstellung von gesellschaftlich nützlichen Produkten in Frage. Die z.B. nach dem Vorbild der betrieblichen Aktivisten bei Lucas Aerospace arbeitenden, auch als kritische Reaktion auf die Demonstration von Werftarbeitern für die Lieferung der U-Boote nach Chile gegründeten betrieblichen IG Metall-Arbeitskreise 'Alternative Fertigung' bei MAK Kiel, Blohm und Voss Hamburg und VFW/MBB Bremen können dazu beitragen, die 'Lücke' zwischen allgemeinen wirtschaftspolitischen Forderungen, politischen Prämissen und betrieblichen Arbeitsplatzproblemen zu schließen und so zur Entwicklung einer "gesellschaftlichen Logik" der Arbeiterbewegung beitragen, die plausible Perspektiven einer nichtkapitalistischen Zukunft benennt. Damit könnte zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung des Selbstbewußtseins von Arbeitern geleistet werden, deren Können scheinbar nicht mehr gefragt ist; dies ist ein Hintergrund des Ansatzes der Gewerkschafter von Lucas Aerospace: "Wir sahen ein, daß die Kampfmoral eines Beschäftigten sehr schnell abnimmt, wenn er merkt, daß die Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, die Produkte, die er macht, nicht haben will. Wir dachten uns deshalb eine Kampagne für das Recht aus, an gesellschaftlich nützlichen Produkten zu arbeiten" (Cooley 1980, 185).

Es ist evident, daß mit der Frage danach, was und wieviel produziert und investiert werden soll, nicht nur die gesellschaftliche Machtfrage gestellt ist; an dieser Schnittstelle zwischen

Arbeiter-, Friedens- und Ökologiebewegung eröffnet sich auch die Chance zur Konkretisierung einer gesellschaftlichen Veränderungsperspektive, die die Kluft zwischen radikal-abstrakter Theorie und reformistischer Praxis zu schließen in der Lage ist. Das Ziel, die gesellschaftliche Zukunft auf der Basis der bewußten Entscheidung der Mehrheit der Menschen zu gestalten, dürfte bei aller Enttäuschung und allem "Abschied von Proletariat" (Gort 1980) nur mit einer Arbeiterklasse durchsetzbar sein, die sich aus der Rolle des 'Objektes der Geschichte' befreit. Für eine solche Emanzipation der Klasse sind heute viele Arbeitnehmerfunktionäre aktiv; die vor allem bei den 'Kadern' beginnenden Diskussionen und die vereinzelte Formulierung deutlich antikapitalistischer Positionen dürfen allerdings nicht mit dem Denken der breiten Masse der abhängig Beschäftigten verwechselt werden (Herkommer u.a. 1979). Prinzipiell scheint es aber durchaus möglich, die große Opferbereitschaft der Arbeitnehmer (notgedrungen zum Arbeitsplatz-Erhalt) an verstärkte Beteiligungsrechte der Interessenvertretungen und die verstärkte gesellschaftliche Steuerung der Unternehmen zu koppeln. Die sich zu Beginn des Jahres 1982 als Reaktion auf die einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehenden Regierungspolitik (Sparhaushalt, sogenanntes Beschäftigungsprogramm, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen bei der Arbeitslosenversicherung) und die fast die 2-Millionen-Marke erreichende Arbeitslosigkeit abzeichnende Wende in der Beschäftigungs- und Gesellschaftspolitik der Gewerkschaften (verstärkte Offensive, Thematisierung der Probleme in den gewerkschaftlichen Zeitungen und in der Bildungsarbeit) bedarf ohne Zweifel der weiteren inhaltlichen Klärung und der Basisverankerung. Eine solche Politik kann sich weder unter Ausklammerung der Weltmarktbedingungen auf das Greifen keynesianischer Konzepte (vgl. z.B. die kritischen Beiträge von Arndt 1978 und Welsch 1981) noch darauf verlassen, daß sie in den Betrieben bewußt nachvollzogen wird. Die Intensivierung der betriebsnahen Breitenbildung (vgl. z.B. Brock 1980, Hindrichs 1982), die umfassende Diskussions- und Lernprozesse einleiten muß und weder auf die Aufklärung des "Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital" reduziert noch in der Hoffnung auf eine schnelle leitfadeninspirierte Korrektur scheinbar allgemeiner und verfestigter "Deutungsmuster" erfolgen kann (vgl. Markert 1982) sowie die Verbindung von Arbeiterbewegung, aktiver Jugend und kritischer Intelligenz könnte aber zur Konstitution einer gesellschaftlichen Kraft führen, die mittelfristig von der Bundesrepublik aus einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Lebensinteressen der Menschen zu leisten in der Lage ist (es gibt hier keine

"historischen Notwendigkeiten"). Nur eine Intensivierung und Verbreiterung der Diskussion und die Vermittlung von Kriseneinschätzungen und -lösungsperspektiven bietet darüber hinaus die Chance, die gefährliche, weil vordergründig-plausible Neigung eines Teils der Arbeiter zu autoritär-nationalistischen Formen der Krisenlösung im Ansatz zu bekämpfen; auch hierin liegt eine der zentralen historischen Aufgaben der Gewerkschaften.

ANHANG

1. Sozialstatistische Daten des Samples

2. Leitfaden für Arbeitergespräche

Anhang 1: Sozialstatistische Daten des Samples¹

A 1	Alter	n=134
		%
bis	20 Jahre	5
20	bis 24 Jahre	19
25	bis 29 Jahre	10
30	bis 34 Jahre	7
35	bis 39 Jahre	12
40	bis 50 Jahre	33
über 50 Jahre		14
		100

A 2	Familienstand	n=134
		%
ledig		18
verheiratet		79
geschieden		1
verwitwet		2
		100

A 3	Kinder	n=134
		%
keine	Kinder	25
1	Kind	31
2	Kinder	25
3	Kinder	8
4	und mehr Kinder	10
k.A.		1
		100

¹ Insgesamt wurden in der Zeit von 1976 bis 1978 134 Werftarbeiter befragt; in die Analyse des 'Krisenbewußtseins' sind allerdings nur die 119 Interviews eingegangen, die Ende 1977/ Anfang 1978 durchgeführt wurden.

A 4	Verdienst Arbeiter			n=134
				%
bis	1300	DM		18
1300	bis	1500	DM	48
1501	bis	1700	DM	25
1701	bis	1900	DM	5
über	1901	DM		3
k.A.				1
100				

				n
A 5	Familieneinkommen			134
				%
bis	1300	DM		10
1300	bis	1500	DM	31
1501	bis	1700	DM	18
1701	bis	1900	DM	7
1901	bis	2100	DM	11
2101	bis	2300	DM	8
2301	bis	2500	DM	6
2501	bis	2700	DM	2
über	2701	DM		5
k.A.				2
				100

				n
A 6	Schichtarbeit			134
				%
Ja				15
Nein				80
Gelegentlich				5
				100

A 7	Gewerkschaftszugehörigkeit	n=134
		%
keine		9
Mitglied	ohne Zeitangabe	2
bis	4 Jahre	10
5	bis 9 Jahre Mitglied	16
10 bis 20	Jahre Mitglied	24
über	20 Jahre	37
k.A.		2
		100

A 8	Gewerkschaftsfunktion	n=134
		%
keine Funktion		78
Funktion		7
ehemalige	Funktion	13
k. A.		2
		100

A 9	Wohnform	n=134
eigenes	Haus	34
zur Miete		63
k. A.		3
		100

A 10	Arbeitslosigkeit	n=134
		%
keine	Erfahrung	62
bis	zu 6 Wochen	8
bis	zu 1 Jahr	22
länger	als 1 Jahr	7
k. A.		1

		100
A 11 Schulabschluß		n=134
		%
Hauptschule nicht abgeschlossen		2
Hauptschule abgeschlossen		92
Hauptschulabschluß unklar		5
Mittlere Reife, Abitur		1
		100
A 12 Betriebswechsel		n=134
		%
kein Betriebswechsel		28
ein Betriebswechsel		24
zwei bis vier Betriebswechsel		33
fünf und mehr Betriebswechsel		15
		100
A 13 Branchenerfahrung		n=134
		%
nur Werft		1
Landwirtschaft		30
Bau		13
Bergbau		19
sonstige Metallindustrie		7
sonstige Industrie		26
Handwerk		4
sonstige		27
k. A.		13
		140
A 14 Werftzugehörigkeit		n=134
		%
1 bis 2 Jahre		3
2 bis 4 Jahre		13
5 bis 9 Jahre		21
10 bis 19 Jahre		22
über 20 Jahre		40
k. A.		1
		100

Anhang 2: Leitfaden für Arbeitergespräche

Wir kommen von der Universität Bremen. Wir machen eine Untersuchung über die Entwicklung der Arbeit auf den Werften und die Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen. Diese Untersuchung führen wir wissenschaftlich unabhängig durch. Für ihre Durchführung hier im Betrieb haben wir selbstverständlich die Zustimmung von Betriebsrat und Unternehmensleitung.

Im Rahmen unserer Untersuchung gehen wir in verschiedene Werften, um uns die unterschiedlichen Bedingungen der Arbeit genauer anzusehen und um die verschiedenen Arbeitsplätze genau zu studieren. Zu dieser Untersuchung gehört auch die Befragung von Arbeitern. Dabei wollen wir erfahren, wie die Arbeiter selbst ihre Arbeit und deren Veränderungen beurteilen. Deshalb möchten wir auch gerne mit Ihnen ein Gespräch führen. Selbstverständlich wird alles, was Sie sagen, streng vertraulich behandelt.

Beruflicher
Werdegang

Können wir zunächst auf Ihren beruflichen Werdegang etwas genauer eingehen?

Schule

1. Wie lange sind Sie zur Schule gegangen? Welcher Abschluß?

Lehre

2. Wie ging es nach der Schule weiter? Lehre, sonstige Ausbildung? Hätten Sie auch andere Möglichkeiten gehabt? Was waren Ihre Vorstellungen? Warum sind Sie dann geworden?

weiterer
Berufsweg

•
3. a) Bei Lehre, im gelernten Beruf tätig
Was haben Sie nach der Lehre gemacht? Abschluß, wann, in welchem Betrieb? Wichtigste Betriebswechsel. Worübergehend aus dem Beruf raus? Fortbildung?

b) Bei Lehre, nicht mehr im gelernten Beruf tätig Was haben Sie nach der Lehre gemacht? Abschluß, wann, . in welchem Betrieb? Bis wann im alten Beruf, warum aufgehört? Wichtigste Betriebswechsel nach Berufswechsel? Fortbildung, Umschulung, zweite Lehre? Perspektive: zurück in den alten Beruf?

c) Bei Ungelernten
Erster Betrieb und wichtigste Betriebswechsel? Fortbildung, Umschulung, nachträgliche Lehre?

4. Was ist Ihr jetziger Arbeitsplatz? (Beschreibung)
5. Haben Sie im Betrieb schon andere Arbeitsplätze gehabt? Gründe für Wechsel? Freiwillig?

Rückblick/Ausblick

6. Es gibt ja das Sprichwort: "Jeder ist seines Glückes Schmied". Wenn Sie Ihren eigenen Werdegang betrachten, trifft das für Sie zu?
7. Würden Sie Ihrem Sohn empfehlen, auch ... zu werden? Würden Sie Ihm überhaupt raten, auf die Werft zu gehen?
8. Wenn Sie auf die Schule und Ihre berufliche Entwicklung zurückblicken: Was würden Sie als Erfolge betrachten und was als Mißerfolge?
9. In jedem Berufsweg gibt es einige wichtige Stationen, die den weiteren Verlauf weitgehend bestimmen. Was waren denn in Ihrem Berufsweg die wichtigsten Weichenstellungen? Wie war das mit der Schule. Hätte es für Sie überhaupt die Möglichkeit gegeben, in eine weiterführende Schule zu gehen? Stand das überhaupt zur Diskussion? Wie wird es beruflich weitergehen, haben Sie da bestimmte Ziele?
10. Wenn Sie heute noch mal ganz von vorne anfangen könnten: Was würden Sie anders machen?

Berufsbewußtsein

11. Was sind Ihre Erwartungen an einen guten Beruf?
12. Gehört zu einem guten Beruf, daß dabei die Arbeit Spaß macht? Kann Arbeit überhaupt Spaß machen? Wie sieht eine Arbeit aus, die Spaß macht?
13. Es heißt ja oft: nur durch Arbeit wird man wirklich glücklich, was halten Sie davon?
14. An jedem Arbeitsplatz muß eine bestimmte Leistung gebracht werden. Was ist so betrachtet ein günstiger bzw. ungünstiger Arbeitsplatz?
15. Wenn Sie Ihre jetzige Arbeit insgesamt betrachten: Sind Sie damit zufrieden oder nicht zufrieden?

Werftarbeit

16. Wenn man sich Werftarbeit allgemein ansieht, worin unterscheidet sie sich von anderer Industriearbeit, oder gibt es da keine Unterschiede? Unterschiede? Vorteile und Nachteile?
17. Passieren auf der Werft viele Arbeitsunfälle? Woran liegt das? Sind die Vorschriften nicht ausreichend? Aus welchen Gründen werden sie nicht eingehalten?
18. Muß Werftarbeit so anstrengend sein?
19. Veränderungen? Was sind hier auf der Werft in den letzten Jahren die Veränderungen?
20. Was hat sich für Sie verändert?

Programmplanung

21. In den letzten Jahren ist soviel von der Programmsteuerung und der Programmplanung auf den Werften gesprochen worden: Hat sich dadurch für Sie in Ihrer Arbeit etwas verändert? Hat sich die Zusammenarbeit mit den anderen Branchen verändert?
22. Klappt die Planung in der Praxis? Kann die Planung überhaupt klappen?
23. Wenn man einmal versucht, sich die Werft in 50 Jahren vorzustellen: Auf welchen Gebieten ist dann der größte Unterschied zu heute zu erwarten?
24. Was sind die größten Belastungen bei Ihrer Arbeit? Was strengt körperlich am meisten an, was strengt nervlich am meisten an? Ist Ihre Arbeit insgesamt eher anstrengender oder sind die Belastungen geringer geworden? (Wodurch?)
25. Glauben Sie, daß Sie Ihre Arbeit bis zur Rente durchhalten können?
26. Durch was könnte Ihre Arbeit erleichtert werden? Wie könnte das erreicht werden? Wer?
27. Was finden Sie an Ihrer Arbeit interessant und was langweilig?
28. Ist Ihre Arbeit weitgehend vorgeschrieben oder können Sie sich Ihre Arbeit selbständig einteilen?

Lohn

29. Wenn ein anderer (Rohrschlosser, Schiffbauer oder Schweißer) von heute auf morgen Ihre Arbeit übernehmen sollte, könnte er das ohne weiteres? Wie sieht es aus mit einem der nicht aus Ihrem Beruf ist? (Lehre/Berufserfahrung)
30. Kommen Sie eher leicht oder eher schwer zu Ihrem Geld? Relativ zu wem? Verglichen mit den Schweißern, Rohrschlossern, Schiffbauern: Kommen Sie da eher schwerer oder eher leichter zu Ihrem Geld?

31. Hängt die Höhe des eigenen Lohnes nur von der eigenen Leistung ab oder spielen da noch andere Dinge eine Rolle?
32. Was ist ausschlaggebend für die Einstufung in die Lohngruppen? Hat man einen Einfluß darauf, in welche Lohngruppe man kommt?
33. Was halten Sie von einer einheitlichen Lohngruppe für alle? Für die ganze Werft?
34. Werden Sie gerecht bezahlt?
35. Gibt es überhaupt einen gerechten Lohn?
36. Werden Sie nach Akkord, Programmlohn oder Zeitlohn bezahlt?

Bei Programmlohn

37. Worin bestehen die Unterschiede von Programmlohn und Akkord?
38. Wenn Sie die Auswahl hätten: Würden Sie lieber wieder nach dem Akkordlohn oder weiter nach dem Programmlohn bezahlt? Vorteile, Nachteile?
39. Haben Sie sich durch den Wechsel zum Programmlohn finanziell verbessert oder verschlechtert? Wieviel? Was hat sich sonst durch den Programmlohn für Sie geändert?
40. Warum wird der Programmlohn auf der Werft überhaupt eingeführt? Von wem geht das aus? Wie stehen die IG Metall und Betriebsrat dazu?

Bei nicht Programmlohn

41. Welche Vorteile und Nachteile hat der Akkordlohn?
42. Kann man hier auf der Werft beliebig hohe Akkorde abrechnen oder gibt es da Grenzen? Wo liegen diese?
43. In verschiedenen Bereichen der Werft wird jetzt der Programmlohn eingeführt: Worin sehen Sie die Unterschiede zum Akkordlohn? Vorteile, Nachteile?
44. Wenn Sie die Wahl hätten: Würden Sie lieber nach dem Programmlohn oder nach dem Akkordlohn bezahlt? Was versprechen Sie sich davon?
45. Kann man sich etwas davon versprechen, wenn auf der Werft überall der Zeitlohn eingeführt wird? Vorteile, Nachteile?

Krise

46. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation der Werftindustrie ein? Was sind die Ursachen? Wie sind die Aussichten hier in ...? Was werden die wichtigsten Auswirkungen auf die Belegschaft sein? Wen wird es besonders treffen?
47. Halten Sie persönlich Ihren Arbeitsplatz hier im Betrieb für sicher?
48. Wie schätzen Sie für sich die Möglichkeit ein, in einem anderen Betrieb eine vergleichbare Arbeit zu finden? Oberhaupt eine Arbeit?

49. Wären Sie bereit, eine schlechtere 'Arbeit in Kauf zu nehmen, um nicht entlassen zu werden? Eher Lohnverminderung, eher Arbeitsverschlechterungen? Wie weit würde das gehen?
50. Kann man selbst etwas tun, daß man nicht von Entlassungen betroffen wird? Nützt z. B. besonderer Fleiß? Kann man sonst etwas tun?
51. Wie soll sich der Betriebsrat Ihrer Meinung nach bei den drohenden Entlassungen verhalten?
52. Muß die Belegschaft die Entlassungen widerspruchlos hinnehmen, oder kann sie sich dagegen wehren? Und wie ist es, wenn die Werft ganz zugemacht werden soll?
53. Kann der Betriebsrat etwas dafür tun, daß die Krise von der Werft abgewendet wird? Wie sieht es mit der IG Metall aus?
54. Hat der Staat die Aufgabe, den Werften zu helfen? Erwarteten Sie eine Lösung der Werftprobleme von der Verstaatlichung der Werften?
55. Wie wird es mit der Werftindustrie in der Bundesrepublik überhaupt weitergehen?
56. Und allgemein gefragt: Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik ein? Ursachen? (Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten): Wenn man sich die Auswirkungen dieser Entwicklung ansieht: Sind dabei die Arbeiter besonders hart betroffen oder trifft es alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise?
57. Es sind ja viele arbeitslos geworden: Haben es sich die Betroffenen auch ein bißchen selbst zuzuschreiben oder hätte es jeden genauso treffen können?
58. Ist Ihrer Meinung nach für die Arbeitslosen ausreichend gesorgt?
59. Viele sagen den Arbeitslosen geht's zu gut. Ist da was dran? Positiv/negativ?
60. Wird man als Arbeitsloser eigentlich schief angesehen?
61. Reicht insgesamt das in der Bundesrepublik aufgebaute Netz der sozialen Sicherung aus, oder muß es ausgebaut werden? Wo besonders?
62. Wie - glauben Sie .² wird die wirtschaftliche Entwicklung weitergehen?
63. Wird es Krisen immer wieder geben?
64. Hat der Staat Möglichkeiten auf die wirtschaftliche Entwicklung/Krise Einfluß zu nehmen?

Interessenvertretung

65. Wie sieht es mit den Gewerkschaften aus: Können die Gewerkschaften die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen?
66. Worum sollte sich die Gewerkschaft Ihrer Meinung nach hauptsächlich kümmern?
67. Hat die IG Metall für Sie bisher alles herausgeholt, was drin war?
68. Welche Forderungen sollte die IG Metall in der nächsten Tarifrunde durchsetzen?
69. Sollten die Gewerkschaften in der jetzigen Situation lieber stillhalten oder sollten sie trotz allem versuchen, soviel wie möglich herauszuholen? (Bei Forderungshaltung): Wenn die Gewerk-

schaft in dieser Richtung aktiv wird, was meinen Sie, würden die Kollegen da mitziehen und notfalls auch streiken?

70. Die IG Metall fordert verstärkt eine Humanisierung der Arbeit, d. h. Verbesserung der Arbeitsbedingungen. In der Automobilindustrie hat sie deswegen z. B. versucht, die Geschwindigkeit der Fließbänder zu verringern, neue Pausenregelung durchzusetzen und die Arbeit für den Einzelnen wieder interessanter zu machen. Das kann man ja nun nicht ohne weiteres auf die Werft übertragen. Was könnte das für Werftarbeit heißen? Was kann Humanisierung für Ihre Arbeit heißen?
71. Haben sich hier auf der Werft die IG Metall und der Betriebsrat bisher genug um diese Fragen gekümmert?
72. Was halten Sie insgesamt von der Arbeit des Betriebsrates?
73. Hat es hier in den letzten Jahren größere betriebliche Auseinandersetzungen und Arbeitsniederlegungen gegeben? Worum ging es? Von wem ging das aus? Haben Betriebsrat und IG Metall da mitgemacht? Waren Sie selbst daran beteiligt? Hat sich die Arbeitsniederlegung gelohnt oder nicht?
74. Unter welchen Bedingungen wären Sie heute bereit, sich an einer Arbeitsniederlegung zu beteiligen? Von wem müßte das ausgehen? Um welche Forderungen müßte es dabei gehen?

Arbeiter-Identität

75. Ist es in den letzten Jahren für die Arbeiter in der Bundesrepublik (eher) besser oder (eher) schlechter geworden? Wer ist besser, wer ist schlechter weggekommen als die Arbeiter?
76. Stimmt es Ihrer Meinung nach, daß heute keiner mehr Arbeiter werden will? Woran liegt das? Wird man als Arbeiter geboren, wie wird man eigentlich Arbeiter?
77. Wie würden Sie das bei Ihren Kindern sehen, sollten die auch Arbeiter werden oder haben Sie da andere Vorstellungen?
78. Stimmt es, wenn man sagt, letztlich schaffen die Arbeiter mit ihrer Hände Arbeit den Wohlstand für alle?
79. Wenn Sie vom Arbeiter sprechen, wen rechnen Sie alles dazu? (Abgrenzung zu): "Unternehmer", "Betriebsingenieur", "Meister", .. "den Angestellten"? Sind die "Facharbeiter" ebenso Arbeiter wie die "ungelernten Arbeiter"?
80. Ist die Unterscheidung zwischen "Arbeitern" und "Angestellten" eigentlich noch angebracht oder sollte man besser vom Arbeitnehmer sprechen?
81. Kann man von Ihrer Position ganz nach oben kommen? Was heißt da oben?
82. Wenn man die Bundesrepublik insgesamt betrachtet, wer ist "unten", wer ist "oben"? Wo sehen Sie da Ihre eigene Position?
83. Wir haben jetzt von "unten" und "oben" gesprochen. Ist der Unterschied zwischen "unten" und "oben" in den letzten zehn Jahren kleiner geworden oder hat er sich vergrößert? Woran sieht man das?

Und wie glauben Sie, wird sich das in Zukunft entwickeln? Wie kommt das? Kann man diese Entwicklung beeinflussen?

Statistik

Name

1. Alter
2. Familienstand
3. Zahl der Kinder
4. Berufs des Vaters / der Mutter
5. Frau berufstätig
6. Durchschnittlicher monatlicher Nettoverdienst ² des Arbeiters
- der Familie
7. Lohngruppe (betriebliche Position)
8. Oberstunden
9. Kurzarbeit
10. Schichtarbeit
11. Gewerkschaftszugehörigkeit? Seit wann? Funktion in der Gewerkschaft?
12. Erfahrung mit Arbeitslosigkeit (wann, wie lange)?
13. Wie wohnen Sie, im eigenen Haus oder zur Miete? Nebenerwerbslandwirtschaft?
14. Wohnort? Bei Pendler: Wie lange?

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Michael; Beckenbach, Niels; Braun, Siegfried; Dombos, Rainer; Hafenarbeit, Frankfurt 1979
- Arndt, Helmut; Arbeitslosigkeit und Inflation in der Weltwirtschaft, in: Markmann, Heinz; Simmert, Diethard B. (Hrsg.); Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978
- Autorenkollektiv am Institut für Soziologie der FU Berlin; Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter, Frankfurt 1973
- Baethge, Martin; Bauer, Wolfgang; Mohr, Wilma; Münch, Jürgen; Schöll-Schwinghammer, Ilona; Schumann, Michael; Sozialpolitik und Arbeiterinteresse, Frankfurt 1976
- Baethge, Martin; Schumann, Michael; Legitimation und Staatsillusion im Bewußtsein der Arbeiter - Überlegungen zum Staatsverständnis der Arbeiter anlässlich einer empirischen Studie, in: Osterland, Martin (Hrsg.), Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential, Frankfurt 1975
- Beckenbach, Niels; Braczyk, Hans-Joachim; Herkommer, Sebastian; Malsch, Thomas; Seltz, Rüdiger; Stück, Heiner; Ingenieure und Techniker in der Industrie, Frankfurt/Köln 1975
- Berger, Hartwig; Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit, Frankfurt 1974
- Bergmann, Joachim; Jacobi, Otto; Müller-Jentsch, Walter; Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt/Köln 1975
- Bergmann, Joachim; Müller-Jentsch, Walter; Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Bd. 2: Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre, Frankfurt 1977
- Bierbaum, Christiane; Bischoff, Joachim; Eppenstein, David; Herkommer, Sebastian; Maldaner, Karlheinz; Martin, Arnhold; Bewußtsein der Lohnabhängigen 1975/76, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft, Berlin 1976
- Bierbaum, Christiane; Bischoff, Joachim; Eppenstein, David; Herkommer, Sebastian; Maldaner, Karlheinz; Martin, Arnhold; Ende der Illusionen?, Frankfurt/Köln 1977
- Bosch, Gerhard; Arbeitsplatzverlust, Frankfurt 1978
- Braun, Siegfried; Fuhrmann, Jochen; Angestelltenmentalität, Neuwied/Berlin 1970
- Brock, Adolf; Arbeiterbildung unter den Bedingungen des Kapitalismus, herausgegeben von der Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen, 1980
- Brock, Adolf; Einemann, Edgar; Lernen am Konflikt - Abbau von Arbeitsbelastungen durch Arbeiterbildung und Arbeiterforschung, in: Görs, Dieter (Hrsg.); Formen und Erfahrungen arbeitsbezogener Weiterbildungspraxis, München/Wien/Baltimore (erscheint Ende 1982)
- Cooley, Mike, Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse. Das Modell Lucas Aerospace, in: Duve, Freimut, (Hrsg.), Technologie und Politik 15, Reinbek b. Hamburg 1980
- Eckart, Christel; Herding, Richard; Jaerisch, Ursula; Japp, Klaus; Kirchlechner, Berndt; Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Frankfurt 1975

- Einemann, Edgar; Lübbling, Edo; Schürz, Manfred; Ansatzpunkte einer Wirtschaftsstrukturpolitik für Bremen, herausgegeben von der Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen 1981
- Einemann, Edgar; Lübbling, Edo; Manske, Fred; Schürz, Manfred; Rationalisierung, Mikroelektronik und Humanisierung, herausgegeben von der Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen 1982
- Engels, Friedrich; Die wirklichen Ursachen der verhältnismäßigen Inaktivität der französischen Proletarier im vergangenen Dezember (21. Febr. 1852), in: Marx-EngelsWerke, Bd. 8, Berlin 1962 f
- Esser, Josef; Fach, Wolfgang; Gewerkschaften als Säule im 'Modell Deutschland'?, in: Jacobi, Otto; Schmidt, Eberhard; Müller-Jentsch, Walter (Hrsg.); Moderne Zeiten - alte Rezepte, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81, Berlin 1980
- Esser, Josef; Fach, Wolfgang; Gierszewski, Gerd; Väth, Werner; Krisenregulierung - Mechanismen und Voraussetzungen, in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 7 (1979), Heft 1
- Esser, Josef; Fach, Wolfgang; Väth, Werner; Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential -Die Krise der saarländischen Stahlindustrie, in: Prokla Heft 31, 8. Jg. 1978, Nr. 2, Berlin 1978
- Flatow, Sibylle von; Huiskens, Freerk; Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 7, Berlin, Mai 1973
- Goldthorpe, John H.; Lockwood, David; Bechhofer, Frank; Platt, Jennifer; Der "wohlhabende" Arbeiter in England, Bd. 1: Industrielles Verhalten und Gesellschaft, München 1970
- Gorz, Andre; Abschied vom Proletariat, Frankfurt 1980
- Habermas, Jürgen; Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973
- Habermas, Jürgen; Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt 1968
- Herkommer, Sebastian; Vom Elend der Industriesoziologie, in: Sozialistische Politik, 4. Jg., Nr. 16, Februar 1972
- Herkommer, Sebastian; Bischoff, J. u.a.; Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften, Hamburg 1979
- Hildebrandt, Eckart; Feuern ohne zu heuern, Betriebs- und Personalpolitik in der Krise am Beispiel der Automobilindustrie, in: Prokla Heft 26, 6. Jg. 1977, Nr. 1, Berlin 1977
- Hindrichs, Wolfgang; Betriebsnahe gewerkschaftliche Bildungsarbeit, in: Görs, Dieter (Hrsg.), Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, München/Wien/Baltimore 1982
- Hopf, Christel; Hopf, Wulf; Gleichgültigkeit und Identifikation als Kategorien der Analyse von Klassenbewußtsein, in: Prokla Heft 22, 6. Jg. 1976, Nr. 1, Berlin 1976
- Huffschnid, Jörg; Für den Frieden produzieren, Köln 1981
- Kern, Horst; Schumann, Michael; Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt 1970

- Kern, Horst; Schumann, Michael; Zum politischen Verhaltenspotential der Arbeiterklasse, in: Meschkat, Klaus und Negt, Oskar (Hrsg.), Gesellschaftsstrukturen, Frankfurt 1973
- Kuda, Rudolf; Tarifpolitik und Beschäftigungskrise, in: WSIMitteilungen Nr. 4/1980, Köln 1980
- Kudera, Werner; Mangold, Werner; Ruff, Konrad; Schmidt, Rudi; Wentzke, Theodor; Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern, Frankfurt 1979
- Lenin; Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin-Werke, Bd. 22, Berlin 1960
- Lenin; Was tun?, in: Lenin-Werke, Bd. 5, Berlin 1955
- Lichte, Rainer; Betriebsalltag von Industriearbeitern, Frankfurt 1978:
- Löw-Beer, Peter; Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace, Berlin 1981
- Lukacs, Georg; Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923 (Nachdruck Amsterdam 1967)
- Lutz, Burkhard; Schmidt, Gert; Industriesoziologie, in: König, Rene, Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 8: Beruf, Industrie, Sozialer Wandel, Stuttgart 1977
- Mahnkopf, Birgit; Das kulturtheoretische Defizit industriesoziologischer Forschung, in: Prokla Heft 46, 12. Jg. 1982, Nr. 1
- Markert, Werner; Abschied vom Klassenbewußtsein; in: Görs, Dieter (Hrsg.), Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, München/Wien/Baltimore 1982
- Marx, Karl; Das Kapital, Marx-Engels-Werke, Bd. 23-25, Berlin 1962 f
- Marx, Karl; Engels, Friedrich; Revue. Mai-Oktober 1950, in: Marx-Engels-Werke Bd. 7, Berlin 1962 f
- Miliband, Ralph; Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, Frankfurt 1972
- Müller-Jentsch, Walther; Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950-1978, in: Bergmann, Joachim (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt 1979
- Negt, Oskar; Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Frankfurt 1975
- O'Connor, James; Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt 1974
- Offe, Claus; Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress, Giesela und Senghaas, Dieter (Hrsg.), Politikwissenschaft, Frankfurt 1969
- Offe, Claus; Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972
- P.C.I. (Partito Comunista Italiano); Der kommunistische Vorschlag, Entwurf eines Programms zur Umgestaltung Italiens, Hamburg 1978
- Popitz, Heinrich; Bahrtdt, Hans Paul; Jüres, Ernst August; Kesting, Hanno; Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957
- Poulantzas, Nicos; Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt 1974
- Projekt Klassenanalyse; Zur Taktik der proletarischen Partei, Berlin 1972 (a)

- Projekt Klassenanalyse; Klassenbewußtsein und Partei, Berlin 1972 (b)
- Projekt Klassenanalyse; Leninismus - Neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?, Berlin 1972 (c)
- Projekt Klassenanalyse; Materialien zur Klassenstruktur der BRD, 1. Teil: Theoretische Grundlagen und Kritiken, Berlin 1973
- Redaktion der Prokla; 'Modell Deutschland' - Anatomie und Alternativen, in: Prokla Heft 40, 10. Jg. 1980, Nr. 3, Berlin 1980
- Redaktionskollektiv Klassenanalyse; Notizen zur Klassenanalyse der BRD durch das Projekt Klassenanalyse, in: Prokla, Heft 17/18, 5. Jg., Nr. 1/75, Berlin 1975
- Reich, Wilhelm; Massenpsychologie des Faschismus, verfaßt 1933
- Schumann, Michael; Gerlach, Frank; Gschlüssel, Albert; Milhoffer, Petra; Am Beispiel der Septemberstreiks - Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Frankfurt 1971
- Schumann, Michael; Einemann, Edgar; Siebel-Rebell, Christa; Wittemann, Klaus-Peter; Rationalisierung, Krise, Arbeiter, Frankfurt 1982
- Welsch, Johann; Erfolgsvoraussetzungen wirtschaftspolitischer Alternativkonzepte, in: Meißner, Werner; Kosta, Jiri; Welsch, Johann (Hrsg.); Für eine ökonomische Reformpolitik, Frankfurt 1981
- Zeuner, Bodo; 'Solidarität' mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: Prokla Heft 26, 6. Jg. 1976, Nr. 1, Berlin 1977
- Zoll, Rainer (Hrsg.); Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise, Köln 1981
- Zoll, Rainer; Braune, Hans-Hermann; Bents, Henri; Geissler, Birgit; Neumann, Enno; Volz, Rainer; Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise, Zwischenbericht 1980/81, in: Universität Bremen, Forschungsschwerpunkt: Reproduktionsrisiken, Soziale Bewegungen und Sozialpolitik, Zwischenbericht, November 1980